

Heft 14

Denkströme

Journal der
Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig
herausgegeben von Pirmin Stekeler-Weithofer



Leipziger Universitätsverlag 2015

Gedruckt mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft und Kunst

Wissenschaftlicher Beirat: Isolde Röske, Wilfried Hofmann, Wolfgang Huschner, Elmar
Peschke, Hans Ulrich Schmid, Jürgen Tomas, Hans Wiesmeth, Christian Winter

Redakteur: Stefanie Kießling

Redaktion Denkströme:

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Karl-Tauchnitz-Str. 1, 04107 Leipzig, denkstroeme@saw-leipzig.de

Die Online-Ausgabe ist über <<http://www.denkstroeme.de>> abrufbar.

Dort finden sich auch alle Informationen zur Manuskripteinreichung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzu-
lässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung
oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.
[Der voranstehende Eintrag bezieht sich nur auf die beim Leipziger Universitätsverlag
erschienene Druckauflage. Die PDF-Dateien der Online-Ausgabe stehen unter der Crea-
tive Commons BY-NC-ND-Lizenz <[http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/
de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)>. Für weitergehende Nutzungen setzen Sie sich bitte mit den jeweiligen Autoren in
Verbindung.]

© 2015 Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Verlag: Leipziger Universitätsverlag

Gestaltung und Satz:

Barbara Zwiener, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Druck: druckhaus köthen GmbH

Printed in Germany

ISSN: 1867-6413

Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
Beiträge	
Patrick Primavesi, Juliane Raschel, Theresa Jacobs, Michael Wehren Körperpolitik in der DDR. Tanzinstitutionen zwischen Elite- förderung, Volkskunst und Massenkultur	9
Wolfgang Lessing, Maria Berge, Carola Klinkert, Anne-Kathrin Wagler »... den besonderen Erfordernissen der Nachwuchsentwicklung«. Die Spezialschulen für Musik im Spannungsfeld von Hochbegabten- förderung und Berufslenkung	45
Isabelle Lehn, Sascha Macht, Katja Stopka Das Institut für Literatur »Johannes R. Becher«, Leipzig (1955–1993). Literarische Schreibprozesse im Spannungsfeld von kulturpoliti- scher Vereinnahmung, pädagogischem Experimentieren und poetischem Eigensinn	77
Sandy Adam, Tony Höwler, Gregor Hovemann, Luisa Hoffmann »Zum Schluss hatte ich Einzelunterricht ...«. Ausgewählte Ergeb- nisse aus dem Forschungsprojekt »Spitzensportliche Begabungs- förderung in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Verbindung von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf«	105
Dan Diner Vom Rande her erzählt. Elemente einer Gedächtnisgeschichte des Zweiten Weltkrieges	141
Ralf Wehner Raphael und seine Geliebte. Ein gemaltes, ein gestochenes und ein »lebendes« Bild	159

Diskussionen

Uwe-Frithjof Haustein	
Versprechen und Verantwortung der Medizin	185
Harald Wohlrapp	
Nachdenken über Sterbehilfe	197
Pirmin Stekeler-Weithofer	
Organspende und das Ende des Lebens. Oder: Hirntod und die Ethik der Organtransplantation	208
Hans-Peter Großhans	
Organspende – in theologischer Sicht	211
Heiner Lück	
Magdeburger Recht als verbindendes europäisches Kulturphänomen	215

Berichte & Notizen

Vortragsreihe ›Innovation‹	
Beitrag von Jörg Sonntag	224
Der preussische Kronprinz Friedrich und die französische Übersetzung der Deutschen Metaphysik Christian Wolffs im Jahr 1736. Eine Identifizierung	
Beitrag von Hanns-Peter Neumann	227
Vita regularis – Ordnungen und Deutungen religiösen Lebens im Mittelalter. Abhandlungen. Neuerscheinungen	
Beitrag von Mirko Breitenstein	229
Briefwechsel Clara Schumanns mit Landgräfin Anna von Hessen, Marie von Oriola und anderen Angehörigen deutscher Adelshäuser	
Beitrag von Annegret Rosenmüller	234
Deutsche Wortfeldetymologie in europäischem Kontext, Band 3: Mensch und Mitmensch	
Beitrag von Susanne Zeilfelder	236
Autoren	238

Editorial

In einer Akademie, die Wissenschaftler aller Fachrichtungen in Projekten, Kommissionen und Veranstaltungen zusammenbringt, ergeben sich mitunter erstaunliche Verbindungen. Besonders die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eröffnet neue Perspektiven, sei es inhaltlich, methodisch oder organisatorisch. Dazu gehört zum Beispiel das Förderprogramm »Geisteswissenschaftliche Forschung« des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK), das die Akademie unterstützt und begleitet. Dieses Förderprogramm verfolgt das Ziel, die Forschung im Bereich der Geisteswissenschaften in Sachsen zu stärken, Kooperationsnetze zwischen Universitäten und außer-universitären Einrichtungen zu unterstützen und Strukturen in den einzelnen Fächern – mit besonderem Augenmerk auf die sogenannten »kleinen Fächer« – deutlicher herauszubilden. Vier Projekte der Förderperiode 2013/14 stellen sich und ihre Ergebnisse in diesem Heft vor. Sie wurden im Verbund gefördert, denn sie erforschen das Thema der »Elitenausbildung« aus verschiedenen Fachperspektiven. Das Team um Patrick Primavesi vom Institut für Theaterwissenschaft der Universität Leipzig ist dabei der Frage nachgegangen, wie Institutionen und Ideologien die Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung von Tanz in der DDR geprägt haben. Die Förderung des professionellen Musiknachwuchses und seine Ausbildung an den Spezialschulen für Musik nimmt die Projektgruppe um Wolfgang Lessing von der Hochschule für Musik »Carl Maria von Weber« Dresden in den Blick. Erstmals aufgearbeitet wird von den Mitarbeitern des Deutschen Literaturinstituts, unter Leitung von Hans-Ulrich Treichel, die Geschichte des Instituts für Literatur »Johannes R. Becher«, an dem unter anderem Ralph Giordano, Sarah Kirsch oder Erich Loest studierten. Schließlich legt die von Gregor Hovemann geleitete Forschergruppe die komplexen Strukturen des Spitzensportfördersystems der DDR offen – Strukturen, die darauf abzielten, den politischen Willen umzusetzen und Spitzenathleten zu »produzieren«, die den »realexistierenden sozialistischen Staat« nach außen hin repräsentieren.

Dass gerade die Entfernung des Blicks aus einer allzu großen Nähe neue Perspektiven auf ein Geschehen ermöglicht, zeigt der Beitrag von Dan Diner.

Er erzählt die Geschichte des Zweiten Weltkrieges gewissermaßen vom Rande her, beginnend mit der Perspektive eines französischen Juden.

Manchmal entstehen aber auch aus der alltäglichen Arbeit an einem Forschungsprojekt heraus neue Blickwinkel und Nebenaspekte, wie der Aufsatz von Ralf Wehner zeigt, in dem es um den Topos »Raphael und seine Geliebte« nicht nur in der Musik Mendelssohns geht.

Versprechen, Verantwortung und Vertrauen in der Medizin – dieser Aspekt bildet diesmal den Schwerpunkt im Diskussionsteil des Heftes. Der Bogen spannt sich hier über verschiedene Themen und Fächer: von der Rolle des Arztes als »Helfer, Heiler, Begleiter und Anwalt des Patienten«, wie sie der Mediziner Uwe-Frithjof Haustein definiert, über das Nachdenken des Philosophen Harald Wohlrapp über ungewollte Nebenfolgen einer möglichen Freistellung von Sterbehilfe – aus der Freiheit ergibt sich nämlich ein latenter Zwang, sich unter gewissen Umständen beim Suizid helfen zu lassen –, bis hin zur moral-philosophischen und theologischen Perspektive von Hans-Peter Großhans auf das Thema Organspende.

Mit Blick auf die Bewerbung Magdeburgs als europäische Kulturhauptstadt 2025 stellt Heiner Lück unter dem Titel *Magdeburger Recht als verbindendes europäisches Kulturphänomen* ein Thesenpapier zur Diskussion, über welches im Rahmen eines internationalen Werkstattgesprächs im Kulturhistorischen Museum der Landeshauptstadt Magdeburg debattiert wurde. Ein Blick in die Geschichte mit Zukunftsperspektive.

Pirmin Stekeler-Weithofer

Beiträge

Patrick Primavesi, Juliane Raschel, Theresa Jacobs, Michael Wehren

Körperpolitik in der DDR

Tanzinstitutionen zwischen Eliteförderung, Volkskunst und Massenkultur

Tanz spielte in der DDR eine besondere Rolle: Klassisches Ballett und Tanztheater waren auf vielen Bühnen der Republik zu sehen, darüber hinaus erfüllten aber auch Folklore und Massenchoreographien wichtige Funktionen im »künstlerischen Volksschaffen« der DDR. Zwischen Eliteförderung, Volkskunst und Massenkultur erweist sich die Tanzlandschaft der DDR im Rückblick als ein komplexes Gefüge unterschiedlicher Praktiken, Interessen und Ideologien. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dieses Gefüge in seiner spezifischen Bedeutung für die Geschichte der DDR wie auch für die Entwicklung von Tanzformen und Tanzinstitutionen in der Nachkriegszeit noch kaum erforscht.¹ Dieses Desiderat fällt umso mehr ins Gewicht, als es eine Fülle von auszuwertenden Archivbeständen gibt, andererseits aber auch noch die Möglichkeit besteht, ergänzend mit Zeitzeugen mehrerer Generationen zu sprechen und individuelle Erfahrungen zu Wort kommen zu lassen. Darauf zielte das hier vorgestellte Forschungsprojekt *Körperpolitik in der DDR. Tanzinstitutionen zwischen Eliteförderung, Volkskunst und Massenkultur*, das 2013 und 2014 über die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig im Verbund mit drei weiteren Projekten zur Elitenausbildung in der DDR gefördert wurde.² Im Folgenden werden zunächst die Fragestellung, methodische und theoretische Aspekte erläutert, zumal der für das Projekt grundlegende Begriff »Körperpolitik«. Die weiteren Abschnitte skizzieren Teilbereiche der bearbeiteten Schwerpunkte. Exemplarisch werden Institutionen, Formen und Akteure vorgestellt, die für die Tanz-

1 Vgl. Hedwig Müller, Ralf Stabel und Patricia Stöckemann (Hg.), *Krokodil im Schwannensee. Tanz in Deutschland seit 1945*, Frankfurt a.M. 2003; Marion Kant, »Was bleibt? The Politics of East German Dance«, in Susan Manning und Lucia Ruprecht (Hg.), *New German Dance Studies*, Urbana 2012, S. 130–146 sowie Jens Richard Giersdorf, *The Body of the People. East German Dance since 1945*, Madison 2013.

2 Das Projekt war angesiedelt am Institut für Theaterwissenschaft der Universität Leipzig, beteiligt waren Dr. Theresa Jacobs, Juliane Raschel und Michael Wehren, die Leitung des Projekts hatte Prof. Dr. Patrick Primavesi. Ein Folgeprojekt ist derzeit in Vorbereitung, ebenso eine erweiterte Publikation zur ausführlicheren Darstellung und Auswertung der Untersuchungsergebnisse.

praxis in der DDR wichtig waren: Ausbildungsinstitutionen für Bühnentanz in der DDR; die Organisation, Vermittlung und Ausbildung im Volkstanz der DDR sowie Tendenzen einer sozialistischen Laientanzpraxis, die zum Teil an Prägungen vor 1933 anzuknüpfen versuchte.

Die leitende Fragestellung für das Projekt war, wie Institutionen und Ideologien die Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung von Tanz in der DDR geprägt haben. Um dieses komplexe Wechselverhältnis zu analysieren, werden drei Ebenen oder Bereiche unterschieden: 1.) *Institutionen*: Ausbildungsstätten, also Ballettschulen oder Lehrgänge für Volkstanz, außerdem Organisationen zur Dokumentation und Vermittlung von Tanz, wie das Zentralhaus für Kulturarbeit und das daraus hervorgegangene Tanzarchiv Leipzig, und schließlich Feste bzw. Festivals und Tanzensembles; 2.) die *Tanzpraxis*, manifestiert in den jeweiligen Tanzformen: Ballett, Neuer Künstlerischer Tanz (NKT) und Tanztheater, Volkstanz bzw. Folklore und Gesellschaftstanz, zwischen gelebter und gezeigter Praxis; und 3.) die *Akteure*: Pädagogen, Tänzer, Choreographen, kulturpolitische Persönlichkeiten, deren individuelle Perspektive zur Geltung kommt, die über die bloße Ausführung von Funktionen hinausgeht und vielfach das Verständnis institutioneller Entwicklungen und offizieller Leitlinien erweitern und zu notwendigen Differenzierungen führen kann.

Mit Blick auf das Zusammenwirken dieser drei Bereiche wurde nach den vielfältigen Verknüpfungen von Tanz und Politik in der DDR gefragt: Wie wurde die neue sozialistische Ordnung und Gemeinschaft verkörpert? Welche Rolle spielten staatliche Vorgaben für die Ausbildungsinstitute und für die Aufführungspraxis, für die Disziplinierung und die Inszenierung von Körpern? Für diese auch in methodischer Hinsicht grundlegenden Fragen konnte auf ein 2012 durchgeführtes Forschungsprojekt zurückgegriffen werden, das sich bereits mit der Körperpolitik in den 1920er und 30er Jahren befasste und insbesondere die in der Laienkunstpraxis der Weimarer Republik entfaltete Arbeit mit Bewegungschören untersucht hat. Diese Phase kann als prägend angesehen werden für die Instrumentalisierung von Tanzformen für politische Propaganda in Deutschland. Ebenso wie traditionelle Formen von Volkstanz und Ballett wurden schließlich auch die im Kontext des Ausdruckstanzes entwickelten und häufig als ›Volkstanz des 20. Jahrhunderts‹ bezeichneten Bewegungschöre der Ideologie des nationalsozialistischen Staates angepasst oder transformiert in repräsentative Massenchoreographien. Ohne diese Vorgeschichte ist auch die Entwicklung des Tanzes in der Nachkriegszeit und in beiden deutschen Staaten nicht zu verstehen.

Zur politischen Instrumentalisierung des Tanzens kam es in Deutschland immer wieder unter den Aspekten Gemeinschaft und Volk. In der DDR war die Souveränität des Volkes geknüpft an den erwarteten »Sieg der sozia-

listischen Produktionsverhältnisse«. Vorläufig wurde die Arbeiterklasse als »wichtigste und schließlich führende Kraft des Volkes« zu einer Art Souverän erklärt, der jedoch an die Entscheidungsfunktionen der Partei als der eigentlich regierenden Staatsmacht gebunden war.³ Diese Programmatik blieb durch ihre Abstraktheit und zeitliche Bedingtheit angewiesen auf symbolische Darstellungen von Gemeinschaft, die auf Praktiken der Körperinszenierung und Choreographie zurückgriffen, auf die Vorführung des aus vielen Individuen gebildeten Massenkörpers ebenso wie auf repräsentativen Bühnentanz und die Organisation kollektiver Bewegung bei Tanzfesten. Gleichzeitig befand sich die DDR stets in einem Wettbewerb der Systeme, der auch durch die Präsentation von Spitzenleistungen auf den Gebieten der künstlerischen Praxis ausgetragen wurde. Dabei kamen im Bereich der Ausbildung für professionellen Bühnentanz ähnliche Prinzipien der Leistungssteigerung zur Geltung wie bei Musikern oder Spitzensportlern.

Zur Untersuchung des für die DDR-Kulturpolitik konstitutiven Spannungsfeldes zwischen Kader- bzw. Elitenförderung und Massen- bzw. Breitenkultur bietet der Begriff Körperpolitik einen adäquaten Zugang. Er erlaubt es, die für die Entwicklung der Tanz-Institutionen der DDR relevanten Praktiken und Diskurse miteinander in Beziehung zu setzen als Elemente eines umfassenden Programms zur Inszenierung und Disziplinierung von individuellen und kollektiven Körpern. Körperpolitik oder auch »Biopolitik« meint hierbei, im Anschluss an Michel Foucault, die Phänomene der Gestaltung und Regulierung von Körpern und Lebensprozessen in modernen Staaten.⁴ So wurde es in der DDR bald schon »zur nationalen Aufgabe der Gesundheitspolitik und zur sozialistischen Norm«, einen »gesunden (Volks-)Körper zu haben«.⁵ Diskurse und Praktiken der Hygiene und Volksgesundheit sind in diesem Kontext ebenso zu berücksichtigen wie die Parallelen von Sport und Tanz. Wichtige Konkretisierungen hat auch der Begriff »Biopolitik« mit Bezug auf den Nationalsozialismus und auf die Steuerung der kommunikativen und affektiven Dimensionen von Arbeit erfahren: »Biomacht ist eine Form, die das *soziale Leben* von innen heraus Regeln unterwirft, es verfolgt, interpretiert, absorbiert und schließlich neu

3 Reinhart Koselleck, »Volk, Nation, Nationalismus, Masse«, in Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7, Stuttgart 1978, S. 141–431, hier S. 422 ff.

4 Vgl. u. a. Michel Foucault, *Die Geburt der Biopolitik*, Frankfurt a. M. 2006; Marianne Piper u. a. (Hg.), *Biopolitik – in der Debatte*, Wiesbaden 2011; Thomas Lemke, *Gouvernementalität und Biopolitik*, Wiesbaden 2008.

5 Volker Caysa, *Körperutopien. Eine philosophische Anthropologie des Sports*, Frankfurt a. M. 2003, S. 140.

artikuliert.«⁶ Die Bestrebungen der DDR-Tanzpolitik, eine neue Volkstanzkultur zu schaffen, diese ideologisch zu kontrollieren und durch regelmäßige Feste öffentlich sichtbar zu machen, können somit analysiert werden als Versuche der biopolitischen Konstruktion eines repräsentativen Volkskörpers.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden die Begriffe »Körperpolitik« und »Biopolitik« mit einem erweiterten Verständnis des Politischen verknüpft, das Inszenierungs-, Verhandlungs- und Konstitutionsprozesse als grundlegend ansieht.⁷ Damit rücken all jene Formen einer »Aufteilung des Sinnlichen« in den Fokus, die auf inszenatorischen, performativen und ästhetischen Verfahren basieren. Dies erlaubt die Untersuchung der jeweiligen Ausbildungs-, Aufführungs- wie Inszenierungsprozesse individueller und kollektiver Körper jenseits einer direkten politischen Instrumentalisierung. So können auch jene Praktiken als Austragungsorte des Politischen analysiert werden, die im Selbstverständnis ihrer Akteure oft als »unpolitisch« erscheinen. In der Theater- und Tanzwissenschaft werden Körperinszenierungen als Prozesse der Verkörperung begriffen, die von hoher Bedeutung für politische und kulturelle Normen sein können: »Körper-Inszenierungen veranschaulichen, modifizieren oder hinterfragen zentrale gesellschaftliche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster wie Natur/Kultur, Männlichkeit/Weiblichkeit oder Realität/Fiktion.«⁸ So manifestiert Tanz in allen seinen Erscheinungsformen eine je spezifische, mit gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Kontexten verknüpfte Körperpolitik:

Tanz ist ein Ausdruck gesellschaftlicher Ordnungen. Gesten [...], Körperkonzepte der einzelnen Tänze [...] und choreographische Ordnungen [...] repräsentieren die jeweils historisch aktuellen Machtordnungen und Herrschaftsformen. Aber sie stehen nicht nur für die jeweiligen Ordnungen des Sozialen, die Ordnungen der Macht sind. Sie bringen sie in körperlichen Praktiken auch hervor.⁹

6 Michael Hardt und Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a. M. 2002, S. 38. Vgl. auch Giorgio Agamben, *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt a. M. 2002 und Marianne Pieper u. a. (Hg.), *Empire und die biopolitische Wende*, Frankfurt a. M. 2007.

7 Jacques Rancière, *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien*, Berlin 2008 sowie Ulrich Bröckling und Robert Feustel (Hg.), *Das Politische Denken*, Bielefeld 2010 und Oliver Marchart, *Die politische Differenz*, Frankfurt a. M. 2010.

8 Anette Fleig, »Körper-Inszenierungen«, in Erika Fischer-Lichte und Anne Fleig (Hg.), *Körper-Inszenierungen. Präsenz und kultureller Wandel*, Tübingen 2000, S. 7–17, hier S. 13.

9 Gabriele Klein, »Tanz als Aufführung des Sozialen«, in Margrit Bischof und Claudia Rosiny (Hg.), *Konzepte der Tanzkultur. Wissen und Wege der Tanzforschung*, Bielefeld 2010, S. 142 f.

Am Beispiel des Tanzes in der DDR lässt sich auch dieser produktive Aspekt der Körperpolitik zwischen Inszenierung und Disziplinierung im Bezug auf individuelle wie auf kollektive Körper rekonstruieren. Ein ideales Gemeinwesen sollte erfahrbar werden, das »als solches« nicht existierte. Bereits in der Zeit der Weimarer Republik »avancierte [der Körper] zum Ort sozialer Ordnung, zum Raum der Verwirklichung des menschlichen Könnens und zum Hoffnungsträger einer neuen Gesellschaft«. ¹⁰ Das Fortwirken dieser körperpolitischen Utopien, die im faschistischen Körperkult und in der sowjetischen Massenkultur eine je spezifische Ausprägung erfahren hatten, ¹¹ lässt sich in vielfacher Hinsicht auch für die DDR beschreiben. Unter Politik ist von daher nicht nur die offizielle Politik zu verstehen, das Regierungshandeln des Staates, ideologische Programme von Parteien, die Verteilung von Macht und Verantwortlichkeiten, sondern ebenso die Politik der Praxis und die Organisation alles Körperlichen und Sinnlichen. Dies umfasst Körperkultur und Kulturpolitik, aber auch Prozesse der Disziplinierung und Ausbildung, Hierarchien, die Organisation der Praxis, den Umgang mit Körperlichkeit als Manifestation von Gemeinschaft.

Die Ausprägung körperpolitischer Prinzipien wird im Hinblick auf Strukturen der Tanzausbildung und -vermittlung in der DDR vor allem am klassischen Ballett deutlich, wo die Lehrmethode der russischen Technik in der Weiterentwicklung von Agrippina Waganowa als Leitbild übernommen wurde. Im Kampf gegen den sogenannten Formalismus wurden die Neuerungen des modernen Tanzes, zumal der Ausdruckstanz, verdrängt, die sich dem Projekt des sozialistischen Realismus schwer anpassen ließen. So war die Entwicklung des Tanzes in der DDR maßgeblich geprägt von der Theoretischen Tanzkonferenz, die am 23./24. März 1953 in Ost-Berlin stattfand und mit einer »eindeutigen Hinwendung zum sozialistischen Realismus in der Tanzkunst« endete. ¹² Damals wurde festgelegt, wie

die Methode des sozialistischen Realismus im Ballett anzuwenden sei, wie die Technik des klassischen Tanzes mit der des neuen künstlerischen Tanzes zu verbinden und zu verschmelzen sei und welche Rolle diese Techniken bei der Be-

¹⁰ Paula Diehl, »Körperbilder und Körperpraxen im Nationalsozialismus«, in dies. (Hg.), *Körper im Nationalsozialismus*, München 2006, S. 9–30, hier S. 17.

¹¹ Boris Groys, »Die Massenkultur der Utopie«, in ders. und Max Hollein (Hg.), *Traumfabrik Kommunismus*, Ostfildern 2003, S. 20–38 und ders., »Unsterbliche Körper«, in ders. und Michael Hagemeister (Hg.), *Die Neue Menschheit – Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 2005, S. 8–18.

¹² Ralf Stabel, »Die große Geste – Der sozialistische Realismus im Ballett«, in Claudia Jeschke u. a. (Hg.), *Bewegung im Blick*, Berlin 2000, S. 213–224, hier S. 216 f.

rufsausbildung zu spielen haben, wie die Volkstanzpflege für das Ballett nutzbar gemacht werden könne.¹³

Inhaltlich wurde eine sozialistische und optimistische Orientierung zur allgemeinen Norm,¹⁴ während disziplinäre Strukturen und repräsentative Formen etabliert wurden. Demgegenüber wurde der von der Weimarer Republik geprägte Ausdruckstanz marginalisiert, durch die Thesen der Tanzkonferenz 1953 explizit verurteilt als »Abgleiten in unbegreifliche Ausdrucksformen, Unverständlichkeit, Mystizismus und folglich Formalismus«.¹⁵

Erst in den 1980er Jahren kam es zur gelegentlichen Würdigung des Ausdruckstanzes, zu dem einige Tagungen veranstaltet wurden (mit Dokumentationen). Dabei wurde u. a. der historische Begriff »Kammertanz« aufgegriffen, um das Fortwirken des Ausdruckstanzes und seiner Protagonisten reflektieren zu können, auch mit Blick auf damals aktuelle Tendenzen, die eine »zunehmende Bedeutung der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft« widerspiegeln sollten.¹⁶ Im Unterschied zur Entwicklung des modernen Tanzes in der BRD konnte aber auch das Tanztheater der DDR kaum an die Tradition des Ausdruckstanzes anknüpfen, wurde eher zu einer Art Handlungsballett mit dramaturgischer Fokussierung einer im Sinne des sozialistischen Realismus verstandenen Fabel. So sollte, auf der Grundlage des klassischen Balletts, die Bewegung des individuellen Körpers wie auch die choreographische Arbeit insgesamt stets an das Primat des Inhalts gebunden bleiben.

Die Auswirkungen des *Bitterfelder Weges* (benannt nach den Bitterfelder Konferenzen 1959 und 1964) – mit dem eine sozialistisch-realistische Kunstauffassung durchgesetzt und jeder Formalismus vermieden werden sollte zugunsten einer stärkeren Beteiligung der Arbeiterklasse am künstlerischen Leben – betrafen auch den Volkstanz. Dessen Förderung und Ausbildung wurden durch die Arbeit der Kulturhäuser, insbesondere des Zentralhauses für Kulturarbeit in Leipzig, institutionalisiert und kontrolliert, bei der Veranstaltung großer Festspiele und Festivals ebenso wie durch die Gründung staatlicher Ensembles und die Unterstützung von Betriebstanzgruppen aller Art. Nicht zuletzt der Gesellschaftstanz wurde in der DDR seit den 1950er Jahren als ein Feld der kultur- und körperpolitischen Einflussnahme des Staates begriffen, wie sich vor allem bei den Kampagnen gegen »westliche

13 Eberhard Rebling, *Ballett. Gestern und heute*, Berlin 1963, S. 172.

14 Vgl. Müller u. a., *Krokodil im Schwanensee* (Fn. 1), S. 116.

15 Tanzkonferenz am 23./24. März 1953: »Der sozialistische Realismus in der Tanzkunst«, in *Zur Diskussion: Realismus im Tanz*, Dresden 1953.

16 Autorenkollektiv, *Tanztraditionen*, Zentralhaus-Publikation, Leipzig 1985, S. 72.

Modetänze und die Bemühung um sozialistische Formen geselligen Tanzes zeigte.¹⁷

Aus diesem Spektrum der Tanzformen in der DDR schildern die folgenden Abschnitte jeweils exemplarisch Entwicklungen in den Bereichen Bühnentanz, Volkstanz und Laientanz. Im Zuge einer allgemeinen Institutionalisierung von Tanz werden unterschiedliche Aspekte der Organisation, Ausbildung, Disziplinierung und Förderung deutlich. In der Arbeit des Forschungsprojekts wurde die Manifestation körperpolitischer Strukturen und Tendenzen vor allem am jeweiligen Wechselverhältnis von Institutionen, Tanzformen und Akteuren untersucht. Dafür war die Einbeziehung individueller Perspektiven wichtig, wie sie durch Interviews und gemeinsame Gespräche zum Ausdruck kamen. Im Rahmen der Förderphase wurden außer Besuchen bei Ausbildungsinstitutionen in Dresden und Berlin zu Alumni-Treffen zwei größere Tagungen in Leipzig durchgeführt, bei denen jeweils auch Materialien aus der Archivrecherche präsentiert und diskutiert wurden. Dazu wurden ehemalige oder noch aktive Tänzer, Pädagogen, Choreographen und internationale Wissenschaftler eingeladen. Deren Präsentationen und Diskussionsbeiträge wurden ebenso dokumentiert wie die Einzelinterviews mit Zeitzeugen, die auszugsweise auch in eine ausführlichere Publikation Eingang finden. Insgesamt hat das Projekt gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit den persönlichen, durchaus widersprüchlichen Erinnerungen und Erfahrungen der Akteure hilfreich ist, um die Interpretation der überlieferten, oft aus den Institutionen selbst stammenden Quellen zu ergänzen und zu differenzieren.

Ausbildungsinstitutionen für professionellen Bühnentanz in der DDR

Die Ausbildung von Tänzern musste nach 1945 weitgehend neu aufgebaut werden. In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sollte das kulturelle Leben eines zukünftigen Arbeiter- und Bauernstaates nach sowjetischem Vorbild gestaltet werden. Mit einigem Aufwand sorgte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) dafür, dass schon innerhalb weniger Monate nach Kriegsende Theater und Opernhäuser wieder öffnen konnten. Viele Tänzer und Choreographen versuchten an ihre Arbeit vor dem Krieg anzuknüpfen, was aber nur zum Teil gelang: Die kulturelle Infrastruktur lag brach und trotz der Bemühungen der SMAD waren die meisten Auftritts- und Proben-

17 Siehe dazu Norbert Molkenbur und Rolf Schneider, *Tanz und Geselligkeit*, Zentralhaus-Publikation, Leipzig 1977 sowie Müller u. a., *Krokodil im Schwanensee* (Fn. 1).

orte zerstört, die ehemaligen Tanzkompanien waren aufgelöst, und es fehlte an Nachwuchstänzern und Pädagogen. Dazu kam die Notwendigkeit einer ästhetischen und inhaltlichen Neuorientierung: Während die Tradition des deutschen Ausdruckstanzes beim Publikum immer weniger Anklang fand und auch von den administrativen Stellen eher zurückgedrängt wurde, hatte das klassische Ballett insbesondere der russischen Schule erneut Konjunktur.¹⁸ In diesem Kontext vollzog sich der Aufbau neuer Institutionen zur Ausbildung für klassischen Tanz nur langsam und zunächst ohne übergreifende Konzepte, die erst in den frühen 1950er Jahren entwickelt wurden. Dieser Prozess soll im Folgenden an den drei großen Ausbildungszentren für Tanz in Dresden, Berlin und Leipzig skizziert werden. Im Rahmen des Forschungsprojekts wurde, aufbauend auf den vor allem für Dresden vorliegenden Untersuchungen,¹⁹ mit Aktenmaterial aus den verschiedenen Institutionen gearbeitet (Ausbildungszentren, Ministerium für Kultur, Zentralhaus für Kulturarbeit in Leipzig u. a.). Dazu kamen die im Projekt durchgeführten Gespräche mit Zeitzeugen: ehemalige Tänzer und Choreographen, Schüler und Lehrer oder Schulleiter, um damit auch die Perspektive der Akteure miteinbeziehen zu können. Daraus entsteht ein komplexes, mitunter widersprüchliches Bild, vor allem im Hinblick auf die Bedeutung kulturpolitischer Vorgaben der Regierung und den Einfluss dieser Richtlinien auf die Institutionen und die Ausbildung insgesamt.

In Dresden erhielt die Ausdruckstänzerin Gret Palucca schon bald nach 1945 wieder eine Auftrittserlaubnis von den sowjetischen Behörden. Palucca hatte im nationalsozialistischen Deutschland zunächst großen Erfolg gehabt, durfte dann aber (vor allem wegen ihrer zum Teil jüdischen Vorfahren) nicht mehr öffentlich tanzen und ihre Schule nur eingeschränkt weiterführen. Nun konnte sie noch einige Jahre in den vier Besatzungszonen ihr eigenes Tanzprogramm zeigen. Ebenfalls mit Unterstützung der SMAD wurden ihr im weitgehend zerstörten Dresden neue Räume für ihre Tanzschule zugeteilt. So wurde einiges getan, um die ›große Palucca‹ im Land halten zu können. Auf die am 1. April 1949 erfolgte Verstaatlichung ihrer Schule hatte Palucca seit 1947 selbst hingearbeitet, da sie zur Professionalisierung der Ausbildung auf eine staatliche Unterstützung angewiesen war. Sie konnte die künstlerische Leitung behalten, aber die Schule bekam nur den Status einer Fachschule, nicht wie erhofft den einer Hochschule. 1951 gab es allein in Sachsen noch über 50 private Tanz- und Ballettschulen, die aber für eine professionelle Ausbildung als

18 Vgl. dazu Müller u. a., Krokodil im Schwanensee (Fn. 1).

19 Vgl. insbesondere Ralf Stabel, *Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts – mit und ohne Frontveränderung: Zur Geschichte der Palucca Schule Dresden*, Wilhelmshafen 2001; sowie Ralf Stabel und Peter Jarchow, *Palucca. Aus ihrem Leben – Aus ihrer Kunst*, Berlin 1997.

unzulänglich angesehen und in ihrer Bedeutung zunehmend beschränkt wurden. Darauf verweisen auch die folgenden Richtlinien, hier zitiert aus einem amtlichen Schreiben:

- 1) Privatschulen oder Privatlehrer für künstlerischen Tanz [...] dürfen zukünftig nicht mehr bis zur Bühnenreife oder bis zur Ablegung einer Prüfung, die zur Berufsausübung berechtigt, unterrichten. [...]
- 2) Privatlehrern und Privatschulen für künstlerischen Tanz, Gymnastik usw. kann die Erlaubnis zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit belassen werden, wenn sich die Tätigkeit lediglich auf die Unterrichtung von Laien beschränkt und das Ziel der Ausbildung für den Beruf nicht verfolgt wird.²⁰

Diese Anordnungen zeigen bereits, dass für die Ausbildung professioneller Bühnentänzer zugleich eine Professionalisierung der Tanzausbildung angestrebt wurde, mit entsprechend geschulten Pädagogen und systematisch strukturierten Lehrplänen. Diese Ausbildung sollte zentral an Fach- oder Spezialschulen erfolgen, die alle dem Staat – dem Ministerium für Kultur – unterstellt waren. Die verstaatlichten Tanzschulen waren somit verpflichtet, das Ministerium laufend über die Anzahl der Studenten und Absolventen, über Veränderungen der Lehrpläne und Neueinstellungen von Personal zu informieren, ebenso über den Leistungsstand ihrer Schüler und die Arbeit ihrer Pädagogen. Die Professionalisierung der Tanzausbildung ging mit einer systematischen Institutionalisierung einher, geprägt von Disziplinierung, Normierung und weitgehender Kontrolle. Damit wurde die Tanzausbildung wie auch die Tanzkunst insgesamt auf eine ideologische Linie gebracht.

Indem man Palucca 1950 als Vertreterin des Tanzes und zugleich als Gründungsmitglied in die Akademie der Künste aufnahm, wurde dem Tanz eine wichtige Rolle innerhalb der Künste der DDR eingeräumt. Auf ihre Bestrebungen hin eröffnete man 1951 in Berlin die Tanzhochschule für modernen und klassischen Tanz, Choreographie, Pädagogik und Tanzregie. Paluccas ehemalige Schülerin Marianne Vogelsang, ebenfalls schon eine bekannte Ausdruckstanztänzerin, erhielt die Leitung der Abteilung Neuer Künstlerischer Tanz (NKT), während Joachim Scheibe den klassischen Tanz übernahm. In Berlin wie auch in Dresden wurde zunächst mit einer drei- bis fünfjährigen Tanzausbildung begonnen, die auf die beiden Fachbereiche klassischer Tanz und NKT aufgeteilt war. Nach Paluccas Konzept für Berlin sollten sich die Schüler dann nach zwei Jahren entscheiden, auf welche Tanzform sie sich spezialisieren wollten. Ein gleichberechtigtes Nebeneinanderwirken der beiden Fachbereiche ließ sich auf Dauer aber nicht realisieren, was vor allem an den staatlichen Vorgaben

20 BArch DR1 556/1606, fol. 1–2.

lag: Mit der Debatte um Formalismus und Realismus wurden die Koordinaten für Kunst und Kultur im sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat abgesteckt (›Bitterfelder Weg‹). Auf der Bühne sollten nicht nur sowjetische Ballette übernommen werden, sondern auch neue realistische Ballettstücke nach sowjetischem Vorbild entstehen.

1953 veröffentlichte die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten die »Thesen zum Realismus in der Tanzkunst«, worin die von nun an gültigen Vorbilder sowie die ideologischen Forderungen an den Tanz festgelegt waren:

Das klassische und nationale Erbe auf dem Gebiet der Tanzkunst ist das klassische Ballett und der deutsche Volkstanz. [...] Das Studium des Kampfes um den sozialistischen Realismus im sowjetischen Ballett ist unerlässlich, um den Kampf für den sozialistischen Realismus in der deutschen Tanzkunst zu führen. Die Sowjetkunst zeigt den einzig richtigen Weg für die Weiterentwicklung der Tanzkunst. [...] Der Ausdruckstanz bedeutet Abgleiten in unbegreifliche Ausdrucksformen Unverständlichkeit, Mystizismus und folglich Formalismus.²¹

Diesen Vorgaben sollte auch die Ausbildung an den Fachschulen entsprechen, was vielfach zu Konflikten führte. So konnte sich die Abteilungsleiterin für NKT Marianne Vogelsang an der Schule in Berlin nicht durchsetzen: Ihre Art des Unterrichtens war auf eine eher unsystematische Förderung der Kreativität ihrer Schüler ausgerichtet und auf eine Erziehung hin zu selbständig handelnden Künstlerpersönlichkeiten. Methodisch und auch ästhetisch war Vogelsang durch Palucca geprägt. Beide legten in ihrem Unterricht den Schwerpunkt auf die Improvisation. Neben einer hohen technischen Leistung wollten sie ihren Schülern das Rüstzeug für ein eigenes kreatives Denken und Schaffen mitgeben. Palucca formulierte dieses Prinzip wie folgt:

Von Jahr zu Jahr verändern sich die jungen Menschen. Wir versuchen ja die Schüler vor allem in meinem Unterricht, dem Neuen Künstlerischen Tanz, schon von der ersten Klasse an, zu selbstschöpferischen Menschen zu erziehen. Wir wünschen uns natürlich, dass die Schüler so aus der Schule herauskommen, dass sie wirklich echte Persönlichkeiten sind.²²

Mit dieser Aussage geriet sie allerdings immer wieder in Konflikt mit dem offiziellen Erziehungsauftrag, wie er auch an der Dresdner Schule verstanden wurde:

An der Palucca Schule Dresden werden [...] Kinder und Jugendliche zu Bühnentänzern für die Ballett-Ensembles der Theater ausgebildet. Die Grundlage der

²¹ Realismus im Tanz (Fn. 15), S. 75 f.

²² Ralf Stabel, »Und so wird daraus nichts«, in Eva Winkler und Peter Jarchow (Hg.), *Neuer Künstlerischer Tanz. Eine Dokumentation*, Dresden 1996, S. 99–117, hier S. 109.

Ausbildung ist der klassische Tanz nach dem Vorbild und den Erfahrungen der sowjetischen Ballettkunst. [...] Die jungen Tänzerinnen und Tänzer tragen in hohem Maße dazu bei, die Entwicklung der Tanzkunst in unserer Republik voranzutreiben, die progressiven Traditionen der Ballettkunst zu pflegen und das sozialistische Menschenbild in der Kunst zu gestalten.²³

Im Unterschied zu Marianne Vogelsang konnte Palucca das von ihr etablierte Fach NKT an ihrer Schule halten, auch wenn es in der Stundenzahl immer weiter gekürzt wurde. Ihre relative Unabhängigkeit verdankte sie ihrer Popularität, die sie zu einem Aushängeschild und einer Vorzeigekünstlerin der DDR machte. Zwar hatte sie immer wieder in Aussicht gestellt, ihre besondere Methodik des Unterrichtens zu dokumentieren und zu verschriftlichen. Dass es dazu aber letztlich nicht kam, entsprach wohl auch dem Versuch, sich eine gewisse Freiheit zu erhalten, während eine systematische Festlegung eine stärkere Kontrolle und Anpassung ermöglicht hätte.²⁴



Abb. 1: Jungenklasse der Palucca Schule im Fach Neuer Künstlerischer Tanz, Foto: Arwid Langenpusch; © Tanzarchiv Leipzig.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., vgl. dazu auch Stabel, Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts (Fn. 19).

Die Ausbildungsmethodik im Fach NKT ist dennoch auf verschiedene Weise dokumentiert, bis hin zu verschiedenen Filmen, die Kurt Petermann vom Leipziger Tanzarchiv produzierte. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang sind aber vor allem die Aussagen von Zeitzeugen. In Berlin war Manfred Schnelle einer der wenigen Schüler, der von Marianne Vogelsang durch seine gesamte Ausbildungszeit begleitet wurde. Er beschrieb ihren Unterricht mit Formulierungen, die auch für Palucca zutreffen:

Wenn sie unterrichtete, hat sie mit einer Bewegung begonnen, und über zahllose Variationen dieser Bewegung baute sie die Stunde weiter. Eine Bewegung entstand am Platz oder etwa nur mit dem Arm, kam dann in den Raum und entwickelte sich in verschiedenen Tempi weiter: vom Leichten zum Schweren, vom Einfachen hin zu tänzerischer Gestaltung, dabei immer im Einklang mit Musik und in sich schlüssig. Ich habe viel von ihr gelernt, vor allem was Komposition betrifft – und empfand ihren Unterricht als etwas Kostbares, ja als Kunstwerk.²⁵

Die staatliche Ausrichtung der professionellen Tanzausbildung wies allerdings in eine ganz andere Richtung. Mit den Thesen zur realistischen Tanzkunst und der Verpflichtung der Fachschulen für Tanz in Berlin, Dresden und später auch Leipzig auf das klassische Ballett nach sowjetischem Vorbild fand eine Verschiebung des Ausbildungsschwerpunktes statt, die keinen Raum mehr für neuen künstlerischen Tanz ließ. Grundlegend für diese Festlegung auf das Ballett war die Einführung des sowjetischen Unterrichtssystems nach der Methode von Agrippina Waganowa (1879–1951). Diese war nach ihrer Karriere als Tänzerin zur einflussreichsten Ballettpädagogin der Sowjetunion geworden. Neu an ihrem Modell war ein genaueres Eingehen des Pädagogen auf die Ausbildungsklasse und deren Leistungsstand. So erstellte sie Pläne mit Übungen für die jeweiligen Ausbildungsjahrgänge, um schrittweise die Muskulatur und Fertigkeiten des heranwachsenden Tänzerkörpers aufzubauen. Ihr Fokus lag dabei auf den drei wichtigen Elementen des klassischen Tanzes: Kraft, Beweglichkeit und Ausdauer. Der daraus entstandene pädagogische Leitfaden ist bis heute weltweit anerkannt und gilt an vielen Ballettschulen als Grundlage. Um diese Methode zu etablieren, schickte die Regierung der DDR 1953 die ersten drei angehenden Tänzer bzw. Tänzerinnen – Ursula Collein, Egon Bischoff und Ursula Bormann²⁶ – zur Aus- und Weiterbildung für fünf Jahre nach

25 »Marianne Vogelsang. Ein Interview zwischen Hartmut Regitz und Manfred Schnelle«, in *Tanz. Zeitschrift für Ballett, Tanz und Performance*, Oktober 2012, S. 58.

26 Bormann erhielt ihre Ausbildung an der Palucca Schule. 1967 bis 1976 übernahm sie die Künstlerische Leitung der Fachschule für Tanz Leipzig, außerdem war sie Mitglied in der Absolventeneinsatzkommission.

Leningrad (St. Petersburg) an die Staatliche Ballettakademie, damit sie dort die Waganowa-Methode lernten und gleichzeitig die Ausbildung zum Tänzer bzw. zur Tänzerin absolvierten. Ausgesucht wurden die Schüler nach ihren körperlichen Voraussetzungen und ihrer sozialen Herkunft. Alle drei mussten vor ihrer Reise in die Sowjetunion, mit Studenten ganz anderer Studienrichtungen, einen dreimonatigen Lehrgang auf Schloss Burgscheidungen in Sachsen-Anhalt absolvieren, der sie ideologisch vorbereiten sollte.

Die Erwartungen an die drei jungen Tänzer waren groß. Sie mussten sich nicht nur körperlich und technisch das hohe Niveau der Waganowa-Akademie Absolventen antrainieren, sondern sollten sich auch die Unterrichtsmethodik einprägen, um ihr Wissen später den Fachschulen für Tanz weiterzugeben. Die Ausrichtung der Tanzschulen wurde außerdem durch die berühmten Tanzkompanien geprägt, die die Sowjetunion in den Nachkriegsjahren immer wieder in der DDR auftreten ließ. So kamen die Vertreter der Ballettschulen in Kontakt mit sowjetischen Tänzern, Pädagogen und Choreographen, und auch den Tanzschaffenden konnte demonstriert werden, woran sich zukünftige Tanzstücke zu orientieren hatten. Im Laufe der Jahre entstand eine feste Partnerschaft zwischen den drei Fachschulen für Tanz in der DDR und den Ballettakademien der Sowjetunion, insbesondere der Waganowa-Akademie und der Bolschoi-Ballettschule in Moskau.

Insgesamt arbeitete man seit 1950 daran, für alle Fachschulen einen gemeinsamen zentralen Lehrplan zu erstellen.²⁷ Zu den praktischen Fächern gehörten neben klassischem Tanz auch Charaktertanz, Modern, Pas de deux und Variationen, Folklore, Rhythmik und Tanzgeschichte. Zusätzlich gab es Zeiten für Proben und Repertoire-Arbeiten. Hier wurden kleine Stücke entweder neu erarbeitet oder bekannte wichtige Sequenzen von klassischen Balletten einstudiert. Diese zusätzlichen Zeiten wurden auch zur Vorbereitung von schulinternen, nationalen und internationalen Wettbewerben genutzt. Oft wurden für die Förderung von besonders begabten Studenten Spezialklassen eingerichtet. Die Beteiligungen an Tanzwettbewerben und Tanzfesten galten bei erfolgreicher Teilnahme nicht nur für die jeweilige Schule als Aushängeschilder, sondern sollten auch dem kapitalistischen Westen vor Augen führen, wie leistungsstark und erfolgreich das Ballett und die Institutionen der Tanzausbildung in der DDR waren.

27 Vgl. dazu entsprechende Dokumente im Bundesarchiv (BArch DR2 24059/33-05-29).



Abb. 2: Unterrichtsfach *klassischer Tanz* an der Palucca Schule Dresden, Foto: Arwid Langenpusch; © Tanzarchiv Leipzig.



Abb. 3: Unterricht des 9. Ausbildungsjahres *klassischen Tanz* an der Staatlichen Ballettschule Berlin 1985; Privatbesitz.

Aus der anfänglichen Hilfestellung zur Erlernung der Waganowa-Methode entwickelte sich bald ein Programm zur Förderung der besonders begabten Schüler der Ballettschulen. Die Dauer der Ausbildung stieg kontinuierlich bis auf acht Ausbildungsjahre an, nur Leipzig bildete hier eine Ausnahme (Beginn der Ausbildung erst im Alter von 14 Jahren). Während in Dresden und Berlin die Schüler vom 10. oder 11. Lebensjahr an im Internat mit integrierter polytechnischer Oberschule betreut wurden, mussten die Schüler in Leipzig ihre sonstige Ausbildung an der Volkshochschule, neben dem täglichen Trainingsprogramm absolvieren. Wer als Student an den Fachschulen angenommen wurde, hatte Anrecht auf ein Stipendium, das durchaus nach Leistung variieren konnte. Einzelheiten dazu schildert Christoph Böhm, der von 1982 bis 1986 an der Fachschule für Tanz studierte:

Von Anfang an gab es gestaffelt Leistungsstipendien. Einmal 60, 100 oder 175 Mark. Da gab es also drei Stufen. Wer besonders gute Leistungen hatte, bekam im Grunde 175 Mark zu seinem Grundstipendium, was glaube ich sich auf 300 Mark belief, dazu. [...] Kam also auf 475 Mark. Pro Mitwirkung in der Oper (an den Vorstellungen des Leipziger Balletts) bekam man noch einmal 5 Mark.²⁸

Mit Beendigung der Ausbildung zum Bühnentänzer wurden die Absolventen durch die vom Ministerium gegründete Absolventeneinsatzkommission (AEK)²⁹ an die verschiedenen Theater der Republik delegiert. Da es in der Regel mehr offene Stellen gab als Absolventen, konnten die angehenden Tänzer in jedem Fall mit einem Engagement rechnen. Allerdings kamen sie nicht immer an die von ihnen favorisierten Theater, da letztlich die AEK in Abstimmung mit den Ballettdirektoren über die Verpflichtung der Tänzer entschied. Wie das gehandhabt wurde, verdeutlicht eine Aussage von Susann Böhm, die ihren Abschluss 1986 an der (1966 gegründeten) Fachschule für Tanz in Leipzig machte. Noch vor ihrer Abschlussprüfung erfuhr sie, an welchem Theater sie verpflichtet werden sollte:

Man musste ins Büro und da saßen dann viele Leute, aus Berlin oder aus Chemnitz. [...] Mir wurde dann von der Schulleitung mitgeteilt, dass ich nach Chemnitz komme und dann wollte man eben sehen, dass ich mich freue darüber, noch im Büro, was nicht ganz gelang, weil damit hätte ich wirklich gar nicht gerechnet. Man durfte glaube ich drei Wünsche vorher aufschreiben. [...] Ich hatte nirgendwo Chemnitz stehen.³⁰

28 Aus einem Interview von Juliane Raschel mit Susann und Christoph Böhm am 8.12.2013.

29 Diese Kommissionen wurden für alle künstlerischen Ausbildungszweige eingesetzt.

30 Interview von Juliane Raschel mit Susann und Christoph Böhm am 8.12.2013.

Im Rahmen der Förderung durch Spezialklassen, die auf die künftige Arbeit an Theatern und auf Ballettwettbewerbe vorbereiteten, gab es auch einen gewissen Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Schließlich wurden nicht wenige Absolventen an die großen repräsentativen Ensembles (besonders Deutsche Staatsoper Berlin und Semperoper Dresden) vermittelt, die bei Gastspielreisen in westliche Länder auch Gelegenheit zu Fluchtversuchen boten. Schon deshalb interessierte sich die Staatssicherheit bereits für die Tanzschüler:

Da sind also Schüler und Pädagogen mitunter gemeinsam unterwegs in den Ländern des ›Klassenfeindes‹. Und dass ein junger Mensch im Unterschied zu seinem Ausbilder, der vielleicht noch die Zeit vor dem Mauerbau miterlebt oder als Tänzer selbst an Gastspielen teilgenommen hat, viel eher den Verlockungen des bunten Westens erliegen kann, ist nachvollziehbar. Besonders gefährlich ist letztlich auch die selbst ›verschuldete‹ Situation, dass die Schüler der DDR, die auf internationalen Wettbewerben erfolgreich sind, sich dieser internationalen Anerkennung natürlich auch bewusst werden und am eigentlichen Beginn ihrer Tanzkarriere auf die Idee kommen könnten, ihr Leben als Künstler im anderen Teil der Welt zu gestalten.³¹

Auch aus diesem Grund stand die Ausbildung professioneller Bühnentänzer, die bis in die 1980er Jahre – ähnlich wie das Ausbildungssystem im Leistungssport der DDR – immer weiter perfektioniert wurde, unter ständiger Kontrolle staatlicher Instanzen.



Abb. 4: Palucca im Unterricht mit der Ausbildungsklasse 2A im November 1986;
© Tanzarchiv Leipzig.

Die hier skizzierte Entwicklungsgeschichte verdeutlicht, dass die Fachschulen direkt dem Ministerium für Kultur unterstanden und sich insgesamt nach den Vorgaben des Staates zu richten hatten. Für die Schüler war die Ausbildung kostenfrei; finanziell abgesichert wurden sie durch ein Stipendienprogramm. Möglichkeiten der individuellen Einflussnahme etwa auf Fragen der Besetzung und der Engagements hielten sich jedoch in Grenzen, ebenso die Förderung der eigenen Kreativität. Mit dem klassischen Ballett nach sowjetischen Maßstäben wurde an allen drei Fachschulen der Schwerpunkt auf die klassische Tanzausbildung gelegt, während Neuerungen in der Tanzausbildung erschwert wurden. Mit der Verbannung des Ausdruckstanzes von den Bühnen gab es kaum mehr Möglichkeiten zur Weiterentwicklung dieser Tanzrichtung. Paluccas Bemühungen um den NKT an ihrer Schule prägten aber mehrere Generationen von Tanzschaffenden, vor allem durch ihre Art der Vermittlung der selbständigen Bewegungsfindung und Tanzentwicklung. Viele ihrer Absolventen, darunter Ruth Berghaus, Arila Siegert, Mario Schröder oder Irina Pauls, waren nicht nur als Tänzer erfolgreich, sondern auch als Choreographen, Opernregisseure und Tanzpädagogen. Auch Kristina Bernewitz wurde acht Jahre von Palucca durch ihre Ausbildung begleitet. Nach einer Karriere als Solotänzerin am Leipziger Ballett unterrichtet sie heute selbst klassischen Tanz an der Staatlichen Ballettschule Berlin:

Also, es gab schon eine Distanz [zu Palucca], einfach durch ihre starke Persönlichkeit, durch ihr Lebenswerk und so weiter. Da konnten wir natürlich als kleine Ballettmäuse jetzt nicht heranreichen. Aber, ich sage mal, sie hat uns aber trotzdem ernst genommen. Und, und das merkt man dann auch als Schüler. Also das versuche ich übrigens auch mit meinen Schülern. Ich versuche sie immer als Persönlichkeit, als Mensch, als vielleicht spätere Superkünstlerin schon jetzt ernst zu nehmen als Zehnjährige. Weil da eben in diesen kleinen Köpfen auch schon viel, ja, viel Interessantes heranwächst eben, was man jetzt vielleicht noch gar nicht so sehen kann.³²

Organisations-, Vermittlungs- und Ausbildungsformen im Volkstanz der DDR

In der DDR kam dem Volkstanz ein besonderes Interesse zu. Das lässt sich ablesen an der Gründung offizieller staatlicher Folkloreensembles, an der Etablierung und Förderung regionaler Volkstanzgruppen und -ensembles und der damit verbundenen Massenkultur. Die seit Anfang der 1950er Jahre zum

32 Interview von Juliane Raschel mit Kristina Bernewitz am 16.7.2014.

Programm erhobene Pflege des deutschen Volkstanzes konzentrierte sich allerdings auf Bühnenpräsentationen und den Aufbau entsprechender Repertoires. Diese waren eng an die politischen Interessen des sozialistischen Staates gebunden und entsprachen einem konkreten Erziehungsauftrag im Sinne der programmatisch geforderten Massenkultur. Im Folgenden werden die damit einhergehenden Prozesse der Professionalisierung und Institutionalisierung von Volkstanz sowie die Mechanismen zur Durchsetzung entsprechender Leitlinien skizziert. Dabei wird nach der Perspektive der Akteure auch im Hinblick auf die körperpolitischen Aspekte dieser Praxis gefragt.

Bereits im 19. Jahrhundert wurde die Erforschung des Volkstanzes mit den Standardwerken der Tanzgeschichte von Albert Czerwinski (1862) und Franz Th. Böhme (1886) zum festen Bestandteil der Volkskunde. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts kam es u. a. im Kontext der Wandervogel-Bewegung zur Wiederentdeckung von Tanzliedern, die zugleich regionale Volkstanztraditionen manifestierten. Auch in der NS-Zeit wurde der Volkstanz als Vorbild einer nationalen und ursprünglichen Kultur gefördert und propagiert. In der DDR begründete die aus der Schweiz immigrierte Nationalpreisträgerin Aenne Goldschmidt ihr *Handbuch des deutschen Volkstanzes* mit einer Definition, die die anhaltende ideologische Besetzung des Themas verdeutlicht: »Vom werktätigen Menschen aller Zeiten geschaffen und getanzt, immer neu umgebildet und weiterentwickelt, zeugt der Volkstanz für die nie versiegende Schöpferkraft und die nie unterdrückbare Lebensfreude des Volkes.«³³ Die theoretische Grundlage für eine Ausweitung des Volkstanzbegriffs durch die sich etablierende Volkstanzpflege auf neue Formen insbesondere der Präsentation legte Felix Hörburger vor.³⁴ Das Repertoire ist seitdem in beiden Teilen Deutschlands ständig um neue Muster erweitert worden.³⁵ So berücksichtigte Herbert Oetke in seiner Untersuchung *Der deutsche Volkstanz*³⁶ – im Unterschied zur

33 Aenne Goldschmidt, *Handbuch des deutschen Volkstanzes* (2 Bde., hier Textbd.), Berlin 1967, S. 7. Vgl. auch dies., »Der nationale und regionale Charakter des deutschen Volkstanzes«, in Deutsche Tanzkompanie im Land Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), *Der Deutsche Volkstanz*, Neustrelitz 1995, S. 4–19.

34 U. a. Felix Hoerburger, *Probleme der systematischen Beobachtung, Sammlung und Erforschung von Volkstänzen*, Kassel u. a. 1961 und ders. *Volksmusikforschung. Aufsätze und Vorträge 1953–1984 über Volkstanz und instrumentale Volksmusik*, Laaber 1986. Ders., Art. »Volkstanz«, in Friedrich Blume (Hg.) *Musik in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 13, München 1989, S. 1947–1951.

35 Zu diesem Prozess vgl. auch Andriy Nahachewsky, »Once Again: On the Concept of ›Second Existence Folk Dance‹«, in *Yearbook for Traditional Music* 33 (2001), S. 17–28.

36 Herbert Oetke, *Der deutsche Volkstanz* (2 Bde.), Wilhelmshaven 1982/83.

früheren Volkstanzforschung, die sich zumeist auf Bauerntänze beschränkt hatte – auch das Repertoire der Handwerker- und Zunfttänze.

Am 23. und 24. März 1953 fand in Berlin die »Theoretische Konferenz über die Tanzkunst« der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten statt, bei der die Hinwendung zum sowjetischen Modell des sozialistischen Realismus auch für den Tanz festgelegt wurde.³⁷ Dabei galt der deutsche Volkstanz neben dem Ballett als »nationales Erbe«.³⁸ Die angestrebte Professionalisierung des Volkstanzes ging einher mit einer starken Institutionalisierung. Für die ideologische Ausrichtung der Tanzkultur hatten seit 1951 die staatlichen Ensembles eine Vorbildfunktion. Das Staatliche Volkskunst-Ensemble der DDR



Abb. 5 und 6: Plakate aus den Sammlungen des Staatlichen Tanzensembles der DDR (1988) und des Staatlichen Folklorensembles der DDR (o. J.), Dauerleihgaben des Bundesarchivs Berlin; © Tanzarchiv Leipzig.

³⁷ Realismus im Tanz (Fn. 15) sowie Müller u. a., Krokodil im Schwanensee (Fn. 1), S. 88 ff.

³⁸ Ebd.

(gegr. 1951 in Berlin) wurde 1962 zum Staatlichen Tanzensemble der DDR umbenannt, geleitet von Aenne Goldschmidt. Die Leitung der Tanzgruppe des Staatlichen Dorfensembles (gegr. 1954 in Neetzow/Mecklenburg), seit 1972 bekannt als Staatliches Folkloreensemble der DDR, übernahm die Choreographin Rosemarie Lettow-Schulz (später Ehm-Schulz).

Zu den weiteren, überwiegend nebenberuflich tätigen Volkskunstensembles der DDR zählten auch das Tanzensemble des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) unter der Leitung von Henn Haas und das Erich-Weinert-Ensemble der Nationalen Volksarmee (NVA). Als erstes professionelles Ensemble der Sorben wurde 1952 in Bautzen das Staatliche sorbische Volksensemble für Musik und Tanz unter der Leitung von Jurij Winar gegründet (seit 1953 Staatliches Ensemble für sorbische Volkskultur).³⁹ Es diente intern zum Aufbau einer professionellen sorbischen Volkskultur und wurde nach außen hin zu einem Symbol erfolgreicher nationaler Minderheitenpolitik der DDR.

Goldschmidt und Lettow-Schulz waren am Zentralhaus für Kulturarbeit (gegr. 1952) in Leipzig angestellt, hielten dort auch Vorträge, publizierten regelmäßig zu Themen wie *richtiges Choreographieren, die Gestaltung von Raum und Bühne, die Entstehung von Volkstanzstücken* usw. und befassten sich mit der Gestaltung des »sozialistischen Menschen« in Tanzinszenierungen. Ihre Choreographien waren Arbeitsgrundlage für Tanzgruppen der ganzen Republik. So dienten die beiden zentralen Ensembles nicht nur zur Repräsentation des Staates, sondern auch zur Durchsetzung der Vorgaben und Richtlinien für den praktischen Volkstanz, die im Zentralhaus erarbeitet wurden.⁴⁰

Für die Laienkunst und die zu etablierende Massenkultur spielte das Zentralhaus eine wichtige Rolle als übergreifendes Kontroll-, Organisations- und Publikationsorgan. Angestrebt und durchgesetzt wurden zunächst die Angliederung der Volkskunstgruppen an die bestehenden Massenorganisationen sowie die enge Anbindung der Breitenkultur an Betriebe und Fabriken. Dafür sollten Kultur- und Klubhäuser zur Verfügung gestellt werden.⁴¹ Die sozialistisch-kulturpolitische Ausrichtung der DDR machte den Einbezug der Arbeiterschaft in das kulturelle Leben notwendig.⁴² Gerade dem Tanz als

39 Vgl. dazu: Sorbisches-National-Ensemble (Hg.), *Serbski ludowy ansambl. Das Sorbische National-Ensemble. Chronika. Chronik*, Bautzen 2005 sowie Theresa Jacobs, *Der Sorbische Volkstanz in Geschichten und Diskursen*, Bautzen 2014.

40 Aenne Goldschmidt, Rosemarie Lettow und Albin Fritsch, *Der Tanz in der Laienkunst*, hg. vom Zentralhaus für Laienkunst, Halle a. d. S. 1952.

41 Horst Groschopp, »Breitenkultur in Ostdeutschland. Herkunft und Wende – wohin?«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 (2001), S. 15–22, hier S. 21.

42 Miriam Normann, »Kultur als politisches Werkzeug? Das Zentralhaus für Laien-

einer den breiten Massen leicht zugänglichen Form kultureller Unterhaltung kam dabei eine zentrale Bedeutung zu. Das Zentralhaus sollte »vornehmlich für die Volksmassen da [sein], die sich im Anschluss an ihre Berufsarbeit der künstlerischen Tätigkeit« hingeben wollen.⁴³ Im Zentralhaus war die Abteilung 5 für Tanz zuständig, vor allem für Volks- und Laientanz. Das entsprach der 1953 erhobenen Forderung, sich auch »wissenschaftlich« mit dem Volkstanz auseinanderzusetzen, »sich der ideologischen Aufgabe des Tanzes bei der Um-erziehung der Werktätigen bewusst« zu werden.⁴⁴ Im Vordergrund standen daher die Volkstanzforschung und die Verbreitung ihrer Erkenntnisse an die regionalen Volkstanzgruppen in Form von Lehrgängen und Publikationen. Auf diese Weise sollte eine Mobilisierung und Ausbildung der Arbeiter auf künstlerischem Gebiet gewährleistet und gefördert werden.

Das Zentralhaus für Kulturarbeit der DDR war direkt dem Ministerium für Kultur unterstellt und folgte in seiner Arbeit den Beschlüssen der SED. Ein sehr weitreichendes vom Zentralhaus ausgehendes System vernetzte dieses mit den Massenorganisationen, wie dem FDGB und der Freien Deutschen Jugend (FDJ), sowie mit unzähligen Kulturhäusern und Kommunen.⁴⁵ Dieses Netzwerk wurde zu einem flächendeckenden Beratungs- und Ausbildungssystem, das die Volkskunstschaffenden mit den nötigen Schulungs- und Unterrichtsmaterialien versorgte. Darin enthalten waren Richtlinien und Normen für Tänzer und Lehrende, nicht nur zur Körper- und Bewegungsschulung, sondern auch zur kulturpolitischen Ausrichtung der Tanzpraxis insgesamt. In der 1957 gegründeten Zentralen Arbeitsgemeinschaft Tanz (ZAG) übernahm Rosemarie Ehm-Schulz (vorher Lettow-Schulz) die Leitung der Arbeitsgruppe Bühnentanz, die 1966 in ZAG Folklore und Bühnentanz umbenannt wurde. Ehm-Schulz war es auch, die bereits 1960 nach sowjetischem Vorbild ein Volkstanzexercice in Anlehnung an das Klassische Ballettexercice entwickelte, um die Professionalisierung des Volkstanzes weiter voran zu treiben.⁴⁶

bzw. Volkskunst in Leipzig 1952–1962«, in *Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik* 1/2008, http://www.kulturation.de/ki_1_thema.php?id=113 (16. 2. 15).

43 Helmut Holtzhauer, »Die Errichtung des Zentralhauses für Laienkunst«, in *Volkskunst. Monatsschrift für das künstlerische Volksschaffen* 1 (1952), hier S. 4.

44 Hanna Walsdorf, *Bewegte Propaganda: Politische Instrumentalisierung von Volkstanz in den deutschen Diktaturen*, Würzburg 2010, S. 196.

45 Ebd., S. 167.

46 Rosemarie Ehm-Schulz, *Volkstanzexercice. Entwickelt in der Tanzgruppe des Staatlichen Dorfensembles der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig 1960.



Abb. 7: Titelbild Aenne Goldschmidt, *Probleme unseres Tanzschaffens*, Zentralhaus, Leipzig 1961; © Tanzarchiv Leipzig.

Das »Genre Nationaltanz« sollte auch innerhalb der sonstigen Tanzausbildung besonders gefördert werden. Neben den regulären Ausbildungsfächern wurde an allen staatlichen Schulen für Tanz Charaktertanz und Folklore unterrichtet. An der Berliner Ballettschule wurde ab 1959 unter der Leitung von Erika Wittig eine dreijährige Spezialausbildung für Folklore eingerichtet. Diese sollte »Spitzenkräfte auf dem Gebiete des folkloristischen Tanzes, die den wertvollsten Kader in der Führung unseres Volks- und Laientanzbewegung darstellen« hervorbringen und damit nicht nur Folkloresolisten für Theater, sondern auch Nachwuchs für die Volkskunstensembles ausbilden.⁴⁷

Über die Arbeit des Zentralhauses berichtet rückblickend Jürgen Goewe, der dort ab 1959 in wechselnden Positionen vorrangig im Bereich Tanz tätig war und das Tanzensemble der Deutschen Post in Leipzig leitete:

[...] das zentralistische Prinzip in der Führung in der DDR war durchaus mit demokratischen Elementen untersetzt, nämlich durch die Arbeitsgemeinschaft des Künstlerischen Volksschaffens, wo die Leiter von [...] Tanzgruppen und

47 Fachkommission Tanz für die Ausarbeitung eines sozialistischen Fach- und Hochschul-Programms beim Ministerium für Kultur: Thesen zur Tanzausbildung und zur Volks- und Laientanzpflege in den nächsten sieben Jahren, 15.6.1959, S.5 f., BArch DR1/581, 1071–1097.

interessierte Leute aus Institutionen mit verankert waren. Die konnten über die Kreisstadt und über die Bezirkskabinette für Kulturarbeit – da waren die Arbeitsgemeinschaften angesiedelt – oder über die Zentrale Arbeitsgemeinschaft – angesiedelt am Zentralhaus für Kulturarbeit – darauf Einfluss nehmen, was als Orientierung raus kam und was man als Weiter- und Ausbildung gemacht hat [...]. Aber wie gesagt, sicher haben wir Vorgaben gehabt und ich konnte im Zentralhaus – das sind ja fast dreißig Jahre gewesen – ich konnte im Grunde genommen alles, was mir als Fachmann vorgeschwebt hat, aber immer abgesichert war mit mindestens sechs oder zehn anderen Kollegen oder Pädagogen, mit denen ich ständig im Kontakt stand, das konnte ich durchziehen. Das war als Nichtgenosse im Zentralhaus für Kulturarbeit und da waren vielleicht achtzig, fünfundachtzig Prozent Genossen in dem Haus. Aber dann passierte immer wieder, dass der Direktor Dr. Morgenstern irgendwie am Morgen dastand und mich beordert hat zur Sitzung der Leitung und gesagt hat: ›Du pass mal auf! Wir haben hier die Aufgabe, dies und jenes einzuschätzen, was weiß ich, Tanzfest oder irgendeine Reise, [...] interessiert uns mal, was deine Meinung ist.‹ [...] Also ich hatte nie Probleme. Und die haben mich alleine fahren lassen zu Werkstätten von zweihundertfünfzig Mitwirkenden, international, wo sonst eine ganze Korona von Genossen aus dem Ministerium und anderen Einrichtungen mitfahren sozusagen zur Sicherheit da. Das war ohne Grund. Ich habe mich ja auch nicht gegen den Staat gestellt. Das muss man auch sagen. Ich habe eine gute, fachliche, engagierte Arbeit machen wollen und ein gutes Angebot mit interessanten Themen und Darbietungen auf der Bühne gewollt für die Gruppen.⁴⁸

Die Ausrichtung der Festspiele und Festivals wurde ebenfalls durch das Zentralhaus organisiert und kontrolliert, verknüpft mit seiner Tätigkeit in den Bereichen Ausbildung, Förderung und Vermittlung. Hier fand nicht nur ein Erfahrungsaustausch unter den Tanzschaffenden statt, sondern auch ein Vergleich der Volkstanzgruppen, entsprechend der für die Kulturarbeit etablierten Prinzipien von Wettbewerb und Leistungsschau. Die Verantwortlichen schufen damit eine Gelegenheit, die Tanzschöpfungen auf ideologische Richtlinien und sozialistische Thematiken zu überprüfen.⁴⁹ Die SED hatte eine bewusste Hinwendung zur Gegenwart des sozialistischen Staates und zu einer lebendigen Fortsetzung der Volkstanztradition gefordert. So entstand eine spezifische ›Volkstanzform‹ der DDR, die Elemente des Volkstanzes mit den Leitlinien sozialistisch-realistischer Kulturarbeit verband und stark auf Bühnenpräsentationen ausgerichtet war.

Mit den Rudolstädter Festspielen erhielt der Volkstanz eine Plattform, auf der sich jährlich über 3.000 Volkstänzer trafen. Die Festspiele entwickelten sich

48 Interview von Theresa Jacobs mit Jürgen Goewe am 5. 12. 2013.

49 Walsdorf, *Bewegte Propaganda* (Fn. 44), S. 230.

zum Volksfest mit dem »Charakter einer großen Leistungsschau.«⁵⁰ In einem sorgfältig organisierten ideologischen Rahmen sollten die Leistungsvergleiche für die Volkskunstkollektive zugleich Rechenschaftsablegung und Prüfung sein, ihre weltanschaulich-ideologische Linie wie auch ihre künstlerische Entwicklung bezeugen.⁵¹



Abb. 8 und 9: 3. und 4. Fest des Deutschen Volkstanzes in Rudolstadt 1957 und 1958, Foto: Groß; © Tanzarchiv Leipzig.

⁵⁰ Lothar Nebel, »Das Tanzfest der DDR in Rudolstadt – Leistungsschau und Volksfest zugleich«, in *Der Tanz* 5/6 (1970), S. 4.

⁵¹ Walsdorf, *Bewegte Propaganda* (Fn. 44), S. 233 und Normann, *Kultur als politisches Werkzeug* (Fn. 42).

Neben Rudolstadt existierten viele weitere Festivals, insbesondere die Arbeiterfestspiele, das Festival sozialistischer Länder, die Weltfestspiele der Jugend und Studenten, aber auch die Festivals der sorbischen Kultur. Die Festspiele boten dem Volkstanz insgesamt eine große Bühne, verpflichteten ihn aber zugleich – im Rahmen einer Körperpolitik, die sich auch am sowjetischen Massenfest orientierte⁵² – auf repräsentative Funktionen.

Andererseits gab es eine Praxis des Volkstanzens in eher privaten Bereichen und ländlichen Kontexten, etwa bei Familienfeiern, Hochzeiten etc., bei denen auch die jeweiligen regionalen Traditionen weiterhin zur Geltung kamen. Hier konnte das Tanzen als ein Mittel zur Bildung von Gemeinschaft dienen, das nicht immer deckungsgleich war mit den auf staatlicher Ebene geplanten Tanz- und Veranstaltungsformen. Innerhalb des sorbischen Volkstanzes kam solchen Tänzen eine spezielle gemeinschaftsstiftende Funktion im Hinblick auf ihren Minderheitenstatus zu, wenngleich choreographierte Tänze für die Bühne auch hier wesentlich dominanter waren.⁵³

In den 1980er Jahren äußerte sich schließlich immer häufiger ein Bedürfnis nach geselligem Tanzen, wodurch zunehmend auch eine jüngere Generation angesprochen wurde. Die spätestens in den 1970er Jahren auch in der DDR aufblühende Folk-Bewegung basierte auf einem neuen Interesse an der Weitergabe von Tanzwissen sowie an der aktiven Beteiligung am Tanzen als einem gesellschaftlichen Freiraum. Damit wurde in den letzten Jahren der DDR die Trennung von Bühnenpräsentation und Publikum wieder aufgelockert, die sich bis dahin in der repräsentativen Volkstanzpraxis durchgesetzt hatte. Die Tanzpädagogin Eva Sollich, die bereits seit 1977 im thüringischen Benshausen ein Tanzhaus ins Leben gerufen hatte und Mitglied der ZAG war, verfolgte diese Idee bereits seit ihrer Ausbildung bei Gret Palucca in Dresden. Die Initiative des gemeinsamen Tanzens sieht Eva Sollich rückblickend als Ergebnis einer Studentenbewegung:

Also das war so ein Gedanke, der immer in mir war, dass ich so was auf dem Dorf machen möchte. Also weil ich wusste, die Bewegung in Leipzig oder Berlin, in Plauen und so, in diesen Städten ist gewachsen von Studenten. Und das ist zum Teil in Ungarn ja auch gewesen. Wobei die Kulturpolitik glücklicherweise beides im Auge hatte. Und durch diese Seminare bei Aenne Goldschmidt, die ja auch immer mal noch auf die Landstraße ging und Feldforschung gemacht hat, war für mich der Gedanke – und sie hat uns auch immer ermuntert, hat gesagt: ›Geht raus. Noch ist was zu holen. Es ist noch nicht zwölf. Es ist fünf vor zwölf, wie man so formulierte. Und das war einfach so der Gedanke bei mir, dass ich an das

52 Vgl. Malte Rolf, *Das sowjetische Massenfest*, Hamburg 2006.

53 Jacobs, *Der Sorbische Volkstanz* (Fn. 39).

Grenzgebiet will, irgendwo, Thüringen war 25 km weg von der Grenze, an das Sperrgebiet draußen. [...] Und dadurch, dass ich dann in die Dörfer gegangen bin und mir man noch vorgetanzt hat und so. Die alten Leute, das war für mich eine Offenbarung.⁵⁴

Der Stagnation der Bühnenkunst gewahr,⁵⁵ unterstützte das Zentralhaus in Anlehnung an die ungarische Tanzhaus-Tradition das verstärkte Bedürfnis nach dieser neuen Form des gemeinsamen Tanzens seit Beginn der 1980er Jahre, seit 1984 auch mit einer zweijährigen berufsbegleitenden Spezialschulung zum Tanzmeister, deren Ausbildungsstrukturen und -inhalte Eva Sollich gemeinsam mit Sigrid Römer festlegte. Besonders in Berlin, Halle a. d. S., Potsdam, Dresden, Altenburg und Leipzig gab es zahlreiche Folkgruppen, die zumeist aus Eigeninitiative hervorgegangen waren, mit dem Impuls, wieder nach deutschen Volktänzen zu suchen, diese zu erlernen und zu vermitteln sowie geselligen Tanz zu pflegen. Auf diesen Erfahrungen aufbauend, entstand schließlich eine neue Volkstanzbewegung zum Mitmachen, die den Bühnenpräsentationen diametral entgegen stand.⁵⁶



Abb. 10: Titelbild Eva Sollich, *Der Deutsche Volkstanz. Ein Mittel der Kommunikation*, Zentralhaus, Leipzig 1988; © Tanzarchiv Leipzig.

54 Interview von Theresa Jacobs mit Eva Sollich am 28. 11. 2013.

55 Peter Fauser, *Die Volkstanzentwicklung in Deutschland in den letzten 50 Jahren*, Festvortrag vom 14. Bundesvolkstanztreffen 1997 in Erfurt, Erfurt 1998, S. 20f. und Interview von Theresa Jacobs mit Jürgen Goewe am 5. 12. 2013.

56 Elvira Heising und Sigrid Römer, *Der Tanz im »künstlerischen Volksschaffen« der DDR. Amateurbühnentanz, Volkstanz zum Mitmachen*, Remscheid 1994 sowie Volker Klotzsche und Sigrid Römer, *Tanz in Sachsen. Betrachtungen zum Amateur- und Volkstanz im 20. Jahrhundert*, Norderstedt 2006, bes. S. 106–128.

Dem Volkstanz in seinen verschiedenen Ausprägungen kam in der DDR über Jahrzehnte eine große Bedeutung im Hinblick auf die sozialistisch-realistisch ausgerichtete Kulturpolitik zu. Die Etablierung einer breiten Massentanzkultur wurde dabei maßgeblich gefördert durch die professionalisierten Ausbildungs- und Tanzensemblestrukturen und durch die Arbeit des Zentralhauses für Kulturarbeit mit einem starken Akzent auf Bühnenpräsentationen im Sinne einer »Folklore als deutsche Nationalbewegung«.⁵⁷ Die Instrumentalisierung von Volkstanz als »nationales Erbe« ließ jedoch gestalterische Freiheiten nur in sehr engem Rahmen zu. Dem dadurch entstehenden Defizit geselligen Tanzens begegnete das Zentralhaus in den 1980er Jahren schließlich mit dem Versuch, auch die Bewegung eines »Volkstanzens-zum-Mitmachen« zu integrieren. Für die weitere Aufrechterhaltung und Repräsentation des sozialistischen Gemeinschaftskörpers waren diese Impulse aber schwer nutzbar zu machen.

Sozialistische Laientanzpraxis – Prägungen vor 1933 und Tendenzen nach 1945

Nach 1945 konnte im Osten Deutschlands nur bedingt an die Traditionen des Ausdruckstanzes angeschlossen werden. Insbesondere der moderne Laientanz, um den es im Folgenden gehen soll und der bereits im Verlauf der 1920er Jahre eine vielgestaltige Institutionalisierung erfahren hatte, fand in der DDR keine offiziell anerkannte Fortführung. Dies ist umso bemerkenswerter als sich vor 1933 gerade in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine breite und vielfältige Laienpraxis entwickelt hatte, die nicht nur mit den durch Rudolf von Laban inspirierten Bewegungschören verbunden war, sondern auch mit den Festspielen der Arbeiterbewegung. Vor diesem Hintergrund ist die Frage naheliegend, ob diese Traditionslinien noch fortwirken konnten und welche Rolle der Laientanz in der DDR spielte. Im Folgenden wird zunächst die Vorgeschichte angedeutet bevor an einem konkreten Fall die Probleme der Tanzausbildung im Laientanz nach 1945 thematisiert werden.

Anfang der 1920er Jahre hatten Laban und einige seiner Schüler begonnen, mit dieser neuen Form zu experimentieren, welche an die Stelle von Volkstanz und Gesellschaftstanz treten oder zumindest doch eine wesentliche Alternative zu ihnen bieten sollte.⁵⁸ In den Bewegungschören tanzten von professionell

⁵⁷ Vgl. dazu Jens Richard Giersdorf, *Volkseigene Körper. Ostdeutscher Tanz seit 1945*, Bielefeld 2014, S. 47.

⁵⁸ Ausführlich zu den Bewegungschören: Martin Gleisner, *Tanz für Alle*, Leipzig 1928.

ausgebildeten Tänzern angeleitete Laien, Männer, Frauen und Kinder. Dabei zielte die Arbeit mit dem »Bewegungschor, der die Gemeinschaft auch im Tanz erleben läßt«,⁵⁹ nach dem Willen Labans und seiner Schüler zunächst weniger auf Aufführungen für ein Publikum als auf gemeinsame Übung bzw. Feier der Tanzenden. Die kollektive Bewegung konnte die Gemeinschaft der Tanzenden konstituieren und gleichzeitig erfahrbar machen. Insofern erscheinen die Bewegungschöre als eine elementare Form von Körperpolitik, mit der die Einbindung der individuellen Körper in ein Kollektiv organisiert wurde, wie Kurt Heilbut schrieb: »Im Laientanz wird durch den Tanz erzogen, ist der Tanz Mittel. [...] Schon in der gemeinsamen – chorischen – Betätigung, nicht nur im Dargestellten liegt etwas Sozialistisches.«⁶⁰ Im Rahmen der Arbeiterfestkultur mit ihren Massenveranstaltungen und Masseninszenierungen spielten die Bewegungschöre bald eine wichtige Rolle – wodurch Arbeiterfestkultur und Arbeiterbewegung umgekehrt bald auch den Laientanz prägten.⁶¹

Im Hinblick auf die spätere Entwicklung von Laientanz in der DDR ist es interessant zu sehen, inwiefern Ostdeutschland für die Arbeit der Bewegungschöre eine besondere Rolle spielte. So leitete Martin Gleisner in Jena die sogenannten Thüringer Bewegungschöre Rudolf von Laban, während in Halle a. d. S. die Tanzpädagogin Jenny Gertz bewegungschorisch mit Erwachsenen und Kindern arbeitete. In Leipzig leitete Otto Zimmermann einen »Sprechbewegungschor« am Arbeiter-Bildungsinstitut (ABI). In der an das ABI angeschlossenen Zeitschrift *Kulturwille* wurde regelmäßig über Laienarbeit, Sprechbewegungs- und Bewegungschöre berichtet. 1933 brach die Entwicklung der Bewegungschöre im Kontext der Arbeiterbewegung ab, die Chöre stellten ihre Arbeit ein, die drei genannten Akteure emigrierten innerhalb kürzester Zeit. Nach 1945 kehrte von ihnen nur Jenny Gertz nach Deutschland zurück.

59 Rudolf von Laban, »Vom Sinn der Bewegungschöre«, in *Schrifttanz. Vierteljahresschrift* 2 (1930), S. 25 f., hier S. 26.

60 Kurt Heilbut, »Neue Formen proletarischer Festkultur« (2. Teil), in *Sozialistische Bildung* 8 (1931), S. 243–248, hier S. 244. Einen Überblick zur Körperpolitik der sozialistischen Chöre bietet Michael Wehren: »Speaking Choirs and Movement Choirs: Remarks on a Socialist Choreographic Community«, in LIGNA und Patrick Primavesi (Hg.), *Bewegungschöre. Körperpolitik im modernen Tanz*, Leipzig 2015 [im Erscheinen]. Zur Beziehung von Arbeiterbewegung und Ausdruckstanz allgemein, vgl.: Yvonne Hardt, *Politische Körper. Ausdruckstanz, Choreographien des Protests und die Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik*, Münster 2004.

61 Vgl. allgemein zur Arbeiterfestkultur: Matthias Warstat, *Theatrale Gemeinschaften. Zur Festkultur der Arbeiterbewegung 1918–1933*, Tübingen 2005.



Abb. 11: Jenny Gertz zusammen mit Kindern und Erwachsenen aus ihren Bewegungschören, um 1930; © Tanzarchiv Leipzig.



Abb. 12: Bewegungschor Rudolf von Laban Halle a. d. S., Leitung Jenny Gertz, o. J.; © Tanzarchiv Leipzig.



Abb. 13: Jenny Gertz und Rose Mirelmann, *Revolutionsspiel*, Reichenberg, Tschechoslowakei 1935; © Tanzarchiv Leipzig.

In der frühen DDR gab es zwar ein Interesse an gemeinschaftsstiftenden Tanzformen, doch sollten diese eher auf dem Gebiet des Volkstanzes oder des Gesellschaftstanzes realisiert werden.⁶² An die Traditionen der Arbeiterfestkultur mit ihren dem Ausdruckstanz verbundenen Bewegungschören wurde nicht angeschlossen. Auch eine wissenschaftliche Rezeption blieb größtenteils aus. Selbst zu den Leipziger Gewerkschaftsspielen der 1920er Jahre erschien zunächst nur eine kürzere Studie,⁶³ während, abgesehen von einigen wenigen Aufsätzen, der Laientanz und seine Rolle in der Arbeiterbewegung kaum Beachtung fanden.⁶⁴ So wurde die ausführlichste DDR-Publikation zu diesem Thema erst 1990 veröffentlicht: die Lebenserinnerungen der 2006 verstorbenen Tänzerin und Tanzpädagogin Ilse Loesch unter dem Titel *Mit Leib und Seele. Erlebte Vergangenheit des Ausdruckstanzes*.⁶⁵ Loesch, die ihre Ausbildung bei Rudolf von Laban erfuhr und die lange Zeit Mitarbeiterin der Tanzpädagogin Jenny Gertz war, wirft nicht nur einen autobiografischen Blick zurück, sondern versammelt gleichermaßen historische Dokumente und persönliche Eindrücke. Ein wesentlicher Teil des von Loesch versammelten Materials dokumentiert hierbei die Rolle des Ausdruckstanzes im Rahmen der Arbeiterbewegung. Neben persönliche Erinnerungen an die Arbeit mit Martin Gleisner oder Jenny Gertz treten zeitgenössische Texte, welche diese Arbeit und ihr Umfeld dokumentieren. Mit Abstand betrachtet, liest sich das Buch wie ein Plädoyer zur Reevaluation der in der DDR verkannten Traditionsbestände des Ausdruckstanzes und seiner Bewegungschorpraxis:

In maßgeblichen Berichten über kulturelle Aktivitäten und Erfolge auf den Gebieten der Bildung und Kunst, der Entwicklung der Kreativität sowie der sozialen und gesundheitlichen Erziehung kann man von der Bedeutung des Tanzes für die Allgemeinheit kaum etwas spüren. Das ist keineswegs neu, aber es hat in Deutschland – und nicht nur hier – eine Zeit gegeben, in der diese Bedeutung durch eine revolutionäre Entwicklung erfolgreich bewiesen werden konnte: das erste Drittel unseres Jahrhunderts.⁶⁶

62 Vgl. zum Volkstanz: Walsdorf, *Bewegte Propaganda* (Fn. 44).

63 Vgl. Klaus Pfützner, *Die Massenspiele der Arbeiter in Leipzig 1920–1924*, Leipzig 1960.

64 Eine Ausnahme bildet beispielsweise Hansjörg Bartsch, »Die Stellung von Tanz und Bewegungschören in der Arbeiterkulturbewegung (1919–1933)«, in *Tanztraditionen. Aufsätze und Betrachtungen zur historischen Entwicklung des kammertänzerischen Schaffens*, Leipzig 1982, S. 80–118.

65 Ilse Loesch, *Mit Leib und Seele. Erlebte Vergangenheit des Ausdruckstanzes*, Berlin 1990.

66 Ebd., S. 10 f.

Trotz vereinzelter Bemühungen um ein Wiederaufgreifen bewegungschorischer Laienarbeit gab es hierfür kaum offizielle Unterstützung. Exemplarisch hält Loeschs Bericht über eine Gedenkveranstaltung zu Labans 100. Geburtstag in Berlin fest, dass vieles »nicht zur Sprache« gekommen sei – »nicht zuletzt [...] die politisch wirksame Arbeit, die mit den Mitteln des modernen Tanzes und speziell des Bewegungschores geleistet worden ist«. Auch die Bedeutung bewegungschorischer Arbeit für die »soziale Erziehung« und ihr »Einfluß auf die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit« wurde nach Loesch nicht thematisiert.⁶⁷ Loesch, deren Nachlass sich im Tanzarchiv Leipzig befindet, wusste wovon sie schrieb, hatte sie doch unter anderem bis 1933 in Halle a. d. S. mit Jenny Gertz zusammengearbeitet. Ausgehend von deren Nachlass, der sich ebenfalls im Tanzarchiv Leipzig befindet, lässt sich beispielhaft aufweisen, wie schwierig für einzelne Akteure im Rahmen der DDR ein Wiederschluss an Tanzformen vor 1933 war – auch wenn sich die Akteure dezidiert als sozialistisch oder kommunistisch verstanden.

Jenny Gertz, geboren 1891 in Berlin, erhielt Ende 1923 ihr Laban-Diplom und war von 1925 bis 1927 zunächst als stellvertretende Leiterin der Hamburger Bewegungschöre Rudolf von Laban (Leitung Albrecht Knust) tätig.⁶⁸ Von 1927 an arbeitete sie in Halle und entwickelte dort zeitgleich ihre Bewegungschorpraxis weiter. Eine Besonderheit stellte hierbei seit ihrer Hamburger Zeit Gertz' bewegungschorische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen dar. In dieser wurde das gemeinsame Tanzen zur pädagogischen Grundlage. So entstanden nicht nur vielfältige Improvisationen – wobei den Kindern zum Beispiel Begriffe zur Nachahmung genannt wurden oder sie selbst welche vorschlugen – sondern auch Spiele beziehungsweise Inszenierungen, die vor Publikum gezeigt werden konnten. Gertz ließ die Kinder wie bereits zuvor in Hamburg in gemischten Gruppen tanzen – in Innenräumen, aber auch in der »freien Natur«. Wann immer dies möglich war, tanzte man darüber hinaus, inspiriert von Lebensreform und Nacktkörperkultur, unbekleidet. Anfang der 1930er Jahre war Ilse Loesch Assistentin bei Gertz und sie berichtet in ihren Lebenserinnerungen ausführlich über die Übungs- und Tanzstunden in Halle. Dort hebt sie auch hervor: »Die Teilnehmer kamen vor allem aus dem Proletariat, zum Teil waren sie Mitglieder der Naturfreundejugend, der KPD und SPD.«⁶⁹ Jenny Gertz selbst entwickelte sich zu dieser Zeit zur Kommunistin. In Tanzspielen wie *Schwarz-Rot* oder im sogenannten *Revolutionsspiel* griffen sie und

67 Ebd., S. 208.

68 Einen Einblick in diese Zeit gibt Gertz' Aufsatz »Tanz und Kind«, in *Die Schönheit* 2 (1926), S. 49–61.

69 Loesch, Mit Leib und Seele (Fn. 55), S. 81.

ihre Mitarbeiterin Rose Mirelmann zudem politische Fragestellungen auf, die chorisches verhandelt wurden und linke Positionen vertreten sollten. Nach einer Verhaftung durch die Gestapo emigrierte Gertz in die damalige Tschechoslowakei und von dort in das Vereinigte Königreich. Dort arbeitete sie unter sich oftmals ändernden Umständen weiter mit Kindern, bevor sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1947 nach Deutschland – und zwar in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) – zurückkehrte. In Halle versuchte Gertz an ihre dortige Arbeit vor ihrer Emigration anzuschließen. Hierzu gründete sie 1947 einen Kinderclub, mit dem sie ihre pädagogische Arbeit vor Ort fortsetzte. Im gleichen Jahr beschreibt Gertz in der Zeitschrift *Die neue Schule* ihren pädagogischen Ansatz:

Die schöpferischen Kräfte im Kinde zu wecken, anzuregen und zu entwickeln – das ist mein Ziel. [...] Oberstes Gesetz muß sein: »Niemals tue für ein Kind, was ein Kind selbst tun kann!« [...] Ich zeige den Kindern nie eine Bewegung. Ich gebe ihnen ein neues Spielzeug: ihren Körper und alle seine Möglichkeiten. Ihr Drang zum eigenen Experiment, zum eigenen Schaffen, läßt sie jedesmal neue Bewegungen entdecken! [...] Durch gegenseitiges Beobachten und Nachahmen wächst ihre Beobachtungsgabe, ihre Ausdrucksmöglichkeit, Phantasie und ihr Mut. Ein Kind lernt am besten vom Kinde.⁷⁰

Gertz pädagogisches Vorhaben im Jahr 1947 setzte weiterhin einerseits auf die Aktivierung der individuellen Vorstellungskraft, der Autonomie und Phantasie des Kindes: Zwar kommen der Pädagogin Aufgaben wie Korrektur, Hilfe und Unterstützung zu, doch ahmen die Kinder im Bewegungsspiel nicht ihre Bewegungen nach. Vielmehr improvisieren sie diese allein oder in Gruppen. Sie sollen – so Gertz – voneinander lernen und hierbei gemeinsam Fortschritte machen. Andererseits soll durch die »Kollektivierung« des Lern- und Spielprozesses eine physisch-psychische Eingliederung in die Gruppe und letztlich in die Gesellschaft erfolgen: »Sie werden glückliche, nutzbringende Glieder der menschlichen Gesellschaft, selbstständig denkend und handelnd, mutig ihren Mann stehend, wo immer sie sind.«⁷¹ Dass Gertz damit bewusst an ihre vor 1933 entwickelte Praxis anknüpfte, zeigt ein Rückblick auf ihre Grundsätze aus dem Jahr 1926: »Knaben und Mädchen ergänzen sich und lernen einer vom anderen, arbeiten in gemeinsamer Unterordnung im Gruppentanz an einem Ziel.«⁷²

70 Jenny Gertz, »Der Tanz des Kindes«, in *Die neue Schule* 8 (1947), S. 12–14.

71 Ebd., S. 290.

72 Gertz, Tanz und Kind (Fn. 68), S. 61.



Abb. 14: Kindergruppe beim Tag der Freundschaft, Leitung Jenny Gertz, Pionierpark in Halle a. d. S. 1950; © Tanzarchiv Leipzig.



Abb. 15: Jenny Gertz, Bauernspiel, o. J. und o. O., wahrscheinlich Halle a. d. S., nach 1947; © Tanzarchiv Leipzig.



Abb. 16: Jenny Gertz, Bauernspiel: *Das Neue (1000 Traktoren) kommt*, o. J. und o. O., wahrscheinlich Halle a. d. S., nach 1947; © Tanzarchiv Leipzig.

Gertz Arbeit nach 1945 setzte damit auf eine Aktivierung und gleichzeitige Disziplinierung der Kinder, die »Selbstvertrauen und Initiative« fördern und durch gemeinsame tänzerische Betätigung zugleich auf eine Veränderung und positive Beeinflussung ihrer »Einstellung zu Leben und Arbeit« hinwirken sollte.⁷³ An die Stelle einer professionellen Tanzausbildung trat damit das Bild einer tänzerischen Erziehung bzw. Erziehung durch Tanz, deren Ziel neue Menschen für eine neue, sozialistisch-kommunistische Gesellschaft waren. In dieser spielte das mimetische Vermögen der Kinder – die Fähigkeit und der Trieb zur gegenseitigen Nachahmung jenseits der Einbildungskraft einer Pädagogin – eine zentrale Rolle. Diese Vorstellungen gingen einher mit einer fundamentalen Kritik an der herkömmlichen Tanzausbildung. Laut Gertz laufe diese »in den meisten Tanzschulen« darauf hinaus, dass man »die Kinder [zwingt], eine Reihe von Übungen nachzuahmen, die von Erwachsenen für Erwachsene ausgedacht wurden, so daß die Kinder das Abbild ihrer Lehrer werden.«⁷⁴ An die Stelle eines solchen imaginären Abbildungs- bzw. Nachahmungsverhältnisses trat in der Praxis des Kinderhorts bzw. Kinderclubs, in dem unterschiedliche Altersklassen zusammen spielten, eine gemeinsame durch die Pädagogin angeleitete Praxis. Im Zeitzeugeninterview erinnert sich eines der ehemaligen Hortkinder sehr plastisch an dieses gemeinsame Lernen, Bewegen und gegenseitige Beobachten:

Ich hatte vorhin gesagt, dass die drei Altersgruppen beieinander waren – nachmittags – und sich gegenseitig beobachten und beurteilen konnten. Und hier war auch, dass die Jenny Gertz *andere* gefragt hat ›Wie würdest *du* das machen?‹ So, dass eigentlich nicht passiv diese vielen Kinder da rumsaßen, sondern sehr aufmerksam sein mussten, weil sie wie in der Schule ja dann auch gefragt werden konnten. ›Wie hättest *du* das gemacht? Zeig's mal!‹ Dann musste der sich wieder hinsetzen. Das war so in dieser Form. Und wenn einzeln getanzt wurde, dann im Kreis der anderen, wie ich gerade sagte. Weniger bei einer Aufführung später. Das waren alles Gruppentänze.⁷⁵

Die Kinder konnten zudem im Club »modellieren, [...] malen, musizieren und Theater spielen.«⁷⁶ Mit diesen Prinzipien – der Mischung der Altersklassen, der besonderen Position der Pädagogin, gemeinsamen Tanz- und Kommunikationsformen sowie einer kreativen Erziehung – passte Gertz jedoch kaum in die

73 Gertz, *Tanz des Kindes* (Fn. 70), S. 290.

74 Ebd., S. 289.

75 Interview von Michael Wehren mit J. A. am 6. 11. 2013.

76 Annemarie Görne, »Plädoyer für eine Idealistin. Das kostbare Erbe der Tanzpädagogin Jenny Gertz«, in *Wochenpost* 36 (1990), S. 15.

sich gerade konstituierende DDR. Deren Erziehungs- und Körperpolitik nahm eher das klassische Ballett, den Volkstanz, oder den Massensport in den Blick. Zwar benannte sich der Kinderclub in der Folgezeit in Pionierkulturgruppe Nikolai Ostrowski um und war an vielen öffentlichen Veranstaltungen beispielsweise mit Tanzdarbietungen beteiligt (in die auch die ideologisch bevorzugten Volkstänze integriert wurden), doch 1953 endete das Experiment mit Gertz' Austritt aus der Volksbildung, 1966 verstarb sie.⁷⁷ Aus den Archivbeständen und Gesprächen geht zwar nicht hervor, was sich in diesem Kontext genau abgespielt hat, doch für Gertz war dies wohl, glaubt man den Zeugnissen, ein schwerer (pädagogischer wie auch weltanschaulicher) Schlag. Ihre Arbeit als Pädagogin setzte sie daraufhin nur noch privat in ihrem Wohngebiet fort.⁷⁸ Insofern handelt es sich bei der Arbeit von Jenny Gertz um einen körperpolitischen Versuch aus der Frühphase der DDR, welcher wie eine Negativfolie die scheiternde Institutionalisierung einer Tanzform beschreibt. In den Stimmen, Erinnerungen und Erzählungen der unterschiedlichen Akteure – und in gänzlich unterschiedlichen Medien – lassen sich allerdings Spuren dieses Versuchs rekonstruieren. Dabei wird sichtbar, dass die kollektiven Momente der Kommunikation und tänzerischen Improvisation eine Herausforderung für die Körperpolitik der DDR und ihre Pädagogik darstellten, welche eher auf Disziplinierung und die Beherrschung von Tanzformen zielten. Denn während die Bewegungschöre von Gertz einerseits biopolitisch – etwa unter Hinweis auf Gesundheitsförderung durch Tanz – legitimiert wurden und auch explizit zur Kollektivität erziehen sollten, ging es ihr doch vor allem um die gemeinsame Produktion von Lernprozessen, Fähigkeiten oder Affekten, wobei auch die Ambivalenzen eines solchen Prozesses durchgespielt wurden.

Noch 1990 schätzte Ilse Loesch den Umgang mit der Arbeit von Jenny Gertz wie folgt ein: »Ihre Arbeitsweise ist später nirgend in ähnlicher Weise aufgenommen und weitergeführt worden.«⁷⁹ Betrachtet man Gertz Arbeit im Kontext der allgemeinen Rezeption des Ausdruckstanzes im Laientanzdiskurs der DDR, überrascht diese pauschale Aussage nicht. Zwar wurden in Fachpublikationen zur Laienkunst neben dem Volkstanz und anderen Formen auch »sogenannte Ausdruckstänze«⁸⁰ erwähnt. Dabei galten aber die »expressionistisch-symbolistischen« Bewegungschöre [...]« als negative »Proletkulterscheinungen«.⁸¹

77 Vgl. ebd. Die genauen Gründe dieses Austritts sind noch zu klären.

78 Vgl. Ursula Hempel, *Jenny Gertz – Ein Leben für die Kinder und den Tanz*, Typoskript, Nachlass Jenny Gertz, Tanzarchiv Leipzig, S. 3.

79 Loesch, *Mit Leib und Seele* (Fn. 55), S. 94.

80 Goldschmidt u. a., *Der Tanz in der Laienkunst* (Fn. 40), S. 11.

81 Ebd., S. 26.

Damit waren sie Teil des »Problem[s] ›Ausdruckstanz«⁸², dessen Weg, so Erich Janietz, »kein gangbarer Weg« sei – »er führt uns nicht zum realistischen Tanz, sondern von ihm fort.«⁸³ Aber gerade die deutlichen Absagen an die Bewegungschöre und den Ausdruckstanz zeigen, dass es offenbar nötig war Volkstanz, Massentänze u. a. als neue Leitformen für den Laientanz gegen die überlieferten Traditionen des Ausdruckstanzes und seine Laienarbeit abzugrenzen. Zugleich muss der generalisierenden Ablehnungspolitik vieler offizieller Darstellungen mit Skepsis begegnet werden. Janietz hatte noch 1957 durchaus in Erwägung gezogen, dass mit Mitteln des Ausdruckstanzes auch »realistisch« gestaltet werden könne.⁸⁴ Und im gleichen Kontext sprach Jenny Gertz in Rudolstadt über ihre Erfahrungen mit politischem Tanz zur Zeit der Weimarer Republik und in der Emigration.⁸⁵ So kann ein zumindest partielles Fortwirken bewegungschorischer Praxis im Laientanz der DDR angenommen werden, das unter Berücksichtigung einer breiteren Quellenbasis weiter zu untersuchen bleibt.⁸⁶

82 Erich Janietz, *Zu den Aufgaben im sozialistischen Laientanzschaffen*, Leipzig [o. J.], S. 10.

83 Ebd.

84 Ders., »Die Mittel des Ausdruckstanzes für realistische Gestaltung nutzen!«, in *Der Volks- und Laientanz in der sozialistischen Volkskunstbewegung. Bericht über die Arbeitstagung in Rudolstadt, 26.–27. September 1957*, Leipzig 1957, S. 33.

85 Jenny Gertz, »Wir kämpften mit dem Tanz gegen den Faschismus!«, ebd., S. 30–32.

86 Eine vertiefende Darstellung der Ergebnisse des Forschungsprojektes erfolgt in: Patrick Primavesi u. a. (Hg.), *Tanz in der DDR: Institutionen, Formen, Akteure*, Berlin 2015 [in Vorbereitung]. Ein Anschlussprojekt ist in Planung.

Wolfgang Lessing, Maria Berge, Carola Klinkert, Anne-Kathrin Wagler

»... den besonderen Erfordernissen der Nachwuchs- entwicklung«

Die Spezialschulen für Musik im Spannungsfeld von Hochbegabten-
förderung und Berufslenkung

1. Musikalische Begabungsförderung in Ost und West – ein kritischer Rückblick

Die Förderung des professionellen Nachwuchses in der Musik konnte auch nach dem Ende der DDR als eine besondere Errungenschaft des untergegangenen Systems gelten. In Westdeutschland gab es nichts Vergleichbares. Für besonders vielversprechende Instrumentalisten bestand dort zwar die Möglichkeit, den Status eines Jungstudierenden an einer Musikhochschule zu erhalten, für potenzielle spätere Musikstudenten boten die Musikschulen gesonderte Abteilungen an. Aber das war etwas völlig anderes als das Modell einer Spezialschule, das Jugendlichen die Möglichkeit gab, neben den allgemeinbildenden Fächern zugleich auch eine professionelle instrumentale Ausbildung unter dem Dach einer Musikhochschule zu erhalten. Zu den Charakteristika der vier Spezialschulen der DDR – Standorte waren Berlin, Dresden, Halle und Weimar – zählte vor allem die Tatsache, dass sie auf der einen Seite organisatorischer Bestandteil einer Musikhochschule waren, gleichzeitig aber den Charakter einer selbstständigen Institution trugen – mit eigenen Gebäuden, eigenem Internatsbetrieb und einem Lehrkörper, der zum einen der jeweiligen Musikhochschule angehörte (und dort auch zum Teil unterrichtete), zum anderen aber – zumindest teilweise – auf die besonderen Anforderungen einer Arbeit mit Jugendlichen spezialisiert war. Daraus ergab sich eine charakteristische Mischung: Die Spezialschulen boten einen Lehrbetrieb, der von umfangreicher Einzelbetreuung gekennzeichnet war (Hauptfachunterricht, Korrepetition) und sich in dieser Hinsicht kaum vom späteren Musikstudium unterschied. Andererseits waren sie aber auch »normale« Schulen, die sich am allgemeinen Lehrplan der Polytechnischen Oberschulen (POS) orientierten, einen Regelstudienabschluss nach der 10. Klasse boten (mit der Möglichkeit eines anschließenden Musikstudiums) und durch einen Unterrichtsbetrieb geprägt waren, der sich – mit Ausnahme der kleineren Klassenstärken und einer teilweisen Nutzung der Nachmittagsstunden – nur wenig von den äußeren Abläufen anderer Schulen unterschied. Die Internatsstruktur, die sich aus dem Anspruch

ableitete, alle Kinder der jeweiligen Region – und nicht nur die vor Ort ansässigen – zu erreichen, verstärkte die institutionelle Eigenständigkeit: Ein Spezialschüler war Teil einer eigens auf ihn zugeschnittenen Institution und nicht lediglich, wie der Jungstudent im Westen, ein externer Besucher (um nicht zu sagen ›Fremdkörper‹), der die hochschulischen Strukturen zwar nutzte, ohne wirklich dazuzugehören.

Dass es im Westen Derartiges nicht gab, hängt wohl vor allem mit der Tatsache zusammen, dass die Förderung von Begabung und Hochbegabung dort bis in die späten 1980er Jahre hinein weder ein Thema der Pädagogik noch der Bildungspolitik war. Mit Fragen der musikalischen Begabung beschäftigten sich vor allem die Musikpsychologen – allerdings ging es hier vorwiegend um Grundlagenforschung und so gut wie nie um die ins pädagogische Terrain hineinweisende Frage nach einer bestmöglichen Förderung des ›begabten‹ Nachwuchses. Diese auffallende Ausklammerung zeigt sich etwa an der Tatsache, dass es in der 1980 gegründeten instrumentalpädagogischen Fachzeitschrift *Üben & Musizieren* bis zur Wiedervereinigung keinen einzigen (!) Beitrag gab, der sich dezidiert mit der Förderung angehender jugendlicher Profimusiker beschäftigte. Man muss die Einschätzung des ehemaligen Rektors der Detmolder Musikhochschule, Richard Jacoby, nicht unbedingt teilen, der die 68er-Bewegung dafür verantwortlich machte, in Westdeutschland eine Situation geschaffen zu haben, in der »unter den Reizworten ›Leistungsdruck‹ oder ›Fixierung‹ auch jene Jugendlichen, die zu höchster künstlerischer Leistung bereit waren, äußerst verunsichert und in ihrer Arbeit und Entwicklung [...] gestört wurden«,¹ um dennoch zu konstatieren, dass die Frage nach ›Exzellenz‹ oder gar ›Eliteförderung‹ bis circa 1990 in Westdeutschland eine musikpädagogische No-go-Area darstellte.

Es waren im Wesentlichen drei Ursachen, die dazu führten, dass sich diese Situation ab 1990 langsam, aber grundlegend veränderte.

1) Zum einen zeichnete sich in der Musikpädagogik zu diesem Zeitpunkt eine Situation ab, in der die öffentlichen Gelder für Musikschulen drastisch zurückgefahren wurden und das Schulfach Musik sich einem alarmierenden Stundenausfall ausgesetzt sah. Diese als dramatisch empfundene Situation führte dazu, dass maßgebliche wissenschaftliche Fachvertreter ihr eigenes Tun verstärkt gesellschaftspolitisch begriffen und offen als Vorkämpfer ›ihres‹ Faches in Erscheinung traten. Dem Musikpädagogen und Begabungsforscher Hans Günther Bastian bleibt das Verdienst, erkannt zu haben, dass der Ruf nach musikalischer Spitzenförderung ein entscheidendes Vehikel war, um

1 Richard Jacoby, »Zur Situation der musikalischen Berufsausbildung und Nachwuchsförderung in der Bundesrepublik Deutschland«, in *Üben & Musizieren* 2 (1985), S. 78.

politisch die Forderung nach einer reflektierten Breitenarbeit durchsetzen zu können.² Denn anders als in den Jahren zuvor hatte sich die bildungspolitische Landschaft in Westdeutschland im Verlauf der 1980er Jahre so verändert, dass das Leistungsargument politisch durchaus wieder auf offene Ohren stieß. Der Slogan »Leistung muss sich wieder lohnen«, mit dem Helmut Kohl im Bundestagswahlkampf 1982 angetreten war, hatte, wenn auch mit gehöriger Verzögerung, zu einer Neujustierung der bildungspolitischen Diskussion geführt. Als symptomatisch für diesen Wandel kann der große Eindruck gelten, den die Begabungsforscher der DDR bei ihrem Auftritt auf dem *Internationalen Kongress für das hochbegabte Kind* 1982 in Hamburg bei ihren westdeutschen Kollegen hinterließen.³ Erstaunt nahm man auf bundesdeutscher Seite ein Bildungssystem zur Kenntnis, in dem nicht nur theoretisch über Begabung nachgedacht wurde, sondern das anscheinend vor allem über hochentwickelte Strukturen zur Begabungsdiagnose und -förderung verfügte. In Hinblick auf die Musik versuchte Bastian diese neue Situation mit drei großangelegten und politisch auf höchster Ebene unterstützten Symposien sowie der von ihm betriebenen Gründung des Paderborner *Instituts für Begabungsforschung und Begabungsförderung* zu nutzen.

2) Vollends in ein helles Licht gerückt wurde das ostdeutsche Modell der Spezialschulen mit der Wiedervereinigung. Wenngleich die im engeren Sinne instrumentalpädagogische Szene der alten Bundesländer zunächst in erstaunlich geringem Umfang von diesen Einrichtungen Notiz nahm, so bildeten sie doch für die Schulmusik und die Begabungsforschung wichtige Orientierungspunkte. In zwei Expertentagungen wies der *Verband Deutscher Schulmusiker* Anfang der 1990er Jahre »auf die Bedeutung der ehemaligen Spezialschulen und Spezialklassen für Musik in der ehemaligen DDR« hin und empfahl sie »nach modifizierter Anpassung an das Bildungssystem der Bundesrepublik als eine vorbildliche und nachahmenswerte Einrichtung auch den westlichen Bundesländern«.⁴ Diese uneingeschränkt positive Sichtweise wurde von Bastian aufgegriffen, der 1991 im Anschluss an die von ihm initiierte *Internationale Expertenkonferenz über musikalische Begabungsforschung und Begabungs-*

2 Vgl. Hans Günther Bastian, *Leben für Musik. Eine Biographiestudie über musikalische (Hoch-)Begabungen*, Mainz 1989, S. 376 sowie Hans Günther Bastian (Hg.), *Schulmusik und Musikschule in der Verantwortung. Begabungsforschung, Begabtenfindung und Begabtenförderung »von unten«*, Mainz 1997, S. 15.

3 Vgl. Dagmar Schulz, *Zum Leistungsprinzip in der DDR. Politische und pädagogische Studien*, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 91 f.

4 Karl Heinrich Ehrenforth (Hg.), *Musikalische Begabungsförderung und schulische Allgemeinbildung. Dokumentation der Expertentagung vom 31. Mai/ 1. Juni 1991 in Weimar*, Mainz 1991.

förderung in Hadamar und als Antwort auf eine Große Anfrage im Deutschen Bundestag dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft einen Empfehlungskatalog vorlegte, in dem u. a. ein »sofortige[r] fachliche[r] Austausch über den (ggf. modifizierten) Fortbestand der Spezialschulen der ehemaligen DDR und den Spezialklassen an den Musikhochschulen« gefordert wurde.⁵ Angesichts der Tatsache, dass die ehemaligen Spezialschulen just zu diesem Zeitpunkt um ihr Überleben kämpfen mussten, kann die Bedeutung dieses Petitions für das Fortbestehen dieser Institute⁶ kaum hoch genug eingeschätzt werden. Fünf Jahre später kam Bastian erneut auf die Situation in den neuen Bundesländern zurück und schrieb nahezu euphorisch über die nun zu Musikgymnasien umgewandelten ehemaligen Spezialschulen:

Bildungs- und Schulpolitiker können ihre reine Freude haben und einen kleinen Wermutstropfen geradezu überlesen: Allein die materiellen Bedingungen von Schule und Internat (vor allem im letzten Bereich) sind noch nicht überall befriedigend gelöst (z. B. in Dresden). Trotz dieser leichten Trübung herrscht offensichtlich eitel Sonnenschein im Osten. In den neuen Bundesländern hat die Begabtenförderung in der Musik ihre eigene Metapher: »Der Himmel hängt voller Geigen.« Den Wolkenhimmel finden wir im Westen.⁷

Das wachsende Interesse an einer verstärkten Förderung des »begabten« Nachwuchses konnte sich in der Folgezeit mit dem nun allorten um sich greifenden Interesse an der, wie es nun hieß, Förderung von »Exzellenz« verbinden. Spätestens mit dem sogenannten Pisa-Schock im Jahre 2002 kam es zu »bedeutsame[n] Verschiebungen im öffentlichen Diskurs zu Bildung und Wissenschaft [...], die nicht nur als Verschiebungen der Semantik zu verstehen [waren], sondern auf gravierende organisatorische Transformationsprozesse hinweisen und deren Ausdruck sind.«⁸ Ein beredter Ausdruck dieser Transformationsprozesse sind die zahlreichen Gründungen von Pre-Colleges, mit denen die deutschen Musikhochschulen sich nun verstärkt um die Förderung des

5 Hans Günther Bastian, *Musikalische Hochbegabung: Findung und Förderung. Dokumentation einer internationalen Expertenkonferenz*, Mainz 1991, S. 270.

6 Bis auf die Spezialschule Halle, die während der DDR der Musikhochschule Leipzig zugeordnet war und nach der Wende den neu gezogenen Grenzen der Bundesländer zum Opfer fiel – Sachsen-Anhalt selbst besitzt keine Musikhochschule –, konnten alle ehemaligen Spezialschulen die Wirren der Wendezeit relativ ungehindert überstehen.

7 Bastian, *Schulmusik in der Verantwortung* (Fn. 2), S. 159.

8 Werner Helsper, »Elite und Exzellenz – Transformationen im Feld von Bildung und Wissenschaft?«, in Einleitung in den Thementeil *Zeitschrift für Pädagogik* 55 (2009), S. 167–174, vgl. auch Richard Münch, *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*, Frankfurt a. M. 2007.

heimischen Nachwuchses bemühten. Stellvertretend seien genannt: das Institut für musikalische Frühförderung Hannover (2000), das Pre-College Cologne (2005), das Detmolder Jungstudierenden-Institut (2005), die Freiburger Akademie zur Begabtenförderung (2007), die Young Academy Rostock (2008) und das Pre-College Würzburg (2013). Ein Ende dieser Gründungswelle ist noch nicht abzusehen.

Alle diese Neugründungen können als Einlösung der bereits 1991 erhobenen Forderung des Deutschen Musikrates nach einer »systematischen Etablierung von Studienzentren in Verbindung mit den 21 Musikhochschulen in Deutschland« gelten.⁹ Während diese Forderung damals allerdings noch mit dem Gedanken einer »modifizierte[n] Übernahme des in der ehemaligen DDR praktizierten Modells der [...] Spezialschulen für Musik«¹⁰ verknüpft war, scheint das ostdeutsche Erbe später keine allzu große Rolle mehr gespielt zu haben. Schon durch die häufig gewählte Bezeichnung »Pre-College« stellten sich die neu gegründeten Institute eher in einen internationalen Kontext (als Vorbild bei der Namensgebung fungierte möglicherweise das Pre-College der Julliard School in New York), als dass sie an die ostdeutsche Tradition der Spezialschulen anknüpften. Deutlich wird das etwa an der Darstellung, mit der das IFF Hannover auf seiner Internetseite die Gründe erläutert, die zu seiner Gründung geführt haben:

Obwohl Deutschland immer noch zu den führenden Musiknationen in der Welt gehört, ist es um unsere musikalische Spitzenförderung nicht immer und unbedingt zum Besten gestellt. Zu sehr hatte man jahrelang die Hochbegabten gesellschaftlich alleine gelassen und pädagogisch vernachlässigt, während gleichzeitig der internationale Leistungsstandard sich ständig nach oben entwickelte und der globale Konkurrenzdruck rapide anstieg.¹¹

Womöglich aus Gründen einer innerdeutschen Hochschul-Konkurrenz wird die ostdeutsche Tradition hier schlichtweg ignoriert. Das wäre an sich keiner weiteren Erwähnung wert, zeigte sich an dieser Nicht-Beachtung nicht ein grundlegendes Versäumnis: So häufig die DDR-Spezialschulen Anfang der 1990er Jahre als Vorbild für die westdeutsche Musikpädagogik genannt wurden, so sehr fehlte es in der Folgezeit doch an Versuchen, die Erfahrungen, die an diesen Schulen gemacht wurden, zu bergen und aufzuarbeiten. Es wurde

9 Andreas Eckhard, »Hochbegabtenförderung: Kulturpolitische Aspekte und Konsequenzen«, in Bastian, *Musikalische Hochbegabung* (Fn. 5), S. 118.

10 Ebd.

11 Vgl. IFF Hannover, »Geschichte«, <http://www.iff.hmtm-hannover.de/de/institut/geschichte/> (4.1.2015).

versäumt, zentrale Themen der musikalischen Begabungsförderung mit den Erfahrungsbeständen der alten Spezialschulen in Beziehung zu setzen. Zu diesen Themen zählte Bastian u. a. folgende Aspekte:

- Allgemeinbildung und frühe Spezialisierung in Musik – ein Balanceakt?
- Bewahrung und Anforderung: als Jugendlicher schon Profi sein müssen!
- Disziplin und Freiheit: Zwischen Arbeiten, Spielen und Üben
- Skepsis und Hoffnung: Berufsaussichten und -alternativen oder: Zur sozialen Verwendung des Gelernten.¹²

Zu ergänzen wäre die Frage, ob und inwieweit eine institutionelle Zusammenfassung musikalisch ›begabter‹ Kinder im Rahmen eines eigenständigen Instituts nicht auch eine Abtrennung von alltäglichen Lebenszusammenhängen bedeutet, die sich unter Umständen negativ auf die weitere Entwicklung auswirkt. Zu dieser Frage hatte Hermann Rauhe, der damalige Rektor der Hamburger Musikhochschule auf dem ersten Kongress des Paderborner Begabungsinstituts 1992 einen provokanten Denkanstoß geliefert. Ausgehend von der Überlegung, dass professionelles Musizieren wesentlich auf einer hochentwickelten Interaktionsfähigkeit gründet und Musiker daher immer auch ›Vermittler‹ sein müssen, die in der Lage sind, ihre musikalischen Intentionen anderen Menschen verständlich zu machen, postulierte er:

Das soziale Umfeld der Hochbegabten [...] wird bestimmt über die Fähigkeit, mit ›Normalen‹ umgehen, sich auf deren Bedürfnisse einstellen und sich damit verständlich machen zu können. [...] Der soziale Aspekt lässt sich da betonen, wo in der Schule und in anderen Ausbildungsbereichen der (die) Hochbegabte seine (ihre) Fähigkeiten zur Förderung Minderbegabter einsetzt.¹³

Aus diesem Grunde plädierte Rauhe *gegen* die Idee eines »Schutzpark[s]«, in dem Hochbegabte »ihre Kreativität frei von gesellschaftlichen Zwängen und einengenden Bindungen entfalten können.«¹⁴ Seine Einlassung wurde jedoch nicht weiter verfolgt. Das ist umso bedauerlicher, als gerade die von ihm angeschnittene Frage von grundlegender Bedeutung für die konzeptionelle Entwicklung musikalischer Spitzenförderung wäre. In diesem Zusammenhang hätte auch diskutiert werden können, was für Konsequenzen es mit sich bringt, wenn man, wie es für die Spezialschulen der DDR kennzeichnend war, den künstlerischen

12 Bastian, Schulmusik in der Verantwortung (Fn. 2), S. 20 f.

13 Hermann Rauhe, »Institutionelle Perspektiven der Begabungsförderung«, in Hans Günther Bastian (Hg.), *Begabungsforschung und Begabtenförderung in der Musik. Dokumentation eines Symposiums*, Mainz 1993, S. 116.

14 Ebd., S. 115.

schen Einzelunterricht mit der schulischen Allgemeinbildung unter einem Dach kombiniert. Welche Konsequenzen hat es, wenn zwei derart unterschiedliche Formate des Lehren und Lernens in ein und denselben institutionellen Kontext gestellt werden? Hier der Hauptfachunterricht, der von einer intimen Nähe zwischen Lehrer und Schüler geprägt ist, der mit einer hohen intrinsischen Motivation des Schülers rechnet und der gerade in seinen intensivsten Momenten quasi zeitenthoben ganz in die Sache eintaucht.¹⁵ Dort die schulische Allgemeinbildung, die – wie immer sie im Einzelnen ausgestaltet sein mag – doch weitgehend einem starren Umgang mit der Zeit folgt und nicht zwangsläufig auf eine hohe Motivation von Seiten der Schüler angewiesen ist: Klassenarbeiten und Abschlüsse lassen sich unter Umständen auch dann erfolgreich meistern, wenn kein sonderliches Interesse am Fachgegenstand besteht. Was passiert, wenn diese beiden grundverschiedenen pädagogischen Situationen in einem ›dualen System‹ miteinander verbunden werden? Führt es zu einem ›verschulten‹ Hauptfachunterricht? Wird der Bereich der Allgemeinbildung stärker marginalisiert als dies bei einer vollständigen Trennung der Institutionen möglicherweise der Fall wäre? Oder gibt es befruchtende Impulse zwischen beiden Säulen? Zur Klärung dieser und weiterer Fragen hätte eine gründliche Bestandsaufnahme der ostdeutschen Erfahrungen sicher einiges beitragen können.

3) Schließlich ist auf bedeutsame Forschungsentwicklungen hinzuweisen, die seit Beginn der 1990er Jahre die Herangehensweise an die Begabungsthematik grundlegend verändert haben und – anders als dies zuvor der Fall gewesen war – eine Verknüpfung von musikpsychologischen Erkenntnissen und bildungspolitischen Fragestellungen möglich machten. Mit dem sogenannten ›Expertise-Modell‹ verlagerte sich der Fokus von den statischen *Voraussetzungen* einer Leistung (Begabungsbegriff) hin zur Genese dieser Leistungen im Verlauf einer Biografie. Die Expertiseforschung stellt sich einfach die Frage, auf welche Weise Menschen zu ›Experten‹ in einer bestimmten ›Domäne‹ werden.¹⁶ Sie konzentriert sich dabei nicht so sehr auf jene Dimensionen, die sich nicht oder nur kaum beeinflussen lassen, also etwa auf das Begabungspotenzial oder auf bestimmte körperliche Voraussetzungen, die zur Meisterschaft innerhalb einer Domäne notwendig sind. Vielmehr sucht sie zu ergründen, auf welche Weise sich die Lebensumstände eines Experten von denjenigen eines Amateurs unterscheiden. Gibt es bestimmte

15 Vgl. Frauke Grimmer, *Wie Pianisten zu Künstlern werden. Klavierausbildung im 20. und 21. Jahrhundert miterlebt*, Berlin 2010; Christa und Tilman Allert, »Die Musikhochschule als Ort der Professionalitätsforschung«, in *Musik & Ästhetik* 16/64 (2012), S. 5–21.

16 Vgl. hierzu zusammenfassend: Hans Gruber und Andreas C. Lehmann, »Entwicklung von Expertise und Hochleistung in Musik und Sport«, in Franz Petermann und Wolfgang Schneider (Hg.), *Angewandte Entwicklungspsychologie* (Enzyklopädie der Psychologie, Themenbereich C [Theorie und Forschung], Bd. 7), Göttingen u. a. 2008, S. 497–519.

Dinge, die im Leben eines leistungsstarken professionellen Musikers schlichtweg anders verlaufen sind als im Leben anderer Menschen und können diese Unterschiede zur Erklärung dieser besonderen Leistungsfähigkeit dienen?

2. Zum Begriff der Schulkultur

Unsere Studie folgt, wiewohl sie in methodischer und auch inhaltlicher Hinsicht durchaus eigenständige Wege beschreitet, dem Forschungsparadigma des Expertise-Modells. Sie geht also nicht davon aus, dass es sich bei den ›Begabungen‹, die an den Spezialschulen der DDR gefördert wurden, um quasi voraussetzungslose Erscheinungen handelte – um ›Ressourcen‹ also, die nach besten Kräften aufgespürt und ausgebildet wurden. Sie distanziert sich mithin bereits in ihrem grundlegenden Ansatz vom Selbstverständnis der DDR-Pädagogik, das, wie unten noch genauer ausgeführt werden wird, in modifizierter Form von genau einem derartigen Ressourcen-Modell ausging. Stattdessen lässt sie sich von dem Grundsatz leiten, dass das, was nach außen als Begabung erscheinen mag, immer das Ergebnis komplexer Interaktionsprozesse zwischen Individuum und Umwelt ist. Ganz in Übereinstimmung mit der Expertise-Forschung können wir auch in unserer Studie zeigen, dass sich die Lebensläufe von Musikern, die als ›begabt‹ eingeschätzt werden, deutlich von den Biografien anderer Menschen unterscheiden. Das beginnt im frühesten Kindesalter innerhalb des familiären Raumes und setzt sich in der Instrumentalusbildung fort. Unterschiedliche Begabungspotenziale sollen damit selbstverständlich nicht geleugnet werden, erscheinen aber als Dispositionen, die von Anbeginn in dichtester Interaktion mit ihrer Umwelt stehen, sich durch diese Interaktionen unablässig verändern und damit zu keinem Zeitpunkt auf ihre vermeintliche ›Reinform‹ reduziert werden können. Die Zu- oder auch Aberkennung von Begabung durch die Umwelt wird also nicht als ein Urteil begriffen, das unbedingt etwas über die Beschaffenheit eines angeblich vorgängig vorhandenen, quasi ›natürlichen‹ Rohstoffes aussagt, sondern erscheint primär als eine interessengeleitete Aussage, die zu einem spezifischen Entwicklungsverlauf in wertender Form Stellung nimmt und die ihrerseits damit diesen Entwicklungsverlauf beeinflusst und formt. Sie erwächst auf dem Boden eines gesellschaftlich geprägten Begabungsdenkens, beeinflusst das Selbstbild der Betroffenen, bestimmt deren Rolle innerhalb des Ausbildungskontextes¹⁷ und hat weitreichende Auswirkungen auf die gesamte

17 Vgl. zu den Auswirkungen des Begabungsurteils auf das Rollenverständnis von Musikstudierenden: Henry Kingsbury, *Music, Talent, and Performance. A Conservatory Cultural System*, Philadelphia 1988, S. 59–84.

spätere Biografie. Wir fragen mithin nicht, auf welche Weise in den Spezialschulen ›Begabungen‹ gefördert wurden, sondern beobachten das Wechselspiel zwischen den Prägungen, die die Schüler in die Schule mitbrachten, und der Art und Weise, wie die Schule mit diesen Prägungen umging und sie weiterentwickelte. Der Begabungsbegriff erscheint in unserer Studie damit als ein Begriff zweiter Ordnung: Er wird als ein Konzept begriffen, das von den Akteuren in einer bestimmten Art und Weise verwendet wurde und damit deren Handeln und Denken beeinflusste. Unter einem wissenssoziologischen Forschungsparadigma versuchen wir, diese Verwendungsweisen zu rekonstruieren. Der Begabungsbegriff ist damit zwar ein wichtiger Gegenstand unserer Studie, zählt aber nicht zu deren theoretischem Inventar.

Dieser Ansatz führt uns zu dem aus den Erziehungswissenschaften stammenden Begriff der *Schulkultur*.¹⁸ Mit diesem Begriff versuchen wir zu rekonstruieren, was man umgangssprachlich einen bestimmten schulspezifischen Erziehungsstil nennen könnte. Diese Rekonstruktion berücksichtigt einerseits die allgemeinen bildungspolitischen und pädagogischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Spezialschulen der DDR ihre Ausbildungsarbeit leisteten. In der Theorie der Schulkultur wird diese gesellschaftlich vorgegebene Dimension als das *Reale* bezeichnet.¹⁹ Zum anderen wird in dieser Rekonstruktion beobachtet, wie diese Rahmenbedingungen konkret umgesetzt wurden; es wird also die strukturelle Ebene mit der Perspektive der jeweiligen Akteure verknüpft. Das wäre die Dimension des *Symbolischen*.²⁰ Und schließlich lässt sich diese Rekonstruktion von der Maßgabe leiten, dass in diese Perspektive immer auch Faktoren hineinspielen, die sich weder aus der Makroebene der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen noch aus der Mikroebene der jeweiligen Akteursperspektive ergeben. Uns ist bewusst, dass wir uns allein schon durch diese Blickrichtung vom Selbstverständnis eines zentralistischen Bildungssystems, wie es die DDR war, unterscheiden – eines Systems, in dem die einzelnen Spezialschul-Standorte ja nominell als weitgehend identische Agenturen begriffen wurden, die dieselben festumrissenen Erziehungsaufgaben zu bewältigen hat-

18 Vgl. Werner Helsper u. a., *Schulkultur und Schulmythos. Gymnasien im Transformationsprozeß zwischen exklusiver Bildung und höherer Volksschule. Rekonstruktionen zur Schulkultur I* (Studien zur Schul- und Bildungsforschung, Bd. 13), Opladen 2001 sowie Werner Helsper, »Schulkulturen als symbolische Sinnordnungen und ihre Bedeutung für die pädagogische Professionalität«, in ders. u. a. (Hg.), *Pädagogische Professionalität in Organisationen. Neue Verhältnisbestimmungen am Beispiel der Schule* (Studien zur Schul- und Bildungsforschung, Bd. 23), Wiesbaden, S. 115–145.

19 Helsper, *Schulkultur und Schulmythos* (Fn. 18), S. 24 ff. sowie Helsper u. a., *Schulkulturen* (Fn. 18), S. 123 ff.

20 Ebd.

ten. Unsere Studie zeigt jedoch, dass gerade die Fokussierung der Mesoebene für die Erfassung dessen, was wir Schulkultur nennen, wesentlich ist. Gerade anhand unseres Referenzbeispiels, der Dresdner Spezialschule, lässt sich zeigen, in welchem hohem Maße das kulturelle Selbstverständnis Dresdens mit seiner jahrhundertealten Orchesterkultur den Lebensraum der Spezialschule prägte und die Herausbildung von Strukturen begünstigte, die zwar nirgendwo kodifiziert waren, die aber dennoch die Wahrnehmung, die Bewertungsmuster und das Selbstverständnis der beteiligten Akteure in hohem Maße lenkte. Als Beispiel diene die Interviewäußerung eines ehemaligen Spezialschülers, der sich über den Status jener Lehrer äußerte, die hauptberuflich in der Staatskapelle angestellt waren:

Na ja, die Hauptfachlehrer, die wurden auch sehr vergöttert, sag ich mal, auch bissl zu viel. (..) //mhm// Dass die eben (..) ja, in diesem Orchester waren, waren eben toll, also ich (..) würd' mal sagen, manchmal war's ein bissl (..) wie jetzt so 'ne Fußballmannschaft, ne?

Diese herausgehobene Stellung der Kapellmusiker begründete anscheinend eine unterschwellige Hierarchie auch unter den Schülern, die zwar an keiner Stelle festgeschrieben war, die aber den schulischen Lebensraum in hohem Maße prägte.

Die Dimension, die dieses Selbstverständnis der Akteure beschreibt, wird in der Theorie der Schulkultur die Dimension des *Imaginären* genannt.²¹ Im Unterschied zur Dimension des Realen geht es hier nicht um kodifizierte Rahmenbedingungen, sondern um jene Zuschreibungen, die die einzelnen Akteure mit diesen Rahmenbedingungen verbinden. Ein weiteres Beispiel: Wenn ein ehemaliger Lehrer der Spezialschule, der in seinem Hauptberuf eine Soloposition in der Staatskapelle Dresden bekleidete, in einem Interview die These vertritt, die Spezialschule sei im Grunde eine Orchesterschule gewesen, in der der Nachwuchs »seines« Orchesters herangezogen werden sollte, dann formuliert er eine Zielbestimmung, die rein faktisch gesehen falsch ist: Die Spezialschule war zu keinem Zeitpunkt eine Orchesterschule der Staatskapelle. Obgleich es sich hier also um eine »imaginäre« Zuschreibung handelt, besaß sie für den betreffenden Lehrer anscheinend doch Realität, lenkte seine Bewertungsschemata und trug damit zu einer spezifischen Ausprägung von Schulkultur bei.²²

21 Ebd.

22 In unserer Studie verknüpfen wir die Theorie der Schulkultur mit einem zentralen Begriffspaar des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, dem Verhältnis von Feld und Habitus. Ohne das an dieser Stelle genauer ausführen zu können, ordnen wir das »Reale« dem Feldbegriff, das »Symbolische« hingegen dem Habitusbegriff zu. Mithilfe dieser Ver-

Die drei Ebenen der Schulkultur – die des Realen, Symbolischen und Imaginären – bilden den strukturtheoretischen Rahmen unserer Studie. Sie werden von uns nicht allein im Sinne eines explizit formulierbaren kommunikativen Wissens verstanden, sondern erscheinen zugleich, wie die beiden oben erwähnten Beispiele zeigen, als ein impliziter Wissensbestand, der den gemeinsamen Erfahrungsraum der Spezialschule prägte. Um das anhand des Begabungsbegriffes zu verdeutlichen: Wir fragen nicht nach den subjektiven »Begabungstheorien«, über die Lehrer und Schüler der Dresdner Spezialschule verfügten, sondern versuchen zu fokussieren, auf welche Weise das Phänomen der Begabung im Handeln und Wahrnehmen der Akteure verarbeitet wurde. Inwieweit trug es zur Herausbildung von Selbstbildern bei, wie sahen diese Selbstbilder aus und in welcher Form bestimmten sie das Rollenverständnis des Einzelnen? Unsere Rekonstruktion gilt mithin nicht allein den direkt explizierbaren Meinungen und Ansichten, sondern dem, was in der Wissenssoziologie im Anschluss an Karl Mannheim als »konjunktiver Erfahrungsraum« bezeichnet wird.²³

Nach welchen inhaltlichen Kriterien aber suchen wir, wenn wir nach der Schulkultur der Dresdner Spezialschule fragen? Das Kriterium »Umgang mit Leistung und Begabung« liegt auf der Hand; es deckt sich im Übrigen mit einer der in den Erziehungswissenschaften entwickelten inhaltlichen Bestimmungen von Schulkultur.²⁴ Die anderen dort formulierten Kriterien (Inhalte – Pädagogische Orientierungen – Partizipation) lassen sich jedoch nicht derart passgenau auf unseren Fall anwenden. Für die Erfassung der für die Spezialschulen typischen Verschränkung von schulischer Allgemeinbildung und berufsvorbereitendem Hauptfachunterricht sind sie nicht ausgelegt; ebenso wenig berücksichtigten sie die besonderen Rahmenbedingungen einer Schule in der DDR. Unsere Aufgabe bestand also darin, diese inhaltlichen Dimensionen von Schulkultur auf der Grundlage der von uns geführten Interviews mit ehemaligen Schülern und Lehrern, aber auch auf der Basis der historischen und bildungspolitischen Rahmenbedingungen entsprechend zu modifizieren.

knüpfung ist es uns möglich, die vielfachen Interdependenzen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der Ebene des Realen und des Symbolischen genauer zu beschreiben. Die Ebene des Imaginären steht zwischen diesen beiden Ebenen. Zum Begriff des Feldes und seinem Verhältnis zum Habitus vgl. Pierre Bourdieu, *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt a.M. 2006, S.160 ff. sowie ders., *Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France*, Frankfurt a.M. 2014, S.176.

23 Vgl. zum Begriff des »konjunktiven Erfahrungsraums« Ralf Bohnsack, *Rekonstruktive Sozialforschung*, Opladen 2010, S. 59–63.

24 Helsper u. a., *Schulkultur und Schulmythos* (Fn. 18), S. 37 f.

Im vorliegenden Beitrag sollen diese historischen Rahmenbedingungen etwas genauer unter die Lupe genommen werden. Mithilfe einer Rekonstruktion der Gründe und Zielsetzungen, aus denen heraus es in der DDR zur Entstehung von Spezialschulen kam, sollen jene inhaltlichen Dimensionen modifiziert werden, von denen wir uns bei unserer Rekonstruktion von Schulkultur leiten lassen. Aus Platzgründen verzichten wir an dieser Stelle komplett auf die Darstellung des eigentlichen Herzstücks unserer Studie: die narrativen Interviews mit ehemaligen Schülern und Lehrern, die wir unter Zuhilfenahme der »Dokumentarischen Methode« ausgewertet und zu einer Typologie verdichtet haben. Die im Folgenden fokussierten historischen Erörterungen zur Genese der Spezialschulen in der DDR mögen daher als Prolegomena für die eigentliche Studie gelesen werden, die voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2016 publiziert werden wird. Es soll hier also lediglich das Feld umrissen werden, innerhalb dessen sich die Schulkultur der Dresdner Spezialschule realisierte. Um bei unserer Darstellung jedoch nicht vollständig *ante portas* zu verweilen, deuten wir bei diesem historischen Durchgang zumindest ansatzweise die Perspektiven an, die sich ergeben, wenn man die historischen Rahmenbedingungen mit der Akteursperspektive in Beziehung setzt.

3. Die Spezialschulen der DDR im Lichte der bildungspolitischen Rahmenbedingungen

3.1 Erste Anläufe (1959–1965)

Werte Genossen!

Das schlechte Abschneiden unserer jungen Solisten beim Tschaikowsky-Wettbewerb in Moskau 1962 wird nach dem Bericht der Kulturabteilung darauf zurückgeführt, daß unsere Pianisten und Streicher ungenügend ausgebildet sind. Es wird die Frage gestellt, mit der Ausbildung befähigter Kinder im Alter von 6–8 Jahren zu beginnen. Der Vorschlag, spezielle Musikschulen zu schaffen, ist meines Erachtens jetzt nicht real. Ich bitte, doch unseren alten Vorschlag wieder hervorzuholen, musikbegabte Kinder durch Sondermaßnahmen an den Volksmusikschulen zu fördern. Wäre es nicht an der Zeit, einen Wettbewerb junger Musiker anlässlich eines bestimmten Gedenktages in der DDR zu organisieren, damit eine stärkere Förderung der jungen Talente angeregt wird?

Mit sozialistischem Gruß

W. Ulbricht²⁵

25 Handschriftlich unterzeichnete Hausmitteilung Ulbrichts an die Politbüro-Sekre-

Diese kleine Mitteilung Walter Ulbrichts vom November 1962 entstammt einer Zeit des bildungspolitischen Umbruchs in der DDR – eines Umbruchs, dessen inhaltliche Neujustierung sich nicht zuletzt in der zwiespältigen Haltung äußerte, die die Parteiführung dem Spezialschulgedanken entgegenbrachte. Die unscheinbare Formulierung »jetzt nicht real« deutet an, dass Ulbricht der Idee einer Einrichtung »spezieller Schulen« nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstand, allerdings den Zeitpunkt ihrer Realisierung für noch nicht gekommen hielt.

Ein weiteres, kurze Zeit später entstandenes Dokument aus den obersten Kreisen der Staatsführung bestätigt diese zögernde Haltung. In einem Schreiben an den Stellvertretenden Vorsitzenden des DDR-Ministerrats vom 14. November 1962 fasst der damalige Abteilungsleiter im Ministerium für Kultur, Wagner, der anscheinend direkt mit Ulbricht über dieses Thema konferiert hatte, dessen Position noch einmal kurz zusammen und pflichtet ihr im Wesentlichen bei. Anstatt die Frage der musikalischen Nachwuchsförderung nun aber alleine den Volksmusikschulen zu überlassen oder sie durch punktuelle Maßnahmen wie einen Wettbewerb anlässlich eines Gedenktages lösen zu wollen, fordert Wagner zusätzlich einen verstärkten »Aufbau von Oberschulklassen«²⁶ an den Musikhochschulen und fährt fort:

Wir betrachten [diese Oberschulklassen] als erste Keimzelle für später zweifellos zu schaffende Spezialoberschulen auf diesem Gebiet. In der Öffentlichkeit sollten wir jedoch über die Einrichtung dieser Oberschulklassen nicht breit diskutieren, das Problem der Spezialoberschule zur Zeit überhaupt nicht in die Debatte werfen, damit wir nicht die Initiative in eine falsche Richtung lenken. In der Öffentlichkeit sollte zur Zeit mit aller Entschiedenheit über eine Verbesserung der Arbeit der Musikschulen in dem vorhergehenden Sinne gesprochen werden.²⁷

Die Warnungen vor einem vorschnellen Gang in die Öffentlichkeit und vor einer »Initiative in die falsche Richtung« weisen auf einen gewichtigen bildungspolitischen Paradigmenwechsel hin, den die Parteiführung anscheinend vorbereitete, ohne eine verfrühte öffentliche Debatte zu wünschen. Der geplante Paradigmenwechsel war nicht auf Musik beschränkt, sondern allgemein bildungspolitischer Natur, womit er dann freilich wiederum auch Auswirkungen für die musikalische Ausbildung hatte.

täre Kurt Hager und Alfred Kurella, HSA Weimar, Sammlung Edda Hübenthal – Shü 23.

26 Unter dem Begriff »Oberschule« firmierte in der DDR, im Unterschied zum Sprachgebrauch in der alten Bundesrepublik, die allgemeinbildende Schule von der 1. bis zur 10. Klasse.

27 Brief Siegfried Wagner an Alexander Abusch vom 14.11.1962, HSA Weimar, Sammlung Edda Hübenthal – Shü 23.

Worum ging es dabei? In den 50er Jahren war es das zentrale Ziel der Bildungspolitik in der DDR gewesen, Kindern mit proletarischer Herkunft höhere Bildungsabschlüsse zu ermöglichen, ihnen also die Möglichkeit zu geben, durch den Erwerb entsprechender Bildungstitel in Leitungsfunktionen aufzusteigen. In der ersten Hälfte der 60er Jahre gelangte nun immer stärker ein Denken in den Vordergrund, das Bildung als einen entscheidenden Schlüssel bei der Gestaltung des rasanten technisch-industriellen Wandels begriff. Wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer massiven Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte in den Westen wurde die Formel »Bildung ist Macht« durch »den Satz ›Bildung erzeugt wissenschaftlich-technischen Fortschritt‹ [abgelöst]. [...] Technische Entwicklung, Arbeitsteilung und die mit ihr institutionalisierten Leistungsansprüche standen jetzt im Mittelpunkt der Bildungspolitik.«²⁸ Es ging also nicht mehr nur darum, Menschen mit einem »ererbten politischen Kapital« (also einer proletarischen Herkunft) eine entsprechende Bildungslaufbahn zu ermöglichen,²⁹ sondern um eine stärkere Betonung des Leistungsprinzips, als dessen Indikator das Vorhandensein eines bestimmten akademischen Abschlusses begriffen wurde. Dieser Umbruch äußerte sich beispielsweise in der Tatsache, dass die sogenannten »Arbeiter- und Bauern-Fakultäten«, die in den 50er Jahren die Aufgabe gehabt hatten, jungen Erwachsenen mit proletarischer Abstammung und ohne ausreichende Schulbildung einen akademischen Abschluss zu ermöglichen, in den Jahren 1961–1962 geschlossen wurden.³⁰ Und auch die Rolle der Massenorganisationen, denen das »Gesetz über die Entwicklung des sozialistischen Schulwesens in der DDR« noch im Jahre 1959 ein wichtiges Mitspracherecht bei der Entscheidung über die Vergabe von Studienplätzen eingeräumt hatte, wurde drastisch zurückgefahren. Ab 1963 waren dafür alleine die Universitäten zuständig.³¹

In den 50er Jahren war für die Idee eines die Allgemeinbildung und Spezialbildung miteinander verbindenden Schultyps, wie er sich in den späteren

28 Manfred Stock, »Bildung zwischen Macht, Technik und Lebensstil«, in Sonja Häder und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), *Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext*, Weinheim 1997, S. 311.

29 Zum Dichotomie von »ererbtem« und »erworbenem« politischen Kapital vgl. Ingrid Miethe, »Keine herrschende Klasse ist je ohne ihre eigene Intelligenz ausgekommen« (Stalin). Der Beitrag der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) zum Elitenwechsel in der DDR«, in Jutta Ecarius und Lothar Wigger (Hg.), *Elitebildung – Bildungselite. Erziehungswissenschaftliche Diskussionen und Befunde über Bildung und soziale Ungleichheit*, Opladen 2006, S. 86 ff.

30 Miethe, Keine herrschende Klasse (Fn. 29), S. 79; Stock, Bildung zwischen Macht (Fn. 28), S. 313.

31 Stock, Bildung zwischen Macht (Fn. 28), S. 313.

Spezialschulen für Fremdsprachen, Mathematik, Sport und eben auch für Musik herauskristallisierte, kein Raum gewesen. Bildungspolitik zielte hier vornehmlich auf die Gewinnung einer neuen Machtelite. Das unangefochten im Zentrum stehende Bemühen, Proletarierkindern eine Teilhabe an gesellschaftlich relevanten Positionen zu ermöglichen, wäre kaum mit dem Gedanken einer Spezialausbildung für besonders befähigte Kinder und Jugendliche – unabhängig von der Herkunft – vereinbar gewesen, denn dieser Gedanke hätte die Konsequenz nach sich gezogen, vornehmlich nach dem Leistungsprinzip zu verfahren und wäre damit womöglich auch Kindern aus dem alten Bürgertum (oder gar solchen mit einem kirchlichem Hintergrund) zugutegekommen. Mit diesem Problem sollten sich die 1965 dann ins Leben gerufenen Spezialschulen auch weiterhin herumschlagen. Im Unterschied zur Situation der 50er und frühen 60er Jahre ließ das in späteren Jahren zunehmend an Gewicht gewinnende Prinzip der Leistungsorientierung aber immerhin zu, dass die prinzipielle Unvereinbarkeit des Leistungs- und des Abstammungsgedankens sich überhaupt als Problem in der Praxis manifestieren konnte.³² Das war zuvor ausgeschlossen gewesen.

Sowohl der Hinweis Ulbrichts als auch dessen genauere Paraphrase durch den Abteilungsleiter Wagner lassen erkennen, dass die Parteiführung schon Anfang der 60er Jahre die Notwendigkeit erkannt hatte, das alleinige Primat der proletarischen Abkunft zu lockern und durch ein System zu ersetzen, in dem es zum einen um Leistungsorientierung ging, das zum anderen aber auch die Möglichkeit eröffnete, ein fehlendes proletarisches Erbe (ererbtes Kapital) durch ein entsprechendes gesellschaftliches Engagement (erworbenes politisches Kapital) ausgleichen zu können. Zugleich zeigen beide Quellen, dass anscheinend davor zurückgeschreckt wurde, sich allzu abrupt von den Maximen der 50er Jahre zu verabschieden. So laufen die Verbesserungsvorschläge zunächst im Wesentlichen auf eine qualitative Verbesserung des Status quo hinaus.

Wie sah dieser Status quo aus? Welche Möglichkeiten gab es bis Mitte der 1960er Jahre für Kinder und Jugendliche, eine professionelle musikalische Karriere in Angriff zu nehmen? Das sei kurz am Beispiel Dresdens erläutert:³³

32 Ebd.

33 Zur Geschichte der musikalischen Ausbildungsinstitutionen in Dresden im 20. Jahrhundert vgl. Hans John, »Musikalische Bildungseinrichtungen in Dresden«, in Matthias Herrmann und Hanns-Werner Heister (Hg.), *Dresden und die avancierte Musik im 20. Jahrhundert. Teil 1: 1900–1933* (Musik in Dresden, Bd. 4), Laaber 1999, S. 141–147; Hans John, »Das Dresdner Konservatorium 1933–1945. Eine Dokumentation«, in Matthias Herrmann und Hanns-Werner Heister (Hg.), *Dresden und die avancierte Musik im 20. Jahrhundert. Teil 2: 1933–1966* (Musik in Dresden, Bd. 5), Laaber 2002, S. 203–211 sowie Manuel

Bis zum Inkrafttreten des *Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem* aus dem Jahre 1965 war die Aufgabe einer professionellen Musikausbildung in Dresden auf drei verschiedene Institutionen verteilt gewesen. Zum einen gab es die Musikhochschule, die aus der *Akademie für Musik und Theater*³⁴ hervorgegangen war, 1952 Hochschulstatus erhalten hatte und der 1959 ihr heutiger Name (Hochschule für Musik »Carl Maria von Weber«) verliehen wurde.³⁵ Dieses Institut diente zunächst vor allem der Ausbildung von Solisten, Dirigenten, Komponisten sowie z. T. auch von Orchestermusikern. Das Gros der künftigen Orchestermusiker besuchte allerdings das »Konservatorium«,³⁶ das als eine Fachschule fungierte und keinen Hochschulstatus besaß. Die Grenze zwischen Konservatorium und Hochschule verlief allerdings nicht ganz trennscharf, was auch dadurch bedingt war, dass eine Reihe von Lehrkräften an beiden Instituten unterrichtete. Insgesamt war die Hochschule das exklusivere Institut. Für einen Berufsabschluss, der etwa für eine Orchesterstelle qualifizierte, genügte jedoch auch der Besuch des Konservatoriums. Beiden Instituten vorgeschaltet gab es für 14–18-Jährige die *Fachgrundschule für Musik*, deren Lehrpersonal sich mit dem des Konservatoriums weitgehend deckte (es dominierten die Musiker der beiden Dresdner Orchester, Staatskapelle Dresden und Dresdner Philharmonie). Konservatorium und Fachgrundschule logierten im selben Gebäude in der Blochmannstraße, während die Hochschule zunächst in der alten Rothermund-Villa in Dresden Blasewitz, dem Gebäude der späteren Spezialschule, untergebracht war.

Ein leistungsstarker jugendlicher Musiker konnte in Dresden bis 1965 – und das galt für die gesamte damalige DDR – also erst mit der 9. Klasse (circa dem 15. Lebensjahr) im Rahmen der Fachgrundschule in ein Ausbildungsver-

Gervink, »Auferstanden aus Ruinen«. Der Neubeginn 1945 und die DDR-Zeit«, in Manuel Gervink (Hg.), *Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden 1856–2006*, Dresden 2005, S. 76–98.

34 Diese Bezeichnung stammt aus der Zeit des Nationalsozialismus. 1937 wurden die zuvor getrennten Institutionen des Konservatoriums und der *Orchesterschule der Sächsischen Staatskapelle* unter dieser Bezeichnung fusioniert. Der Titel *Akademie* weist darauf hin, dass dieser Institution kein Hochschulstatus zugesprochen wurde, vgl. John, *Das Dresdner Konservatorium* (Fn. 33), S. 209 f.

35 Gervink, *Auferstanden* (Fn. 33), S. 82.

36 Mit dem Begriff des »Konservatoriums« wurden im Laufe der Zeit in Dresden unterschiedliche Institutionen belegt. Während sich bis 1937 eine direkte Genealogie rekonstruieren lässt, die vom *Krantzschens Konservatorium* (1890–1918) bis hin *Konservatorium für Musik und Theater* (1918–1937) reicht, ist das nach dem Krieg gegründete Konservatorium eine eigenständige Institution. Als eigenständig muss auch das *Heinrich-Schütz-Konservatorium Dresden* (HSKD) gelten, das heute die Musikschule der Stadt Dresden ist und mittlerweile ausschließlich der Laienarbeit dient.

hältnis eintreten, das dem Erwerb eines professionellen instrumentalen Leistungsniveaus galt. Das war zwar deutlich früher als im Westen, aber immer noch später als der Eintrittslevel der späteren Spezialschulen. Da das Erlangen eines Expertenstatus (im Sinne der Expertise-Forschung) vor allem bei Streichern und Pianisten auf eine wesentlich früher einsetzende Zeit intensiven Übens angewiesen ist, konnten auch in der DDR zunächst nur jene Jugendlichen dieses Angebot nutzen, die zuvor ohne entsprechende staatliche Förderung eine souveräne Beziehung zu ihrem Instrument aufzubauen vermocht hatten. Diese Jugendlichen stammten in aller Regel aus Elternhäusern, in denen dem Aufbau solider instrumentaler Grundlagen ein entsprechender Wert beigemessen wurde. Das war hauptsächlich in jenen Familien möglich, in denen die bürgerlichen Werte der Vorkriegszeit noch eine gewichtige Rolle spielten. Und innerhalb dieser Gruppe waren es vor allem die Kinder aus kirchlich gebundenen Elternhäusern, die über die notwendige musikalische Vorbildung verfügten. Im Gegensatz zum Abschluss der späteren Spezialschule, der ausschließlich zum Studium an einer Musikhochschule befähigte, konnte der Besuch der Fachgrundschule mit dem Ablegen des Abiturs verbunden werden.

Sowohl Ulbrichts Zurückweisung »spezieller Musikschulen« als auch Wagners Warnung vor einer »Initiative in die falsche Richtung« müssen vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, dass sich entsprechende Initiativen um diese Zeit schon sehr weit vorgewagt hatten. Im Grunde waren die Weichen in Richtung Spezialschule 1962 so gut wie gestellt. Auf dem 4. Plenum des ZK der SED hatte das Ministerium für Volksbildung 1959 den Auftrag erhalten, zu prüfen, »ob die Bildung einiger spezieller Oberschulen zweckmäßig und möglich ist.«³⁷ Das Ergebnis dieser Prüfung fand in mehreren innerministeriellen Begründungen und Argumentationshilfen für die Einrichtung von Spezialschulen ihren Niederschlag. In Bezug auf die Spezialschulen für Musik mündeten diese Überlegungen in eine ausformulierte Richtlinie vom Beginn des Jahres 1962, die vom zuständigen Minister für Volksbildung, Lemnitz, nur noch hätte unterschrieben werden müssen, wenn sie nicht – vielleicht auch wegen der Intervention durch Ulbricht – kurz darauf zu den Akten gelegt worden wäre.³⁸ Gemessen an dem, was in den folgenden Jahren festgeschrieben wurde, war diese Richtlinie noch ein ganzes Stück ambitionierter: Einerseits sah sie einen Beginn der Spezialschulausbildung bereits ab dem 3. Schuljahr vor. Darin orientierte sie sich ganz offenkundig am Vorbild der sowjetischen Spezial-

37 *Begründung über die Einrichtung von Spezialoberschulen*, 26.2.1962, Bundesarchiv, Ministerium für Volksbildung, DR 2/74520.

38 *Richtlinien für die Spezialoberschulen für Musik in der Deutschen Demokratischen Republik*, 15.2.1962, Bundesarchiv, Ministerium für Volksbildung, DR 2/41951, Bd. 2.

schulen, die bereits Kindern der 1. Klasse offenstand. Andererseits bezog sie die Spezialschulausbildung nicht nur auf Instrumentalisten, sondern zugleich auch auf künftige Schulmusiker, Dirigenten, Chorleiter, Ensembleleiter, Komponisten, Musikwissenschaftler, Opernregisseure und Tonmeister.³⁹ Das war natürlich ein durch und durch praxisferner Ansatz, denn die Vorstellung, dass sich Jugendliche bereits im Alter von ca. 15 bis 16 Jahren auf das Berufsziel ›Musikwissenschaftler‹ festlegen lassen, entbehrte wohl selbst im sozialistischen Bildungssystem, in dem der Aspekt der Berufslenkung bekanntermaßen eine große Rolle spielte, jeder Realität. Immerhin sah diese Konzeption aber für diese künftigen Berufsgruppen einen eigenständigen Zweig vor, der zum Abitur führen sollte, vor – eine Möglichkeit, die in den späteren Spezialschulen für Musik ganz gestrichen wurde. Bezüglich der Schülerkapazitäten ging sie bis zum 8. Schuljahr von einer Zweizügigkeit mit je 20 bis 25 Schülern aus.⁴⁰ Eine Prüfung im 8. Schuljahr hätte dann darüber entscheiden sollen, wer an der Spezialschule verbleiben durfte und wer zurück an seine ehemalige POS musste.⁴¹ Für den anschließenden zweiten Ausbildungsabschnitt war eine Klasse für Instrumentalisten (mit dem Regelschulabschluss) und eine Abiturklasse vorgesehen. Beide Klassen sollten die Zahl von 15 Schülern nicht unterschreiten. Nimmt man die späteren vier Spezialschulen zusammen, so hätte es dann in der ganzen DDR jedes Jahr um die 1.300 Spezialschüler gegeben – eine Zahl, die den Richtwert von 500, der in einer zeitgleich entstandenen innerministeriellen Denkschrift genannt wird,⁴² um weit mehr als das Doppelte übersteigt und die auch deutlich höher als die späteren realen Schülerzahlen ist. Man kann sich gut vorstellen – genauere Dokumente fehlen hier leider –, dass sowohl die frühe Herauslösung der Spezialschüler aus dem einheitlichen Bildungsplan als auch deren schiere Zahl für all jene ein Problem darstellte, die dem Gedanken einer für alle geltenden sozialistischen Bildung anhängen und die möglicherweise die Gefahr heraufdämmern sahen, dass mit einer derartigen Richtlinie Kinder aus ehemals bürgerlichen und kirchlichen Kreisen in großer Zahl die Möglichkeit einer staatlich unterstützten Sonderbildung erhalten hätten. Da half wohl auch der Hinweis auf die sowjetischen Spezialschulen nicht. Denn die bildungspolitischen Voraussetzungen in beiden Ländern unterschieden sich grundlegend. Anders als in der DDR war in der Sowjetunion die Ausbildung von Instrumentalisten von vornherein eine Sache des Staates – hier gab es weder ein Bildungsbürgertum, das musikalische Betätigung von sich aus als

39 Ebd., S.2.

40 Ebd., S.4.

41 Ebd., S.3.

42 Begründung über die Einrichtung von Spezialoberschulen (Fn.37).

Ausdruck eines spezifischen Lebensstils begriffen hätte, noch jene Tradition des evangelischen Pfarrhauses, in dem die Musik den zentralen Mittelpunkt des Familienlebens bildete und das daher eine regelrechte ›Brutstätte‹ für eben jenen Nachwuchs darstellte, der an den Spezialschulen herausgebildet werden sollte. Die große Nähe der späteren Spezialschul-Klientel zur Kirche spiegelte sich in einer Umfrage, die wir zu Beginn unserer Forschungsarbeit unter den ehemaligen Spezialex Schülerinnen und -schülern durchführten. 75 % der Befragten antworteten auf die Frage »Hatte Ihre Familie einen Kontakt zur Kirche?« mit Ja. Dieser – freilich nicht repräsentative – Wert wird ergänzt durch die Tatsache, dass 54 % der Befragten angaben, konfirmiert worden zu sein; weiteren 10 % war die katholische Firmung zuteil geworden. Der sich daraus ergebende Wert von 64 % ist zwar ebenfalls nicht repräsentativ, gibt aber der begründeten Vermutung Raum, dass die kirchliche Bindung der Schüler deutlich höher als an normalen POS war.

Formulierte die Richtlinie hinsichtlich der Kapazität, des Schuleintrittsdatums und der differenzierten Abschlüsse eine ›große Lösung‹ (die in den folgenden Jahren dann um einiges kleiner gemacht wurde), so gab sie sich in anderer Hinsicht deutlich zurückhaltender. Das betrifft vor allem das Verhältnis zwischen Spezialschule und Musikhochschule. Während die spätere Spezialschule zwar einen organisatorisch selbständigen Bereich darstellte, aber dennoch Teil der jeweiligen Musikhochschule war, so wurde den Hochschulen hier lediglich ein beratender Status zugebilligt. Und nur für die ›talentiertesten Schüler‹ der Spezialschulen galt die Festlegung, dass sie bei ›qualifizierten Lehrkräften der Hochschulen und Konservatorien‹ Unterricht erhalten sollen. Alle anderen Lehrkräfte sollten lediglich durch die Hochschulen beraten und gefördert werden. Das war ein großer Unterschied zu den späteren Spezialschulen, deren entscheidendes Merkmal ja die Tatsache war, dass die Hauptfachdozenten ausnahmslos den Status eines Hochschullehrers hatten.

Ungeachtet dieser Differenzen wurden in dieser Richtlinie aber zugleich schon wesentliche Eckpunkte definiert, die auch das spätere Spezialschul-Modell prägen sollten: Hier ist insbesondere die Streckung des allgemeinbildenden Schulstoffes auf 11 Jahre zu nennen: die 10. Klasse wurde auf 2 Jahre verteilt, um den Schülern damit die Gelegenheit zu geben, sich gleichermaßen auf ihren schulischen wie musikalischen Abschluss vorbereiten zu können. Ferner sah auch diese Richtlinie schon vor, dass es in besonderen Fällen – etwa bei der Vorbereitung großer Wettbewerbe – für einzelne Schüler umfassende Unterrichtsbefreiungen geben sollte.

3.2 Das Bildungsgesetz von 1965 und seine Bedeutung für die Entwicklung der Spezialschulen

Auch in Dresden war 1962 schon alles bereit. Wäre es nach dem Willen der Abteilung für Volksbildung beim Rat des Bezirks Dresden gegangen,⁴³ so hätte bereits zum 1. September 1962 in einem Schulgebäude Ecke Thälmannstraße/Friesenstraße der Unterrichtsbetrieb in den Klassen 6–9 (mit je 25 Schülern) beginnen können. Es fehlte lediglich ein offizieller Beschluss durch den Rat der Stadt, der seinerseits von einer staatlichen Grundsatzentscheidung über die Einrichtung von Spezialschulen abhängig war, die freilich nicht erfolgte. Es mussten noch drei Jahre vergehen, bis mit dem *Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem* die Aufgabe und Rolle der Spezialschulen ihren festen Platz im Bildungswesen gefunden hatte.

Mit diesem Gesetz wurde der Leistungsgedanke, der im Vorgängergesetz von 1959 eine eher untergeordnete Rolle gespielt hatte, in den Vordergrund gerückt, ohne dass dabei freilich auf eine politische Kontrolle des Bildungswesens durch den Staat verzichtet worden wäre.⁴⁴

Der Paragraph, der die Rolle der Spezialschulen regelt, lautet folgendermaßen:⁴⁵

§ 18. (1) Spezialschulen sind allgemeinbildende Schulen. Sie dienen besonderen Erfordernissen der Nachwuchsentwicklung für die Wirtschaft, die Wissenschaft, den Sport und die Kultur. Die Spezialschulen nehmen Schüler mit hohen Leistungen und besonderen Begabungen auf.

(2) Es sind Spezialschulen und Spezialklassen technischer, mathematischer, naturwissenschaftlicher, sprachlicher, künstlerischer und sportlicher Richtungen einzurichten.

(3) Spezialschulen und Spezialklassen führen in der Regel zur Hochschulreife. Spezialschulen und Spezialklassen, die nicht zur Hochschulreife führen, bereiten auf besondere künstlerische oder sportliche Leistungen vor.

43 Aktennotiz über eine Aussprache mit Gen. Bernhard Rühnel, Mitarbeiter der Abteilung Volksbildung beim Rat des Bezirks Dresden. Betr.: Einrichtung einer Spezialschule für Musik, o. J., Bundesarchiv, Ministerium für Volksbildung DR/2 6752.

44 Im Zuge dieses Gesetzes wurde »zweifelloos das rigideste Selektionssystem im Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten [geschaffen], indem sich darin Leistungsprinzip, soziale Regulierung und politisch-ideologische Bewertung miteinander verbanden und die Vergabe bzw. die Verweigerung von Bildungschancen zu einem nicht zu unterschätzenden Instrument der politischen Systemsicherung entwickelt wurde.« (Oskar Anweiler, *Schulpolitik und Schulsystem in der DDR*, Opladen 1988, S. 98).

45 *Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965* (GBl. I Nr. 6 S. 83), <http://www.verfassungen.de/de/ddr/schulgesetz65.htm> (4.1.2015).

- (4) Spezialschulen und Spezialklassen sind nur in begrenztem Umfang zu errichten. Anzahl und Standort legt das Ministerium für Volksbildung fest.
- (5) Die wichtigsten Einrichtungen für die außerunterrichtliche instrumentale Musikerziehung sind die Musikschulen.
- (6) Die Betriebe, die wissenschaftlichen und künstlerischen Einrichtungen sichern gemeinsam mit den Organen für Volksbildung die personellen und materiellen Voraussetzungen.

Liest man diesen Paragraphen im Kontext des gesamten Gesetzestextes, so fällt zunächst auf, dass hier keinerlei inhaltliche Bestimmungen vorgenommen werden. In allen übrigen Paragraphen finden sich genaueste Vorgaben zu Lehrinhalten und Lehrmethoden – so wird etwa festgelegt, dass die Kindergartenkinder »entsprechend ihrem physischen und psychischen Entwicklungsstand elementare Kenntnisse von unserem sozialistischen Leben und von der Natur« erhalten, während für den Deutschunterricht der Mittelstufe eine Fortführung der »systematischen Lehrgänge in Grammatik und Rechtschreibung« bzw. die Schaffung »feste[r] Kenntnisse in der Grammatik und Rechtschreibung«⁴⁶ gefordert wird. In Hinblick auf das jeweils im Zentrum stehende Spezialisierungsfach fehlt jedoch jede Präzisierung. Für diese Aussparung gab es sicher handfeste redaktionelle Gründe: Schließlich hätte man hier für jeden Spezialschultyp eigenständige Bildungsziele formulieren müssen, was zweifelsohne den Rahmen gesprengt hätte. Doch es gab es vielleicht auch ein weiteres Motiv: Augenscheinlich beließ es der Gesetzgeber dabei, die Spezialschulen strukturell mit den allgemeinbildenden Schulen zu verklammern. Die inhaltliche Ausgestaltung der Spezialbildung scheint von vornherein den Fachleuten, also vor allem den Hochschullehrern, überlassen worden zu sein. Für diese Vermutung spricht die Tatsache, dass die in den kommenden Jahren entwickelten Lehrpläne der Spezialschulen nicht – wie es etwa bei den Musikschulen der Fall war – vom Ministerium für Kultur bzw. für Volksbildung, sondern lediglich von spezialschulinternen Arbeitsgruppen verantwortet wurden. In die Inhalte der Spezialisierung mischte sich, zumindest im Falle der Musik, der Staat nicht ein.

Mit dieser auffälligen Aussparung der inhaltlichen Komponenten konnte der Gesetzgeber das Problem umgehen, das zweifelsohne entstanden wäre, wenn in ein und demselben Gesetz einerseits die absolute Durchlässigkeit des Bildungssystems und die Erreichbarkeit aller Berufe von dem einheitlichen Sockel der Polytechnischen Oberschule ausgehend gefeiert, zugleich aber auch ein Kanon an zusätzlichen, nur für Spezialschüler geltenden Fähigkeiten und Kenntnissen definiert worden wäre. Die Angst, ein Gesetzeswerk, das wesentlich vom »Gleichheitsimperativ« beherrscht war, mit einer allzu präzisen Be-

46 Ebd.

schreibung exklusiver (und damit exkludierender) Spezialfähigkeiten zu belasten, scheint groß gewesen zu sein. Dazu passt die Vorgabe, dass Spezialschulen »nur in begrenztem Umfang« zu errichten seien. Den Spezialschulen wird in diesem Gesetz mithin der Charakter einer notwendigen Ausnahme zugesprochen. Sie erhalten ihre Legitimation aus den »besonderen Erfordernissen der Nachwuchsentwicklung für die Wirtschaft, die Wissenschaft, den Sport und die Kultur«. Eben weil es für bestimmte Berufe spezielle Vorlaufzeiten gibt, muss der Staat diese Vorlaufzeiten in einem genau definierten Maße zur Verfügung stellen und damit Bildungsorte schaffen, deren Erreichbarkeit bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt nicht mehr jedem offen stehen. Umso wichtiger war es allerdings, den Eindruck zu vermeiden, dass die speziellen Fähigkeiten, die für den Zugang zu einer Spezialschule notwendig sind, sich in einem Raum entwickeln mussten, der außerhalb des staatlichen Zugriffs lag. Im Falle von Spezialschulen für Mathematik, Sprachen und Naturwissenschaften war das unproblematisch, denn diese Fächer wurden ja an den POS gelehrt. Instrumentalspiel war hingegen kein Gegenstand des Musikunterrichts an den POS, sondern fand im außerunterrichtlichen Rahmen statt. Daher der gezielte Hinweis in Absatz 5 auf die Rolle der Musikschulen. Auf diese Weise konnte der Eindruck erweckt werden, dass die an den Spezialschulen geforderten Fähigkeiten letztlich doch nicht völlig exklusiv waren, sondern durch das einheitliche sozialistische Bildungssystem gezielt gefördert und vorbereitet wurden.

Im Falle der Musik wurde die Realität damit freilich nur zur Hälfte erfasst. So wichtig für einen erfolgreichen Spezialschulbesuch die instrumentale Vorbildung im Rahmen einer Musikschule in den allermeisten Fällen war,⁴⁷ so reichte sie allein nicht aus. Als entscheidender Indikator für ein gelungenes Passungsverhältnis von Spezialschüler und Spezialschule erwies sich in unserer Studie vor allem das Elternhaus. Die Rolle der Musik im familiären Kontext – die frühkindlichen Musikerfahrungen, das Engagement der Eltern für den Instrumentalunterricht, die Art und Weise, in der das tägliche Üben begleitet wurde – entschied in hohem Maße über den Erfolg der Ausbildung. Dieser entscheidende Nährboden des innerfamiliären Lebensraums wurde offiziell jedoch in keiner Weise thematisiert; stattdessen versuchte man über ein differenziertes System der Talentförderung mögliche »Begabungen« frühzeitig aufzuspüren und bestmöglich zu fördern. Dabei ließ man sich von der Prämisse leiten, dass es sich bei dem, was musikalische Begabung genannt wurde, um eine Ressource handelte, die innerhalb der Bevölkerung gleichmäßig verteilt war. Dass man trotz dieser Normalverteilungsthese am Ende in den Spezialschulen

47 Unsere Umfrage unter den ehemaligen Dresdner Spezialschülern ergab, dass 82 % der Befragten vor dem Spezialschulbesuch an einer Musikschule Unterricht hatten.

doch zum überwiegenden Teil mit Kindern aus entsprechend »vorbelasteten« Elternhäusern zu tun hatte, wurde zumindest in den offiziellen Dokumenten nicht thematisiert – und wenn, dann nur in Form einer ständig wiederkehrenden Mahnung, für eine genügende Anzahl von Proletarierkindern zu sorgen. In der Praxis kamen die Spezialschulen dieser Forderung häufig in Form von Kaschierungen und Beschönigungen nach. So erfuhren wir von einem Gesprächspartner, dessen Vater zwar als professioneller Musiker arbeitete, zuvor aber eine Ausbildung als Friseur gemacht hatte, dass diese handwerkliche Ausbildung als Nachweis des Proletarierstatus ausreichte. Ähnliche Erfahrungen konnten wir bei der Durchsicht der Klassenbücher machen. Zumindest ansatzweise scheint es in den 80er Jahren aber zu einer Lockerung gekommen zu sein. Die Forderung nach einer ausreichenden Zahl an Proletarierkindern spielte in den letzten Jahren der DDR immer weniger eine Rolle, was sich auf grundsätzliche bildungspolitische Erwägungen zurückführen lässt:

Nachdem die immer weitere Annäherung der sozialen Klassen und Schichten über Jahrzehnte als *raison d'être* der sozialistischen Gesellschaft aufgefasst worden war und als Topos das gesellschaftspolitische Denken geprägt hatte, entdeckten Soziologen die »Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede« [...]. Im Gegensatz zur orthodoxen Sichtweise, in der soziale Unterschiede ausschließlich im Sinne vertikaler (Herrschafts-)Strukturen vorkamen, arbeiteten Lösch u. a. (Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) die funktionale Dimension sozialer Differenzierungen heraus, die eine hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft, auch wenn sie sozialistisch verfaßt war, nicht negieren konnte.⁴⁸

Aus heutiger Sicht betrachtet, weist der Gesetzestext von 1965 einen grundlegenden Widerspruch auf: Zum einen wenden sich die Spezialschulen an Schüler mit entsprechend hoher Leistung und Begabung, zum anderen scheint durch ihre Zweckbestimmung als Institutionen, die den »Erfordernissen der Nachwuchsentwicklung für die Wirtschaft die Wissenschaft, den Sport und die Kultur« nachzukommen haben, eine Bindung an die jeweilige Arbeitsmarktsituation vorzuliegen (wobei diese Arbeitsmarktsituation nicht dem Mechanismus von Angebot und Nachfrage folgte, sondern das Resultat staatlicher Planung darstellte). Leistung und Begabung wurden also nicht als Werte begriffen, die um ihrer selbst willen eine Förderung verdienen bzw. die sich individuell und damit immer auch unvorhergesehen entfalten, sondern wurden nur dann als ausbauwürdig anerkannt, wenn sie bestimmten Erfordernissen dien-

48 Gerhard Schreier, *Förderung und Auslese im Einheitsschulsystem. Debatten und Weichenstellungen in der SBZ/DDR 1946–1989*, Köln 1996, S. 237.

ten,⁴⁹ die ihrerseits durch staatliche Vorgaben definiert wurden. Ganz deutlich zeigt sich diese Verschränkung von Begabungsförderung und staatlicher Bedarfsplanung an einer späteren Richtlinie aus dem Jahre 1975, in der es heißt:

Die zur Vorbereitung auf das Hochschulstudium erforderliche musikalische Spezialbildung ist unter Beachtung eines der sozialen Struktur der DDR-Bevölkerung entsprechend hohen Anteils an Arbeiter- und Bauernkindern von einem möglichst frühen Zeitpunkt an [...] wie folgt zu vermitteln: Durch Aufnahme von Instrumentalschülern unter besonderer Berücksichtigung von Schülern von Streichinstrumenten sowie von kompositorisch begabten Schülern in einer der den Hochschulen zugehörigen Spezialschulen für Musik.⁵⁰

Die Aufgabe der Spezialschulen war es also nicht, bestimmte Neigungen und Fähigkeiten aufzugreifen und bestmöglich zu verstärken, sondern bestand in erster Linie darin, einen vordefinierten Bedarf zu befriedigen, was in diesem Falle zu einer gezielten Suche nach Streichern und Komponisten führte. Das leistete einem Ausbildungsverständnis Vorschub, das sehr dezidiert die Bahnen vorgab, innerhalb derer sich eine künstlerische Entwicklung zu bewegen hatte. Prüfungen, Leistungsvergleiche und Wettbewerbe waren vordefinierte Wegmarken, in die sich die jeweiligen Biografien einzupassen hatten.

Das hier beschriebene Ausbildungsverständnis ist wohl auch verantwortlich für die in Absatz 3 des Spezialschulparagrafen beschlossene Streichung des Abiturs. Diese Streichung wirft ein bezeichnendes Licht auf das hinter dem Gesetz stehende Begabungsverständnis: Begabung wird hier in einem sehr engen Sinne als Befähigung für einen bestimmten Beruf begriffen. Alles, was über diese Eignung hinausgeht, scheint demgegenüber sekundär. Das Gesetz begreift damit die Spezialschulausbildung zumindest tendenziell als eine vorgelagerte Berufsausbildung, die spätere Fachleute hervorbringen soll. Ob und inwieweit sich große individuelle Künstlerpersönlichkeiten unter einer derartigen Maßgabe herausbilden lassen, ist jedoch fraglich. Der enge Zuschnitt des Gesetzes führte in unserer Studie mithin zu der Frage, wie an den Spezialschulen mit dem Verhältnis zwischen der Maßgabe einer gezielten Berufsausbildung und

49 »Ihren Wert erlangen Begabungen, wenn sie zu schöpferischen Leistungen, die für die Gesellschaft wichtig sind, und zum Fortschritt beitragen« (Elternhaus und Schule 1982, zit. nach Erwin Hilgendorf, *Informationen zur schulischen Hochbegabtenförderung. Teil 1: Die Förderung besonders befähigter Schüler in der Deutschen Demokratischen Republik*, Pädagogisches Zentrum, Berlin 1984, Anlage 7, S. 100).

50 *Anweisung zur weiteren Ausbildung und Förderung von Spitzenkräften auf dem Gebiet der Musik [durch das Ministerium für Kultur]*, 14.1.1975, Bundesarchiv, Ministerium für Volksbildung, DR 2/52176.

der Aufgabe einer die Gesamtpersönlichkeit fördernden künstlerischen Entwicklung umgegangen wurde.

Die heikle Balance, die das Bildungsgesetz von 1965 zwischen einer den POS-Abschlüssen in nichts nachstehenden Allgemeinbildung und einer sich parallel dazu vollziehenden instrumentalen Spezialausbildung zu bewahren versuchte, erwies sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten als schwer zu realisieren. Angesichts einer an den Spezialschulen immer wieder beklagten Überbelastung der Schüler kam es bereits 1973 zu einer deutlichen Veränderung der Stundentafel. Wurden die naturwissenschaftlichen Fächer sowie Mathematik um insgesamt 9 Jahreswochenstunden gekürzt, kam es in Deutsch und Kunsterziehung zu einer Aufwertung um je eine Jahreswochenstunde.

Zweifellos erlebten die beteiligten Schüler und Lehrer diese Kürzung als überaus wohltuend – war doch im Anschluss an das Bildungsgesetz von 1965 ein für alle POS gültiges, »wissenschaftlich überfrachtetes Lehrplanwerk installiert«⁵¹ worden, dessen Bewältigung sich kaum mit dem Anspruch einer intensiven musikalischen Entwicklung vereinbaren ließ. Zugleich wurde mit dieser Kürzung aber auch deutlich, dass von staatlicher Seite aus die Bereitschaft bestand, die Allgemeinbildung nun nicht mehr von egalitär gedachten Bildungsstandards, sondern vornehmlich von den für den späteren Beruf erforderlichen Kompetenzen her zu definieren. Diese Verlagerung mag durch Interventionen aus den Spezialschulen motiviert worden sein, in denen geltend gemacht wurde, dass der gewünschte hohe musikalische Ausbildungsstand mit der gegenwärtigen Stundentafel nicht zu erreichen sei.⁵² Möglich wurde sie aber wohl nur, weil sich seit Ende der 60er Jahre bildungspolitisch sowieso die Tendenz abzeichnete, Schulbildung immer stärker aus der Perspektive der Anforderungen des späteren Berufslebens zu betrachten. »Manche Formulierungen in unserer Propaganda«, so formulierte es Margot Honecker auf dem 8. Parteitag der SED 1971, »[erwecken], beeinflusst von einigen nicht ganz realistischen Prognosen, [...] zeitweilig den Eindruck, als müßte unsere Schule in erster Linie auf das Studium an den Hoch- und Fachschulen vorbereiten.«⁵³ Schule habe

51 Schulz, Leistungsprinzip (Fn. 3), S. 94.

52 Im Entwurf zur neuen Stundentafel ist davon die Rede, dass die Notwendigkeit einer Reduzierung das Ergebnis einer »Einschätzung [...] durch die Ergebnisse der Inspektionen der Abteilung Volksbildung der Räte der Bezirke, durch die Hinweise und Forderungen von Eltern sowie von bekannten Musikpädagogen, Musikwissenschaftlern und Interpreten, wie Gen. Prof. Zechlin« sei (Vorlage für die Ministerdienstbesprechung am 1.6.1973: *Entwürfe einer neuen Stundentafel der Spezialschulen für Musik im Bereich des Ministeriums für Kultur*, Bundesarchiv DR 2/ 28001).

53 *Bericht an den VIII. Parteitag der SED*, Berlin 1971, S. 79 und 91, zit. nach Stock, *Bildung zwischen Macht* (Fn. 28), S. 318.

jedoch die Aufgabe, »ihrer Verantwortung für die Vorbereitung eines hochqualifizierten Facharbeiternachwuchses noch besser gerecht werden«.⁵⁴ Da die Spezialschulen in den Augen der Staatsführung zweifellos genau diese hochqualifizierten Facharbeiter hervorzubringen hatten, entsprach die Kürzung der allgemeinbildenden Stundentafel im Grunde genau dem bildungspolitischen Trend. Stärker noch als im Bildungsgesetz von 1965 trat jetzt zutage, dass die Spezialschulen neben ihrer Bestimmung, international wettbewerbsfähige Solisten heranzuziehen, in erster Linie die Aufgabe hatten, die insgesamt 87 Profiorchester des Landes mit ausreichend qualifiziertem Nachwuchs zu versorgen. Es wurde also nicht nur eine international wettbewerbsfähige Spitze, sondern vor allem ein gut qualifizierter Durchschnitt benötigt, mit dessen Hilfe sich der notorische Mangel an Orchestermusikern kompensieren ließ.

Es stellt sich damit die Frage, wie innerhalb der Spezialschulen mit dieser doppelten Zielsetzung umgegangen wurde und was das für den Einzelnen bedeutete.

3.3 Zur Rolle des Begabungsbegriffs in Wissenschaft und Praxis

Im Verlauf unserer Forschungsarbeit erhielten wir den Eindruck, dass es an den Spezialschulen eine unterschwellige Zwei-Klassen-Struktur gegeben hat: Die »besonders« Begabten und der »normale«, nicht für Spitzenpositionen vorgesehene Durchschnitt, den eine Gesprächspartnerin mit dem schönen Bild des »Fußvolks« charakterisierte. Wer keine Spitzenleistung erbrachte, sondern lediglich eine »Normalität auf professionellem Niveau« ausprägte, war an einer Spezialschule für Musik, anders als möglicherweise im Sport, keineswegs fehl am Platz. Er war kein Verlierer und musste das System der Spezialförderung nicht verlassen, denn er wurde für den Fortbestand des Musiklebens ebenso gebraucht wie die hervorragenden Absolventen. Da die Spezialschulen und Hochschulen aber andererseits nicht bloße »Berufsschulen« waren, sondern zugleich mit dem Anspruch auftraten, die Spitze des musikalischen Nachwuchses zu produzieren, waren sie gleichzeitig dazu verurteilt, das von ihnen ja ebenfalls hervorgebrachte professionelle Mittelmaß unablässig mit den Spitzenleistungen zu vergleichen und an ihnen zu messen. Das ist bei künstlerischen Leistungen, die sich ja immer an Maximalanforderungen orientieren, zwar durchaus naheliegend. Gleichwohl ist es ein Unterschied, ob sich die Beteiligten dieser Maximalforderung aus freien Stücken und im Bewusstsein der eigenen

54 Ebd.

Leistungsfähigkeit und eigener Zielsetzungen stellen, oder ob diese Forderung als externer Bewertungsmaßstab an sie herangetragen und innerhalb eines schulischen Kontextes in schlechthin verpflichtende Leistungsanforderungen übersetzt wird, deren Erfüllung oder Nicht-Erfüllung über den schulinternen Status des Schülers entscheidet. An den Spezialschulen bestätigt sich mithin eine Tendenz, die Pierre Bourdieu und Jean Claude Passeron am französischen Schulsystem der 60er Jahre beobachtet hatten.⁵⁵ Obgleich die Ausbildung rein quantitativ von der Arbeit mit dem ›Fußvolk‹ beherrscht wurde, wurden die Leistungsanforderungen und Bewertungsstandards aber vom Leistungsvermögen einiger weniger Spitzenleistungen her definiert. Eine Reihe der von uns geführten Interviews zeigt, dass diese offensichtliche Diskrepanz bei so manchem Gesprächspartner zu einem vom Bewusstsein der eigenen Mittelmäßigkeit durchdrungenen Selbstbild geführt hat.

Es war gerade die sehr starke Bezogenheit der Spezialschulausbildung auf das spätere Berufsleben, die das Modell der Spezialschulen auch für die Praktiker aus den Orchestern, die an den Spezialschulen unterrichteten, attraktiv machte. Die bildungspolitische Tendenz, Schulbildung immer stärker im Sinne einer gezielten Berufsvorbereitung zu begreifen, konvergierte mit dem Bildungsverständnis einer »Community of Practice«,⁵⁶ der es weniger um eine individuelle Förderung inkommensurabler musikalischer Persönlichkeiten als vielmehr um die Heranziehung künftiger Kollegen ging – von Kollegen, deren Habitus dem eigenen so ähnlich wie möglich sein sollte. Diese Konvergenz vollzog sich jenseits möglicher politischer Differenzen und bildete eine feste Klammer zwischen der staatlichen Bildungspolitik und der Community der Orchesterprofis. In welch hohem Maße diese Community die Ausbildung an der Spezialschule als Berufsausbildung begriff und wie wenig Spielräume sie daher den Schülern bei der Findung eigener Berufsperspektiven ließ, geht aus folgender Interviewäußerung eines prominenten Dresdner Orchestermusikers hervor:

55 Vgl. Pierre Bourdieu und Jean Claude Passeron, *Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs* (Titel der Originalausgabe: Teil I in *Les Héritiers. Les Etudiants et la Culture*, Paris 1964 und Teil 2 in den folgenden Aufsätzen in französischen Fachzeitschriften *Les adversaires complices*, *Les partenaires désaccordés*, *L'examen d'une illusion* sowie *La comparabilité des systèmes d'enseignement* 1971), Stuttgart 1971, S. 105; vgl. auch Rolf-Torsten Kramer, *Abschied von Bourdieu? Perspektiven ungleichheitsbezogener Bildungsforschung*, Wiesbaden 2011, S. 91.

56 Zum Begriff der ›Community of Practice‹ vgl. Jean Lave und Etienne Wenger, *Situated learning: Legitimate peripheral participation*, New York 1991.

Es ging im Prinzip darum, (.) dass die ganzen Lehrer, (.) die damals (.) hervorragende Solisten, (.) Konzertmeister der Kapelle und der Philharmonie waren, (..) sich die Mühe gaben, an der Spezialschule zu unterrichten; dass sie vier oder fünf Jahre mit einem Schüler arbeiteten, (..) und nach den fünf Jahren dann sagt der Herr Schüler: »Ach naja, das ist doch nichts richtiges für mich. Och nee, ich will doch lieber Mediziner werden.« Also DAS gab es früher NICHT.

Diese Äußerung offenbart eine weitere grundlegende Übereinstimmung zwischen dem eher berufsschulisch geprägten Denken der Orchesterpraktiker und den pädagogischen Rahmenbedingungen des Bildungssystems in der DDR. In beiden Kontexten spielte die Motivation der Schüler für das, was sie tun, eine letztlich untergeordnete Rolle. Motivation wurde zwar vorausgesetzt, aber kaum gezielt zu entfachen versucht. Das hat etwas mit einem für die Pädagogik der DDR wohl insgesamt charakteristischen Begabungsverständnis zu tun, das sich wie ein roter Faden durch die erziehungswissenschaftlichen Diskussionen verfolgen lässt. Wenn oben davon gesprochen wurde, dass es in der DDR-Pädagogik eine Orientierung an einem Ressourcen-Modell, mithin an einer Normalverteilung jedweder Begabung, gegeben hätte, dann darf diese Formulierung nicht dahingehend missverstanden werden, dass Begabung vor allem als statische und angeborene Anlage begriffen worden wäre. Im Gegenteil, nahezu alle Begabungsdefinitionen weisen dem Anlageaspekt eine eher geringe Bedeutung zu und betonen stattdessen den aus der sowjetischen Psychologie (Leontew) herrührenden Aspekt der Tätigkeit:⁵⁷ »Ob ein Mensch begabt ist, zeigt sich im Tätigsein.«⁵⁸ Mit dieser Bestimmung wird Begabung direkt an den Leistungsbegriff gekoppelt – eine Verknüpfung, die in der westlichen Musikpädagogik um diese Zeit teilweise strikt abgelehnt wurde.⁵⁹ Die Orientierung am Tätigkeitsbegriff erhielt in der Realität nun aber insofern eine ganz bestimmte Färbung, als der Rahmen, in dem sich diese Tätigkeiten zu entfalten hatte, strikt und unumstößlich vorgegeben war. Bis zu welchem Zeitpunkt welches Repertoire beherrscht werden, bis zu welchen Prüfungsterminen welches instrumentale Leistungslevel entwickelt sein musste, wurde kaum mit Blick auf den jeweiligen Einzelfall entschieden – und wenn, dann in Form von Sondermaßnahmen, durch die eine Bewältigung des jeweiligen Levels schließlich dann doch noch realisiert werden konnte.⁶⁰ Der Level selbst blieb weitgehend unverrückbar.

57 Vgl. Schulz, Leistungsprinzip (Fn. 3), S. 91.

58 Hilgendorf, Förderung besonders befähigter Schüler (Fn. 49).

59 Edwin E. Gordon, *Musikalische Begabung: Beschaffenheit, Beschreibung, Messung und Bewertung*, Mainz 1986.

60 Das entsprach im Übrigen genau dem Verständnis von Binnendifferenzierung im Schulunterricht. In den Erziehungswissenschaften der DDR hieß es zu diesem Thema:

Durch dieses Hoheitsrecht auf die Beschaffenheit der Tätigkeit und den Zeitpunkt, zu dem sie zu erfolgen hatte, mutierte der Begabungsbegriff zu einer Selbstlegitimierung des Ausbildungssystems. Als ›begabt‹ konnten nämlich genau diejenigen Schüler gelten, die innerhalb dieses Systems am besten funktionierten. Zwar versuchte die erziehungswissenschaftliche Diskussion die Fähigkeit zum »Aufnehmen und [...] Reagieren auf Umwelteinflüsse (Forderungen, Normen, Bedingungen)«⁶¹ als quasi ›objektive‹ Erkennungsmerkmale von Begabung auszuweisen. Doch gerade diese scheinbar allgemeingültige Bestimmung ließ konsequent außer Acht, dass die »Forderungen, Normen und Bedingungen« ja zu einem Großteil kontingente Setzungen waren, die mithilfe eines scheinbar universal gültigen Begabungsbegriffs sich selbst nobilitierten. Durch die Anbindung an den Leistungsbegriff wurden, durchaus folgerichtig, nicht nur das Anlagepotenzial, sondern auch Faktoren wie Ausdauer und Beharrlichkeit zu Erkennungszeichen für Begabung.⁶² Da diese Begabung als eine objektiv vorhandene Ressource verstanden wurde, ist es nicht weiter überraschend, wenn sich – wie es unsere Studie in vielen Fällen belegt – bei einem eventuellen Fehlen intrinsischer Motivation kaum ein Lehrender aufgefordert fühlte, diesen mangelnden Elan mit seinem eigenen Unterricht bzw. mit dem Ausbildungssystem in Verbindung zu bringen. Eine ehemalige Schülerin drückte das folgendermaßen aus:

Ich hab nie das Gefühl gehabt, es geht jetzt hier um mich oder (.) //mhm// um meine Wünsche, sondern das wurde eben festgelegt, was jetzt dran ist und (.) wenns Wettbewerbe gab, dann war das nicht, äh, (.) irgendwie um den Leuten da einen Gefallen zu tun, die da spielen, sondern eben ›für unsere DDR‹ und so weiter und von allem //mhm// hatte da schon //mhm// (.) zu funktionieren. //mhm// (.) Und das=das Ärgerliche ist halt, wenn man mal nicht so funktioniert hat, dann wurde eben nicht nachgefragt, sondern (.) dann hieß es eben, es wird erwartet, dass das wieder besser wird und (.) es gab also da kaum jemanden, der sich dann mal gekümmert hat, woran könnte das denn liegen.

Ebenso wenig wurde – auch dafür gibt es in unserer Studie zahlreiche Beispiele – bei einem Vorliegen von ›Begabung‹ (also dem Erbringen guter und sehr guter Leistungen) gefragt, ob der betreffende Schüler sich überhaupt wirklich für

»Differenzierung im Unterricht heißt, daß alle Schüler genügend Entwicklungsanreize und Entwicklungsbedingungen haben, daß jeder so gefordert und gefördert wird, wie es zum gleichmäßigen Voranschreiten auf der Grundlage der Lehrpläne [...] notwendig ist.« (Schulz, Leistungsprinzip (Fn. 3), S. 97 f.).

61 Hilgendorf, Förderung besonders befähigter Schüler (Fn. 49).

62 Ebd.

den vor ihm liegenden Ausbildungs- und Berufsweg interessierte. Das hängt damit zusammen, dass der Wert von Begabung, wie bereits erwähnt, nicht in Hinblick auf das ›begabte‹ Individuum, sondern immer unter Bezugnahme auf ihre gesellschaftliche Nützlichkeit bestimmt wurde. Auch hier liegt eine Konvergenz zwischen den bildungspolitischen Grundsätzen der DDR und dem Selbstverständnis renommierter Orchestermusiker vor. Wurde es von staatlicher Seite als eine ›Ehre‹ angesehen, mit der jeweiligen Begabung einem gesellschaftlich als wertvoll anerkannten Ziel dienen zu dürfen, so war es, wie die oben zitierte Äußerung zeigt, für nicht wenige Musiker der Staatskapelle ein Zeichen groben Undanks, wenn ein Schüler, der die Ehre gehabt hatte, vier bis fünf Jahre bei einem Kapellmusiker unterrichtet worden zu sein, sich am Ende für einen anderen Beruf entschied. Diese Konvergenz hatte zur Folge, dass das heikle Thema der Berufsfindung an den Spezialschulen kaum wirklich in Erscheinung trat. Angesichts der Tatsache, dass ein Musikstudium mit anschließender musikalischer Berufstätigkeit nahezu vorausgesetzt wurde, nimmt es nicht wunder, dass es immer nur Wenige waren, die aus der vorgezeichneten Bahn ausscherten.

4. Die inhaltlichen Dimensionen von Schulkultur – Ausblick auf die Studie

Der kurze Gang durch die bildungspolitischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Spezialschulen ihre Ausbildungsarbeit leisteten, hat eine Reihe von Aspekten zutage gefördert, mit deren Hilfe wir den Leitbegriff unserer Studie, die Schulkultur (vgl. Abschnitt 2), inhaltlich modifizieren können. Zur Erinnerung: Bei Werner Helsper, der in den Erziehungswissenschaften die Schulkultur-Forschung wesentlich begründet hat, werden vier Dimensionen genannt,⁶³ die allerdings, wie oben bereits festgestellt, für eine Anwendung auf den Bereich der DDR-Spezialschulen nur bedingt geeignet sind.

1. Dimension: Umgang mit Leistung und Begabung

Diese Dimension lässt sich am ehesten mit dem bei Helsper genannten Kriterium (Leistung) in Übereinstimmung bringen. Hier fragen wir, welche Auswirkungen das die Spezialschule kennzeichnende Leistungs- und Begabungsverständnis auf die Akteure hatte und welche biografischen Ausgangsbedingungen vorliegen mussten, wenn Spezialschüler mit diesem Verständnis gut bzw. weniger gut umgehen konnten.

⁶³ Helsper, Schulkultur (Fn. 18), S. 37 f.

2. Dimension: Berufsvorbereitung und Persönlichkeitsentfaltung

Die zweite Dimension wird in Helspers Theorie der Schulkultur mit dem Oberbegriff ›Inhalte‹ belegt. Wir modifizieren diese Kategorie, indem wir, ausgehend von den in diesem Beitrag entfalteten Überlegungen, nach dem Verhältnis fragen, das an den Spezialschulen zwischen der zentralen inhaltlichen Bestimmung, der Berufsvorbereitung, und jener Ebene der Persönlichkeitsentfaltung bestand, die für eine künstlerische Entwicklung schlechterdings unverzichtbar ist.

3. Dimension: Rollenidentität und Beziehungsgefüge

Die dritte Dimension fragt nach dem Selbstverständnis der Spezialschüler, den Lehrer-Schüler-Beziehungen sowie nach dem Verhältnis der Schüler untereinander. In ihr spiegeln sich die an der Spezialschule herrschenden »pädagogischen Orientierungen« (so wird diese Dimension in der Schulkultur-Theorie bei Helsper bezeichnet). Unsere Modifikation trägt der Tatsache Rechnung, dass sich diese Orientierungen nicht nur aus bestimmten, explizit formulierbaren pädagogischen Grundsätzen speisen (in diesem Sinne versteht Helsper diese Dimension), sondern ein konjunktives Wissen darstellen, das von den unterschiedlichsten Einflüssen und Rollenvorstellungen geprägt ist (z.B. der Rollenvorstellung der Orchestermusiker in ihrem Verhältnis zu den staatlicherseits formulierten Vorgaben). Zu dieser Dimension gehört auch die Frage nach der Bedeutung, die die Ebene des Politischen im Schulalltag spielte.

4. Dimension: Rahmungen und Handlungsmöglichkeiten

Diese Dimension wird bei Helsper als »Partizipation« bezeichnet und zielt auf Aspekte wie Schülermitbestimmung etc. ab. Dieser Aspekt lässt sich zweifellos kaum sinnvoll auf eine DDR-Schule übertragen. Wir greifen ihn jedoch insofern auf, als wir generell nach den Handlungsmöglichkeiten des einzelnen Schülers im schulischen Kontext fragen. Dabei meinen wir nicht so sehr institutionell garantierte Mitbestimmungsrechte, sondern fragen, ob und inwieweit es für die Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten gegeben hat, sich im Rahmen der Schule als aktiv handelndes Individuum wahrnehmen zu können.

Durch unseren biografieorientierten Ansatz wurde schnell offenkundig, dass es für jede dieser Dimensionen nicht nur eine richtige Antwort gibt. Je nach den lebensgeschichtlichen Voraussetzungen, die ein Schüler mitbrachte, wurde jede Dimension höchst unterschiedlich wahrgenommen. Dennoch wäre es falsch, sich mit der Feststellung zu begnügen, jeder Schüler habe die Schule individuell völlig unterschiedlich erlebt. Mit unserer Typologie, die wir parallel zu den Interviewauswertungen entwickelt haben, unternehmen wir den Ver-

such, Erklärungen zu finden, inwieweit bestimmte biografische Ausgangsvoraussetzungen (Beziehung zu den Eltern, familiärer Lebensstil, städtische oder ländliche Sozialisation, Wahl des Instruments, Beziehung zum ersten Instrumentallehrer) zu einer bestimmten Ausprägung einer Dimension führten. Die Schulkultur der Dresdner Spezialschule erscheint daher nicht als ein Set von bestimmten, festumrissenen Merkmalen, sondern eher wie eine implizite Regelhaftigkeit, die den konjunktiven schulischen Erfahrungsraum prägte. Die Herausarbeitung und Darstellung dieser Regelhaftigkeit kann jedoch nicht im Rahmen dieses Beitrags erfolgen, der lediglich in die Studie einführen und zur Klärung der bildungspolitischen Rahmenbedingungen beitragen sollte.

Isabelle Lehn, Sascha Macht, Katja Stopka

Das Institut für Literatur ›Johannes R. Becher‹, Leipzig (1955–1993)

Literarische Schreibprozesse im Spannungsfeld von kulturpolitischer
Vereinnahmung, pädagogischem Experimentieren und poetischem
Eigensinn

Der Forschungsgegenstand

Das Institut für Literatur wurde zu Beginn des Jahres 1955 auf Beschluss der SED-Parteiführung in Leipzig gegründet. Im September desselben Jahres nahm man den Lehrbetrieb auf. Als Gründungsdirektor konnte mit dem in sozialistischer Bewusstseinsbildung erfahrenen Schriftsteller Alfred Kurella ein Kulturfunktionär erster Güte gewonnen werden. In seiner eher kurzen zweijährigen Amtszeit prägte Kurella die Leitlinie des Instituts maßgeblich. 1958 erhielt das Institut Hochschulstatus. Im Jahr darauf wurde ihm der Name des ehemaligen Kulturministers der DDR verliehen, sodass fortan vom »Institut für Literatur ›Johannes R. Becher‹« die Rede war.

Im Verlauf des ersten Jahrzehnts hatte man drei Studienrichtungen entwickelt, in denen insgesamt 990 Studierende ausgebildet wurden. Man unterschied ein Direktstudium, ein Fernstudium und einen Sonderlehrgang. Den dreijährigen Direktstudiengang schlossen die Studierenden mit einem Diplom ab; für das berufsbegleitende dreijährige Fernstudium erhielten Absolventen ein sogenanntes ›Teildiplom‹. Die Sonderlehrgänge für arrivierte Autoren und Kulturschaffende dauerten in der Regel ein Jahr und verliefen ohne abschließende Prüfungsverfahren.

Die Lehre am Institut setzte sich zum einen aus den sogenannten ›Schöpferischen Seminaren‹ für Prosa, Lyrik und Dramatik zusammen und zum anderen aus wissenschaftlichen Seminaren und Vorlesungen zu Gesellschaftswissenschaften (Marxismus-Leninismus), Literaturgeschichte, Allgemeiner Geschichte, Ästhetik und Deutscher Sprache. Obligatorisch waren darüber hinaus mehrwöchige Praktika, die während des Studienjahres »in sozialistischen Großbetrieben, vor allem im Partnerbetrieb, dem Braunkohlenkombinat Regis geleistet«¹ wurden.

1 Marianne Schmidt, »Einleitung«, in Institut für Literatur ›Johannes R. Becher‹ (Hg.), *Zwischenbericht. Notate und Bibliographie zum Institut für Literatur ›Johannes R. Becher‹*,

Dozenten des Instituts kamen aus unterschiedlichen Bereichen: Schriftsteller wie auch Hochschullehrer konnten sich qualifizieren, aber auch Kulturfunktionäre und Personen mit überzeugender kommunistischer Vergangenheit lehrten am Institut. Um ein Studium am Becher-Institut aufzunehmen, galten hingegen klare Kriterien. Begabung allein reichte nicht aus: Eine vorhergehende Berufsbildung (Studium, Lehre) war genauso Bedingung wie erste Veröffentlichungen. Günstig erwiesen sich zudem Empfehlungen durch die Arbeitsgemeinschaften junger Autoren des Schriftstellerverbandes, Zirkel schreibender Arbeiter oder die Poetenseminare der FDJ. Dies führte dazu, dass die Studierenden des Becher-Instituts in der Regel älter waren als Studienanfänger an anderen Hochschulen.

Untersuchungsschwerpunkte

Unser Forschungsprojekt nimmt erstmalig eine profunde Einordnung des kulturpolitischen Stellenwerts bzw. eine genauere Analyse der produktiven Rolle vor, die dem Becher-Institut als Ausbildungsstätte zahlreicher später bedeutender Autoren über vier Dekaden hinweg zukam. Hierbei sind vier Aspekte von besonderer Relevanz: 1.) die historische Aufarbeitung des Auf- und Ausbaus, der Arbeitsstrukturen und Entwicklungsphasen des Instituts, 2.) die Dokumentation und Analyse der kulturpolitischen Einflüsse auf die Ausbildungssituation, 3.) die Bestimmung der ästhetischen Qualität und gesellschaftspolitischen Relevanz der aus dem Becher-Institut hervorgegangenen literarischen Erträge und 4.) die Erörterung der Ausbildungskonzeption und -praxis sowie der Beziehungskonstellationen am Becher-Institut hinsichtlich der epistemischen Bedeutung für die Diskussion um die Lehr- und Lernbarkeit literarischen Schreibens.

Vergegenwärtigt man sich das Aufgabenspektrum und die Zielstellung des Becher-Instituts am Beispiel von Alfred Kurellas programmatischen, in der Gründungsrede des Instituts formulierten Anspruch, »literarische Meisterschaft«² zu erzielen und mit den Mitteln einer besonderen Ausbildung zu etablieren, ergibt sich ein Spannungsfeld, in dem kulturpolitische, literaturpädagogische und ästhetische Ansprüche aufeinandertreffen und die rekonstruierbare Praxis der institutionalisierten Schreibprozesse im Verhältnis zu ihren literarischen Ergebnissen exemplifiziert werden kann.

Leipzig, Leipzig 1980, S. 7–9, hier S. 8.

2 Alfred Kurella, »Von der Lehrbarkeit der literarischen Meisterschaft. Vortrag zur Eröffnung des Instituts für Literatur in Leipzig«, in *Ruf in den Tag. Jahrbuch des Instituts für Literatur »Johannes R. Becher«*, Leipzig 1960, S. 17–36.

Archivbestände, Quellen und methodische Grundüberlegungen

Folgendes Quellenmaterial bildet die Grundlage für die Untersuchung des Becher-Instituts:

1. Die nachgelassenen Akten des Instituts (Staatsarchiv Leipzig) sowie Nachlässe und Stasi-Unterlagen von Institutsangehörigen (Archiv der Akademie der Künste, Archiv des BStU),
2. autobiografisches Material (Memoiren, Erinnerungen, Briefwechsel und eigens erhobene Zeitzeugenaussagen),
3. Pressematerial über das Institut und Zeugnisse der hauseigenen Öffentlichkeitsarbeit (zu DDR-Zeiten und nach der Wiedervereinigung),
4. aus dem Studium hervorgegangene literarische, poetologische und ästhetische Arbeiten.

Methodisch stützen wir uns in einem weiteren Sinne auf das Verfahren des ›New Historicism‹, einer kulturwissenschaftlich orientierten Literaturforschung, die unterschiedliche Textformen aus vergangenen Kulturpraxen miteinander »in Verhandlung«³ treten lässt. Dabei werden etwa die aus der Ausbildung hervorgegangenen literarischen Arbeiten mit dem offiziellen Archivmaterial des Instituts ebenso in Beziehung gesetzt wie mit Direktiven und Verlautbarungen aus der Kulturpolitik oder mit geisteswissenschaftlichen Untersuchungen bzw. philosophischen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Diskursen. Gleichwohl fällt das autobiografische Material dabei entscheidend ins Gewicht. Als besonders einschlägig gilt uns dieser Ansatz, da er nicht von ideologischen Vorzeichen oder normierenden Kräften ausgeht, sondern diese allenfalls aus den vorliegenden Archivbeständen in Form von kulturellen Konstellationen und Denkmustern als Ergebnis herausliest. Durch eine solche Herangehensweise an das Quellenmaterial haben wir uns drei unterschiedliche, aber permanent ineinandergreifende Untersuchungskategorien erschlossen – die historische, thematische und perspektivische Kategorie.

Historische Kategorie

Synchrone wie auch diachrone Vergleiche lassen historische Gewichtungen und Auslotungen zu. Synchron ist zum Beispiel die Untersuchung des Instituts im Gründungsjahr – die grund- und maßgebende Experimentierphase für

3 Vgl. Stephen Greenblatt, *Verhandlungen mit Shakespeare. Innenansichten der englischen Renaissance*, Frankfurt a. M. 1993; Moritz Baßler, *Die kulturpoetische Funktion und das Archiv. Eine literaturwissenschaftliche Text-Kontext Theorie*, Tübingen 2005.

die weitere Entwicklung des Studienverlaufs. Der diachrone Vergleich unterschiedlicher Erfahrungen, Einschätzungen und Ereignisse über die vier Dekaden hinweg bzw. auf der Folie kulturpolitischer Zäsuren, macht hingegen den Wandel ästhetischer und ideologischer Leitlinien langfristig nachvollziehbar und hilft, didaktische Entwicklungsprozesse zu rekonstruieren.

Thematische Kategorie

Hier eruieren wir literatursoziologische und -politische sowie poetologisch-ästhetische Themenkomplexe und untersuchen ihre Relation zueinander. So werden etwa hinsichtlich der Entwicklung von Autorenbiografien unterschiedliche Bewertungsmuster zum Einfluss des Studiums auf den Werdegang analysiert. Darüber hinaus kommen die Auswirkungen der (kultur-)politischen Kontrolle auf die literarischen Erträge in den Blick. Bezüglich der ästhetischen und literarischen Ansprüche und der Ausbildungspraxis wird die Bedeutung des ästhetischen Konzepts des ›Sozialistischen Realismus‹ erörtert.

Perspektivische Kategorie

Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten, etwa zu Fragen der kontroversen Einschätzungen der Institutspolitik, lassen sich einordnen, indem Zeitzeugenaussagen, offizielle Dokumente aus Institutsakten sowie kulturpolitischen Forderungen einander gegenübergestellt werden.

Die Erfahrung unserer bisherigen Forschungspraxis, in der sich in der Gegenüberstellung unterschiedlichster Zeugnisse und Dokumente wiederkehrend Widersprüche ergaben, hat gezeigt, dass ein quellenkritischer Umgang mit dem heterogenen Material notwendig ist. So liefern die offiziellen Akten des Instituts aus historischer Perspektive authentische Momentaufnahmen und sprechen mithin eine ganz andere Sprache als die Zeitzeugenerinnerungen, die als rückwirkende Zuschreibungen und Sinnkonstrukte immer in einen größeren biografischen Zusammenhang zu stellen sind. Gleichzeitig aber ist zu fragen, inwieweit die offiziellen Akten des Instituts im Moment ihres Entstehens bereits manipuliert wurden – etwa zum Zwecke pragmatisch-ideologischer Absicherung bzw. der Selbsterhaltung, was neben Rechenschaftsberichten auch Sitzungs- und Seminarprotokolle betrifft.

Und: auch die Biografie der Forscher kann in diesem Zusammenhang nicht ausgeblendet werden, bewegen wir uns doch im zeitgeschichtlichen Kontext, das heißt in einer »Epoche der Mitlebenden und ihre[r] wissenschaftliche[n] Behandlung«.⁴ Dass dabei die Fragen nach Herkunft, Erfahrungshorizont bzw.

4 Hans Rothfels, »Zeitgeschichte als Aufgabe«, in *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*

Generation der Forschenden mehr als in der Erforschung jeder anderen historischen Epoche eine Rolle spielen, darf weder unterschlagen noch überbewertet werden.

Periodisierung anhand (kultur-)politischer Zäsuren

Die Sichtung des Quellenmaterials und seine Einordnung in die größeren gesellschaftlichen Zusammenhänge zeigen den erheblichen Einfluss der kulturpolitischen Zäsuren der DDR auf den Lehrbetrieb des Becher-Instituts und die Beziehungsstrukturen seiner Akteure. Um diese Verbindungen zu größeren Entwicklungslinien und Zusammenhängen der DDR-Kulturpolitik darzustellen, erscheint uns eine Periodisierung gewisser Ereignisse, Vorkommnisse und Sanktionen am Becher-Institut anhand folgender kulturpolitischer Zäsuren hilfreich:

Bereits ein halbes Jahr nach der Gründung des Literaturinstituts erfolgte mit der Geheimrede Chruschtschows über die stalinistischen Verbrechen auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 ein politischer Einschnitt, der auch den Unterrichtsalltag nicht unberührt ließ. Dass eine offizielle Positionierung der Direktion gegenüber der Vernichtungspolitik Stalins ausblieb, empörte die Studierenden des ersten Jahrgangs und veranlasste sie zu heftigen Diskussionen mit ihren Lehrkräften.

Als nächstes einschneidendes Ereignis ist der Beschluss des ›Bitterfelder Weges‹ im April 1959 zu nennen. Das seit diesem Jahr unter dem Namen ›Johannes R. Becher‹ firmierende Institut reagierte auf den neuen ästhetischen und kulturpolitischen Leitdiskurs mit einer wesentlichen Umstrukturierung des Studiums. Aufnahmequoten für schreibende Arbeiter wurden eingeführt, es erfolgte die Einrichtung eines Fernstudiums für Arbeiter, und Betriebspraktika galten nun als verpflichtender Teil des Studiums. Gegenüber der herrschenden ästhetischen Ausrichtung am ›Sozialistischen Realismus‹ erstarkte nun aber auch das Interesse an der Lyrik, aus dem sich die ›Sächsische Dichterschule‹ im Umfeld des am Becher-Institut lehrenden Professors Georg Maurer entwickelte.

Das 11. Plenum des ZK der SED im Jahre 1965 gilt als eine der folgenreichsten kulturpolitischen Zäsuren in der DDR, die auch gravierende Auswirkungen auf die Institutspolitik hatte. Eine verstärkte Kontrolle durch das Ministerium für Kultur (MfK) und den Deutschen Schriftstellerverband führte zu ideologischen Verschärfungen des Auswahlverfahrens und zur Eröffnung

1/1(1951), S. 1–8, hier S. 2.

von Disziplinarverfahren, die in zahlreiche Exmatrikulationen mündeten. Im Zusammenhang dieser Vorgänge, die sich vor dem Hintergrund des ›Prager Frühlings‹ zuspitzten, erfolgten auch der Rücktritt des stellvertretenden Direktors Horst Nalewski und die Suspendierung des Dozenten Werner Bräunig. Im Jahr 1967 wurde vom MfK sogar kurzzeitig in Erwägung gezogen, das Becher-Institut zu schließen, worauf die SED mit wiederholten Überprüfungen der Studierenden und des Lehrkörpers durch den Staatssicherheitsdienst reagierte.⁵

1971 erfolgte der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker, an den sich eine Tauwetterperiode anschließen sollte, die am Becher-Institut zur kulturpolitischen Enttabuisierung und Entfaltung literarischer Freiheit führte. Eine Entwicklung innovativer literarisch-ästhetischer Prozesse wurde in Gang gesetzt, während im Auswahlverfahren wieder das Kriterium der künstlerischen Eignung in den Vordergrund rückte.

Allerdings endete spätestens mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 die Tauwetterperiode auch für das Becher-Institut, was sich nicht zuletzt in der Zunahme der Zahl der ›Operativen Vorgänge‹ durch die Staatssicherheit zeigte.

Der letzten Zäsur im Jahr 1989/90, dem Mauerfall und der Wiedervereinigung, folgte schließlich das Ende des Becher-Instituts. Am 12. Dezember 1990 verfügte die Sächsische Landesregierung in Dresden die »Abwicklung« des Instituts mit dem Argument, das Studienangebot entspreche nicht »den Anforderungen, die eine freiheitliche Gesellschaft, ein demokratischer Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft an Lehre und Forschung stellen«, da der Unterricht »einseitig auf eine Ideologie und auf die Staats- und Gesellschaftsordnung des ›real existierenden Sozialismus‹ festgelegt« sei.⁶ Dieses Urteil bezieht sich vor allem auf die Gründungsgeschichte des Instituts: »Es war ein sozialistisches deutsches Literaturinstitut,« erklärte ein Abgeordneter der Landesregierung den Beschluss: »An einem Institut, das einst von Alfred Kurella und Max Zimmering stalinistisch geprägt worden sei, ginge es nicht, daß in alte Strukturen neuer Geist einziehe.«⁷ Die Dozenten und Studierenden des Instituts protestierten gegen eine solch pauschale Begründung und forderten eine differenzierte Untersuchung der Institutsgeschichte.

5 Vgl. Joachim Walther, *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit*, Berlin 1996, S. 752.

6 Vgl. Presserklärung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 12. 12. 1990.

7 Rolf Richter, »Es geht um einen neuen Geist. Parlamentarier vom Regierungssitz Dresden des Landes Sachsen bei der Aktionswoche am Literaturinstitut«, in *Leipziger Volkszeitung*, 7. 1. 1991.

Bis zur Erfüllung dieser Forderung sollten Jahrzehnte vergehen: 2013, zwanzig Jahre nach der Schließung des Instituts und der anschließenden Neugründung des Deutschen Literaturinstituts Leipzig (DLL), begann unser Projekt mit der ersten umfassenden Aufarbeitung.⁸ In drei Einzeluntersuchungen präsentieren wir im Folgenden einige unserer Forschungsergebnisse: Zunächst stellen wir die maßgeblichen Debatten zu den ästhetischen und ideologischen Kategorien ›Realismus‹ und ›Formalismus‹ in der Gründungsphase des Literaturinstituts vor; anschließend wird das Institut als didaktisches Experimentierfeld im Kontext kontroverser Diskussionen um Lehr- und Lernbarkeit literarischen Schreibens in den Blick genommen; abschließend rücken die kulturpolitische Kontrolle, Sanktionen und die Kooperation mit der Staatssicherheit in den 1960er Jahren in den Fokus.

Die ästhetische und ideologische Bedeutung von Realismus und Formalismus für die Schriftstellerausbildung am Institut für Literatur

Mit der Entscheidung, Alfred Kurella zum Gründungsdirektor des Instituts für Literatur zu ernennen, wurden zugleich kulturpolitische bzw. ästhetische Weichen gestellt, deren Auswirkungen sich noch vierzig Jahre später in der Phase der Abwicklung des Becher-Instituts bemerkbar machen sollten. Der 1895 in Niederschlesien geborene Schriftsteller, Journalist und Kulturfunktionär hatte sich bereits während seines 20-jährigen Aufenthalts in der Sowjetunion kommunistische Meriten erworben. Als er sich 1954 in der DDR niederließ, ging ihm der Ruf voraus, ein überzeugter Vertreter sozialistischer Literaturvermittlung und Literaturproduktion zu sein. Die Ausbildung von Schriftstellern hatte sich Kurella zufolge ausschließlich nach den Prinzipien des Sozialismus zu richten, wobei die »Grundhaltung des Schriftstellers [...] seine bejahende Haltung zu den Entwicklungstendenzen, die zum Sozialismus führen«,⁹ entscheidend sein sollte. Seines Erachtens waren für das literarische Schaffen vor allem die

⁸ Das Projekt mit dem Titel *Literarische Schreibprozesse im Kontext der institutionellen Hochschulausbildung – dargestellt am Beispiel des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹ Leipzig* wurde am DLL unter der Leitung von Hans-Ulrich Treichel von Februar 2013 bis Dezember 2014 bearbeitet. Gefördert hat dieses Vorhaben das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) in Verbindung mit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (SAW).

⁹ Alfred Kurella, *Bilanz der Sowjetliteratur (II)*, in *Neue Deutsche Literatur* 3/3 (1955), S. 121.

Wahl der Inhalte bzw. Themen ausschlaggebend und weniger die »Fragen der Form und des Stils«.¹⁰ Als glühender Verfechter des »Sozialistischen Realismus« war er ein ebenso leidenschaftlicher Verächter der »Klassischen Moderne«, die er unter das Verdikt des »Formalismus« subsumierte, den es laut eines Beschlusses des 5. Plenums des Zentralkomitees der SED vom 17. März 1951 zu bekämpfen galt. Eben auf diesem Plenum wurde auch der »Sozialistische Realismus« als ästhetisches Konzept nach sowjetischem Vorbild zur maßgeblichen Kultur-Doktrin der DDR erklärt. An- und Aufforderung an den Schriftsteller sollten fortan darin bestehen, einer inhaltlich klar umrissenen und nicht in Zweifel zu ziehenden sozialistischen Programmatik und Handlungsmaxime zu folgen, die neben dem optimistischen sozialistischen Selbstverständnis die realistische Darstellung von »positiven Helden« und eine Allgemeinverständlichkeit der Kunst verlangte. Über die wirklichkeitsgetreue Gestaltung hinausgehend, bestand eine weitere wesentliche Aufgabe des »Sozialistischen Realismus« darin, die Zukunft einer vom Sozialismus durchwirkten Welt in Aussicht zu stellen. Optionen und Probleme poetologischer Verfahren standen in diesen ästhetischen Konzeptionen nicht im Vordergrund. Vielmehr wurden alle ästhetischen Ansätze, die sich nicht an die Kriterien und Inhalte der kulturpolitisch verabschiedeten Verordnungen hielten, als »Formalismus« verurteilt.¹¹ Entsprechend untersagte Alfred Kurella als linientreuer Direktor des Instituts für Literatur strikt jegliche Plädoyers für formale Aufgeschlossenheit und ästhetische Unkonventionalität, wie sie etwa von Bertolt Brecht und Hans Mayer vertreten wurden.¹² In solchen Bestrebungen sah er nur die spätbürgerliche Dekadenz der »Klassischen Moderne« fortgesetzt, deren

Verarmung und Entleerung des praktischen Lebens in der imperialistischen Phase der Entwicklung [begleitet wird] von einer Auflösung der Formen nicht nur in allen Künsten, sondern auch in den Beziehungen der Menschen untereinander. Zur Begründung dieses ganzen Verfalls bemüht sich eine Schar von Theoretikern, das klassische Menschenbild aufzulösen[,] die »Nachtseiten«, das Tierische in der menschlichen Natur ins Blickfeld zu rücken, Entartung und Krankheit zu verherrlichen.¹³

10 Ebd.

11 Vgl. die grundlegende Darstellung von Günther Erbe, *Die verfemte Moderne. Die Auseinandersetzung mit dem »Modernismus« in Kulturpolitik, Literaturwissenschaft und Literatur der DDR*, Opladen 1993.

12 Vgl. etwa Bertolt Brecht, »Was ist Formalismus?«, in ders., *Schriften zur Literatur und Kunst. Bd. 3: 1934–1956. Anmerkungen zur literarischen Arbeit. Aufsätze zur Literatur. Die Künste in der Umwälzung*, Frankfurt a. M. 1967, S. 185–189; Hans Mayer, »Zur Gegenwartslage unserer Literatur«, in *Sonntag*, 28. 11. 1956.

13 Alfred Kurella, »Die Einflüsse der Dekadenz«, in *Sonntag*, 21. 7. 1957.

Diese im Ton erschreckend nah am Jargon der Nationalsozialisten orientierte Kunstauffassung missfiel indes auch etlichen Studenten am Institut für Literatur. Erich Loest, Ralph Giordano, Fred Wander und Adolf Endler – alle vier waren Studenten des ersten Jahrgangs – bekundeten ihr Befremden gegenüber der dogmatischen Haltung Kurellas. Von Giordano wird Kurella des »Schmal-spurismus« bezichtigt, der »keine Veränderung«, sondern »Bestätigung des Dogmas«, »keine Unruhe«, sondern »Glauben« von den Studenten fordere.¹⁴ Loest erschien Kurellas ästhetischer Anspruch höchst reduziert, bestand er doch seines Erachtens darin, »die Beschlüsse der Partei mit den Mitteln der Literatur den Massen nahezubringen.«¹⁵ Fred Wander hat ihn als unverbesserlichen Stalinisten in Erinnerung,¹⁶ und auch Endler entsinnt sich »unsäglichem Stalinismus«¹⁷ aus dem Munde des Institutsdirektors. So habe er unter anderem den Studierenden erklärt »daß diese Schriftsteller, wie Babel, in Moskau nicht wegen ihrer literarischen Abweichungen oder Formalismen erschossen worden sind, sondern wegen ihrer politischen Untergrundtätigkeit.«¹⁸ Auch seine Fähigkeiten als Pädagoge wurden angezweifelt. Obwohl Kurella in seiner programmatischen Rede auf der Eröffnungsveranstaltung des Instituts für Literatur die »Lehrbarkeit der literarischen Meisterschaft« proklamiert hatte, war er Erich Loest zufolge als Lehrender kaum dazu geeignet, dies praktisch umzusetzen.¹⁹ In Diskussionen mit seinen Studenten habe Kurella grundsätzlich nicht gelten lassen, »was ihm nicht behagte, und [er] griff an, wo er Lücken fand. [...] Hier ging es nicht um Literatur, sondern um die Macht über Literatur.«²⁰ Diese sehr einseitige und keine Widersprüche akzeptierende Haltung spiegelt sich auch in zahlreichen Artikeln und Vorträgen wider, die Kurella in den 1950er Jahren veröffentlichte.²¹

Dass es gleichwohl einen anderen Unterrichtsstil am Literaturinstitut gab und auch über den Tellerrand der ästhetischen Konventionen des Sozialisti-

14 Vgl. Ralph Giordano, *Die Partei hat immer Recht. Ein Erlebnisbericht über den Stalinismus auf deutschem Boden*, Freiburg 1990, S. 161 f.

15 Erich Loest, *Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf*, Hamburg 1981, S. 259.

16 Fred Wander, *Das gute Leben oder Von der Fröhlichkeit im Schrecken. Erinnerungen*, Göttingen 2006, S. 176.

17 Adolf Endler, *Dies Sirren. Gespräche mit Renatus Deckert*, Göttingen 2010, S. 145.

18 Ebd.

19 Vgl. Loest, *Durch die Erde* (Fn. 15), S. 259.

20 Ebd., S. 268.

21 Vgl. etwa Alfred Kurella, »Tatsachen gegen Legenden. Zur Geschichte des Begriffs ›Sozialistischer Realismus‹«, in *Neue Deutsche Literatur*, 5/2 (1957), S. 136–145; ders., »Wer bagatellisiert? Zur Gegenwartslage unserer Literatur«, in *Sonntag* 3./4. 12. 1956; ders., »Die Einflüsse der Dekadenz«, in *Sonntag*, 21. 7. 1957.

schen Realismus geschaut wurde, zeigen die nachgelassenen Seminarprotokolle des berühmten Dadaisten und Verlegers Wieland Herzfelde, der von 1955 bis 1956 als Dozent für Prosa die erste Matrikel unterrichtete, zu der auch die vier bereits Genannten gehörten. Die Unterrichtsprotokolle, die den Verlauf der Prosaseminar-Sitzungen dokumentieren, an denen bis zu 20 Hörer teilnahmen, geben Aufschluss über eine weitgehend undogmatische Diktion und eine liberale Diskussionsatmosphäre, die Kontroversen zuließ, statt sie zu unterbinden.²² Man diskutierte u. a. über die Notwendigkeit von ästhetischen Kategorien des Einzigartigen, über das Außergewöhnliche von Literatur wie auch über die Literatur des Außergewöhnlichen – alles Aspekte, die mit den Kriterien des Typischen und Volkstümlichen, wie sie der ›Sozialistische Realismus‹ vorsah, nicht unbedingt übereinstimmten.²³ Entsprechend äußerten die Studierenden in dem Prosa-Seminar ihren Unmut über die von der DDR-Kulturpolitik verordnete Zensur und das Verbot von Literatur, die der DDR-Doktrin nicht entsprach.²⁴ Zum Beispiel meldet sich mit Zustimmung Herzfeldes der Student Gotthold Gloger mit folgendem Kommentar zu Wort:

Um Kunst- und Literaturrichtungen abzulehnen, muss man sie erst kennenlernen. Man müsste auch in der DDR westliche Literatur zu lesen und z. B. abstrakte Kunstwerke zu sehen bekommen, damit man darüber diskutieren kann. Man darf sie den Menschen in der DDR nicht jahrelang einfach vorenthalten.²⁵

Auch der Student Walter Püschel plädiert in einer anderen Seminarsitzung für eine öffentliche Auseinandersetzung über Literaturverbote.²⁶

Besonders kritisch wurde Georg Lukács' einschlägiger Essay *Erzählen oder Beschreiben?* im Herzfelde-Seminar beleuchtet, obwohl der ungarische Literaturkritiker mit seinem Realismus-Konzept zu diesem Zeitpunkt noch maßgeblich die Ästhetik des ›Sozialistischen Realismus‹ in der DDR prägte.²⁷ Der 1936 von Lukács veröffentlichte Essay erörtert zwei im 19. Jahrhundert entwickelte Realismuskonzeptionen vor dem Hintergrund der Frage, inwieweit sie als

22 Vgl. die Unterrichtsprotokolle. In: Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, Bestand 20311, Institut für Literatur, Nr. 629. Im Folgenden zitiert als SStAL, Institut für Literatur, Nr. 629 sowie die Angabe des Blattes.

23 Vgl. SStAL, Institut für Literatur, Nr. 629, Bl. 132.

24 Vgl. ebd., Bl. 29.

25 Ebd., Bl. 133.

26 Ebd., Bl. 29 ff.

27 Kurze Zeit danach galt Lukács allerdings aufgrund seiner Verstrickungen in den Ungarn-Aufstand als diskreditiert und verlor seinen Status als Leitfigur des Sozialistischen Realismus in der DDR. Vgl. Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*, erweiterte Neuausgabe, Berlin 2009, S. 120.

literarisches Erbe für die Erneuerung einer Literatur auf der Basis einer marxistisch-sozialistischen Literaturtheorie Geltungsanspruch behaupten können. Lukács unterscheidet zwischen einem alten klassischen Realismus und einem modernen Realismus. Den klassischen Realismus mit seinem Gestaltungsprinzip des Erzählens erhebt er zur Norm des ›Sozialistischen Realismus‹. Der neue bzw. moderne Realismus hingegen wird von ihm als Vorbild für eine an den Maßstäben des Sozialismus orientierte zeitgenössische Narration entschieden abgelehnt. Denn wo der Realismus alter Schule mit seinem Kompositionsprinzip des Erzählens sinnstiftend, meinungsbildend und moralisierend wirke, da vertrete das Kompositionsprinzip des ›modernen‹ Realismus Fatalismus, Indifferenz und Amoralität.²⁸ Damit seien dessen Vertreter aber zugleich zu Schriftstellern »im Sinne der kapitalistischen Arbeitsteilung«²⁹ geworden im Unterschied zu den Vertretern des erzählenden Realismus, die sich eben noch nicht der kapitalistischen Arbeitsteilung unterworfen hätten.³⁰ Unschwer erkennen lässt sich, dass mit der Abwertung des modernen Realismus gleichsam auch auf die literarischen Bewegungen jener Autoren angespielt wird, die im Sozialismus in der DDR bis mindestens in die 1970er Jahre hinein ungebrochen als Formalisten verpönt galten. Naturalisten, Symbolisten, Impressionisten, Expressionisten, Futuristen oder Surrealisten wenden sich Lukács zufolge ab sowohl von den Leistungen eines modernen bürgerlichen als auch sozialen Realismus. Diese Abkehr führe zu sinnentleerenden und destruktiven Gestaltungsprinzipien in avantgardistischen Strömungen der Kunst, die das Erbe des Humanismus verraten hätten.³¹

Die Seminargruppe begegnete diesen stark normierenden und instrumentalisierenden Vorgaben für die Literaturproduktion mit Skepsis. Der moderne Roman sozialistischer Prägung vertrage eine solche »Entweder-Oder-Entwicklung« kaum.³² Lukács' rigoroses Werturteil bezüglich der jeweiligen Methoden des Schreibens lehnte man indes auch als viel zu einseitig ab.³³ In seiner Rolle als Dozent bezog Wieland Herzfelde eindeutig Stellung gegen Lukács' ästhetische Position und forderte die Studierenden zur kritischen Lektüre auf. So trat er nachdrücklich einer Normierung von Literatur entgegen: »Für das Schreiben kann man [...] keine ewigen Regeln aufstellen«.³⁴ In Anlehnung an Bertolt

28 Vgl. Georg Lukács, »Erzählen oder Beschreiben?«, in ders., *Probleme des Realismus*, Berlin (Ost) 1955, S. 103–145, hier S. 110 f.

29 Ebd., S. 110.

30 Ebd., S. 111.

31 Vgl. ebd., S. 137 ff.

32 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 629, Bl. 50.

33 Vgl. ebd., Bl. 51.

34 Ebd., Bl. 120.

Brecht und Hans Mayer – und damit gegen Lukács und Kurella – plädierte er überdies für innovative Methoden und Formen, um die mit dem Sozialismus verbundenen Herausforderungen literarisch fruchtbar werden zu lassen.³⁵ Andererseits zeigen die Seminarprotokolle, dass ihm der Duktus des Dogmatischen und Tendenziösen im Unterschied zu Kurella in Gänze fehlte. Vielmehr legte er Wert auf die Vermittlung profunden Wissens über die historischen Zusammenhänge und Sachverhalte und warnte seine Seminarteilnehmer wiederholt vor ahistorischen und vereinseitigenden Kurzschlüssen.

Wieland Herzfeldes poetologische Positionen waren mit denen Alfred Kurellas indes auch kaum in Übereinstimmung zu bringen. Dass dennoch die Möglichkeit bestand, sie so offen wie offensiv im Seminar zu vertreten und den Studierenden zu vermitteln, verweist auf eine Praxis, die in dem vier Jahrzehnte bestehenden Becher-Institut in wiederkehrenden Phasen zu beobachten ist – die Tendenz einer relativen Autonomie der Dozenten und des Curriculums. Trotz vorgegebener offizieller Leitlinie, am Institut für Literatur Schriftsteller im Geiste eines ›Sozialistischen Realismus‹ auszubilden, dessen kulturpolitische Ausrichtung klar und deutlich schien, war es bereits im Gründungsjahr wie auch in späteren Jahren weitgehend möglich, in den Seminaren selbst gegen diese Ausrichtung zu argumentieren bzw. sie vollständig zu ignorieren. Neben Wieland Herzfelde, der nur ein Jahr am Institut für Literatur lehrte, ist als ein weiterer höchst undogmatischer Dozent der Lyriker Georg Maurer zu nennen. Maurer, der von 1955 bis 1970 als Professor für Lyrik am Becher-Institut wirkte, verwahrte sich gegen jede Art von ästhetischer Indoktrinierung und legte größten Wert auf die Vermittlung von poetischer Genauigkeit und Unbestechlichkeit abseits politischer Vorgaben (siehe ausführlicher unten im Abschnitt zur Unterrichtspraxis).

Noch während der Abwicklungsphase des Becher-Instituts wurde indes auch resümiert, dass Alfred Kurella und Georg Maurer stellvertretend für einen Konflikt stehen, der das Institut von Anbeginn an bis 1989 beschäftigt hatte.

Alfred Kurella, der erste Direktor des Instituts gehörte zu den kommunistischen Intellektuellen, vor denen sich die eigenen Genossen fürchteten, zugleich lehrte aber auch Georg Maurer, ein Lyriker von artifizieller Sprachkraft und epikureischer Heiterkeit.³⁶

35 Vgl. ebd., Bl. 53.

36 Günter Giessler, »Das Literaturinstitut J. R. Becher und das kreative Schreiben«, in Wilhelm Gössmann und Christoph Hollender (Hg.), *Schreiben und Übersetzen*, Tübingen 1994, S. 131–144, hier S. 135.

So wurden am Becher-Institut parallel und weitgehend ungestört voneinander »handwerkliches Können und Individualität« als auch »Instrumentalisierung der Kunst im Sinne der Staatsideologie« gelehrt wie gefordert.³⁷ Dass diese Weichen bereits im Gründungsjahr gestellt wurden, wirft ein durchaus irisierendes wie irritierendes Bild auf den überwiegend als Dogmatiker in Erscheinung tretenden Alfred Kurella. Denn schließlich spricht dies auch für fachliche Kompetenz und Toleranz des Direktors, der letztlich darüber entschied, wer am Literaturinstitut lehrte.

»Lernen – schreiben – wirksam werden.« Zur Unterrichtspraxis am Institut für Literatur Johannes R. Becher

Der Gestaltungsspielraum der Lehrkräfte am Becher-Institut spiegelt sich auch auf didaktischer Ebene – galt die unter Schriftstellern und Intellektuellen umstrittene Institutsgründung doch als bildungspolitisches »Experiment [...], das nicht nur in der deutschen Geschichte ohne Beispiel war.«³⁸

»[D]ie Fragen nach dem Sinn des Instituts können nie ganz verstummen«, stellte Gerhard Rothbauer, Dozent für Stilistik und Weltliteratur, noch zum 30-jährigen Jubiläum des Instituts fest.³⁹ In der Tradition eines tief verankerten Geniepostulats, das im Sturm und Drang und in der Romantik seinen Ausgangspunkt findet, galt die weit verbreitete Überzeugung, »Schriftsteller könne man nicht studieren« noch 1990 als Argument für die »Abwicklung« der Einrichtung, als der amtierende Minister für Wissenschaft und Kunst, Hans-Joachim Meyer, das begabungspolitische Experiment, Schriftsteller an einer Hochschule auszubilden, für gescheitert erklärte.⁴⁰ Auch zu DDR-Zeiten wurde bereits diskutiert, »[o]b sich das Institut ›rentiert‹ – für die Studenten und damit auch für unseren Staat, der großzügig Mittel zur Verfügung stellt.«⁴¹ Kritiker fanden sich unter anderem in den Reihen der Schriftsteller und Intellektuellen des Landes. Zu ihnen zählte Eva Strittmatter, die den Nutzen des Instituts 1961 auf dem V. Schriftstellerkongress der DDR öffentlich infrage stellte:

37 Ebd.

38 Institut für Literatur, Zwischenbericht (Fn. 1), S. 7.

39 Gerhard Rothbauer, »Aus dem 1. Institutsjahrbuch ›Ruf in den Tag‹ (1960)«, in Rudolf Gerke und Lothar Zschuckelt (Hg.), *Selbstermutigung. Erwägungen ums Schreiben*, Leipzig 1986, S. 67–80, hier S. 67.

40 Vgl. Richter, Es geht um einen neuen Geist (Fn. 7).

41 Max Zimmering, »Vorwort«, in *Ruf in den Tag. Jahrbuch des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹*, Bd. 1, Leipzig 1960, S. 9–16, hier S. 13 f.

Wir haben ein Literaturinstitut, an dem wir rein theoretisch verfahren. Praktische Arbeit gibt es so gut wie gar nicht. Geschichte wird gelehrt, Literaturgeschichte wird gelehrt, Ästhetik, alles Mögliche, aber es ist zu beobachten, dass die Freunde, die dort hingehen, das Schreiben verlernen.⁴²

In der Festschrift *Zwischenbericht* zum 25-jährigen Bestehen des Instituts werden die Anfangsjahre daher auch als Phase des »mühevollen Aufbaus«⁴³ charakterisiert, in der nicht nur der »Sinn und Zweck eines Instituts für Literatur«⁴⁴ öffentlich diskutiert wurde, sondern – trotz des Bezugs auf das Vorbild des Moskauer *Maxim-Gorki-Literaturinstituts* – auch die theoretischen und methodischen Grundlagen für die Ausbildungspraxis fehlten. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Geschichte des Instituts auch als didaktische Versuchsanordnung begreifen, in der Strukturen, Methoden und Inhalte der Ausbildung erst hervorgebracht und in der Praxis unter Beweis gestellt werden mussten. Die individuellen Gestaltungsfreiräume, die den Lehrkräften dabei zukamen, wurden von den Verantwortlichen jedoch als unkontrollierbares Risiko wahrgenommen: »Sorgenkind sind vor allem die schöpferischen Seminare, deren Leiter sich selbst überlassen sind,« notierte Werner Baum, Abteilungsleiter in der HA Schöne Literatur des MfK, nach seinem »Besuch im Institut für Literatur, Leipzig, Schwäggrichenstraße 3 vom 27. bis 30. November 1956.«⁴⁵ Vor allem die freie Diskussion zu literarischen Texten bot, anders als die systematische Wissensvermittlung nach sozialistischen Themenkatalogen, weniger Möglichkeiten zur Kontrolle und Lenkung. Einen anschaulichen Beleg dafür liefern erneut die Protokolle des ersten Prosa-Seminars bei Wieland Herzfelde, der nicht nur »sich selbst überlassen« war, sondern auch auf den Mitgestaltungswunsch und die Ansprüche seiner Studierenden einzugehen hatte, die mehr Raum für ihre eigene schöpferische Arbeit einforderten.

In Herzfeldes ursprünglicher Seminarkonzeption war die Arbeit an eigenen literarischen Texten der Studierenden nicht vorgesehen. Vielmehr präsentierte

42 Eva Strittmatter, »Diskussionsbeitrag«, in Deutscher Schriftstellerverband (Hg.), *V. Deutscher Schriftstellerkongress, 25.–27. Mai 1961. Referate und Diskussionsbeiträge*, Berlin 1962, S. 83–88, hier S. 87 f.; vgl. auch David Clarke, »Parteischule oder Dichterschmiede? The Institut für Literatur ›Johannes R. Becher‹ from Its Founding to Its Abwicklung«, in *German Studies Review* 29/1 (2006), S. 87–106, hier S. 82.

43 Institut für Literatur, *Zwischenbericht* (Fn. 1), S. 7.

44 Alexander Abusch, »Sinn und Zweck eines Instituts für Literatur. Rede zur Eröffnung des Instituts für Literatur am 30.9.1955 in Leipzig«, in *Ruf in den Tag. Jahrbuch des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹*, Bd. 2, Leipzig 1962, S. 11–16, hier S. 11.

45 Bundesarchiv (BArch), DR1/1321. Vgl. auch Clarke, *Parteischule oder Dichterschmiede* (Fn. 42), S. 103.

er in der ersten Sitzung einen produktionsästhetischen Themenplan, nach dem er beispielsweise Gattungsfragen und Stilprobleme oder erzähltheoretische und handwerkliche Grundlagen mit Blick auf Literaturbeispiele erörtern wollte.⁴⁶ Das Seminar entwickelte jedoch bald eine Eigendynamik, mit der Herzfelde von seinem deduktiv-systematischen Lehrkonzept abwich und die Literaturauswahl anpasste, um den Bedürfnissen der Studierenden stärker gerecht zu werden. Die folgenden Prozesse des Experimentierens, Improvisierens und Aushandelns werden dabei sichtbar: Bereits in der vierten Sitzung warf der Student Gotthold Gloger die Frage auf, ob man weiterhin von den vorgeschlagenen Themen oder nicht von »Fall zu Fall« vorgehen wolle, um sich »ohne besondere Konzepte über die Probleme [zu] unterhalten, auf die wir durch praktische Beispiele stossen.«⁴⁷ Herzfelde war durchaus zur Diskussion mit seinen ›Hörern‹ bereit, sah aber die Gefahr, dass man nach Glogers Methode »immer wieder auf gleiche, oder zumindest ähnliche Dinge zurückkommt«,⁴⁸ während es geschehen könne, »dass in allen gewählten Werken verschiedene Probleme nicht auftauchen, die zu behandeln notwendig«⁴⁹ wären. Man einigte sich vorerst darauf, nach »der von Herzfelde vorgeschlagenen Methode zur Durchführung des weiteren Seminars«⁵⁰ fortzufahren, was sich jedoch als problematisch erwies, da die meisten Studierenden die ausgewählten Literaturbeispiele nicht gelesen hatten, weshalb ein »echtes Gespräch«⁵¹ im Sinne des Dozenten nicht aufkommen konnte.

In einem nächsten Schritt schlug Herzfelde vor, dass die Teilnehmer selbstgewählte Literaturbeispiele mitbringen sollten.⁵² Auch dieser Aufforderung kam kaum jemand nach, weshalb man sich schließlich auf eine verbindliche Lektüreliste einigte, um nunmehr doch von Werk zu Werk vorzugehen, wie Gloger es vorgeschlagen hatte. Zu den literarischen Beispielen zählten etwa Franz Fühmanns Erzählung *Kameraden* oder Stephan Hermlins Novelle *Die*

46 Herzfeldes ›Themen für die Seminare‹ lauten: Über Begriffsdefinitionen, 1. Sprach- und Ausdrucksprobleme, 2. Die persönliche Note, 3. Das Problem der Proportionen, 4. Probleme der Charakterisierung, 5. Das Problem des Hintergrundes, 6. Probleme der Totalität (Lukács), 7. Grenzen und Möglichkeiten verschiedener Genres, 8. Problem der Fabel, 9. Humor, Satire, Ironie, Komik, Groteske, Karikatur, 10. Stilprobleme, 11. Parteilichkeit, 12. Was langweilt den Leser?, 13. Über Erfolg (SStAL, Institut für Literatur, Nr. 629, Bl. 1 und 2).

47 Ebd., Bl. 66.

48 Ebd.

49 Ebd., Bl. 67.

50 Ebd., Bl. 70.

51 Ebd., Bl. 27.

52 Ebd., Bl. 70 und 75.

Kommandeuse, die in der Gruppe einem Lektorat unterzogen wurden.⁵³ In der 11. Sitzung kam schließlich der Umschwung: Der Student Walter Püschel »schlägt im Auftrage der Hörer einige Änderungen in der Durchführung des Seminars vor«, unter anderem »als Lektüre auch Arbeiten der Hörer heranzuziehen.«⁵⁴ Herzfelde nahm die Anmerkung zur Kenntnis, äußerte jedoch grundsätzliche Bedenken:

So wertvoll es für den einzelnen [sic!] sein mag, wenn sein Manuskript durchgesprochen wird, so kommen doch die anderen Hörer zu kurz. [...] Es ist auch möglich, dass einige nicht gern kritisiert werden, und die Kollegen aus irgendwelchen Gründen ihre Meinung nicht so frei äussern möchten.⁵⁵

Aus den Zweifeln des Autors und Verlagsgründers sprach nicht nur der Respekt vor dem unfertigen Manuskript – er zeigte auch Sensibilität für Befindlichkeiten des Autors im Umgang mit öffentlicher Kritik. So schlug er schließlich vor: »Vielleicht sollten wir uns auf schon gedruckte Bücher beschränken und zunächst mit einem beginnen?«⁵⁶

Man einigte sich auf Gotthold Glogers Roman *Der Soldat und sein Lieutenant*, der 1955 im Aufbauverlag erschienen war und in der Sitzung vom 2. März 1956 als Gesprächsgrundlage diente. Glogers Kommilitone Gottfried Lorenz eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Einführung, in der er seinen Leseindruck zusammenfasste, Charakteristika und literarische Traditionslinien des Romans benannte und Kritikpunkte formulierte, über welche die Gruppe im Anschluss diskutierte.⁵⁷ Gloger selbst beteiligte sich an der Diskussion, indem er etwa den Einsatz seiner literarischen Mittel kommentierte, seine Intentionen darstellte oder den Schreibprozess beschrieb.⁵⁸ Dass er seine Absichten formulierte, erlaubte es Herzfelde wiederum, das Handwerkszeug des Autors unmittelbar zu kommentieren: Manches Instrument hielt er für geschickt gewählt, an anderer Stelle bemängelte er: »Die Absicht ist nicht gut durchgeführt.«⁵⁹ Zum Abschluss der Sitzung zog er ein Fazit, das sich nicht nur auf Glogers Roman, sondern auch auf die konstruktive Atmosphäre der Runde beziehen mochte: »Es ist schön, dass die Lust am Fabulieren nicht von der Lust am Belehren zerstört wurde.«⁶⁰

53 Ebd., Bl. 37.

54 Ebd., Bl. 103.

55 Ebd., Bl. 103 f.

56 Ebd., Bl. 104.

57 Vgl. ebd., Bl. 55–58.

58 Ebd.

59 Ebd., Bl. 57.

60 Ebd., Bl. 58.

Nachdem der Versuch geglückt war, hielt das Protokoll einige Änderungen zur Methodik des Seminars fest: »In den nächsten Sitzungen werden statt der festgelegten Bücher von Seghers, Zweig, und Strittmatter«⁶¹ weiterhin Bücher der Studierenden behandelt. »An dem für das jeweilige Seminar festgelegte Buch werden einführend Hörer (die sich im vergangenen Seminar dazu bereit erklärt haben) eine Charakterisierung und Deutung vornehmen und wichtige Fragen hervorheben.«⁶² Die Namen der Ko-Referenten wurden bestimmt und eine methodische Vorgabe für die Textbesprechung fixiert: »Bei Vergleichen soll sich vor allem auf die Werke bezogen werden, die schon im Seminar behandelt wurden, oder auf Romane, von denen man annehmen darf, dass sie alle Hörer gelesen haben.«⁶³

Die letzte Vorstufe zum genuinen *Werkstattgespräch* – und damit zur Arbeit an noch entstehenden Texten, vollzog sich schließlich in der 25. Sitzung: »Auf Vorschläge von Hörern erzählt Erich Loest das Exposé einer Erzählung, über das anschliessend die Hörer diskutieren.«⁶⁴

Viele der hier entwickelten Verfahren wurden auch in späteren Prosa-Seminaren am Becher-Institut beibehalten: die Besprechung eigener Arbeiten ebenso wie das Prinzip des »Einführungsvortrags« oder die Lektüre »mit vergleichender Darstellung«, wie sie auch der Schriftsteller Werner Bräunig, der 1961 sein Studium am Institut absolviert hatte und dort im Anschluss als Oberassistent tätig war, in die Konzeption seines Prosaseminars von 1966/67 schrieb.⁶⁵ Auch Georg Maurer nutzte den Vergleich von Seminartexten mit Werken der Weltliteratur als zentrale didaktische Methode, wie sich unter anderem seine Studentin Sarah Kirsch erinnerte:

Dieses Leipziger Institut war außerordentlich schön, weil Georg Maurer dort lehrte, das Lyrikseminar hielt. Er hatte die wunderbare Methode, sich unsere Gedichte anzusehen und uns dann, eine Woche später, alles zum gleichen Thema aus der Weltliteratur vorzulegen. Diese Bücher gab es im Literaturinstitut. Wenn wir Regengedichte hatten, oder wenn ein Spiegel drin vorkam, da hatte er dazu alles. Von der Droste bis zu William Carlos Williams. Dann hörten wir die wunderbaren Texte und hatten alles gelernt, indem wir unsere nämlich wegschmeißen konnten.⁶⁶

61 Vgl. Wieland Herzfelde Archiv, Archiv der AdK, Nr. 2872 (Sitzung vom 13. 3. 1956).

62 Ebd. Bei dieser Form des ›Ko-Referats‹ handelt es sich um ein didaktisches Verfahren, dass man auch heute noch in den Textwerkstätten am DLL vorfinden kann.

63 Ebd.

64 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 629, Bl. 137. Hervorhebung im Original.

65 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 536, Bl. 68.

66 »Selbstauskunft. Sarah Kirsch im Gespräch (August 1993)«, in Wolfgang Heidenreich und Bernhard Rübenach (Hg.), *Sarah Kirsch. Texte, Dokumente, Materialien* (Peter-Huchel-Preis. Ein Jahrbuch, 1993), Baden-Baden 1995, S. 47.

Eine typische Sitzung eröffnete Maurer etwa, indem er einen seiner eigenen Essays – beispielsweise zu Majakowski oder zu Eluards *Die Gelegenheitsdichtung* – vorlas. Von dort aus ging er in die Antike bis Hesiod und zurück zu Brechts *Erziehung der Hirse*, um die »universelle Beziehung von Dichtung und Wirklichkeit« anhand von Beispielen in ihren »zeitlichen Extremen« abzustecken, wie es in seinem Lehrplan für diese Sitzung heißt.⁶⁷ An kanonische Grenzen hielt sich Maurer bei seiner Auswahl nicht: Die »verfemte« Literatur der Moderne stand ebenso auf seinem Lehrplan, wie beispielsweise ein Vergleich der ästhetischen Prinzipien in der Lyrik aus Ost- und Westdeutschland.⁶⁸

Maurer wollte den jungen Lyrikern anhand dieser »vergleichende[n] Analyse früherer und heutiger Gedichte« sowie der Texte seiner Studierenden verdeutlichen, »daß Qualität von Dichtung nachweisbar ist«. ⁶⁹ Ziel sei es, die Studenten mit den Gedichten »der großen Lyriker der Weltliteratur [...] gleichsam in eine hautnahe Beziehung zu bringen« und ihnen die »Dichter, auch wenn sie vor tausenden Jahren gelebt haben, [...] als ringende Kollegen« vorzustellen, »als Kollegen, die vor den Problemen ihrer Zeit standen«. Und schließlich ging es darum, »die handwerklichen Griffe [...] als lehr- und lernbar« aufzuweisen.⁷⁰ Immer wieder notwendig sei es etwa,

darauf hinzuweisen, daß auch die Bildersprache einer Logik bedarf. Die ersten und auch am meisten erfolversprechenden Schritte tut der junge Lyriker dann, wenn er an den eigenen Gedichten erkennen lernt, an welchen Stellen der Ausdruck nicht präzise dem entspricht, was er aussagen wollte – oder dem gar unwillkürlich widerspricht. Lernt er dies, ist der Weg zu einer objektiv zwingenden Aussageform erschlossen und damit zur bewußt erzielten Wirkung.⁷¹

So lehrte Maurer seinen Schülern und Schülerinnen »Genauigkeit, eine ästhetische Kategorie, die bei uns verwildert ist!«⁷² Auch Sarah Kirsch erinnerte sich, bei Maurer gelernt zu haben,

(d) aß man nicht die großen »philosophischen« Gedichte machen soll, wie das im Sozialismus üblich war, so etwas wie der späte Becher machte, soviel Verblasenes hat man ja selten gehört. Davon hat uns Maurer wenigstens abgehalten, das nachzuahmen. Er sagte, wir sollten lieber den kleinen Gegenstand nehmen.⁷³

67 Georg-Maurer-Archiv (GMA), Stadtbibliothek Leipzig, Zweigstelle Plagwitz, Bl. 7.

68 Ebd., Bl. 6.

69 Ebd., Bl. 7.

70 GMA, AdK, Nr. 1199, Bl. 2.

71 Ebd.

72 Georg Maurer, *Was vermag Lyrik?*, hg. von Heinz Czechowski, Leipzig 1982, S. 144.

73 Kirsch, *Selbstauskunft* (Fn. 66), S. 49.

Auch Maurers Beispiel verdeutlicht, wie groß der Spielraum prägender Lehrerpersönlichkeiten am Becher-Institut in Bezug auf die Seminargestaltung und Literatúrauswahl war. Neben der großen Achtung, die Maurer von seinen Studierenden für seinen Unterricht erfuhr – etwa von Adolf Endler, der in seinen Erinnerungen hervorhob, dass Maurer im Unterschied zu allen anderen Dozenten »vollkommen undogmatisch« gewesen sei, »sich auch immer selbst in Frage gestellt« und keine vorgefertigten Antworten präsentiert, sondern »einen in seine Überlegungen ein(bezogen)«⁷⁴ habe – wurde Maurer von seinen Kollegen in einer internen Evaluation im Frühjahr 1960 für diesen Unterrichtsstil kritisiert: Seine Thematik sei »nicht systematisch« ausgewählt, wobei er aber »recht interessante Entwicklungslinien der inhaltlichen Bewältigung zieht«, wie Trude Richter, Dozentin für Sowjetliteratur, in ihrem »Hospitationsbericht«⁷⁵ anmerkte, unterstützt vom Stilistikdozenten Horst Nalewski, der ebenfalls festhielt, dass Maurers Ausführungen »ein bisschen zerflatterten, nicht systematisch genug zusammengefasst wurden.«⁷⁶

So wurde die Diskussion um die Inhalte und Methoden der Ausbildung und die Rolle des Dozenten – als lenkende Autorität oder *primus inter pares* – schließlich auch im Kollegium fortgesetzt, um angehende Schriftsteller nach der »Devise des Studiums ›Lernen – schreiben – wirksam werden‹«⁷⁷ auszubilden. Insbesondere die ›Schöpferischen Seminare‹ standen erneut in der Kritik, boten sie den Lehrkräften doch besondere Gestaltungsfreiheiten. Zentraler Streitpunkt war wieder einmal die Frage, wie viel Raum den literarischen Projekten der Studierenden und der freien Diskussion eingeräumt werden könne. In einer protokollierten Sitzung vom 5. Oktober 1960 sprachen sich die meisten Dozenten des Becher-Instituts dafür aus, »daß man methodisch in diesem Seminar im wesentlichen von den Arbeiten der Studenten ausgehen sollte«,⁷⁸ jedoch gab es, etwa mit der überzeugten Kommunistin Trude Richter, auch Gegenstimmen: »Dieser Plan könnte auch der Lehrplan einer Westdeutschen Bildungseinrichtung sein,«⁷⁹ hielt sie fest und forderte, auch im ›Schöpferischen Seminar Prosa‹ »überwiegend Beispiele aus der sozialistischen Literatur ab[zuhandeln]«⁸⁰ und Prinzipien des ›Sozialistischen Realismus‹ zu vermitteln: »Also wichtig ist die Herausarbeitung des Typs, die Darstellung des Menschen im Kollektiv, die Dar-

74 Endler, *Dies Sirren* (Fn. 17), S. 145 f.

75 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 358, Bl. 158.

76 Ebd., Bl. 159.

77 Institut für Literatur, Zwischenbericht (Fn. 1), S. 8.

78 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 358, Bl. 125.

79 Ebd., Bl. 124.

80 Ebd., Bl. 125.

stellung von Personengruppierungen und Kontrasttypen.«⁸¹ Der Dozent für Ästhetik Günther Lehmann hingegen »möchte davor warnen, daß in diesem Seminar abstrakte Definitionen gegeben werden. Das pädagogische Ziel dieses Seminars ist, die Studenten mit einer besseren Beobachtungsgabe vertraut zu machen.«⁸² Ähnlich äußerte sich der spätere Direktor Max Walter Schulz, damals noch Dozent im Prosaseminar. Er wäre zwar bereit, »auf die Gestaltung der Typen« einzugehen sowie »die Fragen des Märchens mit aufzunehmen und die Skizze noch etwas weiter zu behandeln«, jedoch beharrte er darauf, »zwei Drittel der Zeit zur Besprechung von Studentenarbeiten« zu benötigen.⁸³

Der Spielraum, den die Dozenten zu nutzen wussten, zeigte sich zu Beginn der 60er Jahre schließlich auch in den Lehrplänen, die an das MfK weitergeleitet wurden. So wurde in den Lehrkonzeptionen von 1960 an mehreren Stellen betont, »daß es hier auf elastische Durchführung ankommt, die sich sofort dem Verhalten der jeweiligen Seminargruppe anpasst, d. h. sowohl das Teilnehmerkollektiv wie das individuelle Interesse anspricht.«⁸⁴ Eine solche »elastische« Konzeption und Durchführung schien wenige Jahre später, im Anschluss an das 11. Plenum, nicht mehr möglich zu sein. Es entsteht der Eindruck einer verschärften kulturpolitischen Kontrolle, die auch aus den Lehrplänen spricht, die nicht länger Zusammenfassungen darstellten, sondern detailliert ausgearbeitete Stoffpläne waren und den Unterrichtsgegenstand jeder einzelnen Doppelstunde festlegten.

Im Jahr 1967 drohte mit einer Prüfung des Instituts durch das MfK gar die Schließung des Hauses: Nach dem Ergebnis der internen Untersuchung erschien das Becher-Institut weder in Hinblick auf die ideologische Erziehung, noch auf die künstlerische Leistung rentabel.⁸⁵ Auch die Grundsatzfrage, ob Schriftsteller tatsächlich an einer kostenintensiven Hochschule ausgebildet werden müssten, oder nicht vielmehr, wie von Ulbricht auf der 5. Sitzung des Staatsrates gefordert, »im Kampfe wachsen«⁸⁶ oder – mit Maxim Gorkis Worten – an den »Universitäten des Lebens«⁸⁷ studieren sollten, wurde vor diesem Hintergrund erneut diskutiert. Wesentlichen Einfluss auf die Schließungsdebatte hatten auch die Exmatrikulationen zahlreicher Studierender in den Jahren 1965 bis 1970, in deren Zusammenhang der Einfluss der Staatssicherheit auf das Becher-Institut deutlich wurde.

81 Ebd.

82 Ebd.

83 Ebd.

84 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 536, Bl. 27.

85 SStAL, Institut für Literatur, Nr. 851, Bl. 94.

86 Ebd., Bl. 97.

87 Ebd., Bl. 99.

Die Kooperation des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹ mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst – dargestellt am Fallbeispiel des zwangsexmatrikulierten Studenten Dieter Mucke

Das Institut für Literatur ›Johannes R. Becher‹ in Leipzig bildete über all die Jahre seines Bestehens einen kontinuierlichen Schwerpunkt in der politisch-operativen Arbeit des Staatssicherheitsdienstes, wie beispielsweise der Akte des Geheimen Informators (GI)⁸⁸ mit dem Decknamen ›Boris‹ aus dem Jahr 1966 zu entnehmen ist.⁸⁹ ›Boris‹ war von 1965 bis 1967 im Direktstudium am Institut immatrikuliert und berichtete den hauptamtlichen Mitarbeitern der Leipziger Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) über den Studienalltag der Dozenten und Studenten. Insbesondere in den Wochen und Monaten vor und nach dem berücktigten 11. Plenum des ZK der SED (Dezember 1965) konzentrierten sich die geheimpolizeilichen Ermittlungen der Leipziger Tschekisten auf das Becher-Institut, sollte es doch zu diesem Zeitpunkt ein Hort der gegen die Kulturpolitik der Partei gerichteten »politisch-ideologischen Diversion« gewesen sein. Das geht unter anderem aus der Akte eines weiteren GI hervor, einer studentischen Parteigenossin mit dem Decknamen ›Julia‹, die ab September 1965 ebenfalls am Becher-Institut immatrikuliert war.⁹⁰ Vor allem im Verzeichnis des neuen Jahrgangs, der am 15. September 1965 sein dreijähriges Direktstudium antrat, finden sich die Namen dreier Personen, deren Studienverläufe als exemplarisch für die sporadisch liberale Immatrikulationspolitik, aber auch den zeitweilig recht wankelmütigen Umgang der Institutsleitung mit kritischen Studenten gelten müssen: Helga Maria Novak (verheiratete Vigfusson), Andreas Reimann und Dieter Mucke. Schon wenige Wochen nach Beginn des Semesters ermittelte die Staatssicherheit im Rahmen des Gruppen-Operativ-Vorgangs ›Autor‹ gegen die drei miteinander befreundeten Studenten, warf ihnen staatsfeindliche Gruppenbildung und

88 ›Geheimer Informator‹ bezeichnet die Klassifizierung gewöhnlicher IM von 1950 bis 1968, ehe der Begriff ›Inoffizieller Mitarbeiter‹ auch offiziell in die Dokumente der Staatssicherheit übernommen wurde. Vgl. hierzu: Helmut Müller-Enbergs, Art. »Geheimer Informator (GI)«, in Roger Engelmann u. a., *Das MfS-Lexikon: Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*, Berlin 2012, S. 103.

89 Vgl. Vorschlag zur Werbung eines inoffiziellen Mitarbeiters (GI auf Linie Abwehr/Kultur) vom 28. 1. 1966, in BStU, MfS, BV Lpz., AIM, Nr. 290/74, Teil I, Bd. 1, Bl. 67.

90 Vgl. Hausinterne Mitteilung der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung XX/1 an die Abteilung II vom 31. 1. 1966, in BStU, MfS, BV Lpz., AIM Nr. 1149/67, P.-Akte, Bd. 1, Bl. 53.

die Vorbereitung revisionistischer Handlungen gegen die Republik vor und setzte zahlreiche inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeitern aus der Leipziger und weiteren Bezirksverwaltungen auf sie an.⁹¹ Helga M. Novak, mit einem Isländer verheiratet und für einige Zeit in Island lebend, war eine Rückkehrerin in die DDR, deren erster Gedichtband *Ballade von der reisenden Anna* 1965 im westdeutschen Luchterhand Verlag veröffentlicht wurde und sofort für Aufsehen sorgte.⁹² Dem Leipziger Lyriker Andreas Reimann hingegen wurde seine Bekanntschaft mit Robert Havemann und Wolf Biermann zum Verhängnis, deren gegen jeglichen Dogmatismus gerichtete Ansichten und Schriften er seinen Kommilitonen am Becher-Institut näherbringen wollte.⁹³ Und Dieter Mucke, der in der Vergangenheit bereits von seinen Ausbildungen an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Deutschen Hochschule für Filmkunst in Potsdam relegiert wurde, musste wegen einer eigens verfassten literarischen Seminararbeit das Becher-Institut verlassen. Die Institutsleitung um den Direktor Max Walter Schulz hatte diese Studenten aufgrund deren dichterischer Begabung immatrikuliert, obwohl sie um die »schwankende politische Haltung« von Mucke, Novak und Reimann wusste; dass alle drei kurz nach Studienbeginn exmatrikuliert wurden und der stellvertretende Direktor Horst Nalewski im Zuge dieser Ereignisse das Institut verlassen musste, zeigt jedoch, dass man an der damaligen »kleinsten Hochschule der Welt« durchaus vielversprechende Talente und langjährige Mitarbeiter fallen ließ und sie unter Umständen den Repressalien der Staatsicherheit preisgab, um einen irreparablen Schaden zu vermeiden. Insbesondere die Affäre um Dieter Mucke⁹⁴ ist in den nachgelassenen Akten des Staatssicherheitsdienstes gut dokumentiert und soll hier als außerordentliches Beispiel für die folgenschwere Wechselwirkung von kulturpolitischer Einflussnahme und rücksichtslosem Konfliktmanagement zwischen der Staatsmacht und dem Becher-Institut dargestellt werden.

91 Vgl. Sachstandsbericht zum Operativ-Vorgang »Autor« vom 10.9.1968, in BStU, MfS, BV Lpz., AOP, Nr. 840/71, Bd. 8, Bl. 90.

92 Vgl. hierzu Uta Grundmann, Klaus Michael und Susanne Seufert (Hg.), »*Revolution im geschlossenen Raum*«. *Die andere Kultur in Leipzig 1970–1990*, Leipzig 2002, S. 105.

93 Vgl. hierzu die Berichte des GI »Julia«, u. a. über Planung und anschließendes Verbot einer Lesung mit Havemann im institutseigenen Studentenklub, in BStU, MfS, BV Lpz., AIM Nr. 1149/67, A.-Akte, Bd. 1, S. 158.

94 Dieter Mucke, 1936 in Leipzig geboren, veröffentlicht seit 1969 Lyrik, Erzählungen, Märchen und Kinderbücher. Er ist Träger des Kunstpreises der Stadt Halle a. d. S., des Österreichischen Staatspreises für Kinderlyrik 2003 und des Walter-Bauer-Literaturpreises der Stadt Merseburg 2010. Von 1991 bis 1994 war er Mitglied im Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Schriftsteller.

Im September 1965 war am Institut der ehemalige Republikflüchtling, Wismut-Kumpel und Schriftsteller Werner Bräunig für das ›Schöpferische Seminar Prosa‹ zuständig, in dem die Institutsstudenten eigene und fremde literarische Arbeiten zur kritischen Diskussion stellten. Bräunig kämpfte in der zweiten Hälfte des Jahres 1965 mit den Reaktionen auf die Veröffentlichung des titelgebenden ›Rummelplatz‹-Kapitels seines in Arbeit befindlichen Entwicklungsromans.⁹⁵ Anfang November stellte er den Erstsemestern seines Seminars die Aufgabe, als Schreibübung einen kurzen Prosatext zu verfassen, der eine konkrete Ankunfts- oder Abschiedssituation verhandeln soll. Am 24. November 1965 forderte er den Studenten Dieter Mucke auf, seine Seminararbeit zu verlesen. In dieser literarischen Etüde mit dem Titel *Ankunft und Abschied in einem Café* folgt der Erzähler seinem Protagonisten T., der gerade von der Deutschen Hochschule für Filmkunst aufgrund von »Parteifeindlichkeit« relegiert wurde, in ein Café, in dem »Kuchen und Schlagsahne schlingende Kleinbürger« an den Tischen hocken; dort betrachtet T. das Porträt eines »großen«, omnipotenten Staatsmannes an der Wand, unter dem eine Dame sitzt und ihm lüsterne Blicke zuwirft; schließlich horcht er auf, als ein elegant gekleideter, parteitreuer Herr aus dem Filmgeschäft sich darüber beschwert, kürzlich beim Anblick eines Kunstwerks, ein Rosenstrauß in einem Schmalzfleischglas, schwer beleidigt worden zu sein, woraufhin T. ihm lakonisch erklärt, dass man sich mal einen Eimer voll gekochter Parteiabzeichen vorstellen solle, deren Nadeln man wie Spelzen unter den Tisch zu spucken habe.⁹⁶ Die Reaktionen auf den Text, eine zornig-sarkastische Abrechnung mit kleinbürgerlichen Bürokraten und scheinheiligen Parteigängern, könnten nicht unterschiedlicher ausfallen: Die Studenten schwiegen betreten, Bräunig verlor einige allgemeine Worte zum Thema ›Satire‹ und ging nicht weiter auf den Text ein. Wahrscheinlich durch den im Prosa-Seminar anwesenden GI ›Julia‹ wurden am 26. November die Leipziger Bezirksleitung der SED und schließlich die örtliche Bezirksverwaltung des MfS über die Etüde informiert.⁹⁷ Nach Begutachtung des Textes warf

95 Bräunig ließ das Kapitel in Ausgabe 10 der Kulturzeitschrift *Neue Deutsche Literatur* drucken. Daraufhin sah er sich insbesondere im *Neuen Deutschland* und auf dem 11. Plenum mit schwerwiegenden Anfeindungen bezüglich seiner modernistischen Wiedergabe von sozialistischer Alltags- und Arbeitswirklichkeit konfrontiert. Vgl. hierzu: Martina Langermann, »Rummel um den *Rummelplatz* von Werner Bräunig«, in Simone Barck, Martina Langermann und Siegfried Lokatis, »*Jedes Buch ein Abenteuer*«. *Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*, Berlin 1998, S. 319–331.

96 Vgl. Abschrift der Etüde *Ankunft und Abschied in einem Café (eine Etüde)*, in BStU, MfS, BV Hle., AOP Nr. 3486/84, Bl. 11 f.

97 Vgl. Tonbandabschrift eines Berichts des GI ›Julia‹ vom 22. 12. 1965, in BStU, MfS, BV Lpz., AIM Nr. 1149/67, A.-Akte, Bd. 1, Bl. 165.

man Mucke »inhumane« und »faschistische« Tendenzen vor, bezichtigte ihn des hetzerischen Angriffs gegen die SED, staatliche Einrichtungen und den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, und unterstellte ihm eine fehlende Distanzierung zwischen seiner Person als Autor und dem von ihm konstruierten Erzähler.⁹⁸ Am Becher-Institut wurde umgehend seine Zwangsexmatrikulation ohne Rücksprache mit ihm eingeleitet, und schon am 2. Dezember war er dort nicht länger Student.⁹⁹ Bräunig musste sich in einer Aussprache mit der Institutsleitung dafür rechtfertigen, die Etüde nicht augenblicklich der hauseigenen Parteileitung übergeben zu haben. Er verblieb als Dozent am Institut und löste Anfang 1967 seinen Arbeitsvertrag aufgrund verschiedener disziplinarischer Verstöße und eines Parteiverfahrens auf.¹⁰⁰

Am 5. Dezember 1965, nur wenige Tage nach seiner Exmatrikulation, schrieb Dieter Mucke einen ersten Brief an den stellvertretenden Direktor des Becher-Instituts und Dozenten für das Fach Stilistik, Horst Nalewski.¹⁰¹ Darin ging er wütend mit der gesamten Institutsleitung ins Gericht und kritisierte mit drastischen Worten deren fehlendes Vermögen zur Differenzierung autofiktionaler Darstellungsverfahren und eine gravierende lehrmethodische Engstirnigkeit, die »viele Schöne und Gute, daß es bei uns geben könnte«,¹⁰² im Keim ersticke; außerdem prangerte er den menschenverachtenden Widerhall des »automatisierten, lebens- und kunstfeindlichen Gehabe[s]«¹⁰³ kulturpolitischer Dogmatiker im gesellschaftlichen Leben in der DDR an. Am 12. Dezember erreichte ein weiterer Brief Muckes die Institutsleitung, in dem er sich in harschem Tonfall gegen kursierende Verunglimpfungen seiner Person verwahrt.¹⁰⁴ Daraufhin erhielt er in einem offiziellen Schreiben die Aufforderung, seine Attacken sofort einzustellen, anderenfalls werde man sich gezwungen sehen, die Staatsanwaltschaft einzuschalten.¹⁰⁵ In der ersten Hälfte des Jahres

98 Vgl. Vorführbericht vom 6.7.1966, in BStU, MfS, BV Hle., AOP, Nr.3486/84, Bl. 81.

99 Vgl. Information über Angelegenheit Dieter Mucke (Schreiben des stellvertretenden Institutsdirektors Horst Nalewski an die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig) vom 6.7.1966, in ebd., Bl. 200 f.

100 Vgl. hierzu Angela Drescher, »Aber die Träume haben doch Namen«. Der Fall Werner Bräunig (Nachwort), in Werner Bräunig, *Rummelplatz*, Berlin 2007, S. 666.

101 Vgl. hierzu: Ergänzungsbericht zum Sachstandsbericht UV Mucke, Dieter vom 6.8.1966, in BStU, MfS, BV Lpz., AU, Nr. 1762/66, Bl. 69 ff.

102 Grundmann, Michael, Seufert, Revolution (Fn. 92), S. 105.

103 Ebd.

104 Vgl. Ergänzungsbericht (Fn. 101), Bl. 70.

105 Vgl. Schreiben von Horst Nalewski, Institut für Literatur, an Dieter Mucke vom 15.12.1965, in BStU, MfS, BV Lpz., AU, Nr. 1762/66, UV, Bl. 82.

1966 schrieb Mucke jedoch weitere Briefe, u. a. an den Mitteldeutschen Verlag Halle a. d. S. und an das Psychologische Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig.¹⁰⁶ Indes war die Staatssicherheit längst in den Besitz seiner Etüde und seiner Kaderakte gelangt: Die Institutsdirektoren Max Walter Schulz und Horst Nalewski sowie Klaus Steinhaußen, Parteisekretär am Becher-Institut, hatten sie als Beweismittel im Rahmen eines Untersuchungsvorgangs (UV) während eines offiziellen Treffens mit Unterleutnant Tinneberg von der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig am 1. Juli 1966 übergeben.¹⁰⁷ In einer internen Einschätzung zum Operativen Vorgang (OV) ›Autor‹ gegen Dieter Mucke schlug Leutnant Henke von der Abteilung XX/1 die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens und die Erwirkung eines Haftbefehls nach § 19 Absatz 1 Ziffer 2 und Absatz 2 StEG (›Staatsgefährdende Propaganda und Hetze‹) vor, deren Grundlage jedoch eine Anzeige des Direktoriums des Becher-Instituts sein müsse, dass der Beschuldigte seine brieflichen Attacken trotz Warnung nicht eingestellt habe.¹⁰⁸ Dieser ›Straftatbestand‹ erfüllte sich mit Muckes Brief an Max Walter Schulz vom 12. Juli, der von ihm zeitgleich als Eingabe an die Abt. Kultur des ZK der SED, das Ministerium für Kultur und den Vorstand des Deutschen Schriftstellerverbands (DSV) gesandt wurde; darin kritisierte er ein weiteres Mal die starren Ausbildungsmethoden am Becher-Institut und die dort vorherrschende »Atmosphäre der Unehrllichkeit« innerhalb des Lehrkörpers, zwischen den Kommilitonen sowie zwischen den Dozenten und ihren Studenten.¹⁰⁹ Die Leitung des Becher-Instituts reagierte prompt und schickte am 19. Juli eine Mitteilung im Namen von Direktor Schulz an die Leipziger Bezirksverwaltung des MfS, in der erklärt wird, dass man zwar in der Vergangenheit von einer Anzeige abgesehen habe, jedoch nach diesem letzten Brief die »Verleumdungen« Muckes nicht mehr ignorieren könne.¹¹⁰

Das Ermittlungsverfahren wurde am 21. Juli eröffnet, und noch am selben Tag verhaftete man Dieter Mucke und unterzog ihn einer Reihe von Verhören, die bis zum 9. August andauerten. Minutiös arbeitete sich der vernehmende Offizier am Inhalt der Etüde *Ankunft und Abschied in einem Café*

106 Vgl. Ergänzungsbericht (Fn. 101), Bl. 69 f.

107 Vgl. Aktennotiz: Aussprache mit der Leitung des Instituts für Literatur Genossen Max-Walter Schulz [sic!], Genossen Nalewski sowie dem Parteisekretär Genossen Steinhaußen, in BStU, MfS, BV Hle., AOP Nr. 3486/84, Bl. 78.

108 Vgl. Einschätzung zum Op.-Vg. ›Autor‹ der Abt. XX/1 der BV Leipzig vom 13. 7. 1966, in BStU, MfS, BV Lpz., AU, Nr. 1762/66, Bl. 15.

109 Vgl. An die Leitung des Instituts für Literatur (Brief von Dieter Mucke vom 12. 7. 1966), in ebd., Bl. 154 ff.

110 Vgl. Mitteilung des Instituts für Literatur an das Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Leipzig, vom 19. 7. 1966, in ebd., Bl. 153.

ab,¹¹¹ fragte nach der Situation in Werner Bräunigs Prosa-Seminar¹¹² und den aus der Exmatrikulation resultierenden negativen Folgen für Muckes beruflichen Werdegang,¹¹³ ermittelte die politische Gesinnung des Verhörten und den ideologischen Einfluss seiner Lektüre von Ingeborg Bachmann, Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger, Robert Havemann oder Peter Weiß¹¹⁴ und versuchte, Informationen darüber zu erlangen, auf welche Weise sich die Dozenten am Becher-Institut zur Literaturdiskussion im Umfeld des 11. Plenums ihren Studenten gegenüber geäußert hatten.¹¹⁵ Am 10. August erfolgte Muckes Entlassung aus der Haft, da seine gemachten Aussagen, die im Seminar verlesene Etüde und die verfassten Briefe weder den Vorwurf der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze (§ 19 StEG) rechtfertigten noch einen stichhaltigen Beweis für öffentliche Staatsverleumdung (§ 20 StEG) lieferten.¹¹⁶ Vielmehr billigte die Staatssicherheit Mucke zu, sich lediglich über die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Exmatrikulation beschwert und Kritik an der Leitungs- und Ausbildungstätigkeit am Becher-Institut geübt zu haben.¹¹⁷

Nun könnte man die Affäre um Dieter Mucke als ›Überreaktion‹ von Institutsleitung und MfS im Zuge des 11. Plenums bewerten, doch mit der Weitergabe von Muckes Studiendokumenten durch Angehörige des Instituts an die Tschekisten der Leipziger Bezirksverwaltung begannen für den jungen Schriftsteller Jahrzehnte andauernde Observationen, u. a. im Rahmen des OV ›Schreiber‹. Publikationsmöglichkeiten wurden verhindert und ›zersetzende‹ Maßnahmen durch inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit gegen ihn und seine Familie angewendet.

Oft wurde in der öffentlichen Bewertung des Becher-Instituts nach dem Ende der DDR, vor allem aber in den Nachbetrachtungen einiger ehemaliger Institutsangehöriger, der Begriff der ›Käseglockenpolitik‹ bemüht,¹¹⁸ als Bezeichnung für einen von der Außenwelt abgeschotteten Ort und seine Praxis, alles dort Gesprochene unter der Fürsorge der Hausleitung nicht nach außen

111 Vgl. Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten Mucke, Dieter vom 21. 7. 1966, in ebd., Bl. 81 f.

112 Vgl. ebd., Bl. 79.

113 Vgl. Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten Mucke, Dieter vom 29. 7. 1966, in ebd., Bl. 106.

114 Ebd., Bl. 109 f.

115 Vgl. Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten Mucke, Dieter vom 9. 8. 1966, in ebd., Bl. 199.

116 Vgl. Entlassungsbeschluss vom 10. 8. 1966, in ebd., Bl. 209.

117 Ebd.

118 So z. B. in: Holger Jackisch, »Einsames Literaturinstitut«, in *Die Andere Zeitung*, 9. 1. 1991, S. 4.

dringen zu lassen. Die Einflussnahme staatlicher Organisationen auf den Studienbetrieb von 1955 bis 1989, sei es durch das MfS, das MfK oder den Schriftstellerverband, war jedoch so immens, dass eine Abschottung nicht dauerhaft und in jedem Fall vollzogen werden konnte. Es handelt sich dabei mitnichten um einen bloßen Mythos, was auch der Versuch der Institutsleitung zeigt, das Publikationsverhalten der Studierenden zu kontrollieren, aber auch nicht um einen Begriff, der pauschal für das Miteinander von Dozenten und Studenten am Institut genutzt werden kann.

Liest man hingegen Dieter Muckes Gedicht *Installation einer Zeitbombe*, so stellt sich dank seiner sprichwörtlichen Plastizität ein Gefühl dafür ein, dass die zahlreichen »Erdbeben« unterschätzt wurden, »die dem Unterdrückungsapparat ein Ende machen sollten«:¹¹⁹

Wen der heiße Dampf stört
Bei dem brodelnden Kessel
Der tue einen Deckel drauf.

Wem der Deckel zu laut klappert
Auf dem brodelnden Kessel
Der schraube ihn einfach fest.

Wer endlich seine Ruhe haben will
Der hat sie nun für ein Weilchen.¹²⁰

Auch nach Einschätzung von Siegmар Faust, der von 1967 bis 1968 am Becher-Institut studierte und ebenfalls zu den Relegierten zählte, legte das Institut unter der Direktion von Max Walter Schulz vor allem eine strategisch-pragmatische Haltung ohne Rücksicht auf Verluste an den Tag: »Max Walter Schulz sah das Institut gefährdet, und nun waren zu dessen Rettung ›Bauernopfer‹ nötig.«¹²¹ Schulz erscheint dabei als ambivalente Figur, die Jahre später das Aufbegehren des literarischen Talents gegenüber Autoritäten zu einer geradezu konstitutiven Eigenschaft der künstlerischen Begabung erklärt, wobei er eher als autoritative Vaterfigur erscheint, als die Rolle des *primus inter pares* einzunehmen:

Talentierte Kinder fallen [...] gewöhnlich weit vom Stamm. Denn sie besitzen ein ausgesprochen heftiges Selbstwertempfinden, was zwar zum Besten gehört, das der Mensch empfinden kann, sich jedoch auch als Unvernunft austut. Denn es hat als künstlerisches Talent etwas mit dem zu tun, was gemeinhin ›schön‹ genannt

119 Hubert Witt, »Nachbemerkung«, in Dieter Mucke, *Panik im Olymp. Gedichte*, Halle a. d. S. / Zürich 1995. S. 123.

120 Ebd., S. 47.

121 »Gespräch mit Siegmар Faust«, in Grundmann, Michael, Seufert, Revolution (Fn. 92), S. 106–109, hier S. 106.

wird, von den einschlägigen Wissenschaften hingegen ›das Ästhetische‹. Und man sage, was man wolle: Das Schöne ist und bleibt ein Selbstwertfaktor, ein sehr empfindlicher, unter den Wert- und Wirkungsfaktoren eines Kunstwerks. Nur – das ist der springende Punkt – es trägt ein Quentchen Unvernünftigkeit in sich. Dieses Verwandtschaftsverhältnis von Talent und Quentchen Unvernunft gibt den Talentbildnern und -erziehern immer wieder harte Nüsse zu knacken. Nicht selten tun talentierte Kinder das Gegenteil von dem, was die Alten von ihnen erwarten.¹²²

Die aufgebrochenen Konflikte erscheinen in dieser Deutung als unumgänglicher, sogar notwendiger Entwicklungsschritt des Talents – nicht etwa als Versagen von Lehre und Erziehung unter der Verantwortung der Institution. Der Widersprüchlichkeit des eigenen Handelns, seine Schützlinge dennoch nicht vor Exmatrikulation und Verfolgung bewahrt zu haben, schien sich Schulz im Rückblick auf sein Leben bewusst zu sein, als er 1987, vier Jahre vor seinem Tod, zum Erhalt der Ehrendoktorwürde in Leipzig erklärte: »Wenn du den Widerspruch achtest als ein dialektisches Gesetz des Lebens, dann sei so frei, den Widerstand, den dir der Widerspruch entgegensetzt, weder zu verteufeln, noch zu verdrängen«.¹²³ Dieser Grundsatz muss auch für die Erforschung der Institutsgeschichte gelten, die nur in der diskursiven Verbindung scheinbar widersprüchlicher Zuschreibungen wie ›Insel der Toleranz‹ oder ›sozialistische Kaderschmiede‹ ein differenziertes Bild zeichnen kann. Durch eine von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bereitgestellte Anschlussförderung hat das Forschungsprojekt die Gelegenheit, dies für zwei weitere Jahre zu tun.

122 Max Walter Schulz, *Pinocchio und kein Ende. Notizen zur Literatur*, Halle a. d. S. / Leipzig 1980, S. 185.

123 Vortrag über Literatur und Pädagogik anlässlich der Verleihung des Dr. phil. h. c. durch die Philosophische Fakultät der Pädagogischen Hochschule ›Clara Zetkin‹, Leipzig, am 24. 2. 1987 (Archiv der Akademie der Künste, Max Walter Schulz Archiv, Nr. 15, Bl. 5).

Sandy Adam, Tony Höwler, Gregor Hovemann, Luisa Hoffmann

»Zum Schluss hatte ich Einzelunterricht ...«

Ausgewählte Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt »Spitzensportliche Begabungsförderung in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Verbindung von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf«

1. Einleitung und Problemstellung

Das Interesse, sich mit dem System der spitzensportlichen Begabungsförderung in der ehemaligen DDR wissenschaftlich zu beschäftigen, ist 25 Jahre nach dem Mauerfall wieder stärker hervorgetreten. Dabei scheint im Vergleich zur Nachwendezeit, welche durch einen teilweise stark negativen und emotional geleiteten Diskurs gekennzeichnet war, vermehrt eine sachliche und objektive Auseinandersetzung mit dem Thema möglich.

Um den Stellenwert des Spitzensports und seiner Förderungsinstrumente für die ehemalige DDR zu verstehen, gilt es zunächst ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Bedeutung dem Erzielen von Erfolgen auf der Weltsportbühne beigemessen wurde. Spätestens seit den 1960er Jahren und insbesondere durch den *Leistungssportbeschluss* von 1969¹ wurde der politische Wille deutlich erkennbar, die DDR durch »Diplomaten im Trainingsanzug« als einen leistungsfähigen, jungen und fortschrittlichen Staat international zu präsentieren. Insbesondere in Bezug auf die Systemkonkurrenz zwischen den beiden deutschen Staaten erwies sich der Spitzensport für die politische Führung der DDR als ein opportunes Mittel zur Erreichung des von Walter Ulbricht ausgegebenen Ziels, »[...] Westdeutschland auf allen Gebieten zu überflügeln [...]«.²

1 In der *Grundlinie der Entwicklung des Leistungssports in der DDR bis 1980* vom 19. 3. 1969 wurde seitens des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) beschlossen, bestimmte Olympische Sportarten bevorzugt zu fördern. Ziel war es, bei Olympischen Spielen – insbesondere bei den Olympischen Spielen in München 1972 – für die DDR bessere sportliche Resultate zu erzielen als die BRD. Darüber hinaus wurde der politische Wille formuliert, über den Spitzensport das Ansehen und die Autorität der DDR international zu erhöhen und gegen die Alleinvertretungspolitik Westdeutschlands zu opponieren. Vgl. Bundesarchiv (BArch) DY 30/JIV2/3/1509, zit. in Hans Joachim Teichler, *Die Sportbeschlüsse des Politbüros. Eine Studie zum Verhältnis von SED und Sport mit einem Gesamtverzeichnis und einer Dokumentation ausgewählter Beschlüsse*, Köln 2002, S. 561 ff.

2 BArch DY 30/72.

Dabei sollte nicht nur die Überlegenheit und Attraktivität des politischen Systems der DDR – mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) an der Spitze –, sondern auch des gesamten sozialistischen Gesellschaftssystems nach außen hin demonstriert werden.³ Um dieses ambitionierte – und fast ausschließlich im Bereich des Spitzensports mögliche – Ziel zu erreichen, bedurfte es neben eines ausreichenden Reservoirs an Talenten institutioneller Rahmenbedingungen, die eine optimale leistungssportliche Förderung ermöglichen und zugleich die schulische und berufliche Ausbildung sicherstellten.⁴

Diese als ›duale Karrieren‹ bezeichneten Verbindungen von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf können aus der systemtheoretischen Perspektive von Niklas Luhmann⁵ betrachtet werden. Luhmann sieht die Gesellschaft als einen Verbund verschiedenster Funktionssysteme an. Wird der Spitzenathlet⁶ in diesen Verbund eingeordnet, lässt sich feststellen, dass er in mindestens zwei sozialen Teilsystemen Funktionsrollen ausführt.⁷ Auf der einen Seite ist er in das Funktionssystem des Spitzensports eingebunden, welches dazu neigt, seine Rollenträger derart stark zu vereinnahmen, dass ihnen anderweitige Betätigungen weitestgehend versagt bleiben.⁸ Auf der anderen

3 Dass der Spitzensport für die DDR als zweckdienliches Instrument angesehen wurde, in den Systemkonkurrenzkampf zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung einzutreten, kommt in den *Maßnahmen zur schnelleren Erhöhung der sportlichen Leistungen in der Deutschen Demokratischen Republik* deutlich zum Ausdruck, wonach »sportliche Höchstleistungen der Deutschen Demokratischen Republik [...] auch die Überlegenheit unserer Ordnung über das kapitalistische System in Westdeutschland [demonstrieren]« und »hohe sportliche Leistungen [...] das Ansehen und die Autorität unserer Republik« heben, BArch DY 30/193.

4 Tatsächlich strahlte die DDR neben dem Sport auch in anderen Bereichen eine gewisse Attraktivität auf die BRD aus, so z. B. im Bildungssystem. Hier adaptierte die BRD auch vereinzelte Planungselemente (Christoph Kleßmann, »Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990«, in ders. und Peter Lautzas (Hg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Bonn 2005, S. 20–37). Jedoch war der Blick im Allgemeinen häufiger aus der DDR in die BRD gerichtet, als anders herum.

5 Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a. M. 2012.

6 Die Bezeichnung schließt hier, wie auch in allen nachfolgenden Fällen, ebenfalls das weibliche Geschlecht ein. Aus Gründen der Leserlichkeit wird auf eine Doppelschreibweise verzichtet.

7 Niklas Luhmann, *Einführung in die Systemtheorie*, Heidelberg 2011; ders., *Soziale Systeme* (Fn. 5).

8 Jürgen Baur, Giselher Spitzer, Stephan Telschow, »Der DDR-Sport als gesellschaftliches Teilsystem«, in *Sportwissenschaft* 27/4 (1997), S. 369–390; Karsten Schumann, *Empirisch-theoretische Studie zu entwicklungsbestimmenden Bedingungen des Leistungssports*

Seite muss er, will er seiner nachsportlichen Laufbahn eine Perspektive verschaffen, bereits während seiner Zeit als Spitzensportler eine Bildungsqualifikation erwerben.⁹ Eine Anwendung der von Luhmann als strukturelle Kopplungen verstandenen Verbindungen beider Systeme ist auch auf das System der Begabungsförderung im Spitzensport der ehemaligen DDR möglich.¹⁰

Demnach können durch die Förderung dualer Karrieren Athleten in die Lage versetzt werden, ihr Begabungspotenzial in den beiden Systemen Spitzensport und Bildungswesen voll auszuschöpfen – zum einen durch die Möglichkeit einer spitzensportlichen Laufbahn nachzugehen und zum anderen durch die Perspektive, sich schulisch, akademisch oder beruflich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.¹¹

Jedoch erweist sich diese Kopplung als durchaus problematisch, da sowohl die zeitliche als auch die soziale Inklusion der Akteure in das eine gesellschaftliche Teilsystem oftmals in die Funktionslogik des anderen eingreift.¹² Zudem sind die Anpassungspotenziale beider Systeme hinsichtlich ihrer Inklusionsprofile und ihrer Bedeutung für das weitere Leben der Akteure im sozialen System beschränkt. Keines kann sich, will es eine optimale Funktionserfüllung gewährleisten, zurückziehen. Des Weiteren scheiden Transfers bestimmter Ausgleichsleistungen aus, die sowohl innerhalb des Spitzensport- als auch des Bildungssystems von Bedeutung wären. So kann eine gewonnene Goldmedaille bei den Olympischen Spielen ebenso wenig Wissen in prüfungsrelevanten Bildungsbereichen ersetzen, wie eine herausragende Hausarbeit neue Bestleistungen im Sport. Um Spitzensport und Bildungswesen miteinander zu verbinden, bedarf es also der Ausgestaltung verschiedener spezialisierter Einrichtungen, die bei der Koordination der Inklusion in beide Systeme behilflich sind und negative Auswirkungen zeitlicher und sozialer Natur verhindern oder abmildern.

Mit den Kinder- und Jugendsportschulen (KJS) wurden in den 1950er Jahren in der ehemaligen DDR Einrichtungen geschaffen, die die sportliche und

der DDR. *Versuch einer zeitgeschichtlichen Bilanz unter Berücksichtigung systemtheoretischer Perspektive*, Diss. Leipzig 1992; Hilke Teubert, *Koordination von Spitzensport und Schule. Zur Lösung des Inklusionsproblems schulpflichtiger Athleten*, Hohengehren 2009.

9 Klaus Cachay, *Sport und Gesellschaft: zur Ausdifferenzierung einer Funktion und ihrer Folgen*, Schorndorf 1988; Teubert, *Koordination von Spitzensport und Schule* (Fn. 8).

10 Jutta Braun, »Theoretische Konzepte der DDR-Gesellschaftsgeschichte – ein Forschungsüberblick«, in Michael Krüger (Hg.), *Transformationen des deutschen Sports seit 1939*, Hamburg 2001, S. 71–87; Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 2000.

11 Achim Conzelmann, Hartmut Gabler und Siegfried Nagel, *Hochleistungssport – Persönlicher Gewinn oder Verlust? Lebensläufe von Olympioniken*, Tübingen 2001.

12 Niklas Luhmann, *Organisation und Entscheidung*, Wiesbaden 2011.

schulische Ausbildung der zukünftigen Spitzenathleten optimal gewährleisten sollten.¹³ Im Rahmen eines komplexen Kopplungsarrangements zwischen den Sportclubs (SC) auf der einen Seite und den KJS auf der anderen Seite wurden Ressourcen für leistungssportliches Training und schulische Qualifikation aufgeteilt und abgestimmt. Ähnliche Arrangements wurden für die Koordination der sportlichen Ausbildung mit dem Studium bzw. mit der Berufsausbildung und der beruflichen Laufbahn etabliert.¹⁴

Diesen Kopplungsarrangements wird ein entscheidender Beitrag für die Ermöglichung spitzensportlicher Erfolge der ehemaligen DDR im internationalen Vergleich beigemessen. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Strukturen des DDR-Spitzensportsystems einschließlich der daraus erwachsenen Möglichkeiten und Grenzen für seine ehemaligen Protagonisten erschien somit geboten und wurde im Rahmen einer Studie umgesetzt. Ausgewählte Ergebnisse werden in diesem Beitrag exemplarisch vorgestellt. Darstellungen interviewter Zeitzeugen und die Analyse relevanter Dokumente geben Aufschluss über die Inklusion (Delegierung) der Akteure¹⁵ in das Spitzensportfördersystem, ihren Verbleib darin und ihre Exklusion (Ausdelegierung). Im Fokus steht hier der Verbund von Spitzensport und Schule der sogenannten 2. Förderstufe des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der DDR an den KJS und den SC.¹⁶

13 Die ersten KJS wurden mit Beginn des Schuljahres 1952/1953 im September 1952 in Halberstadt, Brandenburg, Berlin und Leipzig eröffnet (Gerd Falkner, *Kinder- und Jugendsportschulen in der DDR*, Planegg 2003, S.28). Im Jahr 1989 existierten DDR-weit 25 KJS in Berlin (4 Standorte), Leipzig (2 Standorte), Dresden, Halle, Rostock, Karl-Marx-Stadt (2 Standorte), Potsdam, Erfurt, Frankfurt (Oder), Magdeburg, Jena, Schwerin, Oberhof, Cottbus, Neubrandenburg, Oberwiesenthal, Klingenthal, Luckenwalde, Altenberg und Zella-Mehlis; vgl. René Wiese, *Kaderschmieden des »Sportwunderlandes«*. *Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR*, Göttingen 2012.

14 So existierten beispielsweise Vereinbarungen zwischen den Volkseigenen Betrieben (VEB) und den SC, um Spitzensport und Berufsausbildung zu koordinieren bzw. umfangreiche Trainingsbelastungen trotz bestehender beruflicher Verpflichtungen zu ermöglichen. Speziell eingerichtete Institutionen kamen in diesen Fällen für die finanziellen Nachteile der VEB auf, BArch DR 509/3871; BArch DR 509/3869. In Bezug auf das Studium wurden Fernstudiengänge eingerichtet, die eine räumliche Nähe der Spitzensportler zu den Trainingsstätten trotz laufenden Studiums gewährleisten, BArch DR 509/3872.

15 Zu nennen sind hier insbesondere primäre Funktionsträger wie Sportler und sekundäre Funktionsträger wie Trainer, Funktionäre und Lehrer.

16 Im Rahmen der zweijährigen Studie zur Institutionalisierung von Begabungsförderung im Spitzensport in der ehemaligen DDR standen daneben der Verbund aus Spitzensport und Studium an der ehemaligen Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) und weitere Arrangements der allgemeinen Studien- und Berufsförderung im Zentrum

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst folgt ein Überblick zu bisherigen Forschungsarbeiten. Dabei wird nach folgenden Entstehungszeiträumen unterschieden: bis zur Wiedervereinigung in der ehemaligen DDR, im gleichen Zeitraum in der BRD und nach der Wiedervereinigung. Vom Forschungsstand abgeleitet, wird die Zielstellung der zugrundeliegenden Studie formuliert. Im Anschluss wird mit der Systemtheorie luhmannscher Prägung der theoretische Rahmen abgesteckt. Nach der Beschreibung der methodischen Vorgehensweise werden ausgewählte Ergebnisse vorgestellt. Diese Ergebnisse werden in den Kontext eingeordnet und diskutiert. Mit einem kurzen Fazit schließt der Text.

2. Forschungsstand

Insgesamt konzentriert sich die Aufarbeitung des Forschungsstandes auf die Beschreibung zentraler Arbeiten bezüglich ausgewählter Forschungsfelder.

2.1 Literatur bis 1990, entstanden in der DDR

Betrachtet man die wissenschaftlichen Beiträge zur Sportförderung in der DDR, welche in der DDR selbst entstanden sind, zeigt sich, dass das Engagement der Forschung stark vom leistungssportlichen Gedanken geprägt war. Mit der stärkeren Ausrichtung auf den Spitzensport zu Beginn der 1960er Jahre wurden vor allem Fragen zur Belastung der KJS-Schüler durch Schule und Sport dringlich. Darüber hinaus gerieten Themenfelder zur Persönlichkeitsentwicklung und Lebensgestaltung, aber auch zur Periodisierung des Trainings im frühen Schulalter in den Mittelpunkt des Interesses. Ein weiterer Schwerpunkt der wissenschaftlichen Untersuchungen wurde auf die Erforschung der Besonderheiten der Unterrichtsgestaltung in den allgemeinbildenden Fächern sowie auf die Analyse methodisch-didaktischer Verfahren gelegt.

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über ausgewählte Studien gegeben werden.¹⁷ Beiträge zu pädagogischen Fragestellungen in den KJS bzw. zu psy-

des wissenschaftlichen Interesses. Die Studie wurde von der Forschergruppe um Professor Dr. Gregor Hovemann an der Sportwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig im Zeitraum 2013–2014 durchgeführt. Finanziert wurde sie durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) und durch die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig unterstützt.

¹⁷ Die im Folgenden genannten Untersuchungen sind aufgelistet und kurz zusammengefasst bei Wolfgang Helfritsch und Ulrich Becker, *Dokumentationsstudie Pädagogische KJS-Forschung*, Köln 1993.

chologischen Anforderungen an die Athleten, Trainer, Lehrer und das familiäre Umfeld wurden von Klaus Altermann und Werner Bielagk (1981),¹⁸ Horst Gärtner, Herbert Moritz und Wolfgang Sikora (1989)¹⁹ sowie Horst Götze (1989) vorgelegt.²⁰ Exemplarisch kann die Studie von Kerstin Foitzik (1986) herangezogen werden, in der die Einstellung von 715 KJS-Schülern zu Training und Wettkampf beleuchtet und besonderes Augenmerk auf das gemeinschaftliche Einwirken von Lehrern, Trainern und Eltern gelegt wird.²¹ Weiterhin wurden Untersuchungen im Bereich der Trainingswissenschaften durchgeführt.²² Der Fokus lag hierbei auf der Tages- und Wochenplanung in den KJS und den Trainingszentren (TZ).²³ Beispielfhaft hierfür ist die Studie von Detlef Baganz (1986) zu nennen.²⁴ Untersucht wurden die Tages- und Wochenabläufe 15-jähriger männlicher Handballspieler im Hinblick auf Leistungsfähigkeit, Bewältigung der Anforderungen im schulischen und sportlichen Bereich sowie gesundheitliches Wohlbefinden und die daraus resultierenden pädagogischen Konsequenzen. Zu nennen sind weiterhin Anleitungen und Handreichungen für Trainer, Lehrer und Betreuer.²⁵ Darin wird der Umgang mit den Spitzenathleten zur Gewährleistung eines optimalen Trainings beschrieben.

2.2 Literatur bis 1990, entstanden in der BRD

Beiträge, die in der BRD bis 1990 entstanden, konzentrieren sich ebenfalls häufig auf die – teils bewundernd, teils abwertend – als ›Kaderschmieden‹ bezeichneten KJS. Allerdings fällt die Anzahl der Arbeiten insgesamt eher gering aus. Dies gilt vor allem für die Zeit ab Mitte der 1960er Jahre und geht mit der wachsenden Bedeutung der KJS für den sportlichen Erfolg der DDR einher. Dieser hohe Stellenwert machte die KJS zu einem begehrten Objekt für ausländische Beobachter, was dazu führte, dass Dokumentationen, Literatureinträge

18 Vgl. ebd., S. 89.

19 Vgl. ebd., S. 100.

20 Vgl. ebd., S. 103.

21 Vgl. ebd., S. 99.

22 Karl-Heinz Bauersfeld (1988), B. Deltow, B. Jammer und R. Ledig (1980), D. Hofmann (1977); vgl. ebd., S. 91, 96, 107.

23 Bernd Bräuer (1985), Birka Brandt (1985), Ulli Fritzsche und Andreas Barth (1985), Andreas Grutza (1983); vgl. ebd., S. 93 f., 99, 104.

24 Vgl. ebd., S. 90.

25 Thomas Biegel (1986), D. Krüger (1980), Frank Kutschke und Birgit Tronnier (1983); vgl. ebd., S. 92, 113, 115.

und wissenschaftliche Untersuchungen vermehrt einer strengen Geheimhaltung unterlagen.²⁶

Die vorhandenen Beiträge setzen sich häufig kritisch mit den KJS auseinander. Margrit Richter thematisiert vor allem die vernachlässigte Persönlichkeitsentwicklung der KJS-Schüler und spricht von einer »Zucht« von Leistungssportlern fernab vom jahnschen Sportmotiv einer freien und frohen Sportjugend. Außerdem legt sie ihr Augenmerk auf die verantwortliche Lehrerschaft. Diese musste ihrer Meinung nach eine systemtreue Einstellung haben, um Kinder und Jugendliche auszubilden.²⁷ Klaus Brögel wiederum stellt heraus, dass die KJS ein Instrument und Teilsystem der SED und somit des DDR-Staates war.²⁸ Die bewusste Lenkung und Ausrichtung der ideologischen Vorstellungen auf die heranwachsenden Sportler war somit gezielt möglich. Weiterhin wird auf die Bedeutung des engen Geflechts der Einheitlichen Sichtung und Auswahl (ESA) zwischen den TZ, den KJS und den SC für den sportlichen Erfolg der DDR hingewiesen. Werner Rossade beschreibt diesbezüglich die Jugendspartakiaden als ein wichtiges Instrument der Talentsichtung.²⁹

2.3 Literatur, entstanden nach 1990

Beim Blick auf die wissenschaftliche Literatur nach 1990 lässt sich ebenfalls eine schwerpunktmäßige Thematisierung der KJS erkennen. Einen grundlegenden Überblick hinsichtlich der Entwicklung der KJS findet sich bei Helfritsch und Becker.³⁰

Darauf aufbauend nimmt insbesondere René Wiese eine detaillierte Beschreibung und kritische Würdigung der KJS vor.³¹ Eine Auseinandersetzung mit den KJS unter dem Gesichtspunkt eines humanitären und selbstbestimmten

26 René Wiese, »Staatsgeheimnis Sport – Die Abschottung des Leistungssportsystems der DDR«, in *Historical Social Research* 32/1 (2007), S. 154–171.

27 Margrit Richter, »Kinder- und Jugendsportschulen im Osten Deutschlands«, in *Leibeserziehung* 6 (1957), S. 301–305.

28 Klaus Brögel, »Die Kinder- und Jugendsportschulen in der DDR. Ein kritischer Beitrag zu einer aktuellen Frage«, in *Leibeserziehung* 16 (1967), S. 377–383.

29 Werner Rossade, *Sport und Kultur in der DDR – Sportpolitisches Konzept und weiterer Kulturbegriff in Ideologie und Praxis der SED* (Tuduv-Studien/ Sozialwissenschaften, Bd. 42), München 1987.

30 Helfritsch und Becker, Dokumentationsstudie (Fn. 17).

31 René Wiese, »Der Ursprung der Kinder- und Jugendsportschulen der DDR 1949 bis 1952 – eine sowjetische Geburt?«, in *Deutschland Archiv* 37/3 (2004), S. 422–430; ders., *Staatsgeheimnis Sport* (Fn. 26); ders., *Kaderschmieden* (Fn. 13).

Sports erfolgt durch Nils Hoffmann, Robert Prohl und Peter Elflein.³² Hierzu führten letztere Befragungen von Schülern durch, die vor der Wiedervereinigung eine KJS und danach eine Folgeeinrichtung dieser Schulform besuchten. Bei der Auswertung der Daten zeigt sich, dass die Schüler die KJS eindeutig präferierten. Die Autoren begründen diesen Befund mit dem sprichwörtlichen ›blinden Vertrauen‹ der Schüler in das DDR-System, was sich in einer völligen Hingabe dem Sport gegenüber widerspiegelte.³³ Weiterhin wird über ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl der KJS-Schüler untereinander berichtet, welches durch die Einheit von Schule und Internat begründet wurde. Allerdings stellen die Autoren auch negative Aspekte dieser Fördereinrichtungen heraus. So schilderten Befragte Probleme bei der Integration in andere Personengruppen außerhalb der KJS.³⁴ Ebenfalls berichteten die Schüler wiederholt von einer strukturbedingten Fremdbestimmung. Ferner beklagten die Athleten die strikte Sanktionierung abweichenden Verhaltens. Beispielsweise drohte bei ›politisch inkorrektem‹ Verhalten eine Disziplinarstrafe oder sogar die Ausdelegierung aus der KJS. Darüber hinaus wiesen die ehemaligen KJS-Schüler auf Versäumnisse im schulischen Bereich hin. Herausgestellt wird, dass die geringen schulischen Anforderungen sich als hinderlich für die Aufnahme eines Studiums zeigten. Weiterhin wird betont, dass es mit der angeblichen medizinischen Rundumbetreuung sowie der Möglichkeit des systematischen Abtrainierens an den KJS nicht weit her war. So klagten einige der ausdelegierten Sportler über rücksichtsloses und verantwortungsloses Verhalten mancher Funktionäre bei verletzungsbedingten Pausen bzw. bei einer Nichterbringung sportlicher Leistungen.³⁵ Eine allgemeine und gleichfalls detaillierte Beschreibung des Leistungssportsystems der DDR findet sich bei Hans Joachim Teichler und Klaus Reinartz.³⁶

32 Nils Hoffmann, *Der Ausbau der Kinder- und Jugendsportschulen (KJS) der DDR unter besonderer Betrachtung des Konflikts um einen »humaneren Kinderhochleistungssport« zwischen dem Ministerium für Volksbildung und dem DTSB*, Universität Mainz 2003; Robert Prohl, »... daß es im eigentlichen Sinn gar nicht um uns ging. Die Kinder- und Jugendsportschulen aus der Sicht ihrer Absolventen – exemplarische Retrospektiven«, in *Sportunterricht* 45/2 (1996), S. 60–68; ders. und Peter Elflein, »... man muß da schon ein bißchen Eigeninitiative ergreifen: pädagogische Fallstudien zur Talentförderung an der Nachfolge-Einrichtung einer Kinder- und Jugendsportschule in Thüringen«, in *Sportwissenschaft* 27/3 (1996), S. 280–293.

33 Ebd.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Hans Joachim Teichler und Klaus Reinartz, *Das Leistungssportsystem der DDR in den 80er Jahren und im Prozeß der Wende* (Schriftreihen des Bundesinstituts für Sportwis-

3. Zielstellung

Ausgehend vom thematischen Schwerpunkt und dem aktuellen Forschungsstand zur Problematik liegen der Gesamtstudie drei wesentliche Zielstellungen zugrunde:

(1.) Obgleich die wissenschaftliche Auseinandersetzung zur Abstimmung von Spitzensport und Schule in der DDR – in Form der KJS und SC – schon recht umfangreich erfolgte, konzentrieren sich die Beiträge nahezu ausschließlich auf die Auswertung gesichteter Dokumente. Dieses Vorgehen ist im Sinne einer möglichst objektiven Beschreibung der Funktionsweise der KJS zielführend, verschließt allerdings den Blick auf weiterführende Fragestellungen. Dieses Forschungsdesiderat wird mittels Interviews mit den Beteiligten der KJS/SC, wie Schülern, Trainern und Lehrern und weiterem Funktionspersonal, geschlossen. Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Wie wurden die strukturellen Bedingungen von den Akteuren der KJS wahrgenommen? Welche individuellen Möglichkeiten und Grenzen verbanden die Akteure mit der spitzensportlichen Förderung? Welchen Spielraum ließen die Strukturen den Athleten bei der Gestaltung ihrer sportlichen und schulischen Karrieren?

(2.) Während die Frage nach der Abstimmung von Spitzensport und Schule wissenschaftlich recht gut aufgearbeitet ist, muss der Forschungsstand zur Verbindung von Spitzensport und Beruf in der DDR generell als lückenhaft bezeichnet werden. An dieser Stelle setzt der zweite Schwerpunkt der Untersuchung an. Auf der Grundlage analysierter Dokumente wird dargestellt, in welcher Form sich Spitzensport und Beruf in der DDR verbinden ließen. Darauf aufbauend schildern die Akteure ihre persönlichen Erfahrungen zu den individuell empfundenen Möglichkeiten und Grenzen der Verbindung von Spitzensport und Beruf. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Bedingungen und Möglichkeiten, Spitzensport und Studium miteinander zu verbinden.

(3.) Für beide Bereiche lässt sich konstatieren, dass duale Karrieren von Sportlern mit geringem sportlichen Erfolg bisher nur am Rande beachtet wurden. Wie verliefen die Karrieren von Athleten in einem totalitären Regime, die ihren sportlichen Auftrag nicht zur Zufriedenheit von Partei und Staat umsetzen? Hier setzt der dritte Schwerpunkt der Studie an: Dazu wurden Dokumente speziell unter diesem Gesichtspunkt ausgewertet und ehemalige, weniger erfolg-

senschaft, Bd. 96), Köln 1999.

reiche Sportler interviewt. Damit schließt sich der Kreis zu den ersten beiden Schwerpunkten: Einerseits wird aufgezeigt, wie das DDR-Spitzensportfördersystem mit Sportlern umgegangen ist, die dem Leistungsauftrag nicht gerecht wurden, andererseits wird verdeutlicht, welche Auswirkungen ausbleibender sportlicher Erfolg auf die berufliche Perspektive hatte. In diesem Beitrag werden exemplarische Ergebnisse zur ersten und dritten Zielstellung der Gesamtstudie dargestellt.

4. Theoretischer Rahmen

Um die grundlegenden, teilweise bereits vorausgeschickten Begrifflichkeiten für den Untersuchungsgegenstand anwendbar zu machen, ist es notwendig, relevante Definitionen und Erläuterungen zur Systemtheorie vorzunehmen.

Ausgegangen wird von einer *funktionalen Differenzierung* der Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme. Diese erfüllen je nach Zielstellung unterschiedliche Funktionen, welche auch die Frage nach der Bezeichnung der Systeme beantworten. Auf deren Bereitstellung erheben die Funktionssysteme einen Alleinvertretungsanspruch. Die jeweiligen Systemziele dürften dementsprechend von keinem anderen Funktionssystem generiert werden. Wäre dies der Fall, liefe das Funktionssystem Gefahr, obsolet zu werden.³⁷ Die Individualität der Systeme bietet außerdem die Option zur Identitätsentwicklung, welche eine Abgrenzung zu anderen Systemen erst ermöglicht. Bestand und inhaltliche Anreicherung erlangen soziale Funktionssysteme über die Kommunikation ihrer Mitglieder. Entgegen erster Erwartungen bestehen soziale Systeme nicht aus konkreten Personen, sondern aus deren Informationsaustausch bzw. aus den daraus resultierenden Handlungen.³⁸ Das Funktionssystem ordnet diesen Austausch von Daten und orientiert ihn an seinem Leitziel. Dieses Leitziel bestimmt die Handlungslogik der Akteure und stattet die Kommunikation dieser mit Systemsinn aus. Jedwede Kommunikation innerhalb eines bestimmten Funktionssystems folgt der primären Zielstellung.³⁹

Die Zielorientierung des Funktionssystems ist dabei zu einem binären ›Code‹ zusammengefasst, der die Ausrichtung klar werden lässt und den Nu-

37 Carmen Borggreffe, Klaus Cachay und Lars Riedl, *Spitzensport und Studium. Eine organisationssoziologische Studie zum Problem Dualer Karrieren*, Schorndorf 2009.

38 Teubert, Koordination von Spitzensport und Schule (Fn. 8).

39 Dirk Baecker, »Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft«, in *Zeitschrift für Soziologie* 23/2 (1994), S. 93–110.

kleus dessen bildet, was das System ausmacht. Jede Form der systeminternen Kommunikation, will sie nach Systemlogik sinnhaft sein, muss sich folglich auf diesen ›Code‹ ausrichten. Nur so kann die Inkorporation, dem Zweck der Funktionserfüllung nach, gewährleistet werden. Fehlt der Bezug zum basalen ›Code‹ ist die Kommunikation nicht zielführend und wird als »Rauschen der Umwelt« wahrgenommen.⁴⁰ Sie besitzt für das operativ geschlossene System nur marginale bis keine Bedeutung. Die sinnhafte Kommunikation innerhalb der Funktionssysteme ist allein durch den Code jedoch nicht umsetzbar. Daher benötigen die Akteure eine minderabstrakte Form der Kommunikation, die jedoch stets auf den Code ausgerichtet ist. Dies leisten Programme sowie symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien.⁴¹ Sie weisen den Rollen ihre konkreten Zielstellungen zu und klären über die Konditionen dieser auf. Allein durch Programme werden die Ziele erst operationalisierbar. Medien vermitteln zwischen den Akteuren und lösen das Kommunikationsproblem.⁴²

Lange Zeit wurde darüber debattiert, ob der Sport im Allgemeinen – und der Leistungssport bzw. der Breitensport im Besonderen – als ein gesellschaftliches Teilsystem anzusehen ist.⁴³ Dies ist nach aktueller wissenschaftlicher Auffassung zu bejahen. Nach Steffen Roth lassen sich zehn relevante gesellschaftliche Teilsysteme mit ihren unterschiedlichen Codes, Medien, Programmen und Funktionen unterscheiden.⁴⁴ Diese sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

40 Teubert, Koordination von Spitzensport und Schule (Fn. 8), S. 30.

41 Ebd.

42 Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1997.

43 Diskutiert wird dieses Problem u. a. bei Baur, Spitzer und Telchow, *Der DDR-Sport* (Fn. 8); Karl-Heinrich Bette, *Systemtheorie und Sport*, Frankfurt a. M. 1999; ders. und Uwe Schimank, *Doping im Hochleistungssport*, Frankfurt a. M. 1995; Klaus Cachay und Ansgar Thiel, *Soziologie des Sports. Zur Ausdifferenzierung und Entwicklungsdynamik des Sports der modernen Gesellschaft*, Weinheim 2000.

44 Steffen Roth, »Fashionable Functions: A Google Ngram View of Trends in Functional Differentiation (1800–2000)«, in *International Journal of Technology and Human Interaction* 10/2 (2014), S. 34–58, hier S. 38.

Charakteristika gesellschaftlicher Teilsysteme (eigene Darstellung nach Roth, 2014, S. 38).

System	Code	Medium	Programm	Funktion
Politik	übergeordnet/ untergeordnet	Macht	Ideologie	Regulierung
Wirtschaft	zahlen / nicht zahlen	Geld	Preis	Verteilung
Wissenschaft	wahr/unwahr	Wahrheit	Theorie	Wissen
Kunst	Innovation/Imitation	Stil	Geschmack	Schöpfung
Religion	transzendent/immanent	Glaube	Konfession	Offenbarung
Recht	richtig/falsch	Norm	Gesetz	Verbindlichkeit
Sport	Sieg/Niederlage	Erfolg	Ziel	Leistung
Gesundheit	gesund/krank	Krankheit	Diagnose	Therapie
Bildung	qualifiziert/ nicht qualifiziert	Karriere	Prüfung	Vermittlung
Medien	informiert/uninformiert	Bericht	Thema	Wiedergabe

Die Zugehörigkeit zu Funktionssystemen wird über spezifische Rollen erreicht. Diese untergliedern sich in *Leistungs-* und *Publikumsrollen*, wobei Leistungsrollen meist aktiv mit der Produktion systemspezifischer Zielstellungen befasst sind und Publikumsakteure häufig zentraler Bearbeitungsgegenstand sind bzw. als Humanrohstoff des Systems gelten. Leistungsrollen sind vorrangig *Experten* vorbehalten, die wiederum auf Basis einer *Experten-Laien-Differenz* mit den Publikumsakteuren arbeiten. Dabei sind Leistungsrollen nicht von jedem Akteur zu übernehmen, Publikumsrollen hingegen schon.⁴⁵ Eine weitere Form der Differenzierung von Funktionssystemen ist in zeitlicher Hinsicht möglich. Die *Inklusion* in einen Funktionsbereich kann verschiedenste zeitliche Beanspruchungen mit sich bringen. *Lebenslange* sowie *lebensphasenspezifische* Einbindungen in einen Funktionsbereich bilden ebenso wie *häufige* oder *sporadische* Einbindungen Unterscheidungsmerkmale bei der Akteursbindung. Weiter sind *langfristige* oder *kurzwährende Rollenübernahmen* zu nennen.⁴⁶

Diesbezüglich sind auch soziale Eigenheiten der Inklusion in den Fokus zu nehmen.⁴⁷ *Mitgliedschaften* können auf *formalisierte* bzw. *nichtforma-*

45 Borggreffe, Cachay und Riedl, Spitzensport und Studium (Fn.37).

46 Teubert, Koordination von Spitzensport und Schule (Fn.8).

47 Nicole Burzan und Uwe Schimank, »Inklusionsprofile – Überlegungen zu einer differenzierungstheoretischen ›Sozialstrukturanalyse‹, in Thomas Schwinn (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*. Frankfurt

lisierte Art entstehen und eine *obligatorische* bis *optionale* Bindung besitzen. Die *Rollen* sind in ihrer *Anordnung* zueinander, je nach Funktionssystem und Platzierung, *symmetrisch* bis *asymmetrisch*. Bezüglich des *Aktivitätsniveaus* sind *inaktive* bzw. *aktive* Zuordnungen in das System beobachtbar.⁴⁸ Mit dieser Beschaffenheitsdifferenzierung lassen sich bestimmte Profile von Funktionsbereichen erstellen, die – analog zu den obigen Annahmen – einen unverwechselbaren Fingerabdruck jedes Systems entstehen lassen. Durch diesen werden die fallspezifische Akteursinklusion und die damit verbundenen systeminternen Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten beschreibbar. Es wird demnach eine unverkennbare Einbindungscharakteristik ansichtig. Die bereits erwähnte *operative Geschlossenheit* funktioneller Systeme und ihre Unfähigkeit, zielferne Kommunikation zu betreiben, darf nicht mit völliger Losgelöstheit von gesellschaftlichen Prozessen verwechselt werden. Keinesfalls sind einzelne Funktionssysteme als autark zu bezeichnen. Vielmehr sind sie voneinander abhängig und bauen aufeinander auf.⁴⁹

Grundlegend zielten das DDR-Spitzensportsystem und seine Begabungsförderungsmechanismen darauf ab, auf dem Gebiet des Wettkampfsportes zu siegen – speziell im »medaillenintensiven« internationalen olympischen Spitzensport. Kernaufgabe dieses Funktionssystems war die Maximierung des Erfolges mit den Methoden der sportlichen Leistungsentwicklung. *Sieg* oder *Niederlage* bildeten den Code des Spitzensports und formten dessen integrale Bestandteile, zu denen auch die Förderung zählte.⁵⁰ Die Akteure standen demnach in Konkurrenz zueinander. Jeder wollte für sich den Sieg reklamieren, jedoch waren nur die wenigsten Athleten dazu befähigt. Dieses Ungleichgewicht von Einsatz und Gewinn war und ist weiterhin prägend für die sportliche Leistungsmessung. Wer im Sport den zweiten Platz belegt, ist bereits der erste Verlierer.

Die Funktionslogik des DDR-Spitzensports war selbstreferenziell ausgerichtet. Zwar hatten sportliche Erfolge durchaus Auswirkungen auf die Biografien einzelner Akteure, umgekehrt bildeten außersportliche Potenziale keinerlei Referenzen innerhalb des Funktionssystems des Spitzensports. Fertigkeiten aus musischen oder kulturellen Bereichen verhalfen den Athleten nicht zu besseren sportlichen Resultaten und andersherum. Das System war nur daran

a. M. 2004, S. 209–237.

48 Teubert, Koordination von Spitzensport und Schule (Fn. 8).

49 So benötigt das Wirtschaftssystem bspw. die Qualifizierungsleistungen des Bildungssystems. Umgekehrt benötigt das Bildungssystem die Leistungen des Wirtschaftssystems, um Bildung über Transferleistungen finanzieren zu können. Vgl. ebd.

50 Bette und Schimank, Doping im Hochleistungssport (Fn. 43).

interessiert, siegreife Leistungen zu erbringen und konnte auch nur darüber sozialen Status verleihen.

Eine Mitgliedschaft im Spitzensportsystem war für den DDR-Sport einzig über eine Organisationsmitgliedschaft zu realisieren. Dementsprechend waren die Athleten wie Funktionäre Mitglieder des ansässigen SC. Zudem waren alle Akteure des Sports automatisch Mitglieder im DTSB der DDR und damit seinen Weisungen unterstellt. Die Mitgliedschaft folgte formalen Regelungen, deren Nichteinhaltung einen Ausschluss aus dem Spitzensportsystem provozierte. Sportler hatten die Aufgabe, körperliche Leistung zu erbringen, weshalb ihre Inklusion klar das Profil einer Leistungsrolle beinhaltete. Ebenfalls in Leistungsrollen inkludiert waren Trainer und unterstützendes Personal des Spitzensports. Diese hatten jedoch weit weniger körperliche Leistungsbefähigung als die Athleten, deshalb spricht man bei ihnen von sekundären und tertiären Leistungsrollen.⁵¹ Beide Gruppen traten mit dem Sportler interaktiv in Kontakt, wobei in erster Linie die Trainer (sekundäre Ebene) mittels technischer und taktischer Hilfestellungen Einfluss nahmen. Ärzte, Physiotherapeuten und andere (tertiäre) Leistungsrollen kamen vorrangig mit dem Körper des Athleten in Kontakt. Sie behandelten in der Wettkampfvorbereitung und -nachbereitung das »Material«, um die Funktionszielstellung zu erreichen.⁵² Zueinander befanden sich die verschiedenen Leistungsrollen in einer symmetrischen und interaktiven sozialen Anordnung. Die systemeigene Bewertung körperlicher Leistung zeichnete sich durch ein enormes Ungleichgewicht aus. Trotz hoher Anstrengungen der Akteure war der Sieg nur für einen Systemakteur erreichbar. Gleichlautend stellten Bette und Schimank fest, dass die »Mehrzahl [der Athleten] vom knappen Gut des Sieges ausgeschlossen [wird] und es im nächsten Wettkampf noch einmal versuchen« kann.⁵³

Diese grundsätzliche Konkurrenzsituation stellte die Athleten vor eine Reihe von Problemen. Um besser zu sein als andere Akteure des Systems, mussten sie stets mehr Zeit und Ressourcen aufwenden als die potenzielle Konkurrenz. Dies wiederum führte zu einer Verknappung der Zeitressourcen, die für andere Bereiche der Gesellschaft aufgewandt werden sollten. Zwar war die zeitliche Inklusion in den Spitzensportbereich – wie auch aktuell – lebensphasenspezifisch, also auf die Zeit beschränkt, in der ein maximaler Leistungshöhepunkt zu erwarten war. Jedoch stehen in dieser Phase des häufigen und langwährenden Trainings und Messens wenige Zeitreserven für andere entwicklungsbedingte Inklusionsverhältnisse zur Verfügung.

51 Cachay und Thiel, *Soziologie des Sports* (Fn. 43).

52 Bette und Schimank, *Doping im Hochleistungssport* (Fn. 43), S. 145.

53 Ebd., S. 31.

Die Entwicklungen des Spitzensports seit den 1960er Jahren führten auch in der DDR zu einer Professionalisierung. Intensitäten, Umfänge und Beanspruchung der Athleten stiegen mit jedem neuen Weltrekord. Die Trainingshäufigkeit wuchs derart an, dass die Akteure jedes Jahr die sachlichen und zeitlichen Investitionen erhöhen mussten, um mit der internationalen sportlichen Leistungsentwicklung mitzuhalten. Gab es in den 1950er Jahren noch die Möglichkeit, neben dem Beruf im Leistungssport erfolgreich zu sein, war dies zehn Jahre später weithin ausgeschlossen. Charakteristisch für diese dynamische Entwicklung war der enorme Leistungszuwachs in den einzelnen Sportarten. Welt- und Landesrekorde wurden beinahe bei jeder Großveranstaltung eingestellt. Wer auf dieser steilen Leistungsrampe mithalten wollte, musste den Einsatz erhöhen und existenzsichernde Engagements wie Schulausbildung oder Berufstätigkeit hintanstellen. Gleichzeitig bedeutete dies auch, dass »die Inklusionsverhältnisse in andere gesellschaftliche Teilsysteme« darunter litten »oder gar unmöglich gemacht« wurden.⁵⁴

Diese Form einer völlig vereinnahmenden Akteursinklusion wird in der systemtheoretischen Perspektive als Hyperinklusion bezeichnet.⁵⁵ Die Verdichtungsdynamik des Spitzensports trieb seine Akteure dazu, stets mehr in ihre Entwicklung zu investieren, als ihnen eigentlich möglich war. Diese Form der Hochkostensituation resultierte aus der genuin pyramidalen Struktur des DDR-Spitzensports und stellte ein Problem dar, dessen Lösung ausschließlich der spitzensportlichen Begabungsförderung der DDR übertragen wurde.

5. Methodische Vorgehensweise

In der Untersuchung wurde auf zwei Erhebungsinstrumente zurückgegriffen: die Dokumentenanalyse und Interviews.

Dokumentenanalyse

Bei der Analyse verschiedene Aktenbestände waren Dokumente von Interesse, die Aufschluss darüber geben konnten, in welcher Form eine Verbindung von

54 Lars Riedl, Carmen Borggreffe und Klaus Cachay, »Spitzensport versus Studium? Organisationswandel und Netzwerkbildung als strukturelle Lösungen des Inklusionsproblems studierender Spitzensportler«, in *Sport und Gesellschaft* 4/2 (2007), S. 159–189, hier S. 163.

55 Markus Göbel und Johannes F. K. Schmidt, »Inklusion/Exklusion: Karriere, Probleme und Differenzierungen eines systemtheoretischen Begriffspaares«, in *Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie* 4/1 (1998), S. 87–117.

Spitzensport und Schule, Spitzensport und Studium bzw. Spitzensport und Beruf in der DDR möglich war und gefördert wurde.⁵⁶

Die Dokumente wurden mittels strukturierter⁵⁷ qualitativer Inhaltsanalyse systematisch ausgewertet, d. h. »das Material schrittweise mit theoriegeleitet am Material entwickelten Kategoriensystemen bearbeitet«.⁵⁸ Die konkreten Kategorien galt es, im Zuge der theoretischen Reflexion der Thematik zu erarbeiten.

Interview

Für die Bearbeitung der vorliegenden Problemstellung wurde das problemzentrierte Interview gewählt, da die Vorteile dieser Form des qualitativen Interviews am besten mit den Gegebenheiten und Ansprüchen der Studie harmonisieren. So können mit einem problemzentrierten Interview weitestgehend offen und relativ flexibel Hypothesen sowohl überprüft als auch neu generiert werden. Dabei können die Befragten – im Rahmen einer teilstandardisierten Befragung – ihre eigene Sicht darlegen, ohne dass der Interviewer den Redefluss des Gesprächspartners unterbricht. Neben der sehr hohen Flexibilität offeriert diese Art der persönlichen Befragung nach Hamman und Erichson⁵⁹ eine mittlere bis sehr gute Datengenauigkeit sowie eine sehr hohe externe Validität.

Um während der Interviews einen geregelten und geordneten Ablauf zu gewährleisten bzw. bei der anschließenden Datenauswertung die Aussagen und Ergebnisse miteinander vergleichen und gegenüberstellen zu können, folgten alle geführten Interviews einer einheitlichen Strukturierung. Ausgehend vom

56 Dokumente aus folgenden Archiven wurden eingesehen: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch/SAPMO), Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Universitätsarchiv Leipzig (UAL) und Sportmuseum Leipzig. Ihrer Bedeutung für das Verbundsystem folgend wurden Dokumente analysiert bezüglich des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB), der Sportvereinigung Dynamo (SV Dynamo), des Büros der zentralen Leitung der Sportvereinigung Dynamo (BdZL), der Armeesportvereinigung Vorwärts (ASV), des Ministeriums für Volksbildung der DDR (MfV), des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (MHFW), des Staatssekretariats für Körperkultur und Sport (SKS/StKS), des Staatssekretariats für Berufsbildung (StB), des Büros zur Förderung des Sports in den Betrieben (Büro), der Kinder- und Jugendsportschulen (KJS – Auswahl), der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK), der Hauptabteilung Fernstudium des 1. Rektors für Ausbildung und Erziehung der Deutschen Hochschule für Körperkultur (HAF der DHfK) und der Volkseigenen Betriebe (VEB – Auswahl).

57 Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim 2000, unterscheidet die drei folgenden Grundformen der qualitativen Inhaltsanalyse: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung.

58 Ebd., S. 114.

59 Peter Hamman und Bernd Erichson, *Marktforschung*, Stuttgart 2000.

Forschungsstand und den daraus abgeleiteten zentralen Zielstellungen der Studie wurde ein Interviewleitfaden entwickelt, der neben einem einleitenden Teil zu den sozio-demografischen Daten des Interviewpartners in vier wesentliche Bereiche gegliedert ist.

Im ersten Teil lag der Fokus darauf, Aussagen von den Interviewpartnern zu den Strukturen, die für eine Verbindung des Spitzensport- und des Bildungssystems gelegt wurden, zu erhalten. Darüber hinaus war von Interesse, inwieweit diese Strukturen eine erfolgreiche Koordination von sportlichen und schulischen, akademischen oder beruflichen Verpflichtungen ermöglichten bzw. verhinderten.⁶⁰ Im zweiten Teil standen Effektivität und Effizienz des Verbundsystems im Mittelpunkt,⁶¹ während der dritte Teil die politische Steuerung des Verbundsystems in den Blick nahm und darüber hinaus fragte, ob durch die Etablierung informeller Netzwerke zwischen den Akteuren innerhalb und außerhalb des Verbundsystems etwaige Defizite der strukturellen Kopplung von Spitzensport- und Bildungssystem ausgeglichen werden konnten. Im vierten Teil konnten die Interviewpartner ergänzende Angaben zum Sachverhalt machen oder Anregungen geben.

Insgesamt wurden sieben verschiedene Interviewleitfäden entwickelt – angepasst an die jeweilige Rolle des Interviewpartners innerhalb des Verbundsystems. Dieses Vorgehen sollte sicherstellen, dass die Akteure relevante Aussagen zu den mit ihrer Rolle assoziierten Perspektiven treffen können.⁶²

Bei der Auswahl der Interviewstichprobe wurde berücksichtigt, dass durch die Studie möglichst umfassende Erkenntnisse zu verschiedenen Erfahrungs-

60 Wesentliche Leitfragen zielten ab auf Erkenntnisse zu: Abstimmung auf der Zeitebene (Wegezeiten, Trainings- und Unterrichtszeiten), Abstimmung auf der Zeit- und Sozialebene (sportliche und schulische Belastungshöhepunkte, Koordination bestimmter unterstützender Maßnahmen im Verbundsystem, Verbesserung bestimmter unterstützender Maßnahmen im Verbundsystem, persönliche Entwicklungsplanung), Rekrutierung (Personal für bestimmte unterstützende Maßnahmen, Personal für bestimmte Trainingsformate, Personal mit Koordinationsfunktion) und Akzeptanz (Akzeptanz und Stellenwert der Spitzensportförderung).

61 Wesentliche Leitfragen zielten ab auf Erkenntnisse zu: Erfolgsbewertungen (Phase der Inklusion, Entwicklung der Sport- und Bildungslaufbahn im Verbundsystem, Phase der Exklusion).

62 Die Kategorisierung der Interviewleitfäden wurde dabei wie folgt vorgenommen: 1. Sportler und Schüler, 2. Sportler und Auszubildende, 3. Sportler und Studierende, 4. Sportler und Berufstätige, 5. Trainer bzw. Personal des SC bzw. Funktionäre des DTSB, 6. Lehrer bzw. Personal der Schule oder Hochschule oder Mitarbeiter des Ministeriums für Volksbildung (MfV) und 7. Mitarbeiter in Berufsausbildung bzw. im Betrieb. Die Interviewleitfäden können auf Anfrage bei den Autoren eingesehen werden.

horizonten gewonnen werden sollen.⁶³ Die Stichprobe wurde auf 40 ehemalige Sportler-Schüler, Sportler-Studierende, Sportler-Auszubildende und Sportler-Berufstätige sowie Trainer und Mitarbeiter des Spitzensportsystems und Lehrer bzw. Mitarbeiter des Bildungssystems sowie Mitarbeiter in den Betrieben festgelegt. Diesbezüglich kann nicht von einer probabilistischen Stichprobe gesprochen werden. Damit die Verzerrungen so gering wie möglich gehalten werden, erfolgte die endgültige Auswahl der Interviewpartner nach den oben skizzierten Merkmalen. Hierdurch sollte es gelingen, die für die Untersuchung als relevant eingeschätzten Charakteristika durch Einzelfälle ausreichend zu repräsentieren. Bei der konkreten Auswahl der Interviewpartner wurde nach dem ›Schneeballsystem‹ vorgegangen. So wurden die Kontakte vorhandener Interviewpartner zu anderen ehemaligen Akteuren genutzt, um weitere Probanden zu gewinnen.⁶⁴

Die aufgezeichneten Interviews wurden transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet.⁶⁵ Die Auswertung erfolgte mittels der für die Interviewleitfäden verwendeten Kategorien, welche es ebenso im Zuge der theoretischen Aufarbeitung zu konkretisieren galt. Dabei wurden relevante Aussagen der Interviewpartner den in den Interviewleitfäden einsortierten Kategorien zugeordnet. Die Auswertung der Teilaspekte, welche einen hohen Interpretationsspielraum erlauben, erfolgte jeweils von zwei Mitgliedern der Forschergruppe, um hierdurch die Objektivität zu erhöhen.

63 Folgende Merkmale wurden in die Auswahl einbezogen: 1. Erfolgsniveau der Akteure (Sportler, Trainer, Lehrer), 2. Unterscheidung in Sommer- und Wintersportarten, 3. Unterscheidung in Mannschafts- und Einzelsportarten, 4. Alter der Sportler und 5. Geschlecht.

64 Die angestrebte Streuung hinsichtlich der Unterteilung der Akteure (Schüler, Lehrer, Trainer und Funktionäre) konnte bei den ersten vier Merkmalen erzielt werden. Allerdings ist es nicht ausreichend gelungen, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Probanden zu erzielen. Die Anzahl männlicher Probanden dominierte deutlich. Dieses Manko kann mit der Vorgehensweise ›Schneeballsystem‹ in Verbindung gebracht werden, da es zu erwarten ist, dass männliche Akteure in ihren Sportarten tendenziell männliche Akteure weiterempfehlen.

65 Für die Erstellung der Transkripte kam die Transkriptionssoftware f4 zum Einsatz und für die inhaltliche Analyse des Interviewmaterials die qualitative Analysesoftware MAXQDA 11. Die Transkripte können auf Anfrage bei den Autoren eingesehen werden.

6. Empirische Ergebnisse

Politisch gewollt und gefordert, zielte das DDR-Spitzensportsystem darauf ab, spitzensportliche Höchstleistungen bzw. internationale Siege bei sportlichen Wettkämpfen zu erbringen. Dazu bedurfte es ausreichend befähigter Spitzensportler, die über ein pyramidales Leistungssystem selektiert und gefördert wurden.⁶⁶

6.1 Inklusion (Delegierung) in das Spitzensportfördersystem (KJS/SC)

Die Rekrutierung der sportlichen Talente erfolgte ab dem Jahr 1973 flächendeckend über das System der *Einheitlichen Sichtung und Auswahl (ESA) für die Trainingszentren und Trainingsstützpunkte des DTSB*. Gemeinschaftlich organisiert von den Einrichtungen des Ministeriums für Volksbildung (MfV) und des DTSB wurden fortan nahezu alle Kinder eines Jahrgangs mithilfe standardisierter Testverfahren auf ihre Eignung für bestimmte Sportarten hin überprüft. Ein Großteil der Sichtungsarbeit für die ›Produktion‹ zukünftiger Medaillienlieferanten erfolgte durch sogenannte Sichtungstrainer im allgemeinen Sportunterricht der Polytechnischen Oberschulen (POS), bei lokalen sportlichen Wettbewerben, wie den Kinder- und Jugendspartakiaden, und für bestimmte Sportarten bereits in den Kindergärten. Zudem wurde eine systematische Sichtung betrieben, bei der über eine zentralisierte Erfassung körperlicher und leistungsphysiologischer Daten geeignete Sportler ermittelt wurden. Mit Unterstützung der DHfK wurden auf diese Weise ganze Schülergenerationen von ihren Sportlehrern in einem einheitlichen Erfassungssystem katalogisiert. Dieses lieferte den Sichtungstrainern des DTSB Informationen darüber, wo sich die potenziellen Medaillienkandidaten befanden und gewährleistete die Zuordnung zu bestimmten Sportarten.⁶⁷ Zum System der ESA stellte ein

66 Das Auswahl- und Fördersystem für den Spitzensport in der ehemaligen DDR setzte sich aus der 1. Förderstufe – bestehend aus den Trainingszentren (TZ) –, der 2. Förderstufe – bestehend aus den KJS im Verbund mit den SC – und der 3. Förderstufe für den Anschluss- und Hochleistungssport in den Nationalmannschaften an den SC zusammen. Patrick Litz, *Talentförderung und Schulsport in der DDR und BRD*, Berlin 2004.

67 Die Sichtungsmaßnahmen wurden grundsätzlich in der ersten, dritten, sechsten und neunten Klasse durchgeführt. Die Sichtung in der ersten Klasse erfolgte für Sportarten mit frühem Hochleistungsalter, wie Leistungsgymnastik, Turnen, Wasserspringen und Sportschwimmen. Fokussiert wurden sechs Kontrollwerte, die sich auf anthropometrische Merkmale (Körpergröße, Körpergewicht, etc.) und die Ausprägung koordinativer

interviewter Zeitzeuge, der das Spitzensportfördersystem der ehemaligen DDR sowohl als Sportler als auch als Sichtungstrainer erlebte, heraus:

[D]as war ja das System, [...] jedes Kind wurde erfasst. [...] [A]lle Sportlehrer hatten Aufträge von der DHfK Leipzig. Die mussten Listen ausfüllen, über jedes Kind, und dann sind die Listen zur DHfK gegangen und die haben sie ausgewertet und dann wieder zurück[geschickt]. Da gab es [...] Bögen, da standen alle Namen in jeder Stadt, von allen Schulen oben, und für welche Sportart der [jeweilige Sportler] geeignet war. Die bekamen eine Zahl zugeordnet. [...] [D]ann haben wir Trainer zusammengesessen, [...] von allen Sportarten und haben [die Sportler] aufgeteilt. So, »du nimmst die, du nimmst die, du nimmst die Sportler«. [Dann] biste rumgefahren [und] hast abgeklappert, geklingelt, [...] vorgestellt. Manche haben gesagt, »nein, mein Kind boxt nicht!« War immer schwer. Die haben mir die Tür vor der Nase zuge[schlagen]. Aber manche haben [gesagt], »komm rein«. [S]o haben wir unsere Jungs geworben. Da waren immer hauptamtliche Trainer dafür da. Dadurch ist das ganze System von unten nach oben [möglich] geworden.⁶⁸

Die ESA wurde grundsätzlich in den Sichtungsgebieten der jeweilig zugehörigen SC durchgeführt. Ein auf die Delegation auf die KJS bzw. den SC vorbereitendes TZ-Training konnte demnach auch nur in diesem Gebiet stattfinden. Konflikte zwischen den SC entstanden u. a. dadurch, dass einige Sichtungstrainer die Vereinbarungen missachteten und in fremden Sichtsungsgebieten nach neuen sportlichen Talenten Ausschau hielten. Dieses Vorgehen erwies sich zum Teil als erfolgreich, denn es gab durchaus Sportler, die an der regionalen KJS, beispielsweise aufgrund nicht ausreichender schulischer Voraussetzungen, keine Zulassung erhielten, aber sich wegen ihrer sportlichen Leistungen durchaus für eine Delegation an einen SC empfahlen. Generell waren Sichtungs- und Anwerbungsversuche im Hoheitsgebiet anderer Sportvereinigungen (SV) untersagt. Trotzdem gab es erfolgversprechende Möglichkeiten, Talente aus den Sichtungsgebieten anderer SV zu rekrutieren. Gemäß der Darstellung eines Sportfunktionärs am Armeesportklub (ASK) Vorwärts Frankfurt (Oder)

Fähigkeiten bezogen. In der dritten Klasse erfolgte die Sichtung für alle anderen Sportarten außer Eiskunstlauf. Schüler, welche entwicklungsbedingt die Auswahlkriterien in der dritten Klasse nicht erfüllten, konnten in der sechsten Klasse einer Nachsichtung unterzogen werden. Die Sichtsungsmaßnahmen in der neunten Klasse hatten den Charakter einer Größensichtung und fokussierten die Sportarten Volleyball, Handball, Rudern und die Sprung-, Stoß- und Wurfdisziplinen der Leichtathletik. Weiterhin war es das Ziel, kleine und leichte Schüler für die Sportarten Boxen, Ringen und Gewichtheben auszuwählen. Vgl. ebd.

68 Interviewtranskript Nr. 17, Z. 1049–1062.

[...] ging [Fremdsichtung] nicht. Die von [der SV] Dynamo konnten auch nicht bei uns sichten, da gab es klare Regeln. Aber das ging natürlich auch anders. Wenn die Dynamoleute ganz clever waren und zu den Eltern gingen und sagten, ›pass mal auf, ihr sagt, der geht niemals nach Frankfurt (Oder), der geht zu uns‹, dann konnten wir auch nichts machen. Dann sind die eben zu Dynamo gegangen. Ist ganz selten passiert, ganz selten. Aber es ist auch hier und da [vorgekommen]. Aber umgekehrt ging das auch, dass die nicht zu Dynamo, sondern zu uns gegangen sind. Das war ein Hin und Her.⁶⁹

Geprägt von Hegemoniebestrebungen und Dominanzverhalten der staatlichen Sportvereinigungen SV Dynamo (Deutsche Volkspolizei bzw. Ministerium für Staatssicherheit) und ASV Vorwärts (Nationale Volksarmee) und deren Aufbau, Strukturen und Ressourcenausstattung kann eine privilegierte Stellung gegenüber den zivilen Sportvereinigungen festgestellt werden, die sich auch auf die Rekrutierung der sportlichen Talente in die TZ bzw. später in die KJS und SC auswirkte.⁷⁰ Diese Konstellationen dürften sowohl zu Spannungen zwischen den Sichtungstrainern der staatlichen Sportvereinigungen und denen der zivilen Sportvereinigungen als auch zwischen den Sichtungstrainern der beiden staatlichen Sportvereinigungen geführt haben. Dies ist durchaus begründbar, ging es doch vorrangig darum, die größten Talente für die eigene SV anzuwerben, um auf diese Art und Weise die Chancen auf spätere Medaillengewinne bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften für die ›eigenen Reihen‹ zu erhöhen.

Damit sind die Beweggründe aus der Perspektive der SV klar umrissen, doch was bewog die jungen sportlichen Talente, ins Spitzensportfördersystem der ehemaligen DDR einzusteigen? Auch in diesem Zusammenhang erscheint es geboten, die damals herrschenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren stagnierte die Entwicklung des DDR-Staatssozialismus in Bezug auf politische Zugeständnisse bei Reiseerleichterungen ins westliche Ausland, wirtschaftliche Selbstverantwortung und sozialen Aufstieg.⁷¹ Für einen jungen Menschen dürfte dies bedeutet haben, sich auf eine Zukunft vorzubereiten, die durch politische Repression, Grenzen der beruflichen Perspektiven, allgemeine Versorgungsengpässe

⁶⁹ Interviewtranskript Nr. 24, Z. 381–385.

⁷⁰ Carmen Fechner, *Die Frühgeschichte der Sportvereinigung Dynamo. Hegemoniebestrebungen, Dominanzverhalten und das Rivalitätsverhältnis zur Armeesportvereinigung »Vorwärts«*, Diss. HU Berlin 2011.

⁷¹ Kleßmann, Spaltung und Verflechtung (Fn. 4); Ulrich Mähler, *Kleine Geschichte der DDR*, München 2009.

und Einschränkungen bei der persönlichen Entfaltung gekennzeichnet ist. Auch bei erfolgreicher schulischer, beruflicher bzw. akademischer Qualifikation dürften die Grenzen der DDR-Gesellschaft kaum zu überwinden gewesen sein.

Um sich gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft spürbare Vorteile zu verschaffen, war es für den Einzelnen ein probates Mittel, eine der verschiedenen Rollen zu übernehmen, die dem politischen System besonders dienlich waren. Eine Mitgliedschaft in der SED, eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sowie ein fester Klassenstandpunkt resultierten dabei für den Einzelnen häufig eher aus Opportunitätsüberlegungen heraus denn aus politischer Überzeugung. Um nach außen die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems (im Rahmen von internationalen Exzellenzwettbewerben) demonstrieren zu können, musste das politische System starke Anreize für besonders begabte und dem politischen Willen dienliche Talente aus verschiedenen Exzellenzbereichen – wie Sport, Musik, Tanz und Literatur – setzen. Nach der Sichtung mussten Talente aus diesen Bereichen zur Erbringung von Höchstleistungen motiviert werden. Den jungen Sportlern dürfte durchaus bewusst gewesen sein, welcher Wert ihren potenziellen sportlichen Spitzenleistungen für das politische System beigemessen wurde: Als zukünftige Leistungselite der DDR-Gesellschaft kam es ihnen zu, fehlende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Wirkmächtigkeit zu kompensieren. Freilich spielten in den frühen Förderstufen des Spitzensportsystems solche Überlegungen bei den jungen Sportlern noch keine ausgeprägte Rolle, spätestens mit der Aufnahme in die Eliteförderung auf der 2. Förderstufe des DTSB dürften sich die Ansichten aber gewandelt haben. Den meisten war »irgendwie klar, dass man da was Gutes kriegt, wenn man dort ist.«⁷²

Die jungen Sportler fühlten sich als etwas »Besonderes«, denen eine »Auszeichnung« für die eigenständig erzielten Leistungen in Form der Delegation an die KJS zuteilwurde. Der Wunsch nach Würdigung expliziter Verdienste war demnach nur in wenigen Bereichen der DDR-Gesellschaft so gut zu befriedigen wie im DDR-Spitzensportsystem.

Hinzu kommt, dass der Einfluss der Eltern, Verwandten und Bekannten auf die Sportler bereits im jungen Alter nicht zu unterschätzen gewesen sein dürfte, denn auch sie sahen beim Blick auf die vorhandenen Möglichkeiten der Spitzensportförderung die vermeintlich verbesserte gesellschaftliche Ausgangsposition ihres Kindes und waren nicht zuletzt »stolz« auf dessen Leistungsfähigkeit. Die Talente befanden sich von Beginn an in Vollverpflegung an einer Ganztageseinrichtung und wurden zudem im Nachmittagstraining be-

72 Interviewtranskript Nr. 10, Z. 336.

schäftigt. Angesichts der beruflichen Verpflichtungen, die in der DDR auch für einen Großteil der weiblichen Bevölkerung bestanden, waren sicherlich auch Entlastungen in der Betreuungsarbeit ein positiver Anreiz zur Delegation des eigenen Kindes. Eltern, denen dieses weitgehend von der Eigenverantwortung entkoppelte System aus verschiedenen Gründen nicht zusagte, waren meist nicht zu einer Delegation ihres Kindes zu bewegen.

6.2 Verbleib im Spitzensportfördersystem (KJS/SC)

Die Frage nach den Gründen für den Verbleib im Verbund aus KJS und SC kann durch ein breites Spektrum an Charaktertypen beantwortet werden. Dieses reichte vom Sportler, der sich aus eigenem Antrieb dem Ziel der Höchstleistung kompromisslos unterordnete und alle Ressourcen opferte, bis zu demjenigen, der den von außen herangetragenen Erwartungen einer leistungshungrigen Umwelt genügen wollte und nicht aus der ihm zugewiesenen Rolle ausbrechen konnte oder wollte.

Bei der Frage nach den Motivatoren sind zunächst weiter oben genannte Gründe zu berücksichtigen. Ein hochgelobter Athlet, der sich im Spitzensportfördersystem etabliert und gewisse damit verbundene Privilegien genossen hat, würde eine Rückkehr in den außersportlichen Alltag oftmals als eine schwere Niederlage bzw. als Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit ansehen und nicht selten als existenzielle Krise erleben. Viele ehemalige Sportler sprechen von einer Mischung aus Hoffnung auf weitere Teilhabe an den Privilegien und Furcht vor einer ›blamablen‹ Rückdelegation an die Herkunftsschule – an der sie sicher nicht zur Freude *aller* Mitschüler in höchsten Tönen gelobt und aufmerksamkeitsträchtig verabschiedet wurden. Der ureigene Code des Spitzensportsystems von Sieg (Delegation an KJS/SC) und Niederlage (Ausdelegation aus KJS/SC) kommt schon bei den jungen Sportlern deutlich zum Ausdruck. So stellt ein ehemaliger Leichtathlet seine Empfindungen folgendermaßen dar:

Für mich war auch ein großes Motiv, ›du möchtest an deine Dorfschule nie mehr zurück‹. Zurückdelegiert werden – um Gottes Willen. [...] Das war auch ein Motivator, mich anzustrengen. Und zweitens hatte ich doch Spaß [...]. Ich meine, wenn Sie immer in jedem Jahr unter den ersten vier sind in der DDR, dann haben Sie doch auch Freude daran. Wir hatten ja auch viele, viele Wettkämpfe. So, und wir sind durch die ganze Republik gefahren. [...] Ich kannte die ganzen damaligen Topsportler [...] So, und das macht doch Spaß dann mit denen mal so sich zu unterhalten.⁷³

73 Interviewtranskript Nr. 19, Z. 426–435.

Auch die ursprünglichste Motivation, sich im Training oder bei Wettkämpfen leistungsmäßig zu steigern und sich mit anderen zu messen, wurde von den ehemaligen Sportlern genannt. So sahen einige den Verbleib im Verbund vor allem als Chance, eine »Siegermentalität« zu entwickeln. Sie wollten »zu denen gehören, die mit die Musik bestimmen [...] und nicht [...] zum letzten Glied gehören.«⁷⁴

Für sie war der Verbleib im System als einfacher Zusammenhang von geplanter und erzielter Leistung zu sehen, was ihrer Ansicht nach »auch normal im Leistungssport« war.

Die befragten Zeitzeugen, die derartige Argumentationsmuster anwendeten, waren jedoch zum Großteil sehr erfolgreiche Sportler, die keine Ausdelegierung gegen ihren eigenen Willen zu erwarten hatten. Auch waren ihre Motivationsgründe für den Verbleib im Fördersystem weit weniger von Versagensängsten als vielmehr von Siegeslust geprägt. Sie identifizierten sich vollkommen mit der spitzensportlichen Aufgabenstellung, werteten den sportlichen Erfolg als Ergebnis ihrer eigenen Anstrengungen und fühlten sich »verdientermaßen« der sportlichen Elite des Landes zugehörig. Ausgeprägt war bei ihnen auch die Unterordnung sozialer Beziehungen außerhalb des Spitzensportfördersystems: Zwar erkannten sie, dass für persönliche Freizeit und die Aufrechterhaltung von Bindungen zu Freunden aus früheren Schultagen keine oder wenig Zeit blieb, allerdings bedeutete dies für sie keine wesentliche Einschränkung. Die Freundeskreise der jungen Sportler waren daher meist sehr eng mit dem Sport verbunden. Eine ehemalige Turnerin bemerkte dazu:

Die anderen haben sich nach der Schule irgendwo getroffen, auf dem Spielplatz oder sonst wo, das gab es bei uns nicht, weil wenn man abends um halb neun zu Hause war, dann war nichts mehr mit noch irgendwo treffen. Die Wochenenden waren meist mit Wettkämpfen belegt. Wenn man mal keinen hatte, war man auch mal froh, wenn man nichts hatte und dann verliert man über die Zeit auch den Kontakt zu den anderen. Wenn man sich nur alle fünf Wochen bei einer Clique sehen lässt, das funktioniert nicht. Man hat dann wirklich seinen Freundeskreis in dem Bereich in der Schule, im Sport und manchmal auch in anderen Sportarten.⁷⁵

Das Spitzensportfördersystem ermöglichte es durch verschiedenartige Koordinations- und Kommunikationsarrangements, dass die jungen Sportler sich ganz auf die Erbringung spitzensportlicher Höchstleistungen konzentrieren konnten, ohne dass ihre schulische Ausbildung darunter zu leiden hatte. Die

74 Interviewtranskript Nr. 19, Z. 614–615.

75 Interviewtranskript Nr. 21, Z. 631–639.

in der Theorie⁷⁶ als problematisch angesehene Vereinbarkeit der beiden Inklusionsverhältnisse Spitzensport und Schule konnte – den Darstellungen der befragten Zeitzeugen folgend – durch »[den] Komplex aus Schule, Internat und Sportclub«⁷⁷ gelöst werden. Die damit gebotene Möglichkeit, Leistungssport und Abitur zu kombinieren, war für viele der befragten Zeitzeugen ein Motivator zum Verbleib im Spitzensportfördersystem.

Die Vereinbarkeit von Schule und Sport war nur durch verschiedene Flexibilisierungsmaßnahmen möglich. Schulisch war ein zentraler Lehrplan vorgegeben, zugleich wurde in der 2. Förderstufe an den KJS und den SC vor allem das Trainingspensum der jungen Sportler auf bis zu 30 Wochenstunden erhöht. Aus trainingsmethodischen Gründen konnten die täglichen Übungseinheiten in vielen Sportarten an den SC aber nicht pauschal auf eine spätere Tageszeit verlagert werden. Dementsprechend wurde nach Absprache der Verantwortlichen von KJS und SC der Schulunterricht flexibel gestaltet und an die Trainingseinheiten angepasst. Neben dem Vormittagstraining war die ›Gesamtschulzeitstreckung‹ eine weit verbreitete Flexibilisierungsmaßnahme der KJS-Spezialschulausbildung. Dabei wurde in Abstimmung mit dem MfV in bestimmten Klassen der Unterricht von zwei auf drei Schuljahre gestreckt und so die tägliche Unterrichtsbelastung reduziert. Die Gesamtschulzeitstreckung wurde Ende der 1980er Jahre in nahezu allen Klassenstufen – abhängig vom spezifischen Hochleistungsalter in den jeweiligen Sportarten – ermöglicht.

Streckungen waren gerade im Abiturbereich sehr beliebt, um das Inklusionsproblem aus Spitzensport und Schule zu lösen. Nicht selten legten leistungsstarke Sportler im 15. Schuljahr ihr Abitur ab.⁷⁸ Unterrichtseinheiten wurden in diesem Bereich dann häufig auch fernab des üblichen DDR-Schulunterrichtes in Einzelbeschulung durchgeführt. Eine spätere Olympiasiegerin im Rudersport schilderte ihre Eindrücke zur zeitlichen Flexibilisierung ihres Trainings- und Schulpensums folgendermaßen:

Trainingslagertage steigen an und somit steigen auch die Schulausfallzeiten. Aber das war nie das Problem, weil die Schule immer wusste, wann Trainingslager sind, und wenn man dann halt wieder zurück war, gab es dann spezielle Zeiten,

76 Carmen Borggrefe und Klaus Cachay, »Strukturelle Kopplung als Lösung des Inklusionsproblems schulpflichtiger Nachwuchssportler? Theoretische Reflexionen zur sachlichen Funktionalisierung von Verbundsystemschulen«, in *Sport und Gesellschaft – Sport and Society* 7/1 (2014), S. 45–69; Teubert, Koordination von Spitzensport und Schule (Fn. 8).

77 Interviewtranskript Nr. 2, Z. 39. Schule, Mensa, Trainingsstätten und Internat befanden sich oftmals in geringer räumlicher und zeitlicher Entfernung.

78 Die hochschulqualifizierende Schulausbildung wurde in der DDR üblicherweise nach zwölf Klassen mit dem Abitur abgeschlossen.

in denen man den Stoff nachholen konnte. Im Abiturskurs war es dann einfach so, die Schulzeit wurde dann ›Open End‹ gestreckt, das war ja kein Problem. Und zum Schluss hatte ich Einzelunterricht, da war der Lehrer da, wenn ich da war.⁷⁹

Im Gegensatz zu den nach persönlichen sportlichen Höchstleistungen Strebenden und vom Zugehörigkeitsgefühl zur Elite Geprägten blieben hinterfragende und reflektierende Charaktertypen im Spitzensportfördersystem, weil sie den Verlust ihres Ansehens fürchteten, ihrer Rollenzuschreibung gerecht werden wollten oder sich aufgrund anderer Konfliktsituationen dazu genötigt sahen. Außerdem galten Trainer und Funktionäre als Führungspersonal. Schon bei der Auswahl ihrer Sportart hatten sich die Sportler meist durch die vorbestimmte Ausgestaltung der ESA lenken lassen müssen. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung waren daher keine Ressourcen, die den Sportlern zur Verfügung standen. Wurde ein talentierter Sportler im Sichtungssystem auserkoren, konnte er schnell in ein sich selbsterhaltendes System aus Erwartungshaltung und erzielten Leistungen abdriften, das den Ausstieg aus dem Spitzensportsystem zunehmend erschwerte. Gerade Sportarten mit niedrigem Hochleistungsalter dürften hier eine Reihe von Sportcharakteren entwickelt haben, die über die Hoffnungen von Eltern, Lehrern und Trainern weitestgehend fremdbestimmt funktionierten und sich dabei selbst verleugneten.

6.3 Exklusion (Ausdelegierung) aus dem Spitzensportfördersystem (KJS/SC)

Die meisten Sportler, ob extrinsisch oder intrinsisch motiviert, wurden in verschiedenen Phasen ihrer schulischen bzw. sportlichen Entwicklung als nicht weiter förderwürdig erklärt.⁸⁰ Nicht selten war es der Fall, dass von achten Klassen, die mit bis zu 25 Sportlern in das Schuljahr starteten, am Ende der zwölften Klasse kein einziger ehemaliger Hoffnungsträger mehr vertreten war. Dies wirft die Frage nach den Gründen für den Entzug ihres sportlichen Leistungsauftrages und somit für das Ausscheiden aus dem Spitzensportfördersystem auf. Im Wesentlichen erfolgten Ausdelegierungen wegen mangelnder

⁷⁹ Interviewtranskript Nr. 22, Z. 119–124.

⁸⁰ So wurden im Jahre 1989 bei den 9.153 Schülern an den KJS (2. Förderstufe) und den zusätzlichen 3.376 Sportlern in den SC (3. Förderstufe) 2.563 Ausdelegierungen vorgenommen, SAPMO DY 12/12339, zit. in Teichler und Reinartz, Das Leistungssportsystem der DDR (Fn. 36), S. 167.

Leistungsentwicklung, verletzungsbedingt oder aus persönlichen, disziplinarischen und politischen Gründen.

Die in den Interviews befragten ehemaligen Akteure des Verbundsystems aus Spitzensport und Schule gaben als Ausdelegierungsgrund am häufigsten die fehlende sportliche Leistung des Sportlers an.⁸¹ Das Nichterreichen der jährlich definierten Leistungsziele konnte demnach relativ zügig zum Ausscheiden aus der Sportförderung führen. Ob die mangelnde Leistungsentwicklung dabei wachstums-, verletzungs- oder persönlich bedingt war, spielte eine untergeordnete Rolle.⁸² Ein ehemaliger Gewichtheber aus Berlin beschreibt seinen verletzungsbedingten Ausdelegierungsvorgang folgendermaßen:

Es gab einen [...] Wettkampf und bei diesem [...] habe ich mich verletzt. Ich hab es ja selber gespürt. »Knack« machte es und dann war die Lendenwirbelsäule angeknackst. Als ich dann merkte, dass [es] in der Rehabilitation nicht so richtig funktionierte, dann war ja für mich klar, dass meine Perspektive beendet ist. Das wurde dann natürlich auch dem Club oder der Sektion klar.⁸³

Körperliche Verletzungen waren für die Betroffenen durchaus nachvollziehbare Ausschlussgründe, dementsprechend sahen die meisten Befragten eine so begründete Ausdelegierung als unproblematisch an.⁸⁴ Weitaus schwerer verkraftbar – und teilweise mit traumatischen Erinnerungen verbunden – waren für einige befragte ehemalige Sportler hingegen leistungsbedingte Ausdelegierungen. Ein erst hoffnungsvoller und später ausdelegierter Radsportler beschreibt seinen ungewollten Abschied vom Radsport mit drastischen Worten:

Das war eigentlich ganz fürchterlich. Ich hatte irgendwie in der neunten Klasse im Frühling gemerkt, das läuft wieder [...]. Jedenfalls trainierten wir noch fleißig für die DDR-Meisterschaft. [Dann], das weiß ich noch ganz genau, da hab ich mein Rad verladen, wurden Reifenschoner um die Räder gemacht, schön eine Decke drüber, auf den LKW gestellt und gestreichelt – tschüss bis morgen. Dann run-

81 Unterstützt werden hier die Zeitzeugenaussagen beispielhaft durch eine Analyse zu Beginn des Schuljahres 1976/1977 an der KJS Leipzig, wo von 19 Schülern der Klassen 12 und 13 sechs aufgrund von Verletzungen und 13 als Folge ihrer Nichterfüllung der Zielstellung aus dem Leistungssport ausschieden, UAL DHfK VWA 2961.

82 Sportlerinnen konnten sogar ausdelegiert werden, wenn sie ohne Zustimmung der SC-Leitung und des Verbandes ihre leistungssportliche Entwicklung durch eine Schwangerschaft unterbrachen. Als Ursache für den Entzug des Leistungsauftrages wurde anschließend in den Dokumenten »auf eigenen Wunsch« vermerkt, BArch DR 509/3871.

83 Interviewtranskript Nr. 8/9, Z. 234–239.

84 In den Antrag auf Um- bzw. Ausdelegierung wurde in einem solchen Fall »Entbindung vom Leistungsauftrag in beiderseitigem Einvernehmen« vermerkt, BArch DR 509/2931 846.

ter vom LKW und dann sagt [der Trainer], ›du kommst heute Abend um 19 Uhr mal mit deinen Eltern hoch. Hier zum Club‹. Naja, gut, bin ich hoch, da saßen dann drei Typen und haben gesagt, ›das haste alles nicht geschafft und ja, jetzt ist Schluss‹. Ich fragte dann, ›und mein Fahrrad? Die dann, ›kannst du oben [am Club] lassen, nehmen wir als Ersatzrad‹. Von dort an brauchte ich nicht mehr am Training teilzunehmen und war raus. Von einer Minute zur anderen.⁸⁵

Bei der Entscheidung über die weitere Förderung spielten die schulischen Entwicklungen der Sportler eine weitgehend untergeordnete Rolle. Sportliche Leistungsentwicklung und -perspektive entschieden über die Schuljahre hinweg über Verbleib im oder Ausscheiden aus dem Spitzensportfördersystem. Die meisten Entlassungskader (EK) verließen die KJS spätestens mit Abschluss der zehnten Klasse. Ein fortlaufender Selektionsvorgang war für die Sportler deutlich spürbar, wie ein ehemaliger Schwimmer des SC Dynamo Berlin beschreibt:

Du wurdest eingeschult und dann konntest du zugucken, wie im ersten Jahr gleich fünf, sechs, sieben, acht nach Hause geschickt wurden. Im nächsten Jahr wieder drei nach Hause geschickt usw. Also es wurde jedes Jahr [...] gesiebt.⁸⁶

Nicht immer wurden Sportler, die in ihrer Sportart den Leistungsanforderungen nicht mehr gerecht wurden, endgültig ausdelegiert. Aufgrund ihrer potenziellen Eignung versuchte man sie in andere Sportarten umzudelegieren, um dort die bereits erzielten Trainings- und Ausbildungsfortschritte in rasche Leistungszuwächse zu überführen.⁸⁷ Ein ehemaliger Cheftrainer im Gewichtheben am ASK Vorwärts Frankfurt (Oder) beschreibt die Rekrutierung sportartenfremder Ausdelegierungskandidaten – z. B. Turner – als sehr positiv. Er gibt an, dass sie

in einzelnen Sportarten [Sportler] ausdelegieren wollen, weil die zu schwer geworden sind. Aber mancher war koordinativ sehr gut, war nur zu schwer und er kommt jetzt nicht mehr weiter im Turnen. Dann konnten wir ihn sichten. Ein Turner oder auch [Kandidaten] aus anderen Sportarten, wenn die schon eine Vorausbildung hatten, mit denen kannst du schneller arbeiten und schneller vorankommen, als mit anderen, normalen Sportlern. Der hat es schneller auch aufgenommen das Ganze, die ganzen Abläufe und so weiter.⁸⁸

85 Interviewtranskript Nr. 18, Z. 134–149.

86 Interviewtranskript Nr. 35, Z. 282–285.

87 Bei einer Delegation in eine andere Sportart war vor der Einleitung des Delegierungsverfahrens ein längeres Probetraining (2–4 Monate) vorgesehen, BAarch DR 509/3870.

88 Interviewtranskript Nr. 12, Z. 732–740.

Eine freie Auswahl der Sportarten war den Sportlern dabei nicht möglich. Die Vorgaben der Trainer und Funktionäre, die auf Basis der jeweiligen Leistungsstruktur festgelegt und – den Aussagen einiger Zeitzeugen nach – auch zwischen den verschiedenen SV unterschiedlich gehandhabt wurden, waren dabei entscheidend. Umdelegierungsmaßnahmen innerhalb des DDR-Spitzensportsystems erwiesen sich als durchaus erfolgreich. Zwei der interviewten Zeitzeugen und Olympiasieger waren bereits in anderen Sportarten aktiv, bevor sie in ihre spätere erfolgreiche Spezialsportart wechselten.

Neben den bisher beschriebenen, in den Code von Sieg und Niederlage eingeschriebenen Gründen konnten auch disziplinarische Verfehlungen zur Ausdelegierung führen. Diese wurden jedoch unterschiedlich streng gehandhabt, je nachdem, ob die KJS an staatliche oder zivile SC angebunden waren. Ein ehemaliger Sportler der staatlichen SV Dynamo gibt an, dass disziplinarische Vergehen an zivilen SC weit weniger politisch aufgeladen waren als an den Ablegern des MfS bzw. der NVA. Demnach »ging das beim zivilen Club, also bei DHfK, aber bei uns nicht. [...] Uns wurde sofort, wenn du Westliteratur gelesen hast oder irgendeinen Scheiß gemacht hast mit dem Westen, wurdest du sofort [...] rausgeschmissen.«⁸⁹

Ebenso konnten politisch unerwünschte Entwicklungen bei Sportlern und in deren Umfeld zu einer frühzeitigen Beendigung der spitzensportlichen Förderung führen. Zwar wurden politische Hintergründe und Kontakte der Sportler ins nichtsozialistische Ausland bereits im Vorfeld der Delegation durch das MfS überprüft, dennoch konnten sich danach einstellende und mit der Ideologie des politischen Systems nicht vereinbare Tatbestände zum Entzug des Leistungsauftrages führen. Beispielgebend führte ein ehemaliger Radsportler aus:

Ich kenne einen ganz krassen Fall, der [...] kam von der Küste. Der hat auch nicht mehr so viel gebracht und eigentlich schwebte über ihm auch schon das Schwert. Der wurde auch [fallen]gelassen. Sein Vater war Offizier an der Küste, der hatte Westbesuch empfangen gehabt – unangemeldet! Das war ein Grund für die, den sofort von der KJS zu werfen. Der musste sofort seine Sachen packen und abhauen.⁹⁰

Andererseits erschien es für Sportler, die geringfügig von der Leitvorstellung des politischen Systems abwichen, durchaus möglich, in die Sportförderung aufgenommen zu werden bzw. darin zu verbleiben. Offenbar traf dies jedoch nur auf sehr erfolgreiche bzw. aussichtsreiche Athleten zu, die sich höchst-

⁸⁹ Interviewtranskript Nr. 35, Z. 444–446.

⁹⁰ Interviewtranskript Nr. 18, Z. 304–308.

wahrscheinlich zudem in einer Erklärung von ihren Verwandten im westlichen Ausland distanzieren mussten. Ein ehemaliger Trainer aus dem Gewichtheben stellte dar, dass

[es] eben auch solche [Sportler gab], die nicht delegiert werden konnten aus gesellschaftlichen Dingen wie zum Beispiel Westverwandtschaft. [...] Es gab auch Ausnahmefälle [...], der hat auch Verwandte da drüben gehabt und dann wurden eben Ausnahmefälle geschaffen und die wurden auch akzeptiert. [...] Da gab es auch Möglichkeiten, also Systemgefährdenden die Möglichkeit einzuräumen, hier an die Schule zu gehen.⁹¹

Im Gegensatz zu einem unfreiwilligen Ende der sportlichen Karriere wurde von einigen Zeitzeugen auch das unfreiwillige Weiterführen des sportlichen Alltags beschrieben. Erfolgreiche Sportler, die jedoch nicht mehr willens waren, die Belastungen des kräftezehrenden Trainings auf sich zu nehmen, konnten nicht ohne Weiteres ihre Karriere beenden. Sie erwarteten Repressalien und eine Aufrechnung der bisher investierten Mittel und Privilegien seitens der Sportfunktionäre. Dieser Druck führte oftmals zu einer erzwungenen Weiterführung der sportlichen Karriere. Eine ehemalige Ruderin führte hierzu an:

Im Leistungssportsystem der DDR durfte, glaube ich, niemand von alleine aufhören. Er »wurde aufgehört«. Das gab es nicht, dass einer gesagt hat, »ich will das nicht mehr«. Das sind nur sehr ausgewählte Personen gewesen und mir war das zu stressig. Ich fand meinen Trainer nicht in Ordnung, ich hatte keinen Bock auf Training, das war mir alles zu viel. Das war mir zu viel Umfang. Sicherlich hat man da auch Fehler gemacht in der trainingsmethodischen Geschichte. [...] Wer übrig blieb, blieb übrig. Es waren ja genug da. Das [...] Aufhören an sich gab es ganz selten. Schon gar nicht bis zur zehnten Klasse oder bis zum Abitur. Da wurde nach irgendwelchen Tests entschieden, »reicht nicht«. Raus und Ende.⁹²

Aussagen anderer Zeitzeugen zufolge stand den Sportlern, die nicht unbedingt die nationale Spitze des DDR-Sports bildeten, nach dem Abitur der Weg aus dem Sport relativ offen. Jedoch ist zu bemerken, dass alle Befragten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der nationalen Spitze vertreten waren und demnach nicht als potenzielle Kandidaten für olympische Medaillen angesehen wurden.⁹³

91 Interviewtranskript Nr. 5, Z. 263–272.

92 Interviewtranskript Nr. 20, Z. 312–327.

93 Ausnahmen dürften sich zur Zeit des Umbruchs 1989/90 ergeben haben. So wurde bspw. zum Ende des Jahres 1989 ein Radsportler und ehemaliger Olympiasieger auf eigenen Wunsch vom Leistungsauftrag entbunden, um zum Profisport wechseln zu können, BArch DR 509/2830 4.

Die Ausdelegierung – ob nun aus leistungsbezogenen, persönlichen oder politischen Gründen – hatte für einige der befragten Zeitzeugen teilweise harte Konsequenzen. Eine ehemalige Turnerin berichtet:

Meine schulischen Leistungen waren auch sehr gut. Aber als ich dann auf meine alte Schule wieder zurückkam, brach das richtig zusammen. Also da kam ich in der Schule nicht mehr mit. Also da hatte ich dann das schlechteste Zeugnis aller Zeiten von 2,3 ungefähr. Da waren die großen Jungs, da waren wir auf einmal 34 Leute in der Klasse. Das kannte ich alles gar nicht. Wir waren ja eine Elite-Truppe. Und auf einmal kam ich da wieder rein und ich kam überhaupt nicht klar. Da haben die mich gemobbt, geärgert. Ich nehme jetzt mal an, weil ich ja nicht blöd war und trotzdem dann schlechte Noten irgendwie hatte, dass wir verkürzten Stoff gehabt hatten. Aber das kann ich weder beweisen noch irgendwas. Das ist nur eine Vermutung. Und das war so lange, wie ich praktisch in dem System der Sportschule steckte, ja darauf abgestimmt. Dann hätte ich ja garantiert in der siebenten Klasse daran angeknüpft. Dadurch, dass ich aber rauskam, bin ich voll auf die Nase geflogen. Das war eigentlich schicksalhaft für mein Leben, weil man in der achten Klasse ja damals auf die EOS kam. Zu der siebenten Klasse bin ich aus der Sportschule raus und hatte mein schlechtestes Zeugnis und damit konnte ich kein Abitur machen, weil ich nun gerade eben da zurückkam. Und da hat nun wirklich niemand mehr nach mir geguckt. Das war denen scheißegal, den alten Lehrern sowieso. Die habe ich ja nicht mehr gesehen. Aber da gab es auch keine Nachbetreuung oder irgendwie irgendetwas. Es gab kein Abtrainieren, keine schulische Betreuung, gar nichts.⁹⁴

Es wird deutlich, dass bei mangelnder weiterer Qualifikation für die Spitzensportförderung die ehemals prospektiven Talente gravierende Nachteile erfahren. Teilweise wurden sie fallen gelassen, ohne dass sie die Möglichkeit zum systematischen Abtrainieren bekamen oder ihnen zumindest dessen Notwendigkeit erklärt wurde. Darüber hinaus traten deutliche Probleme beim Übergang vom spezialisierten KJS-Schulalltag in das normale Schulsystem auf – mit negativen Konsequenzen für ihre zukünftigen beruflichen Karrieren.

7. Diskussion

Abgeleitet aus den oben dargestellten Ergebnissen zur Inklusion (Delegierung) in, zum Verbleib im und zur Exklusion (Ausdelegierung) aus dem Spitzensportfördersystem der ehemaligen DDR lässt sich feststellen, dass es verschiedene Gründe, Motivatoren und Anreize für seine ehemaligen Protagonisten –

⁹⁴ Interviewtranskript Nr. 10, Z. 142–163.

bestehend aus Sportlern, Lehrern, Trainern und sonstigem Funktionspersonal – gab. Um diese Gründe zu verstehen, erscheint es unerlässlich zu berücksichtigen, dass die hier beschriebenen weitreichenden und engverwobenen Kopplungsstrukturen aus Spitzensport und Bildungswesen notwendig waren und geschaffen wurden, um dem politischen Primat, spitzensportliche Höchstleistungen bei internationalen sportlichen Wettkämpfen zu erzielen, zu folgen. Neben den eigens dafür zur Verfügung gestellten Strukturen bedurfte es eines ausreichenden Reservoirs an jungen sportlichen Talenten.

Diese wurden nicht zufällig gefunden, sondern durch ein flächendeckendes Sichtungssystem rekrutiert. Für die 1. Förderstufe (TZ) wurden im Rahmen der ESA aus den ca. 190.000 Kindern eines Jahrgangs 26.000 Kinder für ein Sichtungstraining ausgewählt.⁹⁵ Jährlich erreichten ungefähr 2.300 bis 2.500 Kinder und Jugendliche die Leistungsnormen und bestanden somit die Aufnahmeprüfungen für die 2. Förderstufe.⁹⁶ Bei entsprechenden spitzensportlichen Höchstleistungen qualifizierten sich die Sportler für die 3. Förderstufe. Auf dieser Stufe fand das Hochleistungstraining für die Kader der Nationalmannschaften statt.⁹⁷ Im Jahr 1989 befanden sich im Kopplungssystem aus Spitzensport und Schule 79.560 Kinder und Jugendliche, was die herausgehobene Bedeutung des Spitzensports für die DDR-Gesellschaft unterstreicht.⁹⁸

Im Hinblick auf die Gründe der Kinder und Jugendlichen, eine Spezialschulausbildung anzustreben, sie weiterzuverfolgen oder später auch aufzugeben, ergibt sich aus dem Interviewmaterial ein differenziertes Bild: Für die einen war es eine Auszeichnung, von der allgemeinbildenden POS an eine Spezialschule des Sports delegiert zu werden, weil sie sich dadurch einer Elite zugehörig fühlen durften. Allerdings dürfte besonders im jungen Alter die Fremdmotivation für eine Delegierung an die KJS nicht unerheblich gewesen sein. Der Einfluss der Eltern hat in diesem Prozess eine tragende Rolle gespielt, da diese die gesellschaftspolitische Bedeutung des Spitzensports für die DDR besser einschätzen konnten. Sie hofften, dass ihr Kind später einmal bei den Olympischen Spielen um Medaillen kämpft und an der Spezialschule das

95 So waren im Jahr 1989 67.034 Kinder und Jugendliche in den 1.692 landesweiten Trainingszentren und Trainingsstützpunkten aktiv, um sich für eine Delegierung an die 2. Förderstufe (KJS und SC) zu qualifizieren, SAPMO DY 12/12339, zit. in Teichler und Reinartz, *Das Leistungssportsystem* (Fn. 36), S. 167.

96 An den landesweiten 25 KJS absolvierten im Jahr 1989 9.153 Kinder und Jugendliche ihre schulische Ausbildung neben ihrem spitzensportlichen Training in den SC, vgl. ebd.

97 Im Jahr 1989 befanden sich 3.376 Sportler im Hochleistungstraining an den SC, vgl. ebd.

98 Vgl. ebd.

Abitur ablegen kann oder waren neugierig, als Reisekader einmal hinter den ›Eisernen Vorhang‹ zu blicken. So wurden Kinder sprichwörtlich unfreiwillig ins kalte Wasser des Spitzensportfördersystems geworfen, ob ihres sportlichen Talents oder den mit der Spezialschulausbildung wahrgenommenen Chancen und Privilegien.⁹⁹

Die Gründe für einen Verbleib im Spitzensportfördersystem können als vielschichtig bezeichnet werden. Für die besonders leistungsfähigen und erfolgreichen Sportler lieferten die Möglichkeiten des Systems zur Ausschöpfung ihres spitzensportlichen Potenzials durch Training, Trainingslager und Wettkämpfe genügend Gründe für den Verbleib. Das Gefühl, eine Siegermentalität zu entwickeln, um sich mit anderen Topsportlern – insbesondere auf internationalem Niveau – zu messen und so zur Elite des Landes zu gehören, wirkte stark. Dem politischen Willen folgend, genau diese Spitzensportler zu produzieren, wurden Kopplungsstrukturen zwischen dem Sportsystem und dem Bildungssystem geschaffen, die es den Kindern und Jugendlichen ermöglichten, sich auf Höchstleistungen zu konzentrieren und gleichzeitig eine schulische Ausbildung zu absolvieren. So konnte eine räumliche Nähe der Vollzugsorte (z. B. Sportanlagen, Schule, Internat und Essensversorgung) festgestellt werden, die den jungen Sportlern eine ganztägige allseitige Betreuung ermöglichte. Weitere Maßnahmen, wie die Gesamtschulzeitstreckung sowie die Koordination von spitzensportlichen (Wettkämpfe, Trainingslager) und schulischen Belastungshöhepunkten (Prüfungen) flexibilisierten die als Hyperinklusion zu charakterisierenden Tagesabläufe der jungen Sportler. Die Planung und Umsetzung dieser Maßnahmen stützte sich auf hochkommunikative und durchkoordinierte institutionalisierte Strukturen und Prozesse zwischen den Kopplungspartnern (Sport und Bildungssystem). Die strukturellen Bedingungen der Kopplung von Spitzensport und Schule schätzten die interviewten ehemaligen Akteure weitestgehend positiv ein. Insbesondere die Maßnahmen der Gesamtschulzeitstreckung, die Bildung von reinen Sportartenklassen, die Kürzung oder Streichung von Lehrplaninhalten und die Koordination von sportlichen Belastungshöhepunkten mit dem Schulablauf bis hin zum oben zitierten Einzelunterricht lassen eine deutliche Unterordnung der schulischen unter die sportlichen Ziele erkennen. Die Frage, inwieweit die jungen Sportler an den KJS gleichermaßen von diesen Maßnahmen profitierten, lässt sich aus den unterschiedlichen Darstellungen der interviewten Zeitzeugen nicht abschließend beurteilen. Es kann jedoch vermutet werden, dass es vor allem die sportliche Leistungselite war, die

99 Dazu kann beispielhaft die Aussage einer ehemaligen Turmspringerin herangezogen werden, die sich während des SAW-Akademie-Kolloquiums am 24. 10. 2014 in Leipzig wie folgt äußerte: »Ich hatte das Pech, talentiert zu sein.«

daraus Vorteile zog. Die Tatsache, dass sich im Jahre 1989 in der 2. Förderstufe 9.153 Schüler befanden, von denen sehr viele¹⁰⁰ diese aus unterschiedlichen Gründen verlassen mussten, dürfte diese Vermutung unterstützen, die auch in den Darstellungen einzelner interviewter Zeitzeugen geäußert wurde.

Im Gegensatz zu den erfolgreichen und sich oftmals lediglich der Identifikation mit der sportlichen Aufgabenstellung hingebenden Akteuren waren es reflektierende Charaktertypen, die eher misstrauisch fortfuhren – aus Versagensängsten, wegen der externen Erwartungshaltung von Trainern und dem privaten Umfeld oder der mit einer Spezialschulausbildung verbundenen Chancen und Privilegien.

Ein ebenso breites Spektrum lässt sich bei den Gründen für eine Exklusion (Ausdelegierung) aus dem DDR-Spitzensportfördersystem feststellen. Heraus kristallisiert haben sich leistungs- und verletzungsbedingte, persönliche, disziplinarische und politische Gründe. Mangelnde Leistungsprogression und die verletzungsbedingte Unmöglichkeit waren die hauptsächlichen und der Logik des Sportsystems folgenden Gründe für ein Ausscheiden aus dem Spitzensportsystem. Verletzungsbedingte Ausdelegierungen waren für die befragten Zeitzeugen nachvollziehbar, während leistungsbedingte Abbrüche als schmerzvoll wahrgenommen wurden – bedeuteten sie doch das Ende vieler Hoffnungen und den Verlust großer Investitionen in die eigene spitzensportliche Laufbahn. Unabhängig davon, dass im Spitzensportsystem der DDR der Fokus auf der sportlichen Leistungsentwicklung und nicht auf der schulischen Ausbildung lag, konnten trotz der strukturellen Kopplung mit dem Bildungssystem unterlassene bzw. versagte Investitionen in die schulische Qualifikation nicht adäquat ersetzt werden.

Dass die sportliche Förderung der Schüler dem politischen System untergeordnet war, haben diese oft erst später realisiert. Die Beziehungen zu den Lehrern und Trainern waren nach Darstellungen einiger Zeitzeugen gar »unpolitisch«, da die sportliche Weiterentwicklung der Athleten im Vordergrund stand. Doch mit dem sportlichen Leistungsauftrag, zu dem auch die Außendarstellung der DDR im Rahmen internationaler Wettkämpfe gehörte, wurde die politische Dimension offensichtlich. Um eine weitere Förderung im Spitzensportsystem – verbunden mit den sich bietenden Privilegien und Chancen – aufrechtzuerhalten, bedurfte es seitens der Sportler entsprechender Kommunikations- und Darstellungsformen, die stark auf die Ideologie des politischen Systems ausgerichtet waren.

Disziplinarische und vor allem politische Abweichungen führten in den meisten Fällen zur Beendigung der Förderung im DDR-Spitzensportsystem.

100 Vgl. Fn. 80, 95 und 96.

Verbindungen der Sportler zu deren Verwandten im nichtsozialistischen Ausland wurden bereits im Vorfeld der Delegation akribisch durch die staatlichen Organe geprüft und danach beständig fortgesetzt. Unerwünschte Entwicklungen, wie Briefkontakt oder Kontaktaufnahmen zu ausländischen Sportlern während eines Wettkampfes, können beispielhaft aufgeführt werden. Zwar schilderten die befragten Zeitzeugen unterschiedliche Handlungsmuster an den staatlichen und zivilen SC, dennoch wird hier der Eingriff des politischen Systems in die Funktionsweise des Spitzensport- bzw. des Bildungssystems deutlich. Nicht die eigenen Codes der Systeme (Sieg und Niederlage bzw. qualifiziert und nicht qualifiziert), sondern die Macht des politischen Systems erwies sich nicht selten als *die* entscheidende Determinante über den Verbleib der Sportler bzw. Schüler.

8. Fazit

Mithilfe des zweigliedrigen qualitativen Forschungsansatzes – Dokumentenanalyse und Interviews – konnten die komplexen Strukturen des Spitzensportfördersystems der ehemaligen DDR offengelegt werden. Diese Strukturen ermöglichten es, den politischen Willen umzusetzen und Spitzenathleten hervorzubringen, die den »realexistierenden sozialistischen Staat« im Rahmen von internationalen sportlichen Exzellenzwettbewerben nach außen hin repräsentierten. Zudem schafften sie die Voraussetzungen, junge Talente in ihrer spitzensportlichen Begabung zu fördern, ohne dass diese auf eine schulische Qualifikation verzichten mussten.

Der Beitrag beantwortet zudem eine ausgewählte Frage: Wie erlebten die Sportler individuell die spitzensportliche Begabungsförderung der ehemaligen DDR – von der Inklusion (Delegation), über den Verbleib bis hin zur Exklusion (Ausdelegation)? Die Beweggründe für eine Förderung junger Talente innerhalb des Kopplungssystems aus Spitzensport und Schule und auch die damit verbundenen Erinnerungen hinsichtlich individuell erlebter Möglichkeiten und Grenzen waren sehr unterschiedlich. Die Darstellungen reichten von wohlwollenden Bewertungen und Dankbarkeit bis hin zu völliger Ablehnung infolge schmerzhafter Erfahrungen. So erwiesen sich die politische und sportliche Bevormundung sowie die teilweise willkürlich empfundene Ausdelegierungspraxis des DDR-Spitzensportfördersystems als problematisch.

Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass der Spitzensport als Subsystem der DDR-Gesellschaft seitens der politischen Führung mit Handlungsspielräumen ausgestattet wurde, die allerdings – im Sinne der selbstreferenziellen Logik des Systems – beständige Leistungsentwicklungen voraussetzten. Dennoch waren

Eingriffe des politischen Systems spürbar, die den Handlungslogiken der Subsysteme Spitzensport und Bildungswesen zuwiderliefen. Die Kopplungspartner unterlagen einer starren, hierarchischen Steuerung durch das politische System. Erst diese ermöglichte die flächendeckende Talentsichtung und -förderung und die enge Vernetzung der verantwortlichen Institutionen.

Eine Übertragung der Strukturen und Merkmale des DDR-Spitzensportfördersystems auf die heutige Zeit erweist sich aus unterschiedlichen gesamtgesellschaftlichen Gründen weder als realisierbar noch als wünschenswert. Zum einen nimmt das politische System nicht derart zentralistisch und ideologisch Einfluss auf die Subsysteme Spitzensport und Bildungswesen, zum anderen ist in der pluralistischen Gesellschaft das Akzeptanzniveau des Spitzensports wesentlich geringer. Dennoch erscheint es in begrenztem Umfang möglich und vielleicht auch notwendig, als positiv bewertete und nach wie vor akzeptierte Strukturen und Prozesse in die bundesrepublikanische Spitzensportförderung zu übernehmen. Diese Notwendigkeit begründet sich auch in der von Experten geäußerten Einschätzung, dass bundesdeutsche Nachwuchstalente im internationalen Vergleich zu wenig trainieren, um international konkurrenzfähig zu sein.¹⁰¹

Eine Tendenz zur Übernahme bewährter und gesellschaftlich akzeptabler Praktiken aus dem Spitzensportfördersystem der ehemaligen DDR lässt sich sogar feststellen:¹⁰² beispielsweise in den 41 »Eliteschulen des Sports des Deutschen Olympischen Sportbundes«. Diese im gesamten Gebiet der Bundesrepublik geschaffenen Fördereinrichtungen sollen

im kooperativen Verbund von Leistungssport, Schule und Wohnen Bedingungen gewährleisten[n], damit talentierte Nachwuchsathleten sich auf künftige Spitzenleistungen im Sport bei Wahrung ihrer schulischen Bildungschancen vorbereiten können.¹⁰³

Arrangements, wie Vormittagstraining, Koordination von sportlichen und schulischen Belastungshöhepunkten (Flexibilisierungen bei Prüfungs- und Klausurterminen) und Gesamtschulzeitstreckung, sind hier gängige Praxis. Gleiches gilt für die »Eliteschulen des Fußballs des Deutschen Fußball Bundes« bzw. die Nachwuchsleistungszentren professioneller Fußballclubs.

101 Teubert, Koordination von Spitzensport und Schule (Fn. 8).

102 Wiese, Kadenschmieden (Fn. 13).

103 Bundeskonferenz der Eliteschulen des Sports 2002, <http://www.dosb.de/de/eliteschule-des-sports/hintergrund/> (22. 4. 2014).

Dan Diner

Vom Rande her erzählt

Elemente einer Gedächtnisgeschichte des Zweiten Weltkrieges¹

L'étrange défait. So lautet der Titel des ebenso nüchternen wie ernüchternden Berichts des großen Historikers Marc Bloch über die im Frühsommer 1940 gegen Deutschland erlittene Niederlage Frankreichs.² Étrange, seltsam war die Niederlage in der Tat gewesen. Schließlich galt Frankreich seinerzeit als die imposanteste Kontinentalmacht Europas. Und diese Militärmacht war zur Verwunderung der Zeitgenossen in nur wenigen Wochen dem Vormarsch der Wehrmacht erlegen.³ Wie konnte dies geschehen?

Marc Bloch, Mediävist und gefeierter Mitbegründer der legendären Historikerschule der *Annales* verfasste seinen 1946 postum publizierten Bericht unmittelbar nach Abschluss des für Frankreich unrühmlich ausgegangenen Waffenganges.⁴ Geschrieben ist dieser Bericht aus der Perspektive eines in den Mahlstrom der Ereignisse gerissenen, gleichwohl mit profunden Kenntnissen über Kriegskunst und Militärwesen aufwartenden Zeitgenossen. Er handelt vom Zusammenstoß zweier ungleicher militärischer Konzeptionen und die ihnen vorausgehenden politischen Mentalitäten: das auf französischer Seite obwaltende Kalkül, die Wucht eines von Osten her anbrandenden Angriffs durch schier unüberwindliche Befestigungsanlagen zu brechen, das Gefechtsfeld in

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um die vom Autor gehaltene Rede anlässlich der Verleihung des Leipziger Wissenschaftspreises 2013. Darin wird erzählend das Profil des von ihm an der Hebräischen Universität zu Jerusalem bearbeiteten ERC-Projektes »Judging Histories. Experience, Representation, and Judgement of World War Two in an Age of Globalization« vorgestellt.

2 Marc Bloch, *Die Seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge*, Frankfurt a. M. 1995.

3 Jacques Engeli, *Frankreich 1940. Wege in die Niederlage*, Baden, Schweiz 2006; Ernest R. May, *Strange Victory. Hitler's Conquest of France*, London 2000; Henry Rousso, *Vichy: Frankreich unter deutscher Besatzung. 1940–1944*, München 2009, S. 13–22.

4 Der Titel sollte ursprünglich *Témoignage 40* lauten, doch als das Manuskript publiziert werden konnte, war dieser Titel bereits vergeben, und zwar durch ein Buch von Albert Lebrun, dem letzten Präsidenten der Dritten Republik, vgl. Ulrich Raulff, *Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch*, Frankfurt a. M. 1995, S. 37.

defensiver Absicht zu entschleunigen.⁵ Die deutsche Seite hingegen setzte auf Offensive und machte sich die Vorzüge motorisierter Bewegung zunutze. Die Franzosen – so Bloch in seinem Bericht resigniert – führten einen Krieg von damals, die Deutschen einen Krieg von heute.⁶

Im Großen Krieg, dem später so genannten Ersten Weltkrieg, war Marc Bloch Nachrichtenoffizier gewesen – ein *officier de renseignement*.⁷ Dabei machte er die eigentümliche Beobachtung, wie der eine Konstanz des Statischen, des Stationären generierende Stellungskrieg den Blick für militärisch dynamisierte Topografien schärfte. Die nachrichtendienstliche Entschlüsselung von durch Kriegseinwirkung entstellten, zerfurchten, zerpflügten Räumen und Landschaften befähigte ihn später dazu, Bodenkulturen historisch lesbar zu machen. Die Kriegserfahrung ging in das Handwerk des Historikers ein. Marc Bloch sprach vom »Laboratorium des Krieges«.⁸ Diesem Labor war die Schule der *Annales* und ihr Verständnis von Historie als Beobachtungswissenschaft hervorgegangen – eine *science d'observation*.⁹

In der Zwischenkriegszeit wurde Bloch als Reservist im Metier eines Generalstabsoffiziers der Logistik unterwiesen. Dabei machte er sich mit den Erfordernissen der Kraftstoffversorgung vertraut – dem Elixier der motorisierten Bewegung. Angesichts des überraschend schnellen deutschen Vormarsches im Frühsommer 1940 sah sich das französische Militär gehalten, die eigenen Benzindepots in Brand zu setzen, um sie dem Zugriff des Feindes zu entziehen.¹⁰ Nachts hüllte ihr Feuerschein den Rückzug der sich auflösenden französischen Verbände in düsteres Licht. Angesichts solch schmerzlichen Geschehens fiel das Urteil des militärisch gebildeten Historikers garstig aus: Frankreich, so Bloch, habe verlernt »den Krieg zu denken.«¹¹

5 Charles de Gaulle, *Der Ruf. 1940–1942* (Memoiren, Bd. 1), Berlin/Frankfurt a. M. 1955. Zur defensiven Strategie der Befestigungsanlagen, Klaus-Jürgen Bremm, »Die Maginot-Linie 1930–1940«, in *Militär & Geschichte* 46 (2009), S. 20–25; Jean Doise und Maurice Vaïsse, *Politique étrangère de la France. Diplomatie et outil militaire 1871–1991*, Paris 1992.

6 Bloch, *Seltame Niederlage* (Fn. 2), S. 82; Raulff, Marc Bloch (Fn. 4), S. 46.

7 Raulff, Marc Bloch (Fn. 4), S. 75; Carole Fink, *Marc Bloch. A Life in History*, New York u. a. 1989, S. 73.

8 Marc Bloch, »Réflexions d'un historien sur les fausses nouvelles de la guerre«, in ders., *Mélanges historiques I*, Paris 1963, S. 41–57, hier S. 55; Raulff, Marc Bloch (Fn. 4), S. 81.

9 Raulff, Marc Bloch (Fn. 4), S. 179.

10 Bloch, *Seltame Niederlage* (Fn. 2), S. 57.

11 Ebd., S. 81; Raulff, Marc Bloch (Fn. 4), S. 43.

Marc Bloch gehört der »Generation Dreyfus« an.¹² Wie der fälschlicherweise des Verrats an Frankreich beschuldigte Artillerie-Hauptmann Alfred Dreyfus entstammte Bloch einer französisch-jüdischen Familie aus dem Elsass. Und wie viele andere patriotisch gesinnte elsässische Juden optierten nach der Eingliederung Elsass-Lothringens in das Deutsche Kaiserreich, auch die Familien Dreyfus und Bloch 1872 für Frankreich – und dies nicht zuletzt aus Dankbarkeit für die ihnen einst revolutionär verliehenen Bürgerrechte.¹³

Seit den Revolutionskriegen zeichneten sich Angehörige der Familie Bloch in den Tugenden des Militärischen aus.¹⁴ In dieser Tradition stand auch Marc Bloch. Als im November 1942 die Ausweitung der deutschen Herrschaft auf den bislang unbesetzt gebliebenen südlichen, zuvor der Vichy-Regierung überlassenen Teil des Landes erfolgte, schloss er sich in patriotischer Pflichterfüllung der *résistance* an. Im März 1944 wurde er von der Gestapo festgesetzt, gefoltert und im Juni mit 27 Mithäftlingen auf einer Weide bei Saint-Didier de Formans in der Umgebung von Lyon erschossen.¹⁵ Marc Bloch starb einen französischen Tod. Der jüdische Tod kollektiver Vernichtung war ihm erspart geblieben.

Mit der seltsamen Niederlage Frankreichs im Frühsommer 1940 war ein europäischer Revanchekrieg zu Ende gegangen. So suchte die Choreografie der Unterzeichnung des Waffenstillstands vom 22. Juni die Szenerie des 11. November 1918 zu wiederholen – freilich in revozierender Absicht. Hierfür wurde der ehemals von Marschall Foch genutzte und als Waggon von Compiègne ikonisch aufgeladene Salonwagen aus dem Museum geholt, um unter freiem Himmel auf der legendären Waffenstillstands-Lichtung als Kulisse inszenierter Schmach zu dienen.¹⁶

Die Symbolik der Wiederholung steht für den eher verstellt gebliebenen Umstand, dass Frankreich 1940 aus einem Krieg ausgeschieden war, der sich erst vom Jahre 1941 an als ein zweiter Weltkrieg offenbarte. Und kaum war in Europa 1945 der Friede eingekehrt, verstrickte sich das Land in einen Kriegsreigen, der erst 1962 – mit dem Ende des Algerienkrieges – an sein Ende kam. Es waren Kriege zur Wahrung des französischen Kolonialreiches, geführt in

12 Bloch, *Seltsame Niederlage* (Fn. 2), S. 11; ders., *Apologie der Geschichte oder der Beruf des Historikers*, München 1985, S. 142.

13 Raulff, Marc Bloch (Fn. 4), S. 218 f.

14 Fink, Marc Bloch (Fn. 7), S. 1.

15 Bloch, *Seltsame Niederlage* (Fn. 2), S. 31.

16 Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa. Die Deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1966, S. 37–42; William L. Shirer, *Berliner Tagebuch*, Leipzig/Weimar 1991, S. 395–400.

Indochina, Madagaskar und Nordafrika.¹⁷ Seltsam war nicht nur die französische Niederlage vom Sommer 1940 gewesen; seltsam wie denkwürdig zugleich muten auch die von der französischen Verschränkung von Kontinental- und Kolonialgeschichte ausgehenden raum-zeitlichen Verschiebungen an. Diese könnten für die große Frage der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg von erhellender Bedeutung sein. Und dies vor allem dann, wenn dessen universell zu kommunizierende Geschichte nicht nur angemessen zu erzählen, sondern auch mit einem abgewogenen historischen Urteil zu versehen ist. Die hierfür erforderliche Erweiterung des kontinentalen, des europäisch geeichten Blicks um die koloniale Perspektive zöge die Verfügung zweier auseinanderstrebender Ereignisvektoren nach sich: einen horizontalen, in west-östlicher/ost-westlicher Richtung weisenden Vektor und einen Vektor einer vertikalen, nord-südlich/südlich-nördlich verlaufenden Ereignisfolge.

Die seltsame Niederlage Frankreichs vom Frühsommer 1940 im Herzen des Kontinents zeigt an der kolonialen Peripherie nicht weniger seltsame Folgen. Sie rühren vornehmlich daher, dass dem Regime Pétains, das sich zuerst in Bordeaux, dann in Vichy niedergelassen hatte, im deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni die Verfügungsgewalt über erhebliche Teile der französischen Flotte gewährt und die Kontrolle über das Kolonialreich überlassen wurde.¹⁸ Der greise *maréchal*, vormaliger »Held von Verdun« und nunmehr *Chef de l'État* eines zweifelhaften Gemeinwesens, betrieb seine

17 James Waite, *The End of the First Indochina War. A Global History*, New York 2012; Jacques Dalloz, *La guerre d'Indochine. 1945–1954*, Paris 1987, Mark N. Katz, »The Origins of the Vietnam War 1945–1948«, in *The Review of Politics* 42/2 (1980), S. 131–151; Douglas Little, »Cold War and Colonialism in Africa. The United States, France, and the Madagascar Revolt of 1947«, in *The Pacific Historical Review* 59/4 (1990), S. 527–552; Jacques Tronchon, *L'insurrection malgache de 1947. Essai d'interprétation historique*, Paris 1986; vgl. zu Nordafrika: Martin Thomas, *The French North African Crisis. Colonial Breakdown and Anglo-French Relations, 1945–1962*, London/New York 2000; Hartmut Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962. Entkolonialisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole. Zum Zusammenbruch der Kolonialreiche*, München 1973.

18 In dem Waffenstillstandsvertrag heißt es, dass »die französische Regierung [...] Frankreich sowie in den französischen Besitzungen, Kolonien [...] die Einstellung des Kampfes gegen das Deutsche Reich [veranlasst]«, und im Bezug auf die Demobilisierung der Flotte, dass »jener Teil [ausgenommen]« sei, »der für die Wahrung der französischen Interessen in ihrem Kolonialreich der französischen Regierung freigegeben wird«. Vgl. »Deutsch-französischer Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni 1940«, in *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 10 (1940), S. 852–860. Die in Wiesbaden stationierte deutsch-französische Waffenstillstandskommission (Artikel 22 des Waffenstillstandsvertrages) tagte von 1940–1944. Mittels dieses Instruments hatte das Deutsche Reich einen indirekten ökonomischen Zugriff auf die französischen Kolonien.

willfährige Politik der Kollaboration nicht zuletzt aus der Überzeugung heraus, Frankreich von seinen überseeischen Besitzungen her wieder aufrichten zu können. In historischer Analogie zur 1870 erfolgten Niederlage im Französisch-Preußischen Krieg sollte nun erst recht am Kolonialreich festgehalten werden.¹⁹ Eugène Etienne, französischer Staatsmann und Vorkämpfer des Kolonialreiches, fasste diese Verknüpfung in einer Wahlrede in Oran im Jahre 1885 wie folgt in Worte: »Pour être respecté en Europe, nous devons nous faire respecter au loin«. Von einem solchen Nexus waren später sowohl die Anhänger Vichys als auch die Freien Franzosen unter de Gaulle überzeugt.²⁰ Das zwischen ihnen aufgebrochene Schisma ging über in einen innerfranzösischen Krieg im Kriege, der vornehmlich in den Kolonien ausgetragen wurde.²¹

Für den vormaligen britischen Verbündeten Frankreichs hatte die *étrange défait* gravierende Folgen. Schon 1919 war deutlich geworden, dass Großbritannien im Gefolge des Großen Krieges seine imperialen Kapazitäten überdehnt hatte und auf Dauer nicht in der Lage sein würde, den Anforderungen eines Engagements auf dem europäischen Kontinent wie auch in Ostasien gleichermaßen Folge leisten zu können.²² Vor allem nach dem japanischen Zugriff auf die Mandschurei im September 1931 galt es in Europa mehr denn je, auf die für unüberwindlich erachtete französische Kontinentalmacht zu vertrauen. Im Fernen Osten sollte mit einer weiter auszubauenden Festung Singapur einem möglichen Vordringen der Japaner in den indo-pazifischen Raum so lange Paroli geboten werden können, bis die Royal Navy – aus den britischen Heimatgewässern und dem Mittelmeer in Marsch gesetzt – dort anlangen werde. Der unerwartet eingetretene Ausfall Frankreichs im Frühsommer 1940 machte diese strategischen Überlegungen zu Makulatur. Die britische Flotte konnte aus dem Bereich der nunmehr selbst bedrohten Heimatinseln nicht mehr beliebig abgezogen werden. Und Französisch-Indochina, das bislang einem denkbaren Vordringen der Japaner nach Südostasien eine Barriere war, verkehrte sich nach der seltsamen Niederlage und im Zeichen des Regimes von Vichy in ein Einfallstor.²³ Von September

19 Heinz Gollwitzer, *Geschichte des weltpolitischen Denkens*. Bd. 2. *Zeitalter des Imperialismus und die Weltkriege*, Göttingen 1982, S. 199.

20 Eric T. Jennings, *Vichy in the Tropics: Petain's National Revolution in Madagascar, Guadeloupe, and Indochina, 1940–1944*, Stanford 2001, S. 9–14.

21 Ruth Ginio, »Vichy Rule in French West Africa. Prelude to Decolonization?«, in *French Colonial History* 4 (2003), S. 205–226.

22 Stephen Roskill, *Naval Policy Between the Wars. II: The Period of Reluctant Rearmament, 1930–1939*, London 1976, S. 284–321, bes. S. 306.

23 John E. Dreifort, »Japan's Advance into Indochina, 1940. The French Response«, in *Journal for Southeast Asian Studies* 13/2 (1982), S. 279–295, hier S. 279.

an stand die Kolonie unter einer Art französisch-japanischen Doppelherrschaft. Und von dort holte die japanische Süd-Armee im Dezember 1941 aus gegen die angrenzenden britischen und niederländischen Besitzungen. Das Kalkül, diesen Vormarsch durch eine Ausschaltung der amerikanischen Pazifikflotte in Pearl Harbor zu decken, sollte sich für Japan freilich als fatal erweisen.²⁴

Genau besehen hatte die *étrange défait* in Europa den Japanern den Weg nach Indien gebahnt, als sie über Land kommend schließlich im Februar 1942 die für uneinnehmbar gehaltene, den Isthmus zwischen Pazifik und Indischen Ozean beherrschende britische Feste Singapur einnahmen – der Pivot des Empires im Osten.²⁵

Die Folgen des Falls von Singapur waren für das Empire dramatisch, zumal das über Burma erfolgende Vordringen der Japaner die nach Unabhängigkeit dürstende, zumindest einen Dominien-Status für ihr Land erstrebende indische Kongressbewegung politisch aktivierte. Zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen dieser und der Britisch-Indischen Regierung war es im September 1939 gekommen, als der britische Vizekönig und General-Gouverneur Linlithgow im Namen Indiens Deutschland den Krieg erklärte, ohne hierfür die Zustimmung des Kongresses eingeholt zu haben. In Reaktion auf dieses mutwillige Übergehen der indischen Nationalbewegung zogen sich deren Angehörige aus der politischen Verantwortung zurück, vornehmlich aus regionalen Regierungsämtern. Der britischen Inanspruchnahme indischer Ressourcen für die Kriegsführung des Empires war jedenfalls mit Widerwillen begegnet worden. Die jetzt, im August 1942, wenige Monate nach dem Fall Singapurs, anhebenden indischen Protestaktionen standen im Zeichen der den Briten wenig gewogenen Parole »Quit-India«, was diese wiederum zu landesweiten Repressionen greifen ließ.²⁶ Die gesamte Führung des Kongress wurde in Haft genommen; Gandhi begann seinen legendären Hungerstreik.²⁷

24 Peter Herde, *Pearl Harbor, 7. Dezember 1941, Der Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und die Ausweitung des europäischen Krieges zum Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 1980, S. 1–19.

25 Jean E. Abshire, »Fortress Singapore to Syonan-to: World War II«, in ders., *The History of Singapore*, Santa Barbara, Calif. 2011, S. 83–108; Nicholas Tarling, »The British and the First Japanese Move into Indo-China«, in *Journal of Southeast Asian Studies* 21/1 (1990), S. 35–65, hier S. 36.

26 Shachi Chakravarty, *Quit India Movement. A Study*, New Dehli 2002; Peter Ward Fay, *The Forgotten Army. India's Armed Struggle for Independence*, Michigan 1995, S. 113–135; Vivekananda Shukla, *Rebellion of 1942. Quit India Movement*, New Dehli 1989; Francis G. Hutchins, *Indias Revolution. Gandhi and the Quit India Movement*, Cambridge, Mass. 1973.

27 Madhusree Mukerjee, *Churchill's Secret War. The British Empire and the Ravaging of India during World War II*, New York 2010, S. 114 f.

Im Gefolge des siegreichen japanischen Feldzugs in Malaya, dem Fall von Singapur und der Eroberung Burmas waren zahlreiche britisch-indische Militärangehörige in japanische Kriegsgefangenschaft geraten. Aus diesen Kriegsgefangenen und anderen rekrutierten Indern stellte die Kaiserliche Japanische Armee eine in ihren Reihen kämpfende, sogenannte Indian National Army (INA) zusammen. Von 1943 an hörte diese Armee auf Subhash Chandra Bose, einem vormaligen Vorsitzenden des Indischen Nationalkongresses.²⁸ Im Frühjahr 1941 – noch bevor der Krieg sich zu einem zweiten Weltkrieg ausweitete – war Bose über Moskau reisend in Berlin eingetroffen, um mit den Achsenmächten gemeinsame Sache zu machen. Nach dem Krieg stellten die Briten hohe Offiziere der INA wegen Hochverrat vor Gericht. Der Prozess fand im Roten Fort zu Delhi statt, einer Zwingburg der Kolonialherrschaft. Verteidigt wurden sie unter anderem von Jawaharlal Nehru, dem seinerzeit wohl prominentesten Repräsentanten des Kongresses und späteren indischen Ministerpräsidenten. Als bekannt wurde, dass die Angeklagten zu lebenslanger Verbannung verurteilt werden sollten, erfasste eine gewaltige Protestwelle das Land. Sie war das unmittelbare Vorspiel der von Nehru im August 1947 von den Zinnen des Roten Forts herab verkündeten indischen Unabhängigkeit.²⁹

In jenem besagten Sommer des Jahres 1942 verdüsterte sich die Lage des Empires. Britannien war in Kämpfe mit Nazideutschland vornehmlich im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens verwickelt, mit Suez – der nach Singapur zweiten, westlich gelegenen Säule des Empires. Neben weiteren Empire-Truppen war es nicht zuletzt britisch-indisches Militär ebenso wie aus indischen Beständen herangeführtes Kriegsmaterial, mit dem die Schlachten in der westlichen Wüste geschlagen wurden – so auch die im Herbst geführte Entscheidungsschlacht von El-Alamein.³⁰ Der gesamte Bereich des Nahen und Mittleren Ostens – also Ägypten, Palästina, der Irak, Iran – war Teil eines imperialen britischen Verteidigungsperimeters, dessen Kraftzentrum die indische Kronkolonie gewesen war.³¹ Die Verfügung über Indien war kritisch – vor allem nach dem Fall von

28 Zur Person Subhas Chandra Bose vgl. Jan Kuhlmann, *Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte*, Berlin 2002; Johannes H. Voigt, *Indien im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1982.

29 Kuhlmann, Bose (Fn. 28), S. 345 f.

30 Niall Barr, *Pendulum of War. Three Battles at El Alamein*, London 2005; David French, *Raising Churchill's Army. The British Army and the War against Germany 1919–1945*, Oxford 2000, S. 212–240; Yoav Gelber, *Masada. Die Verteidigung Palästinas im Zweiten Weltkrieg* [hebr.], Ramat Gan 1990; Yehuda Bauer, *From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine, 1939–1945*, Philadelphia 1970, S. 178–223.

31 David Killingray, »Imperial Defence«, in Roger Louis (Hg.), *The Oxford History of the British Empire*, Bd. 5: *Historiography*, Oxford 2001, S. 342–353.

Singapur und den sich den Toren Ägyptens nähernden deutschen Afrika-Korps. Die indische Rebellion gegen die britische Kolonialmacht vom August 1942 war dem Empire eine ernste Bedrohung gewesen.³²

Die indische Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg war für die unter europäischer Kolonialherrschaft darbindenden Völker durchaus symptomatisch gewesen. Auf dem Kontinent – so die weit verbreitete Überzeugung – traten die westlichen Mächte England und Frankreich als Hüter von *habeas corpus*, Demokratie und Parlamentarismus auf. In der Kolonie verfolgten sie eine hochmütige, anmaßende und tyrannische Politik. Alles, was die Kolonialherren schwächen, gar ihre Herrschaft umstürzen konnte, fand den Beifall der sich nach Unabhängigkeit sehnenden Völker. In dem weltweit ausgreifenden Krieg reüssierte das Prinzip des zum Freund avancierten Feind des Feindes.

Die Alliierten ihrerseits schienen das althergebrachte Bild imperialistischer Machtverstiegenheit zu bestätigen. In Iran wurde im September 1941 durch Intervention der Briten der pro-deutsch eingestellte Schah zum Abdanken veranlasst und ins Exil gezwungen. Kurz zuvor, im August, war das Land in Einfluss- bzw. in Besatzungszonen geteilt worden: in eine nördliche sowjetische und in eine südliche britische Zone – analog zur 1907 erfolgten Aufteilung des Landes zwischen England und Russland, mit der die Mächte ihr ›Great Game‹ in Asien beendeten und in Europa ihre in den Ersten Weltkrieg führende Entente vorbereiteten.³³ Die 1941 erfolgte funktionale Aufteilung des Iran war gleichwohl den Zwängen des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, dem ›Unternehmen Barbarossa‹, geschuldet. So war der Iran im Rahmen der *land/lease* zur logistischen Basis für die westliche Unterstützung Russlands auserkoren worden. Über einen sogenannten ›Persischen Korridor‹ wurden gewaltige Mengen amerikanisches Militärgerät und anderes kriegswichtiges Material – bis hin zu ganzen Fabrikanlagen für Fahrzeuge und andere Güter – in endlosen Konvoys auf der Straße und auf eigens angelegten Schienenwegen durch Iran zum Kaspischen Meer bis hin zur Wolga-Mündung bewegt. Der ›Persische Korridor‹ war eine der großen Schneisen, über die die Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg versorgt werden konnten – eine Art Ersatz für die von den Westalliierten (noch) nicht eröffnete, von den Sowjets indes ständig eingeforderte ›Zweite Front‹. Eine durch die deutsche U-Boot-Kriegsführung besonders verletzte, zuvor eingerichtete Route verlief

32 Tim Moreman, »From the Dessert Sands to the Burmanese Jungle: the Indian Army and the Lessons of North Africa, September 1939–November 1942«, in Kaushik Roy (Hg.), *The Indian Army in the Two World Wars*, Leiden 2012, S. 223–254, hier S. 243.

33 Jana Forsmann: *Testfall für die »Großen Drei«*. Die Besetzung Irans durch Briten, Sowjets und Amerikaner 1941–1946, Köln 2009, S. 1.

über Nordatlantik und Nordmeer nach Murmansk und Archangelsk; eine weitere von der amerikanischen Westküste über den Nordpazifik nach Wladiwostok. Ob schon die Konvois über den Nordpazifik unter sowjetischer Flagge segelten, handelte es sich bei den Schiffen und den von ihnen beförderten Gütern um amerikanisches Material. Die Japaner ließen diese Transporte auf Grundlage des im Mai 1941 abgeschlossenen japanisch-sowjetischen Neutralitätsvertrages gewähren – ein deutlicher Hinweis darauf, dass beide Kriegsschauplätze, der europäisch-kontinentale und der asiatisch-pazifische, während der gesamten Kriegsdauer getrennt voneinander blieben, lässt man den zwischen den beiden amerikanischen Atombombenabwürfen im August 1945 erfolgten späten sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan außer Acht. Dass die Japaner es ihrerseits 1942 unterließen, von Burma aus nach Indien vorzurücken, geht nicht zuletzt auf deren abwartende Haltung hinsichtlich des Ausgangs der Schlachten zwischen der Achse und den Alliierten im Nahen und Mittleren Osten und im Kaukasusbereich zurück. Dass die vornehmlich von den Deutschen erstrebte Verbindung zwischen den kontinentalen und asiatisch-pazifischen Kriegsschauplätzen unterblieb, war wesentlich dem Umstand geschuldet, dass Briten und Sowjets in den kriegsentcheidenden Schlachten vor El Alamein und in Stalingrad obsiegten.

Das globale logistische Netzwerk des Zweiten Weltkrieges, vor allen Dingen die Linien der Versorgung der Sowjetunion durch die Amerikaner als Ersatz für die nur mit großer Verspätung eröffneten ›Zweite Front‹, mag verdeutlichen, dass mit der Schlacht um Stalingrad, einem bedeutenden Eisenbahn- und Verkehrsknotenpunkt, nicht zuletzt auch über den ›Persischen Korridor‹, der durch Iran führenden Lebensader der Roten Armee, entschieden wurde.³⁴

Ins iranische Gedächtnis hat sich die für den Verlauf, gar für den Ausgang, des Zweiten Weltkrieges enorme Bedeutung des Landes nicht eingeschrieben. Die alliierte Präsenz erscheint eher in trübes Licht getaucht; und dies nicht zuletzt wegen eines später eingetretenen Ereignisses, dem im iranischen Bewusstsein die ikonische Strahlkraft eines nationalen Gründungsaktes zukommt – nämlich der von Briten und Amerikanern im Jahre 1953 orchestrierte Sturz des nationalistischen Premiers Mohammed Mossadegh.³⁵ Dieser war das Wagnis eingegangen, die unter ausländischer Kontrolle stehende Erdölindustrie zu ver-

34 Joseph Bykofsky und Harold Larson, »The Persian Corridor«, in dies., *The Transportation Corps: Operation Overseas*, Washington D.C. 1990, S.375–424; Richard M. Leighton und Robert W. Coakley, »The Long Road to Russia«, in dies., *The Global Logistics and Strategy, 1940–1943*, Washington D.C. 1995, S.551–597; T.H. Vail Motter, *The Persian Corridor and Aid to Russia*, Washington D.C. 1952; George C. Herring, *Aid to Russia, 1941–1946. Strategy, Diplomacy and the Origins of the Cold War*, New York/London 1973.

35 Homa Katouzian, *Musaddiq and the Struggle for Power in Iran*, London 1999; Sepehr Zabih, *The Mossadegh Era*, Chicago 1982.

staatlichen.³⁶ Dass dieses Ereignis in die hohe Zeit des Kalten Krieges fiel, Iran unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges Schlüsselland im sich aufbauenden Ost-West-Gegensatz geworden war, tut jener Wahrnehmung keinen Abbruch. Der kontinentale, die Wertigkeit der Zeiten von vor und von nach 1945 scheidende Blick bleibt der kolonialen Perspektive eigentümlich fremd. Die ihr bei weitem angemessene, von Nord nach Süd, von Süd nach Nord verlaufende Deutungslinie folgt einer anderen Zählung.

Gegenläufige Existenzerfahrung zieht gegenläufige Gedächtnisse nach sich. Vor allem dort, wo kontinentale und koloniale Wahrnehmungen auseinanderreten. Kaum ein anderes Zeitdokument dürfte dies eindrücklicher veranschaulichen als die als Briefwechsel zitierten, in den Jahren 1938/39 erfolgten Stellungnahmen des Übervaters der indischen Kongressbewegung, dem Mahatma Gandhi, und des Jerusalemer Philosophen Martin Buber. In einem Ende November 1938 erschienenen Artikel reagiert Gandhi sowohl auf das gerade in Nazi-Deutschland inszenierte Pogrom der sogenannten »Kristallnacht« als auch auf die brennende Palästinafrage.³⁷

Über den Ausbruch antijüdischer Gewalt in Deutschland zeigt sich Gandhi zutiefst betrübt. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungswelt bezeichnet er die Juden als die »Unberührbaren der Christenheit«.³⁸ Selbiger Erfahrungswelt entnommen mag auch der an die Juden gerichtete gut gemeinte Ratschlag gewesen sein, sich der Nazis mittels der *satyagraha* zu erwehren, der Praxis des gewaltlosen Widerstands, wie sie bereits von den südafrikanischen Indern zur Jahrhundertwende geübt worden war; oder seine an die Juden in Deutschland gerichtete Empfehlung zur Mobilisierung der Weltmeinung, ein Massaker über sich ergehen zu lassen.³⁹ In der Palästinafrage – damals flaute gerade ein drei Jahre lang anhaltender arabischer Aufstand ab, der von den Briten unter massiver Gewaltanwendung niedergedrückt worden war – unterstützt Gandhi die Sache der autochthonen arabischen Bevölkerung. Nach Maßgabe universell akzeptierter Unterscheidung von Recht und Unrecht, so Gandhi, könne der Widerstand der Araber gegen die jüdische Ansiedlung in Palästina nicht verurteilt werden, zumal als die Juden sich unter den Schutz britischer Gewehre gäben.

36 Mostafa Elm, *Oil, Power, and Principle. Iran's Oil Nationalization and Its Aftermath*, New York 1994.

37 Harijan, 26. November 1938, in *The Collected Works of Mahatma Gandhi*, Bd. 74, S. 240, Delhi 1974; V. V. Ramana Murti, »Buber's Dialogue and Gandhi's Satyagraha«, in *Journal of the History of Ideas* 29/4 (1968), S. 605–613.

38 Jonathan K. Crane, »Faltering Dialogue? Religious Rethoric of Mohandas Gandhi and Martin Buber«, in *Anasakti Darshan*, 3/1 (2007), S. 34–52, hier S. 36.

39 Murti, Buber's Dialogue and Gandhi's Satyagraha (Fn. 37), S. 606.

Unter den führenden Jerusalemer Gelehrten und Angehörigen der Hebräischen Universität löste der Artikel Gandhis große Bestürzung aus. Dies umso mehr, als sie dessen schier unangreifbare Reputation und Autorität zu schätzen wussten. Anfang März 1939 trat eine Gruppe in der Wohnung des damaligen Präsidenten der Universität, des in Heidelberg zu Beginn des Jahrhunderts in Philosophie promovierten amerikanischen Reformrabbiners und führenden US-Pazifisten im Ersten Weltkrieg, Jehuda Leib Magnes, zusammen. Es handelte sich hierbei um den Philosophen Shmuel Hugo Bergmann, den Kabbala-Forscher Gershom Scholem, den Mediävisten Yitzhak Fritz Baer, den Historiker Richard Koebner und andere Anwesende. Sie berieten sich über einen von Martin Buber entworfen Text, der als offener Brief an Gandhi gerichtet werden sollte. Darin wird der Vergleich der Lage der Juden in Deutschland mit der Situation der Inder in Südafrika so zurückgewiesen wie die Legitimität der jüdischen Ansiedlung in Palästina bekräftigt wird. Die in Magnes Wohnung versammelten Personen gehörten wesentlich einer politischen Strömung an, die sich der Bildung eines bi-nationalen jüdisch-arabischen Gemeinwesens verschrieben hatte und im Jischuv, der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, dieser Haltung wegen nicht sonderlich gelitten waren.

Der Artikel Gandhis und die Antwort Bubers darauf symbolisieren einen Dialog auseinandertretender Perspektiven. Dies umso mehr, als beide, Gandhi wie Buber, Inder wie damals in Palästina lebende Juden, jeweils unter britischer Herrschaft standen. Und angesichts des alsbald ausbrechenden Weltkrieges sollten ihre Perspektiven noch weiter auseinandertreten – spätestens dann, als Rommel aus der westlichen Wüste kommend im Sommer 1942 dem Suezkanal zustrebte und in Indien zeitgleich die von Gandhi inspirierte ›Quit India‹-Bewegung im August ihren landesweiten Ruf nach Unabhängigkeit erschallen ließ.

Zwischen dem Jishuv, der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, und dem von den Nazis *allen* Juden und *überall* zgedachten kollektiven Vernichtungstod standen die Streitkräfte des Empires.⁴⁰ Ihr Auftrag war es, die Ölfelder im Nahen- und Mittleren Osten und die die Region durchziehenden Verkehrswege zu Land, zu Wasser und in der Luft, vor allem aber den Suezkanal vor dem Zugriff der sich an Ägypten herankämpfenden Deutschen und Italiener zu behüten.⁴¹ Um dieses strategisch kostbare Terrain spannte sich der impe-

40 Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers, *Nazi Palestine. The Plans for the Extermination of the Jews in Palestine*, New York 2010, S. 140–166; Yoav Gelber, »The Defense of Palestine in World War II«, in *Studies in Zionism* 8/1 (1987), S. 51–81; Łukasz Hirs-zowicz, *The Third Reich and the Arab East*, London 1966, S. 64–65.

41 Steven Morewood, *The British Defence of Egypt, 1935–1940. Conflict and Crisis in the Eastern Mediterranean*, London / New York 2005.

riale britische Verteidigungsperimeter, der die kontinentalen von den kolonialen Kriegsschauplätzen schied und in dessen Zentrum sich Indien befand.⁴² Dabei wird auffällig, dass jene Linie der Unterscheidung in etwa mit jener Sollbruchstelle zur Deckung kommt, die sich 1919 mit der sichtbar gewordenen britischen Überdehnung angekündigt hatte und durch den Ausfall Frankreichs im Frühsommer 1940 aufgerissen worden war. Die davon ausgelösten Fliehkräfte trieben das Schicksal der Juden auf dem Kontinent und das der Juden Palästinas auseinander. Erstere fielen unter deutsche Herrschaft; letztere blieben von ihr verschont. Juden westlich dieser Linie, auch in geografisch aller nächster Nähe, so die griechischen Juden, endeten in Auschwitz. Die Juden von Rhodos wurden noch im Sommer 1944, wenige Monate vor dem eingeleiteten deutschen Rückzug aus Griechenland und vom Balkan, mit Lastkähnen aufs Festland verfrachtet und von dort in die Todesmühlen gebracht.⁴³ Bei einem anders verlaufenen Ausgang der Schlacht von El-Alamein wären auch die Juden Palästinas in die Todeszone des Holocaust geraten.⁴⁴

In seinem Antwortschreiben auf Gandhis Artikel zur Lage der Juden in Deutschland hatte Martin Buber im März 1939 nicht zu Unrecht darauf verwiesen, dass Gandhis Kampf gegen die britische Herrschaft in Indien unter Bedingungen eines in der Kolonie zwar opressiven, indes der Kritik der öffentlichen Meinung zugewandten, zumindest im sogenannten Mutterland demokratisch-parlamentarisch verfassten Regimes erfolge, dass also auch dort, in der Kolonie, der Gewalt Grenzen gesetzt seien.⁴⁵ Und es war in der Tat eine funktionierende Öffentlichkeit, die der Strategie des von Gandhi propagierten gewaltlosen Widerstands, die *satyagraha*, Erfolg verhieß. Gleichwohl sucht die neuere, postkolonial sich verstehende Historiografie die Geschichte von – in der Tat entsetzlichen – Vorkommnissen in Indien während des Krieges analog zu den Mustern des Holocaust an den europäischen Juden zu erzählen.

Auf den ersten Blick mögen manche der Phänomene in eine solche Richtung weisen. So waren allein während Hungersnot 1943 in Bengalen zwischen 1,5 und vier Millionen Menschen zu Tode gekommen.⁴⁶ Der Ökonom und

42 Killingray, Imperial Defence (Fn. 31).

43 Steven Bowman, *The Agony of Greek Jews. 1940–1945*, Stanford 2009, S. 75–77; Mark Angel, *The Jews of Rhodes. The History of a Sephardic Community*, New York 1978.

44 Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers, »Beseitigung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina«. Das Einsatzkommando bei der Panzerarmee Afrika 1942«, in: Jürgen Matthäus und Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart*, Darmstadt 2006, S. 153–176, hier S. 176.

45 Paul Mendes-Flohr (Hg.), *A Land of Two Peoples. Martin Buber on Jews and Arabs*, Chicago 1983, S. 113–126.

46 M. Mufakharul Islam, »The Great Bengal Famine and the Question of FAD«, in:

Erkenntnistheoretiker Amartya Sen, seinerseits bengalischer Herkunft, hat sich in seinen Forschungen dieses Geschehens prominent angenommen und dabei neben der Einwirkung von Naturgewalten auf die von Menschen verursachten Ursachen der Katastrophe hingewiesen – etwa auf die durch Hortungen und Spekulation exorbitant angestiegenen Preise für bengalischen Reis, der für die in die Städte drängenden Ärmsten der Armen nicht mehr erschwinglich war.⁴⁷ Auch konnte nicht, wie sonst bei unerwartet auftretenden Engpässen in Bengalen praktiziert, auf aus Burma herangeschafften Reis zurückgegriffen werden. Das Land stand seit Mai 1942 unter japanischer Besatzung. Zudem hatten die Briten in Erwartung eines japanischen Vordringens in Bengalen gleichsam prophylaktisch zu einer Strategie der verbrannten Erde gegriffen und dadurch die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen. Die Situation wurde derart unerträglich, dass der britische Vizekönig in Delhi, Archibald Wavell, das Kriegskabinett in London dringlich ersuchte, doch bitte Schiffsraum zur Verfügung zu stellen, um in Australien gespeicherten Weizen nach Indien zu befördern. Diese Bitte blieb ungehört. Churchill führte als Argument die kolossalen Schiffsverluste an, die deutsche U-Boote den Konvoys über den Atlantik zugefügt hatten.⁴⁸ Zudem gelte es in erster Linie die Bevölkerung der britischen Inseln zu versorgen, sowie Getreide für den Mittleren Osten und eine avisierten Balkanfront bereitzustellen. Britisch-Indien habe sich aus eigenen Ressourcen zu versorgen, hieß es aus London. Für die Ärmsten der Armen in Bengalen bedeutete dies den Hungertod.⁴⁹

Für die jüdische Bevölkerung Palästinas war mit dem Ausgang der Schlacht von El-Alamein der lauernde Vernichtungstod abgewendet.⁵⁰ Dass dies den britischen Empirestreitkräften zu verdanken war, war damals durchaus präsent. Gleichwohl verschwand diese Erinnerung alsbald aus dem Bewusstsein. An ihre Stelle trat die Gewissheit, die Errettung wäre erfolgt, weil man gerade noch zur rechten Zeit aus Europa in das Land Israel gelangt sei. Anderen Orten, in die Juden sich haben flüchten können, wird eine geringere Wertschätzung entgegengebracht. Dabei hat die überwiegende Mehrheit jener europäischer

Modern Asian Studies, 41/2 (2007), S. 421–440; Paul R. Greenough, *Prosperity and Misery in Modern Bengal. The Famine of 1943–44*, New York 1982.

47 Amartya Sen, »The Great Bengal Famine«, in dies., *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford 2007, S. 52–85.

48 Kevin Smith, *Conflict over Convoys. Anglo-American Logistics Diplomacy in the Second World War*, Cambridge/New York 2002, S. 33.

49 Mukerjee, *Churchill's Secret War* (Fn. 27), S. 131–145.

50 Haviv Knaaan, *Zweihundert Tage Furcht. Palästina angesichts von Rommels Vormarsch* [hebr.], Tel Aviv 1974.

Juden, die nach 1945 – besonders vor und unmittelbar nach der 1948 erfolgten Staatsgründung – ins Land kamen, häufig in den Tiefen der Sowjetunion, vornehmlich in Innerasien überlebt.⁵¹ Es handelte sich wesentlich um ost- und ostmitteleuropäische Juden, die entweder dorthin geflüchtet, von den Sowjets dorthin evakuiert oder von diesen in die Lagerwelt des Gulags verschleppt worden waren. Mit Kriegsende zogen diese Juden Richtung Westen, um sich zuerst auf deutschem Boden als DP's, als *Displaced Persons*, also als nicht mehr repatriierbare Heimatlose zu versammeln. Von dort versuchten sie nach Übersee, in erster Linie nach Palästina, zu gelangen.⁵²

Die vor den Nazis in das Land Israel geflüchteten Juden wurden ›errettet‹; Juden, die andernorts der Vernichtung entgangen waren, haben ›überlebt‹. So will es die öffentliche Rede. Die semantische Gegenüberstellung von ›erretten‹ und ›überleben‹ legt freilich nahe, dass dem Wort von der als höherwertig erachteten Errettung eine religiöse, mithin eine sakrale Bedeutung innewohnt. In der Unterscheidung von ›Errettung‹ und ›Überleben‹ scheint die theologische Gegenüberstellung von Erlösung und Exil codiert.⁵³

Dass dem Lande Israel eine religiöse, ja eine rituelle Bedeutung zukommt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Ausführung bedarf gleichwohl der Umstand, dass religiöse Imprägnierungen unter säkularen Konditionen politisch-theologische Neigungen befördern – will heißen: dass auch die Sphäre des Profanen von Spurenelementen des Sakralen durchzogen wird. Dies mag in erster Linie für das Geschichtsbewusstsein gelten, in mancher Hinsicht auch für die Geschichtsschreibung. Vor allem dann, wenn Kontingenz dem Sog des Telos erliegt. Auf unseren Gegenstand übertragen, schöbe sich die Bedeutung des Landes Israel als politisch-theologisch grundiertes Telos vor die historische Kontingenz, wie sie sich im Ausgang der Schlacht von El-Alamein manifestiert.

Politisch-theologische Imprägnierungen historischer Gedächtnisse an den Zweiten Weltkrieg lassen sich auch anderweitig aufspüren. So in der polnischen Erinnerung. Sie finden sich in der Gedächtnisikone Katyń versinnbild-

51 Anna Holian, *Between National Socialism and Soviet Communism. Displaced Persons in Postwar Germany*, Michigan 2011.

52 Wolfgang Jacobmeyer, »Jüdische Überlebende als Displaced Persons«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 9/3 (1983), S. 421–452; Angelika Königseder und Juliane Wetzels, *Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs im Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt a.M. 1994; Susanne Dietrich und Julia Schulze Wessel, *Zwischen Selbstorganisation und Stigmatisierung. Die Lebenswirklichkeit jüdischer Displaced Persons und die neue Gestalt des Antisemitismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*, Stuttgart 1998; Atina Grossmann, *Jews, Germans, and Allies: Close Encounters in Occupied Germany*, Princeton 2009.

53 Dan Michman, »Beitrag zur Klärung des Begriffs ›Rettung während des Holocaust‹« [hebr.], in *Yalkut Moreschet* 28 (1979), S. 55–76.

licht.⁵⁴ Ihre tiefe, gleichsam theologische Bedeutung mag dadurch indiziert sein, als die Zahl der im Wald bei Smolensk von den Sowjets im Frühjahr 1940 gemeuchelten Polen, vornehmlich Offiziere, angesichts der Hekatomben polnischer Opfer während des Krieges eher vernachlässigungswert erscheint. Zwar mag die gängige Erklärung, Katyń werde im polnischen Bewusstsein deshalb ein so hoher Rang zuteil, weil es in Zeiten sowjetisch beschirmter kommunistischer Herrschaft in Polen ein untrügliches Zeichen von Resistenz gewesen war, sich dieses Ereignisses zu vergegenwärtigen. Daran mag manches richtig sein, als Erklärung reicht es gleichwohl nicht hin. Eher macht es Sinn, die zentralen Embleme überlieferter polnischer Zugehörigkeit zu befragen. Etwa die Vorstellung von Polen als Christus unter den Völkern; und die Bedeutung der Szlachta, des aus der Vormoderne hervorgegangenen Kleinadels als einer Kriegerkaste, deren militärische Tradition sich in das Offizierskorps der modernen polnischen Nation hinein restituierte. So gesehen, wäre das Hinmetzeln der polnischen Offiziere in Katyń neben und über das unmittelbare Verbrechen hinaus symbolisch auch als ein Akt der Kreuzigung der polnischen Nation zu verstehen – Katyń mithin ein polnisches Golgatha.

Im August 1944 erhob sich Polen im Warschauer Aufstand.⁵⁵ Militärisch war der Aufstand gegen die deutschen Besatzer gerichtet; politisch gegen die prospektiven sowjetischen Unterdrücker. Zeitgleich rückten die Panzer des General Jaques-Phillipe Leclerc,⁵⁶ die militärische Ikone des Freien Frankreich, in Paris ein. Ereignisgeschichtlich besteht zwischen den Vorgängen in Warschau und Paris kein Zusammenhang. Und dennoch: Im polnischen Bewusstsein wird das eigene Land weit nach Westen imaginiert, gleichsam an Frankreichs Seite – und dies allein schon um seinem geopolitisch gefügten Schicksal zu entrinnen, nämlich für immer zwischen Deutschland und Russland gelegen zu sein.

Auch in Paris wurde im August 1944 so mancher Imagination gefolgt. Nachdem die Deutschen Paris zur offenen Stadt erklärt und im Abzug begrif-

54 Alexander Etkind, *Remembering Katyn. Memory Wars in Eastern Europe*, Cambridge 2012; Franz Kadell, *Katyn. Das zweifache Trauma der Polen*, München 2011; Martin Schaub, *Streitfall Katyn. Die Wahrnehmung des Massakers in der sowjetrussischen, polnischen und westdeutschen Öffentlichkeit 1980–2000*, Marburg 2008; George Sanford, *Katyn and the Soviet Massacre of 1940. Truth, Justice and Memory*, London/New York 2005.

55 Hans-Jürgen Bömelburg, *Der Warschauer Aufstand 1944. Ereignis und Wahrnehmung in Polen und Deutschland*, Paderborn u. a. 2011; Włodzimierz Borodziej, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt a. M. 2001; Jan M. Ciechanowski, *The Warsaw Rising of 1944*, Cambridge 1974; Norman Davies, *Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944*, München 2004.

56 Christine Levisse-Touzé, *Philippe Leclerc de Hauteclocque, 1902–1947. La légende d'un héros*, Paris 2002.

fen waren, errichteten die Kommunisten allorts Barrikaden – so, als gelte es, die revolutionäre Traditionslinie von 1789, 1830, 1848 und 1871, dem Jahr der Pariser *commune*, fortzuspinnen. Fortgesetzt wurden indessen die Kolonialkriege. Von Oktober 1945 an suchte Jaques-Phillipe Leclerc in Indochina, dort, wo auf Französisch befohlen und auf Deutsch gestorben wurde, die französische Souveränität wieder aufzurichten; nicht etwa gegen die Japaner, die inzwischen auch in seinem Beisein auf dem Deck des amerikanischen Schlachtschiffs ›Missouri‹ die Waffen gestreckt hatten, sondern gegen den um Unabhängigkeit kämpfenden Vietminh. Bei Colomb-Béchar in Algerien kam Leclerc 1947 ums Leben – ein Flugzeugabsturz, ein Unglücksfall. Sein guter Name konnte durch den im November 1954 anhebenden schmutzigen Krieg in Algerien nicht mehr befleckt werden. Auch an den vorausgegangenen Massakern an muslimischen Demonstranten in Sétif im nordalgerischen Department Constantine am 8. Mai 1945 hatte er keinen Anteil. In jenen Tagen war Leclerc mit seinen Panzern zu Hitlers Domizil am Obersalzberg unterwegs. Dort angetroffene Angehörige der französischen SS-Division *Charlemagne* ließ er standrechtlich erschießen.⁵⁷

Die Ereignisikone des 8. Mai 1945 ist topografisch doppelt besetzt: Durch die Stadt Reims, dem Krönungsort der heiligen französischen Könige, damals das vorgeschobene Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Europa, an dem die deutsche Kapitulation entgegen genommen worden war – und durch das zeitgleiche Geschehen in und um die in das postkoloniale Gedächtnis eingegangene nordalgerische Stadt Sétif. Dort wurden während tagelang andauernder, mancherorts über Wochen sich erstreckender sogenannter Strafraktionen Tausende und Abertausende muslimische Algerier von französischen Sicherheitskräften niedergemetzelt.⁵⁸ Die sich einstellende Konstellation ist augenfällig: Reims liegt auf der kontinentalen, der horizontalen Ereignisachse; Sétif auf der vertikalen, der kolonialen. Im Gedächtnisraum der Geschichte begegnen sie sich zu ein- und demselben Zeitpunkt.⁵⁹

57 Jonathan Trigg, *Hitler's Gauls. The History of the 33rd Waffen Division Charlemagne*, Stroud 2009, S. 161.

58 Martin Thomas, »Colonial violence in Algeria and the distorted logic of state retribution. The Sétif uprising of 1945«, in *The Journal of Military History*, 75 (2011), S. 125–159; Jean-Charles Jauffret, »The origins of the Algerian War: The reaction of France and its army to the two emergencies of 8 May 1945 and 1 November 1954«, in *The Journal of Imperial and Commonwealth History*, 21/3 (1993), S. 17–29; Benjamin Stora, *Histoire de l'Algérie coloniale. 1830–1954*, Paris 2004, S. 85–86.

59 Dan Diner, *Gegenläufige Gedächtnisse. Zur Geltung und Wirkung des Holocaust*, Göttingen 2007.

1961, auf dem Höhepunkt des Algerienkrieges veröffentlicht Pierre Nora ein Buch mit dem Titel: *Les Français d'Algérie*.⁶⁰ Bei dieser Schrift handelt es sich um eine scharfe Abrechnung eines Franzosen aus dem Mutterland mit den Algerienfranzosen – den *colons*, den *pieds noirs*. Nora war eine Zeit lang im nordalgerischen Oran als Lehrer tätig gewesen. Später machte er sich einen Namen als Schöpfer des historischen Konzepts der Erinnerungsorte, der *lieux de mémoire*.⁶¹ An Noras Werk ist auffällig, dass alle dort versammelten, die verschiedenen historischen Zeiten repräsentierenden Topoi sich allein auf das territoriale Frankreich, auf das Land des Hexagons beziehen. Das koloniale Frankreich ist dort nicht vertreten. Einträge zu Algier oder zu Sétif wird man vergebens suchen. So gesehen könnte Noras Konzept der *lieux de mémoire* durchaus auch als ein postkoloniales Vorhaben einer europäisch-kontinentalen Neuerfindung Frankreichs verstanden werden. Damit wäre es auch ein Projekt des Vergessens.

Als Pierre Noras Philippika über die Franzosen Algeriens 1961 erschienen war, erreichte ihn ein 54 Seiten langer, eng beschriebener Brief von Jaques Derrida. In diesem Brief erläutert letzterer seinem vormaligen Mitschüler am Pariser *Lycée Louis-le-Grande* seine Einwände.⁶²

Derrida entstammte kleinbürgerlichen jüdisch-sephardischen Verhältnissen in Algier.⁶³ Zwei Einschnitte prägten sein Leben. Zuerst die vom Vichy-Regime im Oktober 1940 verfügte Rücknahme der 1870 nach der Niederlage im französisch-preußischen Krieg erfolgten staatsbürgerlichen Gleichstellung der algerischen Juden durch das *décret Crémieux*;⁶⁴ dann der 1962 erfolgte Auszug der Algerienfranzosen und so auch seiner Familie aus Algier.⁶⁵ Beides waren Vertreibungen: eine aus dem Status der Gleichheit, die andere aus einem der Familie seit Generationen vertrauten Ort. Derrida war für ein Verbleiben der Algerienfranzosen im Lande und für ein Zusammenleben mit den arabischen und berberischen Muslimen eingetreten. Seine Haltung in der algerischen Frage unterschied sich eigenen Bekundungen nach nicht wesentlich von der

60 Pierre Nora, *Les Français d'Algérie*, Paris 1961.

61 Pierre Nora, *Le lieux de mémoire*, 7 Bde., Paris 1984–1992.

62 Jacques Derrida und Pierre Nora, *Les Français d'Algérie. Précédé de »Cinquante ans après« et suivie d'un document inédit de Jacques Derrida, »Mon cher Nora«*, Paris 2012; vgl. dazu Benoît Peeters, *Jacques Derrida. Eine Biographie*, Berlin 2013, S. 170.

63 Michel Abitbol, *Les Juifs d'Afrique du Nord sous Vichy*, Paris 1983; Abitbol, *Von Crémieux bis Pétain – Antisemitismus und Kolonialismus in Algerien* [hebr.], Jerusalem 1993.

64 Peeters, Derrida (Fn. 62), S. 25

65 Ebd., S. 179.

Albert Camus. Wie jener hüllte auch er sich während der Hochphase des Krieges in Schweigen; damals, als öffentlich nur zwei einander ausschließende Haltungen zur Debatte standen: entweder die Gründung eines arabisch-muslimischen Algerien, wie von der nationalistischen FLN erstrebt, oder die Wahrung eines französischen Algerien wie von den europäischen Ultras ersehnt.⁶⁶

In dem Brief Derridas an Nora werden anhand der algerischen Frage die Konturen dessen erkennbar, was später die Philosophie Jacques Derridas auszeichnen wird: Die Aufhebung scharfer Unterscheidungen, die gleichsam kategoriale Geltung von *différance* – ein Wort, das den Maßgaben der gängigen Orthografie widerstrebt. Während Nora in seinem Buch von 1961 für einen klaren Schnitt des Mutterlandes von der Kolonie eintritt und in seinem späteren Konzept der *lieux de mémoire* das Frankreich der klaren Linien, das Frankreich des Hexagon neu erfindet, tendiert Derrida in seinem Denken dazu, scharfe, gar binäre Konstellationen, auch solche der Zugehörigkeit, aufzulösen, zu unterlaufen – die Modi der sogenannten Dekonstruktion. So fügt es sich, dass in jenen Tagen an denen Derrida sein ausführliches Schreiben zu Algerien an Nora richtet, er gerade dabei ist, seine große kritische Einleitung zu Husserls *Ursprung der Geometrie* fertigzustellen.⁶⁷

Es dürfte nicht allzu weit hergeholt sein, in der algerischen Erfahrung – und dies analog zum eingangs zitierten Bild von Marc Bloch über den Laborcharakter des Krieges – ein epistemisches Arsenal zu erblicken. Nicht wenige Schulen der französischen Geistes- und Sozialwissenschaft gehen auf Personen zurück, die entweder selbst aus Algerien stammen oder sich dort länger aufgehalten hatten; so Louis Althusser, einer von Derridas philosophischen Mentoren oder der Ethnologe und Soziologe Pierre Bourdieu, dem Derrida sowohl in Algerien wie in Frankreich eng verbunden war; oder die Schriftstellerin und Theoretikerin des Schreibens Hélène Cixous.⁶⁸ In der algerischen Konstellation finden sich Erfahrungen des Kontinentalen und des Kolonialen, der Gleichheit und der Ungleichheit, der Zugehörigkeit wie der Nichtzugehörigkeit in ungewöhnlicher Weise miteinander verfugt. Dies für eine global ausgreifende Gedächtnisgeschichte des Zweiten Weltkrieges bei Wahrung eines den Maßgaben der Unterscheidung folgenden Urteilsvermögens fruchtbar zu machen, ist eine sowohl ethische wie erkenntnistheoretische Herausforderung.

66 Ebd., S. 173 f.

67 Peeters, Derrida, (Fn. 62), S. 170–174; Jacques Derrida, *Husserls Weg in die Geschichte am Leitfaden der Geometrie. Ein Kommentar zur Beilage III der ›Krisis‹*, München 1987, S. 204–232.

68 Peeters, Derrida (Fn. 62), S. 12 f.

Ralf Wehner

Raphael und seine Geliebte

Ein gemaltes, ein gestochenes und ein »lebendes« Bild

Im Zuge der Vorbereitungen auf den noch in diesem Jahr erscheinenden Band »Kleinere Bühnenwerke« der *Leipziger Ausgabe der Werke von Felix Mendelssohn Bartholdy* an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig rückte ein weithin unbearbeiteter Schaffenszweig des Komponisten in den Blick der Forschung: seine Arrangements fremder Werke.¹ Zwar sind die auführungspraktischen Einrichtungen der J.S.Bachschen *Matthäus-Passion* mittlerweile allgemein bekannt, doch gibt es Bearbeitungen für die unterschiedlichsten Besetzungen und Anlässe, die heute kaum noch präsent sind. Eine Sonderrolle spielen dabei die namentlich im 19. Jahrhundert praktizierten *Tableaux vivants*, das sind »lebende Bilder«, die auf der Theaterbühne von Schauspielern mit musikalischer Untermalung gestellt wurden und in einzigartiger Weise unterschiedliche Künste miteinander verbanden. Grundlage waren Meisterwerke der Malerei und Plastik. Eines dieser Vorbilder, im speziellen Fall ein Gemälde, steht im Zentrum dieses Aufsatzes. Es griff mit dem Bildmotiv *Raphael und seine Geliebte* einen zu Mendelssohns Zeit auch außerhalb Italiens beliebten Topos auf.

Die Geliebte des Renaissancemalers Raffael (1483–1520) hieß Margherita Luti und wurde vom Meister in mehreren Bildern verewigt.² Sie war eine ca. 1495 geborene Bäckerstochter, weswegen man sie La Fornarina nannte. Gleich zwei lesenswerte Artikel fassen die wenigen Informationen über die

1 Einen ersten Überblick über die Vielfalt der Beschäftigung Mendelssohns mit der Musik anderer Autoren vermittelt Ralf Wehner, *Felix Mendelssohn Bartholdy. Thematisch-systematisches Verzeichnis der musikalischen Werke (MWV). Studien-Ausgabe*, Wiesbaden/Leipzig/Paris 2009, S. 497–524. Der vorliegende Aufsatz entstand 2014 parallel zu den eigentlichen Editionsarbeiten der »Kleineren Bühnenwerke«. Spezieller Dank gilt Camille Richez (Berlin) für Anregungen und Hilfe bei den Recherchen zu den französischen Textquellen. Die Originale aller Abbildungen befinden sich im Privatbesitz des Verfassers.

2 Siehe den Artikel von Liana de Girolami Cheney, »Luti, Margherita«, in Jill Berk Jiminez (Hg.), *Dictionary of Artists' Models*, Chicago 2001, S. 332–334 mit Nachweisen der von ihr inspirierten Bilder.

schöne Frau 1839 zusammen.³ Das Sujet »Raphael et la Fornarina« wurde – als Teil klischeehafter Raffael-Verehrung im frühen 19. Jahrhundert⁴ – in der bildenden Kunst jener Zeit von Jean-Auguste-Dominique Ingres (ab 1811 insgesamt 5 Fassungen), den Brüdern Franz und Johannes Riepenhausen (1833 mit Vorstudien)⁵ und anderen aufgegriffen. Eine späte Reminiszenz findet sich bei Pablo Picasso, der sich 1968 in einer großen Serie von Radierungen auf Ingres bezog.⁶ Ein beachtliches Eigenleben aber entfaltete ein Gemälde des französischen Historien- und Porträtmalers François-Édouard Picot (1786–1868). Der folgende Aufsatz geht den Spuren dieses heute verschollenen Gemäldes nach, das im 19. Jahrhundert in verschiedenen Erscheinungen weite Verbreitung fand und eindrucksvoll zeigt, dass künstlerische Nachbildungen, Plagiatsfälle und Merchandisingprodukte keinesfalls Phänomene unserer Tage darstellen.

Picot und von Schönborn – Der Maler und der Sammler

François-Édouard Picot, in Paris geboren und Schüler von François-André Vincent (1746–1816) und Jacques-Louis David (1748–1825), erhielt 1811 den *second grand Prix de Rome*, 1819 kehrte er nach Frankreich zurück und wurde mit dem bereits 1817 entstandenen Bild *L'Amour et Psyché* (jetzt im Louvre) schnell bekannt. Sein Gemälde *Raphael et la Fornarina* gelangte 1820 nach Deutschland, wie einer zeitgenössischen Mitteilung zu entnehmen ist:

3 »Die schöne Fornarina«, in *Der Sammler. Ein Blatt zur Unterhaltung und Belehrung* (Beilage zur Augsburger Abendzeitung) 8/14 (1839), S. 57 f. und »Die schöne Fornarina«, in *Magazin für die Literatur des Auslandes* 15/38 (1839), S. 151 f. als Übersetzung eines mit G. M. bezeichneten Artikels »La Bella Fornarina«, in *The New Monthly Magazine and Humorist* 56/218 (1839), S. 173–175.

4 Begriff nach: Irmgard Egger, »Konkurrenz der Bilder. Hagiographischer Diskurs, neuplatonische Idee, romantische Kunstreligion. Sinnbild – Abbild – inneres Bild: Franz Sternbalds Wanderungen«, in *Athenäum. Jahrbuch der Friedrich Schlegel-Gesellschaft* 20 (2010), S. 43–64.

5 Max Kunze (Hg.), *Zwischen Antike, Klassizismus und Romantik – Die Künstlerfamilie Riepenhausen* [Ausstellungskatalog, Winckelmann-Gesellschaft/Winckelmann-Museum Stendal 20. Mai bis 22. Juli 2001], Mainz 2001, bes. Kapitel »Leitstern Raffael. Bildzyklen der Brüder Riepenhausen zum Leben Raffaels«, S. 157–176 mit Reproduktion der Tafel 10 »Ritrasso molto donne e particolarmente la sua« aus *Vita di Raffaele da Urbino* (Rom 1833), die den seine Fornarina malenden Raffael im Atelier zeigt, S. 172. Franz (eigentlich Friedrich) Riepenhausen (1786–1831) und Johannes (eigentlich Johann Christian) Riepenhausen (1787–1860) lebten und arbeiteten seit 1805 gemeinsam in Rom.

6 Nachweise bei Cheney, Luti (Fn. 2).

Die Sammlung von Gemälden neuerer Meister im Besitze des Hrn. Grafen von Schönborn zu Reichardtshausen am Rhein, hat sich wieder mit mehreren Stücken bereichert. Raphael mit Fornarina vor seiner Villa, von Picot, ganz im Helldunkel gehalten, ist sehr weich und zart ausgeführt. Raphael sitzt, die Tafel auf dem Knie, und scheint nach der hinter ihm stehenden Fornarina seitwärts hinaufblickend ihre liebevollen Züge erfassen zu wollen, um sie auf das Blatt zu fesseln. Beyde sind in Porträtähnlichkeit.⁷

Der erwähnte Franz Erwein Damian Graf von Schönborn-Wiesentheid (1776–1840), ein Kunstsammler und Mäzen par excellence, hatte systematisch und mit großem finanziellen wie persönlichen Engagement über Jahrzehnte eine bedeutende Collection aufgebaut.⁸ Seit 1816/17 besaß er auch das Schloss Reichardtshausen (Rheingau, Hessen). Die dort aufbewahrte, aus Gemälden, Skulpturen und kunstgewerblichen Gegenständen bestehende Sammlung gehörte zu den gehaltvollsten romantischer Kunst überhaupt. Zu den Glanzpunkten zählte zweifellos das heute verschollene Gemälde Picots. Es wurde sogar 1843 in einem englischen Reisehandbuch erwähnt, das über das Anwesen der Schönborns und die umliegende Weingegend ausführte:

Count Schönborn's château *Reichardtshausen*, at the lower extremity of the village of *Hattenheim* (1000 inhab.), contains an interesting collection of paintings, chiefly modern; among them are a capital work of our own *Wilkie*, called ›Guees my name‹, a Holy Family, by *Overbeck*, in the chapel; *Telemachus and Eucharis*, by *David*; the dying robbers, by *L. Robert*; Italian Peasants, *P. Hess*; Raphael and the Fornarina, *Picot*, &c. A little higher up the river, upon the hill of *Strahlenberg*, grows the famous Markobrunner wine [...].⁹

Mit vielen Künstlern stand Franz Erwein von Schönborn selbst in Briefkontakt, besuchte sie in ihren Ateliers und hieß sie bei sich willkommen. Auch Picot und der Sammler kannten sich persönlich. Durch die im Familienarchiv der Grafen von Schönborn erhaltenen Briefe sind wir über die Frühgeschichte des

7 B–n., »Nachrichten aus Mainz«, in *Kunst-Blatt*, Nr. 96, 30.11.1820, S.384 f., hier S.384.

8 Katharina Bott, *Ein Kunstsammler zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Franz Erwein Graf von Schönborn (1776–1840)*, Weimar 1993. Zur Familie generell siehe: Gerhard Bott (Hg.), *Die Grafen von Schönborn. Kirchenfürsten, Sammler, Mäzene, Ausstellungskatalog des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg 18. Februar bis 23. April 1989*, Nürnberg 1989.

9 *A Hand-Book for Travellers on the Continent: being a guide through Holland, Belgium, Prussia, and Northern Germany, and Along the Rhine, from Holland to Switzerland*, London 1843, S.289. Ein Hinweis auf die Sammlung mit Erwähnung des picotschen Gemäldes auch in: *Kunst-Blatt*, Nr. 77, 27.9.1836, S. 320.

Gemäldes informiert.¹⁰ Für April 1820 ist die erste Zahlung von 1.000 Francs an den Künstler belegt.¹¹ Aufschlussreich ist ein Brief Picots vom 24. Juni 1820, geschrieben einen Tag nach Vollendung des Gemälde, das nun »par la diligence, au lieu du roulage« nach Deutschland geschickt werden sollte.¹² Er erklärte auch, warum das Bild etwas später geschickt wird: »J'ai pensé qu'il valoit mieux le faire partir quelques jours plus tard que de l'exposer à l'emballer avant qu'il fut bien sec.« Picot bedankte sich ferner beim Grafen, der das Bild bereits in Paris während der Arbeit gesehen hatte, für das Angebot, es für eine Ausstellung zur Verfügung zu stellen.¹³ Die Vorbereitung dieser Ausstellung steht im Mittelpunkt mehrerer Schriftstücke. Mit Brief vom 10. August 1820 hatte der Graf zunächst den Empfang bestätigt, weitere 1.000 Francs überwiesen¹⁴ und sich positiv über das Bild geäußert, auch wenn beim Transport eine Ecke beschädigt worden war. Dennoch blieb er bei dem Angebot, das Gemälde noch einmal nach Paris für die geplante Ausstellung zu senden. Das Thema wurde im Dezember 1821 erneut aufgegriffen,¹⁵ denn im April des folgenden Jahres sollte wieder einer der legendären *Salons de Paris* stattfinden, jene Kunstaussstellungen also, die seit 1667 regelmäßig abgehalten wurden und sich im 19. Jahrhundert einem immer größeren Künstler- und Publikumskreis öffneten. Franz Erwein von Schönborn übersandte das Gemälde im Januar 1822 mit bestimmten Auflagen an Picot. Dieser sollte noch die Transportschäden vom letzten Mal beheben, ihm war zudem verboten, eine Replik zu nehmen. Im weiteren Verlauf zeigte sich aber der Graf nicht abgeneigt, der Verbreitung des Bildes mittels eines Kupferstiches zuzustimmen. Im Katalog der am 24. April 1822 eröffneten Ausstellung, den der Kunsthistoriker und Maler Charles Paul Landon (1760–1826)¹⁶ verfasst hatte, findet sich eine schöne Beschreibung des picotschen Gemäldes:

10 Bott, Ein Kunstsammler (Fn.8), S.115–117 veröffentlichte insgesamt 11 Dokumente, aus denen im Folgenden einige Abschnitte zitiert werden, überwiegend handelt es sich um Schriftstücke von François Picot an »M^r Le Comte de Schoenborn«.

11 Empfangsbestätigung vom 18.4. 1820, ebd., S. 115, Dokument 244.

12 Ebd., Dokument 245.

13 Ebd., »J'ai l'honneur, Monsieur le Comte, de vous renouveler mes remerciements, pour l'offre obligeante que vous avez bien voulu me faire de me renvoyer mon tableau pour la prochaine exposition [...]«.

14 Ebd., Dankbrief des Vaters von Picot vom 28.8. 1820, Dokument 246, und Picots eigener Dankbrief vom 30.8. 1820, Dokument 247.

15 Ebd., Brief von Picot vom 17. 12. 1821, Dokument 248.

16 Laut Titelblatt war Landon ferner »Chevalier de la Légion d'honneur, Peintre de feu S. A. R. M.^{gr} le Duc de Berry, ancien Pensionnaire du Roi à l'École de Rome, Conservateur des tableaux des Musées royaux, Correspondant de l'Institut de France«.

M. Picot a voulu réunir dans ce groupe Raphaël et la Fornarina, jeune femme qu'il aimait éperdument. Elle n'est connue que sous ce nom de *la Fornarina*, à cause de la profession qu'elle exerçait à Rome. Raphaël ne pouvait s'en séparer; et elle ne le quittait guère, même lorsqu'il travaillait. Il est ici représenté assis, tenant un portefeuille, et paraît étudier un paysage; mais on le voit beaucoup moins occupé de son dessin que de sa maîtresse. La maison qu'on aperçoit dans le fond est celle qui fut habitée par Raphaël, aux portes de Rome: elle subsiste encore.

On pourrait croire que la principale intention de M. Picot a été d'offrir une vue de la modeste habitation du plus grand peintre qui ait existé, et cette vue n'est pas sans intérêt; mais la composition des figures n'a rien de bien saillant, sur-tout rien qui caractérise l'artiste célèbre qu'il a voulu représenter, et dont le spectateur aimerait à retrouver ici les traits assez généralement connus. On pouvait s'attendre à voir Raphaël au milieu de ses immenses et immortelles peintures du Vatican, se délassant de ses travaux près de l'objet de ses plus tendres affections; mais nous ne voyons dans ce tableau qu'un personnage très-ordinaire, qu'un jeune artiste ou un amateur traçant le croquis d'un paysage, et se détournant un peu pour recevoir les caresses extrêmement naïves d'une petite villageoise. Le mérite du pinceau est donc la seule chose qui puisse donner du prix à ce tableau, d'après la manière dont il est conçu. En effet, l'exécution en est fort agréable, mais non pas exempte de reproche. La touche offre un peu de mollesse; et c'est un point capital dans un morceau de ce genre. Cette mollesse provient en partie des glacis répandus avec peu de ménagement sur les masses lumineuses, qu'ils ont l'inconvénient d'obstruer et d'alourdir. Croyant donner plus de vigueur et de piquant à l'effet de son tableau, le peintre a porté une ombre sur toute la partie supérieure des deux figures. Cette ombre est d'un ton bleuâtre très-prononcé, et, malgré le reflet qui l'atténue un peu, elle laisse dans l'obscurité les traits des deux seuls personnages dont se compose le tableau, et que l'on voudrait voir dans la lumière, pour mieux juger leur expression.¹⁷

Die Stahlstiche von Etienne Achille Réveil

Als Tafel 30 war dem erwähnten Katalog zudem ein Stahlstich von Réveil beigefügt (siehe Abb. 1). Etienne Achille Réveil hat das Motiv seines Stiches sechs Jahre später im Rahmen eines mehrbändigen Werkes über Malereien und Skulpturen in öffentlichen und privaten Galerien Europas wiederverwendet.¹⁸

17 C. P. Landon, *Salon de 1822, Recueil de morceaux choisis parmi les ouvrages de peinture et de sculpture exposés au Louvre le 24 avril 1822, et autres nouvelles productions de l'art, gravés au trait, avec l'Explication des sujets et quelques Observations sur le mérite de leur exécution*, Bd. 2 (Annales du musée et de l'école moderne des beaux-arts), Paris 1822, S. 51 f.

18 Jean Duchesne, *Musée de peinture et de sculpture, ou Recueil des principaux*



Abb. 1: *Raphaël et la Fornarine*, Stich von Achille Réveil, Paris 1822.

Beim Gegeneinanderhalten beider Abbildungen zeigt sich, dass die spätere in ihrer künstlerisch differenzierten Ausgestaltung von 1828 deutlich von der Fassung von 1822 abwich. Das beginnt mit der Größe des Gebäudes auf der linken Seite und der Höhe des Baumes und lässt sich über viele Details der Bildgestaltung, etwa der Ausgestaltung des Kleides der Fornarina, bis hin zu den

tableaux, statues et bas-reliefs des collections publiques et particulières de l'Europe, dessiné et gravé à l'eau forte par Réveil, Bd. 3, Paris 1828, mit englischem Titel *Museum of Painting and Sculpture, or, Collection of the Principal Pictures, statues and Bas-Reliefs in the public and private Galleries of Europe, drawn and etched on steel by Reveil*, London 1828. Das Werk erschien in Lieferungen, jeweils zwölf im Jahr, sie wurden dann später vom jeweiligen Benutzer individuell und damit nicht immer chronologisch zusammengebunden. Picot mit der Nr. 215 war Teil der 12. Lieferung des Jahres und dürfte damit im Dezember 1828 erschienen sein.



Abb.2: *Raphaël et la Fornarine*, Stich von Achille Réveil, Paris 1828.

am rechten Bildrand angedeuteten Petersdom verfolgen. Die Unterschiede sind so groß, dass der zweite Stich nicht von dem ersten abgenommen worden sein konnte. Da der frühe Stich von 1822 direkt nach dem Gemälde erfolgte, musste die 1828er Version auf einer zunächst noch unbekannten Zwischenquelle basieren. Die Abb.2 zeigt diese Version. Sie erschien unverändert auch noch in einer späteren Ausgabe des *Musée de peinture et de sculpture* aus den 1870er Jahren.¹⁹

In der Ausgabe des *Musée* 1828 wurden Bild und Künstler ausführlich vorgestellt. Das Buch erschien in englischer und französischer Sprache. Zu dem Gemälde heißt es:

¹⁹ *Musée de peinture et de sculpture [...] avec des notices descriptives, critiques et historiques par Louis et René Mènard*, Paris 1872, Bd. 8, dort als Tafel 73.

RAPHAEL AND FORNARINA.

Fornarina, or the baker's wife, was one of the models of which Raphael made so much use, probably because the character of her head had more grace, more beauty and more correctness in the features than those of others; perhaps also because the charms he found in her inspired him with sentiments, that induced him to have her almost always near, even when he studied.

M. Picot, the painter of this picture, has adopted this opinion; he supposes that Raphael, sitting near the house he occupied at the gates of Rome, is about tracing upon paper the beautiful view before him; but he is interrupted in his attempt, and it is easily to be seen that the love which occupies him, has not in this instance been inspired by the fine-arts.

The composition of this picture is sufficiently graceful, but the execution of it is not so free as could be wished: the trees give a shadow which throws the only two figures that compose the picture, into middle tint. This production was exhibited at the Saloon in 1822, and has been engraved by M. Garnier. It forms part of M. Schönborn's cabinet, at Mayence.

Height, 2 feet 3 inches; breadth, 1 foot 10 inches.²⁰

Auch die deutsche Öffentlichkeit wurde gelegentlich über das Bild und den Standort informiert: »Raphael vor seinem Landhause sitzend und neben ihm Fornarina, von der untergehenden Sonne beleuchtet, ist ein sehr schönes Gemälde von Picot, in der Sammlung des Grafen Schönborn zu Reichartshausen am Rhein.«²¹ Nach dem Tod Franz Erwein von Schönborns 1840 übernahm dessen Sohn Graf Erwein Damian von Schönborn-Wiesentheid (1805–1865) die Sammlung und überführte sie nach München, wo er in der Ottostraße Nr. 9 ein prachtvolles Palais erbauen ließ, in dem die Gemälde in einer Galerie ausgestellt wurden. Die Spur des Originalbildes von Picot verliert sich 1865 mit der Versteigerung dieser Sammlung in München,²² wo sie von einem Käufer namens von Hirsch erworben wurde.²³

20 Musée de peinture et de sculpture 1828 (Fn. 18), Nr. 215. Beigegeben war auch der erwähnte Stich des Gemäldes, siehe Abb. 2.

21 G. C. Braun, »Raphaels Tod und Charakteristik (Beschluß)«, in *Quartalblätter des Vereines für Literatur und Kunst zu Mainz* 4/4 (1833), S. 3–13, hier S. 8, Fußnote.

22 Auktion am 9.10.1865 bei Ludwig von Montmorillon, siehe *Catalog der ausgezeichneten Sammlung von Oelgemälden neuerer Meister Seiner Erlaucht des Grafen von Schönborn-Wiesentheid*, München 1865, S. 14, Nr. 49.

23 Bott, *Ein Kunstsammler* (Fn. 8), S. LXXXVI: »dieser Sammler konnte nicht eindeutig identifiziert werden; eine Familie von Hirsch lebt heute in Planegg.« Höchstwahrscheinlich dürfte der Käufer der Königlich Hofbankier und Gutsbesitzer Joseph von Hirsch (1805–1885) in Planegg bei München oder sein Bruder, der Würzburger Bankier Joel

Der Auktionskatalog von 1865 bietet schließlich wichtige Details zum Gemälde des damals noch lebenden Picot:

Raphael und Fornarina in seinem Garten, am Fusse einer Statue, am Boden liegt eine Zeichnung der Madonna della Sedia. Im Hintergrunde links die Behausung des Meisters, rechts in der Ferne Rom. Bez. Picot 1820. Auf Leinwand. Höhe 2' 3", Breite 1' 11". Diese Composition, einer der bedeutendsten Schöpfungen Picot's wurde durch den Stich Garnier's vervielfältigt.²⁴

Der Kupferstich von François Garnier und seine Adaptionen

Der im vorangegangenen Zitat genannte »Stich Garnier's« war bereits 1824 entstanden. François Garnier legte damals einen Kupferstich vor, der so bedeutend war, dass er sogar in eine biografische Skizze des arrivierten Künstlers aufgenommen wurde:

GARNIER (François), graveur, r. du Faubourg-St.-Jacques, 39, né à Brest, él. de Bervic. On doit à cet artiste: Le portrait de M. Pozzo di Borgo, d'après Gérard; Orphée et Eurydice, d'après Drolling; Raphaël et la Fornarina, d'après Picot, tous deux exp. en 1824 [sic, recte 1822]; Portrait de Charles X, d'après Gérard, exp. en 1827; Le tombeau de Sainte-Hélène, d'après Gérard. Il a obtenu une méd. d'or au salon de 1824, et tient atelier.²⁵

Unter der Rubrik »Neue Kupferstiche« vermeldete das *Kunst-Blatt* im Sommer 1825 etwas kritisch:

Jacob von Hirsch (1789–1876) gewesen sein. Siehe auch Joseph Prys, *Die Familie von Hirsch auf Gereuth. Erste quellenmäßige Darstellung ihrer Geschichte*, München 1931.

24 Catalog der ausgezeichneten Sammlung von Oelgemälden neuerer Meister (Fn. 22), S. 14. Zur Formatangabe unterrichtet das Vorwort: »[...] das Mass, dessen wir uns bedienen, ist das altfranzösische, da es bisher wohl das gebräuchlichste und am Meisten bekannte ist; vielleicht (?) sind wir so glücklich, in einem unserer nächsten Cataloge das deutsche Einheits-Mass, an dem eine Bundescommission zu Frankfurt gegenwärtig labort, in Anwendung bringen zu können.«, ebd., S. V. Zum Hintergrund des Ringens um ein einheitliches metrisches Maß siehe Cornelia Mayer-Stoll, *Die Maß- und Gewichtsreformen in Deutschland im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Carl August Steinheils und der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Abhandlungen, Neue Folge; Heft 136), München 2010.

25 Art. »Garnier (François)«, in Charles Gabet, *Dictionnaire des artistes de l'école française, au XIXe siècle: Peinture, Sculpture, architecture, gravure, dessin, lithographie et composition musicale*, Paris 1831, S. 290.

Raphael et la Fornarina, gem. von Picot, gest. v. Garnier. 10 fl.

Die Geliebte schlingt ihre Arme zärtlich um den Künstler, der eben mit einem Gemälde beschäftigt ist, aber der Palette über ihrem Anblicke vergißt. Die Erfindung ist ziemlich alltäglich, und es hätte der störenden Bildsäule des Amor nicht bedurft, um den Moment zu erklären, zumal da der Ausdruck von Sensualität in den beyden Gesichtern nur zu stark angegeben ist. Indessen ist die Composition nicht ohne Geist und Anmuth. Der Kopf der Fornarina hat aber etwas Gemeines und Unedles, auch mag die Wirkung der Streiflichter in dem Gemälde leicht besser seyn, als in dem Kupferstiche, der überhaupt manches zu wünschen übrig läßt.²⁶

Es muss dieser Kupferstich gewesen sein (siehe Abb.3), der das Gemälde bekannt machte. Er war, wie die Bildunterschriften zeigen, in Paris gestochen worden²⁷ und ganz eindeutig mit Genehmigung von Schönborn entstanden: »Gravé d'après le Tableau original appartenant à M^r: le Comte de Schoenborn.« Der Briefwechsel mit Picot lässt erkennen, dass diese Zeile auf ausdrücklichen Wunsch des Besitzers ergänzt wurde. Bereits vor der Ausstellungseröffnung war das Gemälde auf große Resonanz gestoßen und Picot formulierte eine Bitte:

Beaucoup de personnes ont déjà vu votre Tableau dans mon atelier, et il a été trouvé mieux que je ne l'espérais. Sur mon refus d'en faire des copies, d'après la promesse que je vous en ai faite, on m'a beaucoup engagé à le faire graver. Ceque je ferai si vous m'en donnez la permission [...].²⁸

Als Stecher schlug Picot François Garnier vor (»un de nos habiles graveurs«). Am 2. Juni 1822 kam Franz Erwein von Schönborn auf den geplanten Stich zu sprechen.²⁹ Generell einverstanden, dass Garnier den Stich übernehme, stellte er als Forderung: »J'y mets cependant la condition, que vous veuillez bien avoir la complaisance, de faire marquer sur l'estampe, que le tableau se trouve dans ma collection.«³⁰ Ganz offensichtlich ist das Bestreben des Grafen, seine Sammlung nicht zu verstecken, sondern sie durchaus auch publik zu machen. Das Gemälde ging im August 1822 zurück in den Rheingau, wobei sich die Rücksendung noch verzögerte, da Picot eine neue Zeichnung als Vorlage für den Garnier-Stich angefertigt hatte und diese noch verbessern wollte.³¹ Die Herstellung des Stiches verzögerte sich aus unbekannten Gründen noch um fast zwei Jahre. Erst am

26 »Neue Kupferstiche«, in *Kunst-Blatt*, Nr. 45, 6. 6. 1825, S. 177.

27 A Paris chez Auvray Frères, Quai Malaquais No. 11.

28 22. 3. 1822, Bott, Ein Kunstsammler (Fn. 8), S. 116, Dokument 250.

29 2. 6. 1822, ebd., S. 116, Dokument 251, Dank auf den Brief Picots vom 22. 3. 1822.

30 Ebd., S. 116 f., Dokument 251.

31 »Ils m'ont été neccessaires pour retoucher le dessin qui avait été fait pour la gravure, et que j'ai désiré etre aussi bien qu'il était en mon pouvoir.«, Brief Picots vom 19. 8. 1822, ebd., S. 117, Dokument 252.

16. November 1824 konnte Picot dem Grafen zwei Belegexemplare zukommen lassen.³² Etwa zeitgleich annoncierte eine französische Zeitung:

Le joli tableau de M. Picot, représentant *Raphaël et la Fornarina* [sic], vient d'être gravé avec beaucoup de succès par M. Garnier.

Le prix de cette gravure, qui se trouve chez MM. Auvray, frères, quai Malaquais, n° 11, est: sur papier de Chine, 60 fr.; avant la lettre, 40 fr., et avec la lettre, 20 fr.³³

Die Abzüge des relativ großen Kupferstichs (Format: hoch 460 × 380 mm) wurden von Durand & Sauvé hergestellt³⁴ und sind mittlerweile selten geworden, 1993 konnte kein Exemplar nachgewiesen werden.³⁵ Der Vergleich mit der Réveil-Fassung von 1828 (Abb. 2) zeigt, dass dieser Garnier-Stich von 1824 (Abb. 3) die unmittelbare Vorlage für Réveil gewesen sein muss und damit die gesuchte Zwischenquelle sein dürfte. Der Garnier-Kupferstich war Ausgangspunkt für eine weite Verbreitung des Bildes. Noch vor Réveil erschien Ende 1825 im beliebten *Almanach des Dames* für 1826 ein kleinformatiger Stich von Marie Auguste Delvaux (1786 bis nach 1836), der die Vorlage von Garnier detailgetreu umsetzte (Abb. 4).³⁶

Ebenfalls in den 1820er Jahren entstand eine Aquatinta-Arbeit des italienischen Graveurs Alessandro Angeli in Zusammenarbeit mit Giovanni Battista Airaghi (1803–1855).³⁷ Diese wiederum fungierte zeitnah als Vorlage zu einer Porzellanmalerei von A. L. Maitre auf einer Vase, die – zusammen mit einem weiteren Schmuckstück – im Jahre 2012 für 18.125 Euro versteigert wurde.³⁸

32 Ebd., S. 117, Dokument 253. Das eigenhändige Verzeichnis der Kupferstiche in der Sammlung von Franz Erwein von Schönborn nennt noch Jahre später ein Exemplar: »Garnier ›Raphael et la Fornarina‹ – nach einem Gemälde von Picot in der Sammlung zu Schloß Reichartshausen, v. d. Sch.«, ebd., Anhang, S. 215.

33 *Journal de Paris et des Départemens, politique, commercial et littéraire*, Nr. 333, 19. 11. 1824, S. 4, Rubrik ›Gravures‹. Ähnlich bereits in *Le Constitutionnel, Journal du Commerce, politique et littéraire*, Nr. 322, 17. 11. 1824, S. 4.

34 »Imprimé par Durand & Sauvé.« Eine positive Besprechung des Stiches auch in *Revue encyclopédique, ou Analyse raisonnée des productions les plus remarquables dans les sciences, les arts industriels, la littérature et les beaux-arts* 26 (1825), S. 616.

35 Bott, Ein Kunstsammler (Fn. 8), S. XXXV: »Da Stich und Gemälde bis heute noch nicht wiederentdeckt werden konnte [...].«

36 *Almanach des Dames, pour l'An 1826, A Tubingue, Chez J: G: Cotta, Libraire. A Paris, Chez Treuttel & Wurtz*, darin waren 8 Kupferstiche beigegeben, als Nr. IV: »Raphaël et la Fornarina.« (Picot pinx'. / Delvaux sc.), Originalformat: hoch 75 × 59 mm.

37 Ein Exemplar in Italien, Monza (MB), Civica Raccolta di Incisioni Serrone Villa Reale, Abbildung online unter <http://www.lombardiabeniculturali.it/stampe/schede/CM010-01257/> (25. 1. 2015).

38 Christie's, Paris, sale 3515, 500 ans. *Arts Décoratifs Européens* (7. 11. 2012), lot 57.



Abb. 3: *Raphael et la Fornarina*, Kupferstich von François Garnier (1824).
Zu diesem Bild instrumentierte Felix Mendelssohn Bartholdy das Andante (senza Variazioni) aus der Klaviersonate op. 26 von Ludwig van Beethoven.

Ein Urheberrechtsstreit

Das wohl größte Aufsehen erregte Picots *Raphael et la Fornarina* durch einen Urheberrechtsstreit, der sich zwischen 1829 und 1832 um die Verwendung des Motivs in Bronzefiguren entzündete und als Vittoz-Bertren-Affäre in die Annalen der französischen Justiz einging.³⁹ In Paris stand damals die Kunst des Bronzegusses in hoher Blüte.⁴⁰ Gaspar Joseph Vittoz (1789–1870), Hersteller

39 Noch 25 Jahre später wird der Fall als Musterbeispiel erwähnt: Désiré Dalloz, »De la contrefaçon en matière d'écrits et d'œuvres d'art«, in *Répertoire méthodique et alphabétique de législation, de doctrine et de jurisprudence*, Nouvelle Édition, Paris 1857, Bd. 38, Kap. 7, S. 507, § 407.

40 Berühmte Vertreter waren Pierre Philippe Thomire (1751–1843) oder André



Abb.4: *Raphaël et la Fornarina*, Kupferstich von Marie Auguste Delvaux (1825).
Tafel IV aus: *Almanach des Dames, pour l'An 1826*.

von Uhren, Vasen und Kandelabern hatte im Juli 1829 das Motiv aus Picots Gemälde (wohl nach einem Stich) aufgenommen und die ersten Uhren (*Pendules*) verkauft, die er mit Bronzefiguren von *Raphael und Fornarina* versah. Die feinziseliert ornamentierten und mit geschmackvollen Figuren versehene Uhren dieser Art waren beliebte Kunstobjekte und keine notwendigen Gebrauchsgegenstände für den Haushalt. Nachträglich auf eine Legalisierung bedacht, ging Vittoz im November 1829 auf Picot zu. Am 12. Dezember 1829 kam es zu einem beidseitig unterzeichneten Vertrag, bei dem der Maler für 500 Francs alle Rechte der bildlichen Darstellung an Vittoz abtrat. Unabhängig davon hatte ein weiterer Bronzegießer namens Bertren das äußerst populäre

Antoine Ravrio (1759–1814). Zu den bekanntesten Uhrmacherfirmen gehörte die Manufaktur von Abraham Louis Breguet (1747–1823), die ab 1808 von seinem Sohn Antoine Louis Breguet (1776–1858) und ab 1833 von seinem Enkel Louis Clément François Breguet (1804–1883) weitergeführt wurde.

Motiv von Picots Gemälde aufgegriffen und ebenfalls zu Uhren mit Bronzefiguren verarbeitet. Dagegen schritt nun Vittoz ein und erwirkte die Konfiskation aller Modelle Bertrens durch die Polizei. Im Jahre 1831 kam es zu einem Gerichtsprozess, der klärte, dass letztlich keiner im Recht war. Picot verfügte nach dem geltenden Gesetz vom 19. Juli 1793 nur über die Rechte am Gemälde und nicht an der Weiterverwendung des Motivs, konnte also nichts an Vittoz abtreten. Dieser hatte ungefragt die Figuren hergestellt und erst nachträglich einen Vertrag geschlossen. Bertren schließlich hatte nicht die Vittoz-Uhren imitiert, sondern eine eigene Nachbildung des Picot-Gemäldes vorgenommen. Das Verfahren endete mit einer Strafe von 600 Francs für Vittoz, der auch die Kosten des Verfahrens zu tragen hatte. Die ausführliche Berichterstattung in juristischen Fachblättern und in allgemeinen Journalen der Zeit belegen, wie dieser »Proces en contrefaçon. *La Fornarina, de M. Picot*« auf das Interesse der Zeitgenossen stieß.⁴¹

***Raphael und seine Geliebte* als ›lebendes Bild‹ auf dem Theater**

Picots Gemälde fand nicht nur in Kupferstichen und weiteren Abbildungen Verbreitung, sondern wurde, wie im Folgenden zu zeigen ist, auch als ›lebendes Bild‹ auf die Theaterbühnen des 19. Jahrhunderts geholt. Das ›lebende Bild‹ (*Tableau vivant*) war eine Darstellungsweise, bei der ausgehend von einer konkreten Bildvorlage (oder einer literarischen Arbeit) ein bestimmtes Motiv von in einer bestimmten Position verharrenden Schauspielern auf der Bühne nachgestellt wurde. Dazu erklang in der Regel eine untermalende Musik. Die Kultur der ›lebenden Bilder‹ wurde im 19. Jahrhundert in Düsseldorf zu beeindruckender Blüte geführt. Das Zusammengehen von darstellerischen und musikalischen Elementen unter Einbeziehung der bildenden Kunst war möglich durch ein einmaliges Zusammentreffen von ambitionierten Künstlerpersönlichkeiten. Da waren einerseits die Vertreter der Düsseldorfer Kunst-

41 Gleich in mehreren Zeitungen wird berichtet: *Gazette des Tribunaux. Journal de jurisprudence et des débats judiciaires* 7 (1831), Nr. 1978 vom 16. 12., S. 160; *Journal des artistes ou Revue pittoresque et musicale* 6 (1832), Nr. 1 vom 22. 1., S. 73–77; *Journal du Palais. Recueil le plus ancien et le plus complet de la jurisprudence française* 24 (1831/32), Paris 1841, Bericht vom 14. 12. 1831, S. 443–446; *Journal du Palais, présentant la jurisprudence de la cour de cassation et des cours d'appel de Paris et des départemens* 3 (1832), S. 98–104 mit ausführlicher Urteilsbegründung und längeren Auszügen aus der Verteidigungsrede von Bertren.

akademie um den Direktor Wilhelm von Schadow (1788–1862),⁴² andererseits die Bemühungen des Schriftstellers und Theaterintendanten Karl Leberecht Immermann (1796–1840) um die Kultivierung der Schauspielkunst und die Erneuerung des Düsseldorfer Stadt-Theaters. Schließlich gesellte sich dazu Felix Mendelssohn Bartholdy mit seiner überschäumenden Energie, Fantasie und kompositorischen Schaffenskraft.

Am 2. März 1826 waren in Berlin erstmals ›lebende Bilder‹ auf der Bühne gestellt worden, darunter auch »Raphael und seine Geliebte, nach einem Bilde von Picot, dazu Barcarole von Mad. Gail, gesungen von Dem. Carl und Hoffmann und Hrn. Berend«.⁴³ Das *Morgenblatt für gebildete Stände* lobte: »Von dem Picot'schen Raphael mit seiner Geliebten war die Wiederholung verlangt, und das Bild machte durch seine Einfachheit und ungestörte Stille auch den meisten Eindruck«.⁴⁴

Raphael et la Fornarina diente auch 1834 als Vorlage für ein ›lebendes Bild‹ am Düsseldorfer Stadt-Theater. Damals war Felix Mendelssohn Bartholdy Musikdirektor in der rheinischen Stadt. Er hat für die in seiner Zeit relativ neue Darstellungsform der ›lebenden Bilder‹ sowohl fremde Stücke bearbeitet als auch eigene komponiert. Am besten dokumentiert und durch einen ausführlichen Brief detailliert beschrieben, ist eine Aufführung einzelner Musikstücke aus Händels *Israel in Ägypten* und *Judas Maccabäus* anlässlich des Besuch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm am 20. Oktober 1833.⁴⁵ Mendelssohns eigene Kompositionen zum Thema sind überschaubar. Neben dem Männerchor *Musikantenprügelei*⁴⁶ MWV G 13 war das zunächst eine Musik zum Vor-

42 Maler wie Theodor Hildebrandt (1804–1874), Carl Friedrich Lessing (1808–1880), Johann Wilhelm Schirmer (1807–1863) oder Carl Ferdinand Sohn (1805–1867).

43 *Allgemeine musikalische Zeitung* 28 (1826), Nr. 16 vom 19. 4., Sp. 262, weiter hieß es: »[...] den glücklich gewählten Hintergrund und die geschickt wechselnde Beleuchtung für jedes Bild verdankte man dem Talente und der Thätigkeit des Hrn. Inspector Gropius. Bey Raphael und seiner Geliebten rief man nicht ohne Erfolg da Capo«, ebd., Sp. 263. Die Begleitmusik stammte von Edmée Sophie Gail (1775–1819), sie erschien 1821 als *La Barcarole, chanson Venitienne, arrangée à 3 voix par Mad. Gail* bei Simrock in Bonn, siehe die kurze Rezension in *Allgemeine musikalische Zeitung* 23 (1821), Nr. 42 vom 17. 10., Sp. 720.

44 *Morgenblatt für gebildete Stände* 20 (1826), Nr. 81 vom 5. 4., S. 324.

45 Siehe Mendelssohns Brief vom 26. 10. 1833 an Schwester Rebecka Dirichlet, erstmals gedruckt in: Paul und Carl Mendelssohn Bartholdy (Hg.), *Briefe aus den Jahren 1833 bis 1847 von Felix Mendelssohn Bartholdy*, Leipzig 1863, S. 13–15.

46 Ralf Wehner, »Zwischen ausgelassener Fröhlichkeit und patriotischer Pflichterfüllung. Zu einigen Männerchören von Felix Mendelssohn Bartholdy«, in *Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften*, Heft 11 (2013), S. 87–111, auch online: http://denkstroeme.de/heft-11/s_87-111_wehner (25. 1. 2015), darin speziell S. 95–99 mit Reproduktion des Bildes auf S. 98.

spiel *Kurfürst Johann Wilhelm im Theater* MWV M 9, die zur Eröffnung des Düsseldorfer Stadt-Theaters am 28. Oktober 1834 nach einem Text von Karl Immermann geschrieben worden war.⁴⁷ Zu diesem festlichen Anlass dirigierte Mendelssohn auch eine *Festmusik von Beethoven*, vermutlich dessen Ouvertüre zu *Die Weihe des Hauses* op. 124.⁴⁸ Einleitend erklang Carl Maria von Webers *Jubelouvertüre*, dann kam das neue Immermannstück. Dieses Vorspiel ist ein kurzes Drei-Personen-Stück, das vom geistreichen, zum Teil auch humorvollen Zwiegespräch zwischen dem Architekten des neuen Theaters und seinem Gehilfen lebt.⁴⁹ Beziehungsreich flocht Immermann dazu die stumme Rolle des auf dem Marktplatz vor dem Theater stehenden überlebensgroßen Reiterstandbildes des Kurfürsten Johann Wilhelm (Jan Wellem genannt), des Schutzpatrons der Stadt, ein, das jeder Düsseldorfer kannte. Die Idee war gleichermaßen originell und naheliegend, konnte sich doch Immermann sicher sein, dass das Publikum mit der vom Hofbildhauer Gabriel Grupello (1644–1730) geschaffenen bronzenen Figur als Wahrzeichen der Stadt mehr anfangen konnte als mit der historischen Person des 1658 geborenen Johann Wilhelm von Pfalz-Neuburg, Herzog von Jülich und Berg, seit 1690 Kurfürst von der Pfalz, der 1716 in Düsseldorf gestorben war. So schuf der Dichter eine Identifikationsebene für die Zuschauer und gleichzeitig ein wirksames und beziehungsreiches Bühnenbild, das durch die abschließende Einbeziehung eines ›lebenden Bildes‹ seine Krönung fand. Immermanns Ziel, mit dem eigens zu dem Anlass verfassten Text das Publikum direkt und aktuell anzusprechen, wurde bei der Uraufführung zur Zufriedenheit des Textdichters erreicht:

[...] und da die Leute ihren Marktplatz mit dem Pferde sahen, und von Actio-
nairen[,] Pempelfort, Rath der Alten, Überbau und dergl. mehr reden hörten, so
konnte es mehreren Stellen an Beifall nicht fehlen. Zuletzt erschien das Tableau,
welches wirklich einen entzückenden Anblick gewährte, den sich das Publicum
denn auch gefallen ließ.⁵⁰

47 Ralf Wehner, »... das sei nun alles für das Düsseldorfer Theater und dessen Heil ...« Mendelssohns Musik zu Immermanns ›Kurfürst Johann Wilhelm im Theater‹ (1834)«, in *Die Musikforschung* 55/2 (2002), S. 145–161.

48 Dieses Werk war in Düsseldorf bereits am 3. 5. 1834 unter Mendelssohns Leitung erkungen.

49 Erstdruck des immermannschen Textes im Anhang von [Dietrich Christian] Grabbe, *Das Theater zu Düsseldorf mit Rückblicken auf die übrige deutsche Schaubühne*, Düsseldorf 1835, S. 91–111.

50 Eintrag für den 28. 10. 1834, Karl Leberecht Immermann, *Zwischen Poesie und Wirklichkeit. Tagebücher 1831–1840*, nach den Handschriften unter Mitarbeit von Bodo Fehlig hg. von Peter Hasubek, München 1984, S. 368.

Die positive Wirkung des Tableaus wurde ausgenutzt, indem es wenige Tage später gleich noch einmal verwendet wurde. Am 8. Dezember 1834 kamen drei »Lebende Bilder mit Musikbegleitung«⁵¹ zur Aufführung. Die *tableaux vivants* wurden von den Malern Theodor Hildebrandt und Carl Ferdinand Sohn in Szene gesetzt, die Musikeinrichtung stammte von Felix Mendelssohn Bartholdy. Der Zeitungsanzeige zufolge wurde gegeben: »1) Raphael und seine Geliebte von Raphael. 2) Das trauernde Königspaar von Lessing. 3) Der Parnaß von Raphael.«⁵² Das letztgenannte Bild ist ein Hinweis darauf, dass zu diesem Anlass der zweite Teil der Musik zu Immermanns Vorspiel *Kurfürst Johann Wilhelm im Theater* noch einmal erklingen ist, denn der raffaelsche *Parnaß* war es gewesen, für den man sich letztlich entschieden hatte, und zwar in der Fassung von Giovanni Volpato.⁵³ Ursprünglich war ein anderes Tableau geplant gewesen: »H. Hildebrandt legte den Kupferstich von Volpato, »Der Parnaß von Raphael« vor. Es wurde beschlossen, danach und nicht nach dem Ruscheweihschen⁵⁴ Blatte das Tableau im Vorspiele zu stellen. H. Hildebrandt versprach das Arrangement dieses lebenden Bildes zu leiten.«⁵⁵

Mendelssohns Musik *Raphaels Geliebte*

Für unseren Zusammenhang interessant sind nun die beiden anderen in der Zeitungsanzeige erwähnten Bilder, zu denen, wie zu zeigen sein wird, beethovensche Musik in der Bearbeitung von Felix Mendelssohn Bartholdy erklang.

51 Laut Anzeige in der *Düsseldorfer Zeitung* vom 7. 12. 1834, S. 4, bestand der Abend aus drei Teilen. Zunächst wurde Pierre-François Mervilles Lustspiel *Les deux Anglais* (1817) gegeben, frei nach dem Französischen von Carl Wilhelm August Blum als *Die beiden Briten*, es folgte die »Symphonie in C moll von Beethoven«, den Schluss bildeten die »lebenden Bilder«.

52 Ebd.

53 *Der Parnaß* wurde auch am 16. 9. 1836 anlässlich eines Besuches des preußischen Kronprinzen als lebendes Bild gestellt. Bei diesem Anlass beschrieb Immermann das Tableau näher: Immermann, Tagebücher (Fn. 50), S. 499. Es liegt nahe, dass auch hier Mendelssohns Musik erklang.

54 Der ursprünglich aus Neustrelitz stammende Zeichner und Kupferstecher Ferdinand Ruscheweihs (1785–1845) lebte seit 1808 in Italien, wo er der katholischen Kirche beitrug.

55 Eintrag für den 15. 10. 1834, Immermann, Tagebücher (Fn. 50), S. 353. Eine Reproduktion des erwähnten Kupferstichs von Volpato in Andreas Ballstaedt, Volker Kalisch und Bernd Kortländer (Hg.), *Bürgerlichkeit und Öffentlichkeit. Mendelssohns Wirken in Düsseldorf*, Schliengen/Markgräflerland 2012, S. 52 und in Wehner, *Kurfürst* (Fn. 47), S. 158. Der Stich von Volpato befand sich damals in der Sammlung der Kunstakademie Düsseldorf und wird heute in Düsseldorf, Museum Kunstpalast, unter der Inv. Nr. KA (FP) 16788 D aufbewahrt.

Carl Friedrich Lessings *Das trauernde Königspaar*, eine große Tafelmalerei aus dem Jahr 1830,⁵⁶ machte den Maler schlagartig berühmt. Von den Zeitgenossen wurde Uhlands Gedicht *Das Schloss am Meere* (1805) als literarische Vorlage empfunden, obwohl Lessing diesen Gedanken von sich wies.⁵⁷ Zu einem Dürerfest am 2. Mai 1833 war das Lessing-Tableau jedenfalls mit einer Vertonung des Uhland-Gedichtes gestellt worden.⁵⁸ Das andere lebende Bild ging auf Picots *Raphael et la Fornarina* zurück. Aber welche Musik erklang? Dafür mussten zunächst zwei Quellenfragmente zusammengefügt werden, die sich in der Handschrift von Felix Mendelssohn Bartholdy an unterschiedlichen Orten erhalten haben. Das erste war schon länger bekannt. Es befindet sich als Teil der Bibliothèque du Conservatoire in der Bibliothèque nationale de France, Paris und war 1934 bei einer Beschreibung der Mendelssohnbestände erwähnt worden.⁵⁹ Die autografe Partitur trägt die Überschrift *Zum trauernden Königspaar*, darunter die Bezeichnung *Marcia funebre*. Kompositorische Vorlage für diesen Satz bildet der berühmte Trauermarsch in as-Moll aus Beethovens Klaviersonate op. 26. Hier fand er sich in einer großen Besetzung mit doppeltem Holz, je zwei Trompeten und Hörnern, drei Posaunen, Timpani, Tamburo und vollem Streichorchester. Allerdings brach der Trauermarsch nach 38 Takten ab. Zwar kam man durch einen entsprechenden *Da Capo*-Hinweis rein rechnerisch bis zum Takt 67 des Beethoven-Satzes, doch es fehlte dennoch ein Ende. Ganz offensichtlich gehörte zu diesem Doppelblatt also eine Fortsetzung, die auch die Musik zu dem zweiten »lebenden Bild« enthalten musste, wenn denn der Marsch für diese Vorstellung gedient haben sollte. Die Fortsetzung der Partitur konnte in Leeds im Nachlass des Mendelssohn-Fanatikers und Sammlers

56 Heute in Sankt Petersburg, Staatliche Eremitage, Inventar-Nr. 4778, siehe Wend von Kalnein (Hg.), *Die Düsseldorfer Malerschule*, [Ausstellungskatalog, Kunstmuseum Düsseldorf 13. Mai bis 8. Juli 1979 und Mathildenhöhe Darmstadt 22. Juli bis 9. September 1879], Düsseldorf/Mainz 1979, S. 390, Schwarz-Weiß-Abbildung 155 ebd., S. 389; Farb-Reproduktion in: Martina Sitt (Hg.), *Carl Friedrich Lessing, Romantiker und Rebell*, [Ausstellungskatalog, Kunstmuseum Düsseldorf 14. Mai bis 30. Juli 2000 und Landesmuseum Oldenburg/Augustum 24. August bis 22. Oktober 2000], Bremen 2000, S. 60. Siehe ferner Hans Körner, »Das trauernde Königspaar« von Carl Friedrich Lessing und das lyrische »Situationsbild« in der Pariser und Düsseldorfer Malerei«, in ebd., S. 29–38.

57 Siehe Kommentar von Peter Hasubek mit Belegen in: Karl Leberecht Immermann, *Briefe*, textkritische und kommentierte Ausgabe in 3 Bden., hg. von Peter Hasubek, München 1978–1987, Bd. 3.2, S. 816.

58 Der Programmzettel listete ohne Komponistenbezeichnung auf: Lebende Bilder. Das trauernde Königspaar nach Lessings Gemälde; dazu Gesang. (Die Romanze: Das Schloß am Meer, von Uhland.), zit. nach Immermann, Briefe, (Fn. 57), Bd. 2, S. 191.

59 F-Pn, Ms. 194, siehe Yvonne Rokseth, »Manuscripts de Mendelssohn à la Bibliothèque du Conservatoire«, in *Revue de Musicologie* 15 (1934), S. 103.

William Thomas Freemantle (1849–1931)⁶⁰ ausfindig gemacht werden. Diese Teilpartitur enthält das vollständige Thema des Andante con Variazioni aus besagter Klaviersonate, das – der Überschrift *Raphaels Geliebte* zufolge – für das Bild nach Picot vorgesehen war, sowie den Anschluss an das Pariser Fragment in Form einer achttaktigen Coda, die den Trauermarsch beendete. Die Beschriftung der Blätter zeigt, dass Mendelssohn bei der Bearbeitung erst den Marsch, dann das Andante instrumentiert haben muss. Real notiert wurden 46 Takte des Trauermarsches und 34 Takte des Andante (senza variazioni). Durch entsprechende Wiederholungszeichen und Da-Capo-Angaben kann der Trauermarsch in der vollen Länge der beethovenschen Vorlage (75 Takte) musiziert werden. Notiert wurde die Bearbeitung mit dunkelbrauner Tinte auf zwei aufeinander folgenden Doppelblättern aus 16-zeiligem Notenpapier ohne Wasserzeichen (Format quer: ca. 250 × 305 mm). Aus der Kenntnis der beiden Handschriften lässt sich folgende Aufteilung rekonstruieren:

- Fol. [1]r Paris, *Zum trauernden Königspaar*. Marcia funebre, Takte 1–10,
- Fol. [1]v Paris, Marcia funebre, Takte 11–20,
- Fol. [2]r Paris, Marcia funebre, Takte 21–31,
- Fol. [2]v Paris, Marcia funebre, Takte 32–38b *Da Capo al F* [bedeutet Wiederholung der Takte 1–29: entspricht Takten 39–67 der Klaviersonate],
- Fol. [3]r Leeds, *Coda* mit Schluss-Schleife, Takte 39–46 [entspricht Takten 68–75 bei Beethoven],
- Fol. [3]v Leeds, *Raphaels Geliebte*, Andante, zwei Akkoladen mit den Takten 1–15 und 16–34,
- Fol. [4]r–v Leeds, rastriert, aber unbeschriftet.

Die Teilung der Quelle muss schon in frühen Jahren erfolgt sein. Freemantle hatte 1887 in Paris bereits ein Fragment erworben, im Katalog hieß es lapidar: »Morceau de musique aut., 2 p. in-4 obl. Jolie pièce. Fragment d'un des ouvrages.«⁶¹ Woher der Musikwissenschaftler, Komponist und Sammler Charles Théodore Malherbe (1853–1911) das dazugehörige, heute in der Bibliothèque nationale de France liegende Doppelblatt erwarb, ist unbekannt. Im Jahre 1878 aber befand es sich noch in der Sammlung des Marquis de Queux de Saint-Hilaire (1837–1889). Aus dessen Bestand wurde in diesem Jahr ein kleiner

⁶⁰ Zu dessen imponierender, mittlerweile weltweit verstreuten Sammlung siehe Ralf Wehner, »There is probably no better living authority on Mendelssohn's Autograph.« W. T. Freemantle und seine Mendelssohn-Sammlung«, in *Mendelssohn-Studien* 16 (2009), S. 333–369.

⁶¹ Maison Gabriel Charavay, *Catalogue d'une importante collection de lettres autographes de célébrités des XVIIIe et XIXe siècles*, Paris (14. Février 1887), lot 204.

Ausschnitt in dem Grundlagenwerk *Les instruments à archet* von Vidal faksimiliert.⁶² Möglicherweise ist das Blatt nach der Faksimilierung nicht mehr mit dem zweiten Blatt vereint worden. Die Sammlung des Marquis wurde zunächst 1890 katalogisiert⁶³ und kam ein Jahr später zur Versteigerung.⁶⁴ Die Beethoven-Adaption Mendelssohns findet darin keine Erwähnung.

Am Abend des 8. Dezember 1834, als die Instrumentation der Klaviersonate im Stadt-Theater Düsseldorf zur Aufführung gelangte, wurde Ludwig van Beethovens 5. Sinfonie aufgeführt. Somit waren nicht nur genügend Musiker für die große Besetzung des Trauermarsches anwesend, es ergaben sich auch zusätzliche Bezüge zum Bonner Komponisten. Letztendlich war das Konzert ein verkappter Beethoven-Abend. Von allen drei Begleitmusiken fordert der *Marcia funebre* die größte Besetzung. Mendelssohn hat durch wechselnde Dichte in der Instrumentation und eine dynamisch sehr differenzierte Partitur, deren genaue Analyse eine eigene Untersuchung wert wäre, Beethovens Vorlage in ihrer Dramatik noch gesteigert und eine klangfarblich äußerst reizvolle Begleitmusik zu Lessings Bild *Das trauernde Königspaar* geschaffen. Zu diesem durch die Instrumentation ins Monumentale gesteigerten *Marcia funebre* steht nun die Musik zu Picots *Raphael und seine Geliebte* in denkbar größtem Kontrast. Dieses Bild wurde als erstes am 8. Dezember 1834 dargeboten. Die der Vorlage entströmende Innigkeit und Intimität des Augenblicks, in dem sich die Liebenden vor den Toren Roms unter einer Statue des Amor umschlingen, versuchte Mendelssohn durch eine kammermusikalische Umsetzung zu unterstreichen. Ursprünglich waren zur Streicherbegleitung jeweils zwei Oboen, Klarinetten und Fagotte vorgesehen. Im Autograf strich Mendelssohn das Wort *Oboi* und ersetzte es durch *Flauti*. Alle Bläser werden allerdings erst in den letzten zehn Takten eingesetzt. Davor ergänzen sie einzeln den für vier bzw. fünf Streichinstrumente ausgesetzten Klaviersatz. Am Anfang sind auch die Bassi noch in Violoncelli und Contrabbassi geteilt (erst ab Takt 15 werden sie bis zum Ende zusammengeführt). Bis Takt 20 sind an Bläsern nur die Fagotte im Einsatz (meist Fagott I col Violino I oder in den Takten 16–20 mit den Bratschen). Dann sollte

62 Louis Antoine Vidal, *Les instruments à archet: les feseurs, les joueurs d'instruments, leur histoire sur le continent européen suivi d'un catalogue général de la musique de chambre*, Bd. 3, Paris 1878, als Tafel CXXII. Im Inhaltsverzeichnis findet sich der Hinweis auf die Provenienz: »Cabinet du marquis de Saint-Hilaire.« Das Faksimile hatte Frédéric Hillemaier gestochen.

63 *Catalogue de la bibliothèque de feu M. le Marquis de Queux de Saint-Hilaire*, Paris 1890, auch *Catalogue de Livres provenant de la Bibliothèque de feu M. le Marquis de Queux de Saint-Hilaire*, Auktion in Paris (5. 1. 1891).

64 Étienne Charavay, *Catalogue de l'importante collection de lettres autographes, composant le cabinet de Feu M. le Marquis Mis de Queux de Saint-Hilaire*, Paris (5. 1. 1891).

ein weiteres Blasinstrument zum Zuge kommen. Mendelssohn notierte die Takte 20–23 zunächst in der ersten Flöte, strich diese und übertrug die Töne – transponiert – in das Klarinetten-System. Der Notation im Takt 25 (wo für die 2. Klarinette Achtelpausen notiert sind) lässt erkennen, dass ab Takt 20 nur die Klarinette I spielen sollte. Auf dem dritten Achtel des Taktes 25 treten alle Bläser hinzu, davon Klarinetten und Fagotte geteilt. Man darf annehmen, dass die Flöten *a 2* musizieren sollten.

SONATE
Op. 26.
Dem Fürsten Carl von Lichnowsky gewidmet.

Andante con Variazioni.

12.

Edition Peters. 9452

Abb. 5: Ludwig van Beethoven, Klaviersonate op.26, Anfang des Werkes mit dem Andante, das Mendelssohn als Untermalung des ›lebenden Bildes‹ *Raphael und seine Geliebte* instrumentierte. Beispielseite hier aus der Neu revidierten Ausgabe der Sonaten, hg. von Louis Köhler und Adolf Ruthardt, erschienen ca. 1910 bei C. F. Peters in Leipzig.

Einen besonderen Effekt erzielte Mendelssohn in den letzten vier Takten. Im Auftakt zu Takt 31 werden die vier Zweiunddreißigstelnoten mit Vorschlag, die im Original der rechten Hand zugewiesen sind und im bisherigen Verlauf des Stückes nur der ersten Violine vorbehalten blieben, gleich von vier Instrumenten in drei verschiedenen Lagen ausgeführt (Flöte I, Klarinette I, Violine I und II), im vorletzten Takt nochmals von Flöte I und Violine I. Mendelssohns Idee und Umsetzung, das Variationsthema der Klaviersonate op.26 mit dem ›lebenden Bild‹ von *Raphael und seiner Geliebten Fornarina* zu verbinden, darf als durchaus originell bezeichnet werden.

Die Veranstaltung am 8. Dezember 1834 war für Karl Immermann Anlass, sich kritisch und in ziemlich drastischen Worten mit der Praxis der ›lebenden Bilder‹ und dem Düsseldorfer Publikum auseinanderzusetzen:

Diese Spielereien hatten wieder sehr volles Haus gemacht. Auch der fromme Graf Stolberg ließ sein ZionsAntlitz in der Loge leuchten.

Denn so ist dieses vornehme, faselnde, pietistische Pack. Von den eigentlichen Gerichten, die man im Hause vorsetzt, wenden sie sich ekel ab, aber Schaumsuppen und Horsd'oeuvres kann der überschwächte Magen noch vertragen.⁶⁵

Allerdings räumte er ein:

Indessen sind jene Kunstspielereien doch nicht ohne anderweitigen Nutzen. Sie erwecken nämlich in den Schauspielern den Sinn für die Gruppe u. das Plastische, woran es ihnen sonst ganz gebricht. Sie denken, wenn sie nur hübsch durch einander laufen, oder die Glieder verrenken, so ist's schon gut.

Unsre technischen Anstalten sind alle in der Kindheit, was wieder durch die mangelhafte Beleuchtung der lebenden Bilder kund wurde, denen nur durch allerhand gewaltsame Mittel das nothdürftige Licht endlich geschafft werden konnte. Raphael u. seine Geliebte sahen hübsch aus, der Parnaß verfehlte seine Wirkung nicht, das Trauernde Königspaar machte sich dagegen traurig.⁶⁶

Die Musik wird bei Immermann nicht erwähnt. Die Leipziger Musikliebhaberin Elise Polko führt dagegen bezüglich der Beethoven-Instrumentation aus:

Wie in jener Zeit des düsseldorfer [sic] Lebens die eine Kunst der andern immer die Hand reichte, so bildeten auch die Beethoven'schen Sonaten in einer neuen Gestalt einen wunderschönen Schmuck der verschiedenen Feste. Mendelssohn hatte mehrere von ihnen instrumentirt und man führte nun einzelne Sätze zu lebenden

⁶⁵ Eintrag für den 8. 12. 1834, Immermann, Tagebücher (Fn. 50), S. 400.

⁶⁶ Ebd.

Bildern auf, die in seltener Vollendung gestellt wurden, und erreichte so, mit Hülfe schöner Frauen und charaktervoller Männerköpfe, die glänzendsten Effecte.⁶⁷

Wenn auch die Formulierung von mehreren »Beethoven'schen Sonaten« möglicherweise etwas zu hoch gegriffen ist, so kann doch jetzt wenigstens für zwei Sätze der Nachweis erbracht werden. Gleichzeitig reiht sich Mendelssohns Instrumentation als würdiger Beitrag in die musikalische Ausprägung der Raffael-Verehrung im 19. Jahrhundert ein.⁶⁸

⁶⁷ Elise Polko, *Erinnerungen an Felix Mendelssohn-Bartholdy. Ein Künstler- und Menschenleben*, Leipzig 1868, S. 45.

⁶⁸ Walter Salmen, »Raffael und die Musik«, in *Freiburger Universitätsblätter* 36/136 (1997), S. 32–56.

Diskussionen

Versprechen und Verantwortung der Medizin

Kaum ein anderer Beruf ist so komplex in die zwischenmenschlichen Beziehungen involviert wie der des Arztes. Neben der Wissenschaftlichkeit und Menschlichkeit spielen auch künstlerische Komponenten eine wesentliche Rolle.¹ Durch die Begegnung zweier Individuen bei Gesprächen und Untersuchungsprozeduren ist eine Standardisierung äußerst kompliziert. Erschwerend kommt hinzu, dass unser Wissen explosionsartig zunimmt und vom Einzelnen gar nicht mehr beherrscht werden kann.

Jeder Arzt ist in zweierlei Hinsicht mit dem Versprechen befasst: Erstens auf der Grundlage von mehr oder weniger wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen für den weiteren Fortgang von Diagnostik und Therapie und zweitens im Sinne von ›Notlügen‹, um den Patienten in vermeintlich hoffnungslosen Situationen zu trösten und ihm Mut zuzusprechen, immer aber unter der Voraussetzung, verantwortungsvoll zu handeln – ein schwieriger Spagat. Um es nochmals zu verdeutlichen, es muss dem Arzt gelingen, in gewissen Situationen dem Patienten die Angst zu nehmen und dessen Last mittragen zu helfen. Mitunter besteht aber der Trost auch in dem Ratschlag, den bevorstehenden Tod anzunehmen und zu respektieren und diesen Prozess ärztlich zu begleiten. Es hilft den betroffenen Patienten sehr, wenn man ihnen aufzeigen kann, was sie in ihrem Leben alles Sinnvolles im Hinblick auf Familie und berufliche Erfolge geleistet und eben auch zu einem guten Ende geführt haben, sodass sie loslassen können.

Nicht besprochen werden sollen hier allgemeingültige Grundsätze der Versprechen seitens der Wissenschaftsdisziplin Medizin – erstens – im Rahmen von Forschungsanträgen im Wettbewerb um forschungsrelevante Ressourcen zur Lösung von speziellen Fragestellungen sowie – zweitens – die allgemeinen gesellschaftsrelevanten Versprechen zwecks prinzipieller Verbesserungen gesundheitlicher Probleme wie Lebensverlängerung, Eliminierung von Krankheiten, Vermeidung von Infektionen oder auch die Optimierung sozialmedizinischer

1 Robert Jütte, »Heilkunst versus Heilkunde aus medizinhistorischer Perspektive«, in *Deutsche Medizinische Wochenschrift* 137 (2012), S. 2683–2688.

Gegebenheiten wie beispielsweise innerhalb der geriatrischen Betreuung. Die Gefahr des Spekultativen oder Verantwortungslosen ist hier groß, insbesondere, wenn die Versprechen nicht fundiert genug sind, wobei die Fragen von Glaubwürdigkeit, Haftung und eben Verantwortungslosigkeit ins Spiel kommen.² Am Beispiel der Eliminierung der Tuberkulose, eine Zielstellung aus dem Jahre 1911, wird 100 Jahre danach im *Lancet* resümiert, dass trotz der Entdeckung der Anti-Tuberkulosa seit Ende der 30er Jahre noch andere Komponenten wie Soziales, Ethnisches, Wirtschaftliches (Bezahlbarkeit) und Politisches eine entscheidende Rolle spielen, d.h. dass das machbare Versprechen der Medizin nicht eingelöst werden konnte.³ Immerhin sind nach WHO-Angaben 2013 noch weltweit 1,5 Millionen Menschen an der Tuberkulose gestorben.

Die berufsständigen Fragestellungen werden im Allgemeinen durch die Bundes/Landesärztekammern, den Marburger Bund, die wissenschaftlichen Fachgesellschaften, die Berufsverbände der Niedergelassenen, Vertreter der Krankenhausärzte und die Krankenkassenärztliche Vereinigung sowie Ethikkommissionen verschiedener Provenienz geregelt.

Das Umfeld, in dem der Arzt agiert, weist viele determinierende Faktoren auf:

1. neue naturwissenschaftlich-medizinische Erkenntnisse wie molekularbiologische Diagnostik, Gentechnologie, Biotechnologie, embryonale Stammzellforschung, Transplantationsmedizin, genetisches Enhancement, Neuroendokrinologie, Fortschritte der Bildgebung und Gesundheitstechnologie und vieles andere mehr,
2. mangelnde Zeit für persönliche Beratung,
3. medizinethische Reflexionen, wie zum Beispiel Konflikte am Beginn (Insemination, Embryotransfer, adulte Stammzelltransplantation, Präimplantationsdiagnostik) oder am Ende des Lebens (Pflegeprobleme, Sterbehilfe),
4. hoher Druck der Begrenztheit der ökonomischen Mittel.

Zunächst möchte ich auf das historisch gewachsene und im Laufe der Geschichte mehrfach gewandelte Arzt-Patient-Verhältnis eingehen, das bei jeder praktischen Interaktion zwischen Patienten und Arzt eine herausragende Rolle spielt und von dem so viel für den Erfolg des weiteren Krankheitsverlaufes des Patienten abhängt.

2 Hannes Siegrist, »Versprechen in der modernen Wissenschaft«, in *Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften* Heft 12 (2014), S. 9–30, http://denkstroeme.de/heft-12/s_9-30_siegrist (18.3.2015).

3 Stephen D. Lawn und Almuiddin I. Zumla, »Tuberculosis«, in *The Lancet* 378/9785 (2011), S. 57–72.

Arzt-Patient-Verhältnis

Das Arzt-Patient-Verhältnis bezieht sich in der Mikroebene auf Einzelentscheidungen am Patienten und bildet sich summarisch auf der Makroebene im Gesundheitssystem unserer Gesellschaft ab, die wiederum die Ausstattung und Ausgestaltung der Medizin determiniert. Daher werden hier auch medizinsoziologische, -historische und -psychologische Dimensionen berührt.

Seit dem Altertum wurde über die Arzt-Patient-Beziehung nachgedacht. Noch heute spielt der Hippokratische Eid eine Vorbildrolle. Seine moralischen Verpflichtungen beziehen sich auf das Wohl der Patienten, die Schadensvermeidung (*primum non nocere*) und die Verschwiegenheit. Es fehlen aber die Wahrhaftigkeit (Information), Achtung der Autonomie des Patienten sowie professionelle und menschliche Verantwortung. Infolge des gesellschaftlichen Wandels ist dieser Eid jedoch mehrfach modifiziert worden, so unter anderem in der Europäischen Patientenrechts-Charta im Jahre 2002 als derzeit gültiges Denkmodell. Auch mythologische, philosophische und klösterliche Einflüsse hatten früher einen gewissen Stellenwert.

Anfangs spielte der sogenannte *Paternalismus* eine dominante Rolle. Hierbei bestimmte der Arzt das diagnostische und therapeutische Vorgehen aufgrund seines Expertenwissens in Ausübung einer gewissen ›Machtposition‹ und ließ kaum Diskussionen zu. Die Information ging vom Arzt zum Patienten. Er wusste, was für den Patienten gut ist. Dies bedeutet einen medizinrechtlichen Minimalstandard. Später setzte sich die *Autonomie des Patienten* im Sinne von Recht auf Selbstbestimmung durch, was einen immensen Vertrauens- und Verantwortungszuwachs bedeutete. Informierte Zustimmung (*informed consent*), *care-Ethik*, evidenzbasierte Patientenentscheidung und »shared decision making« respektieren liberale Prinzipien, Nöte und Abhängigkeiten kranker Menschen, die unterschiedlich mit Wissen ausgestattet sind. Dadurch werden zentrale ethische Prinzipien wie Wohltun, Nicht-Schaden und Gerechtigkeit verwirklicht und Vertrauen, Aufrichtigkeit und Empathie aufgebaut. Mehrere Stufen des Patientenwillens werden heute akzeptiert:

1. Wille des aufgeklärten einwilligungsfähigen Patienten,
2. in Patientenverfügung niedergeschriebener Wille,
3. mithilfe von Angehörigen, Freunden, Hausarzt und Betreuer zu ermittelnder Wille,
4. »best interest standard«, wenn keine Informationen vorliegen (mutmaßlicher Wille).

Gemäß des Grades der Interaktion werden bestimmte Arzt-Patient-Modelle unterschieden.⁴

4 Tanja Krones und Gerd Richter, »Ärztliche Verantwortung: das Arzt-Patient-

Hippokratisches Modell (paternalistisches Modell)

Es wurde bereits oben beschrieben und gilt heute als schwaches Modell des tugendhaften Arztes (»Halbgott in Weiß«), das in erster Linie nur noch in Not-situationen Anwendung findet.

Informationsmodell

Der Patient agiert als rationaler Akteur, der die alleinige Verantwortung zur Entscheidung über einzuleitende Maßnahmen treffen will, nachdem er eigene Informationen gemäß persönlicher Präferenzen eingeholt hat. Entscheidungshilfen (decision aids) können entweder vom Patienten verarbeitet oder auch vom Arzt ergänzend dargeboten werden, sodass ein risikoarmes standardisiertes Vorgehen angestrebt wird. Im Internet ist das *Deutsche Netzwerk evidenzbasierte Medizin* sehr hilfreich.⁵ Letztendlich entscheidet der Patient allein, nachdem er ggf. auch seine Familie und Freunde konsultiert hat. Selten werden transaktionale Entscheidungshilfen durch Arzt und Patient berücksichtigt. Diese »obligatorische Autonomie« lässt den Patienten allein und missachtet die Professionalität der medizinischen Berufe!

Kundenmodell (Vertragsmodell)

Der Patient ist hier völlig autonom und wird als Konsument auf dem freien Markt angesehen. Er kauft als Kunde Dienstleistungen seitens der Ärzte als Ware, gleichgültig, ob er hinreichend informiert ist oder nicht, er besitzt also die größtmögliche Entscheidungsbefugnis. Der Arzt ist seiner Mitverantwortung weitgehend enthoben, ist aber haftungsrechtlich zur Sicherungsaufklärung verpflichtet, auf den Heilungserfolg bestimmter Maßnahmen hinzuweisen. Leider gilt dieses Modell in den meisten Fällen. Die Vertragsleistung kann über die üblichen Ziele hinausgehen. Das Modell nimmt Werte des Patienten als Tatsachen und vernachlässigt den sozialen Kontext sowie das Fürsorgeprinzip, indem nur eine minimalistische Beziehung aufgebaut wird.

Modell der patientenzentrierten und partizipativen Entscheidungsfindung (Partnerschaftsmodell)

Hierbei geht es nach Sammlung ausführlicher Informationen um das Verstehen der Patientenperspektive (patientenzentriert) und um »shared decision making«, d. h. um eine abschließende Behandlungsentscheidung, in die natürlich

Verhältnis«, in *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 51/8 (2008), S. 878–826.

⁵ <http://www.ebm-netzwerk.de/> (20. 3. 2015).

auch ärztliche Empfehlungen einfließen. Das Modell zeichnet sich durch hohe Flexibilität aus und überträgt die (Mit)Verantwortung nach ausführlicher Aufklärung auf beide Partner in dem Maße, wie der Patient dies wünscht. Nach guter Dokumentation ist die Zustimmung des Patienten erreicht (informed consent). Die »uneingeschränkte« Autonomie des Patienten wird dadurch relativiert, dass er eben kein Fachmann ist. Zudem könnten unbotmäßige Patientenwünsche die Ressourcen des Gesundheitssystems für nicht evidenzbasierte Entscheidungen/Maßnahmen zu sehr strapazieren. Dieses Modell gilt eher im Falle längerfristigen Kontaktes.

Reale Interaktionsmuster

Ein idealtypisches Muster lässt sich selten realisieren. Patientenautonomie kann im Falle von Hilflosigkeit oder lebensbedrohlichen Situationen nicht garantiert werden, vielmehr kommt in diesen Fällen das paternalistische Handeln zum Tragen. Seitens der Ärzte wird in Abhängigkeit vom Fachgebiet und den anstehenden Entscheidungen ein unterschiedliches Maß an Mitbestimmung seitens des Patienten zugelassen. Andererseits ist das Bedürfnis nach Mitbestimmung je nach Alter, Geschlecht, Erkrankungszustand, Bildungsgrad, Schichtzugehörigkeit und Ethnizität der Patienten differenziert ausgeprägt.

Schließlich bestehen Defizite in der Ausbildung kommunikativer Fähigkeiten der jungen Ärzte und zeitliche Zwänge in der Praxis. Die Ärzte schätzen das Partizipationsbedürfnis der Patienten oft nur mangelhaft ein, unterbrechen das Gespräch relativ kurzfristig und versuchen die Gesprächsführung zeitsparend zu dominieren. Standardisierte schriftliche Aufklärungsbögen, die sehr zahlreich verwendet werden, finden oft nicht genügend aufklärende Erörterungen. Deutliche Unterschiede bestehen auch zwischen Privat- und Kassenpatienten. Diesbezüglich bleibt noch viel zu tun.

Die Auswirkungen von Entscheidungshilfen bei den Arzt-Patient-Gesprächen werden seit 1999 in einem Cochrane Review kontinuierlich verfolgt.⁶ Evidenzbasierte Aufklärungsbögen, die im ärztlichen Gespräch vertieft wurden, haben sich positiv ausgewirkt. Das Gleiche trifft auf die autonomiefördernde, patientenzentriert-deliberative gegenüber der paternalistischen Gesprächsführung zu. Auswirkungen auf die ökonomischen Folgen sind sehr komplex zu beurteilen. Bezüglich der unterschiedlichen kulturell-ethnischen Konstellationen ist wenig bekannt.

⁶ Vgl. zuletzt Dawn Stacey u. a., *Decision aids for people facing health treatment or screening decisions* (Cochrane Library 1 (2014)).

Schlussfolgerungen

Zur Verbesserung der Strategien im Arzt-Patient-Verhältnis wurde in letzter Zeit vieles erforscht. Der interdisziplinäre Diskurs ist notwendig und hält an. Sicher ist das deliberative (überlegende, beratende) Arzt-Patient-Beziehungsmodell zu favorisieren, das genügend Spielraum für Patientenautonomie, Mitspracherecht, gemeinsame Verantwortung in flexibler, konsensueller, empathischer Gestaltung unter Berücksichtigung eines ganzheitlichen Krankheitsverständnisses zulässt. Standardisierte evidenzbasierte Aufklärungsbögen sind hilfreich, vielleicht aber nicht für alle Patientengruppen zuträglich. Zu beachten sind aber auch engagierte Selbsthilfegruppen, wenn sie von Pharmaunternehmen unter Umgehung der Ärzteschaft nach dem Kundenmodell beworben werden, woraus nicht evidenzbasierte Therapieempfehlungen und Forderungen resultieren können. Es existieren aber auch zahlreiche positive Beispiele von Selbsthilfegruppen mit eigenen klinischen Beiträgen. Schließlich sind die Patienten in den parlamentarischen Gremien nicht ausreichend vertreten und ohne Stimmrecht.

Daraus ergibt sich, dass noch manches zu tun bleibt, um das Versprechen der Medizin gegenüber der Gesellschaft im Großen und gegenüber den Patienten im Einzelnen, eine optimale Gesundheitsbetreuung zu erreichen, einzulösen.

Anforderungen zur ärztlichen Berufsausübung

Ärzte und Patienten erleben die Veränderungen im Gesundheitswesen oft als enttäuschend. Die Notwendigkeit einer berufsethischen Reformierung des Gesundheitswesens soll vor allem die Bemühungen der Ärzteschaft sicherstellen, dem Wohle des Patienten in sozialer Gerechtigkeit unter unterschiedlichen Kulturen und politischen Systemen zu dienen. Dies wird durch sich wandelnde Marktgegebenheiten und eine explosionsartige technologische Entwicklung determiniert. Die 2002 formulierte europäische Charta baut gewissermaßen auf dem Hippokratischen Eid auf, der noch heute ganz wesentliche ethische Prinzipien enthält.

Grundprinzipien sind:

- (a) der Vorrang des Patientenwohls durch Hingabe und Vertrauensbildung seitens des Arztes,
- (b) die Respektierung der Autonomie des Patienten und
- (c) die Förderung der sozialen Gerechtigkeit wie gerechte Verteilung der verfügbaren Ressourcen und Vermeidung von Diskriminierungen bezüglich

Rasse, Geschlecht, Religion, ethnischer Herkunft und sozioökonomischem Status.⁷

Die beruflichen *Verpflichtungen bzw. Versprechen und Verantwortlichkeiten* beziehen sich auf:

- (a) fachliche Kompetenz, die auf lebenslangem Lernen beruht und eine hohe Versorgungsqualität garantieren soll,
- (b) Ehrlichkeit gegenüber Patienten mit vollständiger kritischer Information einschließlich der Einräumung von Behandlungsfehlern,
- (c) Schweigepflicht zum Schutz der Patientendaten auch angesichts elektronischer Patientendaten und genetischer Informationen, es sei denn, dass vom Patienten ernsthafte Gefährdungen ausgehen (Vorrang des öffentlichen Interesses),
- (d) Einhaltung angemessener Arzt-Patient-Beziehungen, insbesondere des Missbrauchs sexueller Vorteile oder der persönlichen finanziellen Bereicherung,
- (e) Verbesserung der Versorgungsqualität wie Vermeidung von Behandlungsfehlern, Erhöhung der Patientensicherheit und Anwendung von Qualitätsmaßstäben,
- (f) Verbesserung des Zugangs zur Versorgung, unter anderem durch Förderung der öffentlichen Gesundheit und der medizinischen Vorsorge,
- (g) gerechte Verteilung begrenzter Ressourcen durch kosteneffiziente Verwaltung, Vermeidung überflüssiger Untersuchungen (elektronische Gesundheitskarte!),
- (h) wissenschaftliche Fachkenntnis durch Anwendung von Standards der evidenzbasierten Medizin,
- (i) Wahrung des Vertrauens durch Bewältigung von Interessenkonflikten mit Herstellern von Geräten, Pharmaunternehmen, Versicherungsgesellschaften, Beteiligung an klinischen Studien,
- (j) berufliche Verantwortung hinsichtlich optimaler Patientenversorgung, respektvollen Umgangs miteinander, Beteiligung an Selbstregulierungsprozessen bei der Einhaltung der Berufsnormen (Abhilfe- und Disziplinarmaßnahmen).⁸

Kaum in einer anderen Berufsgruppe sind die fachlichen und menschlichen Anforderungen so hoch wie beim Ärztestand. Es gilt, die wachsenden Widersprüche zwischen den legitimen Bedürfnissen des Patienten und den verfügba-

⁷ Medical Professionalism Project, »Medical professionalism in the new millennium: a physicians' charter«, in *The Lancet* 359/9305 (2002), S. 520–522, hier S. 502.

⁸ Vgl. ebd., S. 520 f.

ren Ressourcen zu bewältigen. Die vorliegende Charta stellt eine Neu-Orientierung bei der Durchsetzung des Aktionsprogramms des Berufsstandes der Ärzte dar und soll bei der Durchsetzung der Ziele: ›Versprechen und Verantwortung‹ helfen.

Ökonomische Probleme

Die Medizin befindet sich nicht auf einer Insel der Seligen, sondern ist in die ökonomischen Zwänge unserer Gesellschaft eingebunden. Aus einer humanen sozialen Praxis soll sie in einen Gesundheitsmarkt mit Management-Denken verwandelt werden. Das Vordringen der Märkte bzw. des marktorientierten Denkens in Dimensionen des menschlichen Körpers, die traditionell außerhalb der Märkte standen, ist eine der fragwürdigsten Entwicklungen unserer Zeit. Der Arzt hat in seinen ureigensten Tätigkeitsfeldern zunehmend fiskalpolitische und verfahrenstechnische Vorschriften zu respektieren.

Dem Diktat der Zeitökonomie und der Ökonomie des Marktes mit der Notwendigkeit zur Effizienzsteigerung fällt die Zeit für die Gesprächsführung zum Opfer. Hier wird durch Reduzierung der Zuwendung die entscheidende Weichenstellung des weiteren ärztlichen Handelns vernachlässigt. Die sinnstiftende menschliche Beziehung wird formal durch ökonomisch-verwaltungstechnische Vorgaben normiert. Die Ökonomie als eigentliche Dienerin der Medizin wird zum Dominator über die Medizin. Ideal wäre es, wenn beide Seiten – Medizin und Ökonomie – als Partner vernünftig interagieren mit der Priorität medizinischer Argumente im Dienste des Patienten. Es besteht die Gefahr, dass Ärzte zu Managern mutieren, die vorgegebene Behandlungspakete nach DRG-Kriterien zusammenstellen, die jeweils kontrolliert und dokumentiert werden. Daraus ergeben sich kaum mehr fachliche Ermessensspielräume für den Arzt mit Vertrauensverlust sowie eine gewisse Deprofessionalisierung. Wie im bereits geschilderten Kundenmodell werden neue ›Produkte‹ beworben und deren Absatzsteigerung angestrebt. Der Patient wird als Tauschpartner gesehen, dem etwas angeboten und verkauft wird, statt ihn als hilfsbedürftigen Menschen anzunehmen. Das bisher so hoch geschätzte Vertrauensverhältnis mutiert zum Vertragsverhältnis.

Die Tendenz zu Subspezialisierungen von Kliniken auf wenige Behandlungsprozeduren (›Fließbandarbeit‹) ist unübersehbar, um den materiellen Gewinn zu maximieren. Sie unterwerfen sich dem Diktat des monetären Erfolges. Sie liefern einen perfekten Service ohne persönliche Anteilnahme am Schicksal des Kranken und vernachlässigen ganzheitsmedizinische Probleme. Relativ wenige Kliniken, zumeist die der Universitäten, halten die gesamte Breite

medizinischer Leistungen vor und wirtschaften defizitär, d. h. sie schreiben rote Zahlen.

Das soeben Besprochene verbalisiert einige aktuelle Gefahren der ökonomisierten Medizin. In Abb. 1 wird der Wandel der Medizin von der sozialen zur marktwirtschaftlichen Identität zusammengefasst. Die Ärzteschaft muss auf der Hut sein, ihre ureigene Aufgabe, im Dienste des Patienten zu handeln, nicht der Ökonomie zu überlassen. Anderenfalls wird sie am Ende keine Medizin mehr sein.

Thesen des Wandels

- Von der Bedingungslosigkeit der Hilfe zur Rentabilität der Leistung
- Vom Vertrauensverhältnis zum Vertragsverhältnis
- Von der Selbstverständlichkeit des Gebens zur Rechenschaftspflicht allen Tuns
- Von der fürsorglichen Praxis zur marktförmigen Dienstleistung
- Von der Unverwechselbarkeit des Patienten zum standardisierten Verfahren
- Von der ganzheitlichen Betrachtung des Patienten zur Zerlegung und Fraktionierung
- Von der Freiheit ärztlicher Entscheidungen zum Therapieren nach Gebrauchsanweisungen
- Von der ärztlichen Profession zum Angestellten im Industriekomplex
- Von der Beziehungsqualität zur Fokussierung auf objektive Handlungen
- Vom Grundgefühl der Dankbarkeit zur Generierung einer Anspruchsmentalität

Abb. 1: Thesen des Wandels (nach Giovanni Maio, modifiziert nach Jan Schulze und Otto Bach).⁹

Selbstkritisch bleibt aber auch anzuerkennen, dass die Medizin einer gewissen politischen Steuerung unterliegt, die letztendlich demokratisch im Parlament erarbeitet und vorgegeben wird. Dort wird gesetzlich verankert, welcher prozentuale Anteil des Bruttosozialproduktes in das Gesundheitswesen unter welchen Prämissen fließen darf. Unter diesem Gesichtspunkt stellt die Ökonomie einen Warner dar, den festgelegten Rahmen nicht zu überziehen und »zwingt« die Medizin, sich innerhalb eines Maschennetzes objektiv vergleich-

⁹ Giovanni Maio, »Ärztliche Hilfe als Geschäftsmodell? Eine Kritik der ökonomischen Überformung der Medizin«, in *Deutsches Ärzteblatt* 109/16 (2012), S. A 804–A 807, hier S. A 807; Jan Schulze und Otto Bach, »Ärztliches Selbstverständnis und wirtschaftliche Zwänge«, in *Ärzteblatt Sachsen* 25/12 (2014), S. 505–507, hier S. 506.

barer Finanzdaten zu verwirklichen. Die entscheidende Frage besteht darin, was sich unsere Gesellschaft leisten will und leisten kann. Diese Devise muss befolgt werden, ggf. auch durch entsprechende Reformen oder Umverteilungen.

Angestrebtes Arztbild: Versprechen und Verantwortung

Das ärztliche Berufsethos unterliegt noch immer dem hippokratischen »Salus aegroti suprema lex« – das Wohl des Kranken ist höchstes Gesetz. Aus heutiger Medizinethik muss es eigentlich lauten »Salus ex voluntate aegroti suprema lex«, das sich aus dem Willen des Patienten ergibt. Dies lässt sich auch durch Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes begründen, d.h. das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Wie bereits oben dargestellt, werden in der Charta zur ärztlichen Berufsausübung die folgenden Prinzipien formuliert:

- Vorrang des Patientenwohls,
- Autonomie des Patienten,
- soziale Gerechtigkeit.

Daraus ergeben sich kurz gefasst die folgenden beruflichen Verpflichtungen:¹⁰

- fachliche Kompetenz,
- Ehrlichkeit gegenüber dem Patienten,
- Schweigepflicht,
- gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen,
- Wahrung des Vertrauens durch die Bewältigung von Interessenkonflikten.

Der Arzt sollte sich *Zeit* nehmen, zuzuhören und auf neuestem wissenschaftlichen Stand verständnisvoll aufklären.¹¹ Die dabei gezeigte *Aufmerksamkeit*, Echtheit und Wertschätzung impliziert Empathie, die den entscheidenden Schlüssel für den erfolgreichen Fortgang von Diagnostik, Therapie und Rehabilitation darstellt. Das sinnvolle ärztliche Gespräch wirkt gewisser-

10 Jan Schulze, »Ökonomie und ärztliche Ethik«, Vortrag auf dem Symposium der Österreichischen Ärztekammer, Wien, 24.–25.1.2014, S.3; https://www.slaek.de/media/dokumente/04presse/reden/Oekonomie_und_Ethik_Wien.pdf (20.3.2015).

11 Vgl. Elisabeth Märker-Hermann, »Humanität, Wissenschaft und Verantwortung als Basis der Arzt-Patienten-Beziehung«, Rede auf dem 119. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, Wiesbaden, 7.4.2013, S.2; <http://www.dgim.de/portals/pdf/Kongresse/M%C3%A4rker-Hermann%20Rede%20119%20%20Kongress%20DGIM.pdf> (20.3.2015).

maßen als nützliches ›Placebophänomen‹ und fördert die Compliance oder Adhärenz.

Gelegentlich wird der Begriff ›Adhärenz‹ nur gewählt, weil ›Compliance‹ abgegriffen ist. In Wirklichkeit meint Adhärenz aber den Dreiklang von:

- Erfragen der Patientenperspektive,
- Suche nach Verständlichkeit und emotionaler Akzeptanz sowie,
- Respekt vor der Haltung des Patienten.

Daraus resultiert, dass das »Verhalten einer Person, verordnete Arzneimittel einzunehmen, Ernährungsempfehlungen zu folgen und/oder den eigenen Lebensstil zu ändern, mit wissenschaftlich fundierten Empfehlungen von Behandlern übereinstimmt«. ¹² Adhärenz ist demnach grundlegender und umfassender definiert als Compliance!

Die ausführliche ärztliche Beratung stellt in gewisser Weise eine Bringschuld der Schulmedizin dar! Das Rollenverhalten von Ärzten sollte daher dialog-orientiert sein, eine Methode, der sich auch Homöopathie, Anthroposophie und andere alternative Heilverfahren mit großem Zuspruch bedienen und deren ›Erfolge‹ zu einem größeren Teil darauf zurückzuführen sind. Gespräche auf dem Gang, zwischen Tür und Angel oder übermüdet durch Nachtdienst sind kontraproduktiv. Zuwendung ist kein Feind der Effizienz! Während des Studiums und der Facharztausbildung müssen die Fähigkeiten zu menschlicher Zuwendung und zu kommunikativem Geschick besser trainiert werden!

Neben der Grundlagenforschung ist die klinische Forschung am Patienten ein tägliches Gebot für den Arzt. Sie geht von der Beobachtung am kranken Menschen aus und deren Ergebnisse sollen dem Kranken wieder zugutekommen. *Personalisierte* oder *individualisierte Medizin* steht dafür, individuelle Unterschiede der erkrankten Menschen anhand von Markern aus Genomik, Proteomik oder Transkriptomik für Diagnostik, Therapieauswahl und Therapiesteuerung zu nutzen. Die Informationen, unter anderem im Internet, sollen transparent und entsprechend evidenz-basierter Leitlinien verfügbar gemacht werden, um auch Unsicherheiten zu vermeiden. Dazu gehört auch die Information über Risiken und Alternativen. Unstrittig fördert die eigene Forschungstätigkeit der Ärzte – wenigstens einmal im Laufe der Ausbildung – aufgrund persönlicher Erfahrungen die kritische Interpretation publizierter Neuigkeiten. Der wiederum kritische wie tolerante interdisziplinäre Diskurs und die lebenslange Weiterbildung fördern die ärztliche Kompetenz und bereichern das ärztliche Berufsleben ganz entscheidend.

¹² Eduardo Sabaté, *Adherence to long-term therapies. Evidence for action*, WHO 2003, S. 3.

Es stellt eine große Herausforderung dar, Fähigkeiten als Arzt, Lehrer und Wissenschaftler sowie die Empathie am Patienten zu entwickeln und zu pflegen. Dies erfordert nach A. Kussmaul, einem herausragendem Internisten des 19. Jahrhunderts: »Klares Denken, warmes Fühlen und ruhiges Handeln«.¹³

Für die Fortführung eines zukunftsfähigen und finanzierbaren Gesundheitswesens hat die Ärzteschaft folgende berufspolitische Kriterien definiert:¹⁴

- freie Arztwahl und Therapiefreiheit,
- Chancengleichheit beim Zugang zur Heilbehandlung,
- Definitionskompetenz der Ärzte für Qualität und Professionalität der medizinischen Versorgung,
- Wettbewerbsgleichheit der niedergelassenen Ärzte und der Krankenhäuser,
- angemessene Honorierung der ärztlichen Leistungen.

Parallel dazu bedarf es der Fortentwicklung einer ärztlichen Ethik und Heilkultur, geprägt von

- humaner Gesinnung und menschlicher Haltung,
- Einfühlungsvermögen, ethischer Reflexion und Kommunikation, Bescheidenheit und fürsorgliche Zuwendung,
- Wissenschaftlichkeit,
- wirtschaftlichem Verständnis und
- Selbsterkenntnis.

Wir haben Versprechen über Versprechen besprochen, die alle die hohe Verantwortung des ärztlichen Berufes und seiner Berufung reflektieren.

Wir treten für eine humane Gesundheitspolitik und ärztlich-ethisch gesteuerte Medizin ein, die den Arzt als *Helfer, Heiler, Begleiter und Anwalt des Patienten* sieht und dessen Heilungschancen höher bewertet als starre Verwaltungsvorgaben. Dies ist ein anspruchsvolles Versprechen, das täglich neu erarbeitet und belegt werden muss, um der geforderten Übernahme von Verantwortung gerecht zu werden: »Die Medizin muss lernen, eine tiefe Wertschätzung für jeden Menschen zum Ausdruck zu bringen« (Giovanni Maio)!

13 Zit. nach Märker-Hermann, Humanität, Wissenschaft und Verantwortung (Fn. 11), S. 14.

14 Schulze, Ökonomie und ärztliche Ethik (Fn. 10), S. 4.

Nachdenken über Sterbehilfe¹

1. Einleitung

Sterbehilfe ist, so könnte es mit Blick auf die Debatten aussehen, ein Spezialproblem für die Experten aus Medizin, Ethik, Jurisprudenz, Theologie, Politik. In Wahrheit ist es eine Frage, die sich jedem Menschen stellt. Während wir leben, suchen wir – mehr oder weniger ausdrücklich – nach dem *guten* Leben. Doch je mehr sich das Leben seinen Grenzen nähert, desto mehr verwandelt sich diese Suche in die nach einem guten Sterben.

Was ist gutes Sterben? Eigentlich liegt die Antwort auf der Hand. Es ist ein Erleben des Lebensendes, bei dem man nicht übermäßig von seinem ablebenden Leib geplagt und von vertrauten Menschen (einer reicht schon) begleitet ist, bei dem man begreift, wie das eigene Leben sich nun vollendet und so, grundsätzlich einverstanden, friedlich Abschied nehmen kann.

Diese Definition sehe ich nicht als originell an, sondern als einen Versuch, etwas zu artikulieren, was implizit schon immer enthalten ist in der Weise, wie ein auch nur halbwegs sinnvolles menschliches Leben gelebt wird. Dass sie trotzdem der Rede wert sein mag, liegt daran, dass das Nachdenken über das Sterben in einer hedonistischen Konsumgesellschaft einfach nicht populär sein kann. Das ist eben kein Thema für anregende Einlassungen, spannende Dis-

¹ Der Beitrag erschien zuerst in *Wissenswert. Werte – Wissenschaft – Medien* 3 (2014), S. 21–28; http://www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/fb16/wissenswert/wissenswert_2014_3.pdf (23. 3. 2015).

»Sterbehilfe« ist durch den Wortbestandteil »Hilfe« positiv konnotiert, wodurch dieser Sprachgebrauch eine Zustimmungssuggestion mitführt. Das sollte vermieden werden, denn es werden ja mit dem Ausdruck auch ethisch und juristisch stark umstrittene Praktiken bezeichnet. Die sonst überall übliche Alternativbezeichnung »Euthanasie« wird in Deutschland mit der Begründung abgelehnt, sie erinnere an das NS-Programm zur Beseitigung lebensunwerten Lebens. Dabei waren es gerade die Nationalsozialisten, die als erste die erwünschte positive Suggestion ausgebeutet haben. Das einschlägige Gesetz (vom Okt. 1939) hieß »Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken«; vgl. Karl Heinz Roth (Hg.), *Erfassung und Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum »Gesetz über Sterbehilfe«*, Berlin 1984.

kussionen, glänzende Vorträge. Es macht keinen Spaß. Im Gegenteil, es wird thematisiert auf dem Hintergrund der Gewissheit, dass das »natürliche Sterben« passé ist und der resultierenden bangen Frage, was an seine Stelle getreten ist. Und hier haben wir dann mit wahrlich düsteren Aussichten zu tun, Aussichten, die an Urängste rühren: Als hilfloses Objekt seelenloser medizintechnischer Apparaturen, welche präzise das Überleben des Organismus sichern, dahinzuvegetieren und, unter möglicherweise großen Schmerzen,² sporadisch überwacht von überlasteten »Pflegekräften«, auf ein Ende zu warten, welches durch irgendwelche, mehr oder weniger willkürliche, Entscheidungen von Ärzten bestimmt wird.

Solche Befürchtungen sind (weil durch Berichte über Extremfälle entstanden) nicht wirklich realistisch. Aber es ist ein Faktum, dass die Gesellschaft in Deutschland (und das gilt für alle entwickelten Länder) sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat; und zwar so, dass die Bedingungen, unter denen heute das individuelle Leben zu Ende geht, ein gutes Sterben sehr erschweren.

Insofern ist es konsequent, dass, ebenfalls seit Jahrzehnten, darüber debattiert wird, wie diese Bedingungen umzugestalten sind, sodass das Sterben, wenn nicht gut, so doch wenigstens mit einiger Sicherheit nicht schrecklich wird. Und weil die Änderung der Bedingungen in der Gesetzgebung am einfachsten zu sein scheint, kreist die Debatte überwiegend um die Forderung, die Sterbehilfe (und zwar möglichst in allen Formen) zu legalisieren, bzw. ihre Inanspruchnahme als eine ganz normale Konsequenz der Freiheitsrechte der Person zu etablieren.

Im folgenden Text geht es darum, die problematischen Bedingungen des Sterbens zu benennen und dann zu überlegen, wie diese verändert werden müssten, um die entstandene »Grundangst zahlloser Menschen«³ zu beschwichtigen. Am Schluss wird die Frage aufgeworfen, ob eine vollständige Legalisierung, wenn sie in die Normalität des gesellschaftlichen Lebens aufgenommen wäre, wirklich einen Zuwachs an Selbstbestimmung und Freiheit

2 »Die Schmerzbehandlung in der Endphase von Krebserkrankungen ist nach wie vor unzureichend [...]. Noch immer gehört die BRD bei der Verordnung von morphinhaltigen Schmerzmitteln im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zu den Schlusslichtern.« Dieter Birnbacher, »Sterbehilfe – eine philosophische Sicht«, in Felix Thiele (Hg.), *Aktive und passive Sterbehilfe. Medizinische, rechtswissenschaftliche und philosophische Aspekte*, München 2010, S. 31–42, hier S. 32; ganz ähnlich schon Weddig Fricke, *Patientenwille und Sterbehilfe. Ein Plädoyer für das Selbstbestimmungsrecht des Menschen am Ende des Lebens*, Freiburg i. Br. 2006, S. 225 f.

3 Stefan Welzk, »Sterben dürfen«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 59/2 (2014), S. 9–13, hier S. 10.

darstellte. Wegen der gebotenen Kürze meines Beitrages ist dieses alles nicht mit der eigentlich notwendigen Ausführlichkeit dargestellt, sondern eher im Stil einer gerafften Übersicht.

2. Die derzeitigen Bedingungen des Sterbens in unserer Gesellschaft

Die folgenden Hinweise beziehen sich auf Deutschland, treffen aber zum großen Teil auf alle entwickelten Länder zu. Leider sind inzwischen die allgemeinen Bedingungen allenthalben so, dass zu Recht von der »beklagenswerten Situation Sterbender«⁴ gesprochen werden muss. Nachstehend möchte ich zu vier Sorten von Bedingungen einige Hinweise geben.

a) Zu den medizinischen Bedingungen

Als erstes ist festzustellen, dass Sterben unter der Regie von Ärzten stattfindet. Zwar wünschen sich die meisten Menschen zu Hause zu sterben,⁵ doch nur den wenigsten bleibt ein Sterben in der sachlich sterilen Atmosphäre des Krankenhauses erspart. Dort kann aber, Segen oder Fluch der modernen Medizin, nahezu jeder Tod hinausgezögert werden. Damit liegt die Entscheidung über den Zeitpunkt des Sterbens in der Verfügung der Ärzte. Diese sind schon durch ihr Standesethos – und verstärkt durch die ökonomischen und juristischen Bedingungen ihres Handelns (s. u.) – geneigt, den Patienten am Leben zu halten. Das Standesethos ist eine massive Stütze für den Arzt, und auch wenn es sich nicht zu einem veritablen Standesdünkel auswächst, haben Patienten und Angehörige kaum Chancen, für ihre Ansichten, falls sich diese etwa von denen der Ärzte unterscheiden, Gehör zu finden.⁶

Die Ausrichtung des Standesethos auf die Erhaltung des Lebens wird dann insbesondere geformt durch das Menschenbild, das der modernen wissenschaftlichen Medizin innewohnt. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Darin wirkt immer noch die völlig überholte, im neuzeitlichen Materialismus entstandene Anthropologie vom Menschen als einem mechanischen Aggre-

4 Birnbacher, Sterbehilfe (Fn. 2), S. 31.

5 Ziffern dazu variieren, bei Birnbacher ist von $\frac{3}{4}$ der Deutschen die Rede, bei Dörner (2002) von 90 %. Vgl. Birnbacher, Sterbehilfe (Fn. 2); Klaus Dörner, *Tödliches Mitleid. Zur Sozialen Frage der Unerträglichkeit des Lebens, mit Beiträgen von Fredi Saal und Rudolf Krämer*, Neumünster 2002.

6 In einer Studie ist gezeigt worden, dass Ärzte einem Nicht-Mediziner, sei er Patient oder Angehöriger, im Durchschnitt nicht länger als 15 Sekunden zuhören, bevor sie unterbrechen; vgl. Fricke, Patientenwille und Sterbehilfe (Fn. 2), S. 99.

gat.⁷ Diesen Mechanismus gilt es, wenn er gestört ist, zu reparieren; und das ist das Grundkonzept dessen, was in unserer Medizin unter ›Heilung‹ verstanden wird. Dass ein Mensch, zumal ein ernsthaft kranker Mensch, ganz andere Bedürfnisse haben könnte als eine derartige Reparatur, das ist in der Ärzteschaft bekannt, wird in jeder Festrede beschworen, hat aber auf die konkrete Theorie und Praxis der Medizin viel zu wenig Auswirkung. Und so sind sterbende Menschen letztlich doch hauptsächlich Organismen, die mit immer größerem technischen Aufwand irgendwie in Gang gehalten werden.

b) Zu den ökonomischen Bedingungen

In Deutschland ist das Gesundheitswesen ein bedeutender Wirtschaftszweig. Medizinische Institutionen, also Praxen, Kliniken, Krankenhäuser, werden unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben. Solange wir ferner eine Krankenversicherung haben, die im Prinzip jede von Ärzten verordnete Behandlung bezahlt, braucht es niemanden zu überraschen, dass die technisch aufwendigere Behandlung in der Regel präferiert wird. Ziffern über die Häufigkeit kostspieliger Operationen (im Vergleich zu Ländern mit einer anderen Gesundheitsökonomie) sprechen eine deutliche Sprache. Da es nun offenbar so ist, dass Patienten im finalen Stadium die höchsten Kosten verursachen, sind unseligerweise gerade diese Patienten die lukrativsten Konsumenten des ›Wirtschaftsprodukts Gesundheit‹. Deren möglichst lange Verweildauer wäre daher nichts weiter als ökonomisch rational. Vollends fatal ist es dann, dass sich diese Rationalität nahtlos in das Lebenserhaltungs-Ethos der Ärzte einfügen lässt.⁸

c) Zu den sozialpsychologischen Bedingungen

Es ist eine Banalität, dass sich die Menschen in den entwickelten Gesellschaften vereinzeln. Unter dem Druck von Mobilität und Ausdifferenzierung der Lebensstile lassen die familiären Bindekräfte nach. Der schlichte mitmenschliche Kontakt ist (durch abnehmende Gewohnheit, zunehmende Individualität, politische Korrektheit usw.) erheblich schwieriger, als er noch vor wenigen Jahrzehnten war.⁹ Kranken- und Altenpflege wird von Pflegekräften als Job

7 La Mettrie, *L'homme machine* [Leiden 1748], dt.: *Der Mensch als Maschine*, hg. von Bernd A. Laska, Nürnberg 1985. Von dieser problematischen medizinischen Anthropologie ist im Zusammenhang mit der Sterbehilfe viel zu selten die Rede. Vgl. jedoch Jürgen Mittelstraß, »Sterben in einer humanen Gesellschaft – oder: Wem gehört das Sterben? in Thiele (Hg.), *Aktive und passive Sterbehilfe* (Fn. 2), S. 51–66, hier S. 52 ff.

8 Zu diesen beklemmenden ökonomischen Aspekten der Pflege von Sterbenden vgl. Fricke, *Patientenwille und Sterbehilfe* (Fn. 2), S. 15 ff.

9 In meiner Kindheit war es noch selbstverständlich, dass sich Menschen, die sich zufällig z. B. im Zugabteil trafen, zu unterhalten begannen.

ausgeübt und in Zeittaktung (und nicht etwa nach Intensität der Zuwendung) bezahlt. Ehedem war das hier nötige uneigennützige Interesse am Mitmenschen (die *Agape*) Sache der Religionen, die ihre Ordensleute in die Krankenhäuser schickten. Doch weil auch die organisierte Religion ihre Bindekräfte eingebüßt hat, sind solche Dienste erheblich weniger verfügbar.

Der schöne Zuwachs an Selbstverantwortlichkeit, der vom lebensstüchtigen Individuum als Freiheit und Bereicherung erlebt wird, zeigt in den Phasen beschädigten Lebens eine Kehrseite. Am Stärksten gilt das, wenn es ans Sterben geht. Ehedem stand es nicht primär unter medizinischer, sondern unter seelsorgerischer Begleitung, d. h., die psychische Einstimmung wurde als das Wesentliche angesehen. Heute leiden die Menschen am Lebensende unter ihrer Einsamkeit und einem schwer abweisbaren Eindruck von Sinnlosigkeit. Es drängt sich der Verdacht auf, dass dieses die einfache Folge des hedonistischen Konkurrenz-Individualismus ist, der vorher gelebt wurde und in dem tieferreichende Sinnfragen ignoriert bzw. als unsinnig abgetan wurden. Das öffentliche Bewusstsein beschäftigt sich stattdessen mit der Beschwörung des materiellen Reichtums. Dessen in periodisch wiederkehrenden Katastrophenszenarien imaginierte Bedrohung (ökonomischer Zusammenbruch, 3. Weltkrieg, Klimakatastrophe) motiviert weniger eine zunehmende Besonnenheit als eine Art übermütiger *Carpe diem*-Mentalität, deren Tragfähigkeit gegenüber dem psychophysischen Elend eines Leidens ohne Aussicht auf Besserung aber schwerlich Bestand haben kann.

d) Zu den juristischen Bedingungen

Die juristische Lage zur Sterbehilfe ist in den europäischen Ländern unterschiedlich. In Deutschland ist durch die Gesetzgebung und die Spruchpraxis der höchsten Gerichte seit der Jahrtausendwende eine Rechtslage entstanden, deren Strukturen sich wie folgt umreißen lassen. Es werden vier Arten von Sterbehilfe unterschieden: Tötung auf Verlangen (aktive Sterbehilfe), Abbruch überlebensnotwendiger Behandlung (passive Sterbehilfe), hochdosierte Sedierung mit Tod als Nebenfolge (indirekte Sterbehilfe) und schließlich der assistierte Suizid. Passive und indirekte Sterbehilfe sind, bei Vorliegen entsprechender Patientenverfügungen, nicht strafbar und, soweit sie in die aktive Sterbehilfe überlappen, wird dann auch diese nicht mehr bestraft. Nicht so die direkte Tötung auf Verlangen. Diese ist in Deutschland (anders als z. B. in den Niederlanden und Belgien) nach wie vor verboten. Ferner ist, bei Vorliegen einer entsprechenden Patientenverfügung, der ärztlich assistierte Suizid nicht strafbar.¹⁰

10 Die Bundesärztekammer bedroht in ihrer Berufsordnung den Suizid-assistie-

Seit 2009 ist das Nichtbefolgen einer Patientenverfügung durch einen Arzt sogar eine Straftat. Allerdings ist damit an dieser Stelle immer noch keine restlose Klarheit eingekehrt. Patientenverfügungen sind Texte und bleiben als solche im Hinblick auf die konkrete Situation interpretationsbedürftig.¹¹ Bei Differenzen zwischen Ärzten und Angehörigen oder wenn – das ist in der Mehrheit der Fälle so – überhaupt keine Verfügungen vorliegen, ermittelt das Vormundschaftsgericht den »mutmaßlichen Willen« des Patienten. Mir scheint es verständlich, dass unter diesen Bedingungen die Befürchtungen, unter Umständen zum Objekt des Medizinbetriebes zu werden, nicht nachhaltig beruhigt sind und mittlerweile die große Mehrheit der Bevölkerung immer lauter die aktive Sterbehilfe fordert.¹²

3. Notwendige Änderungen der Bedingungen

Anscheinend wären für eine (Wieder-)Annäherung an das Ideal des guten Sterbens erhebliche Veränderungen unseres gesamten kulturellen Umfelds nötig. Dazu bedürfte es aber der Durchsetzung entsprechender Einsichten, was, wenn überhaupt möglich, ein langwieriger Prozess mit ständig gefährdeten Erfolgsaussichten wäre. Vor diesem Hintergrund erscheint die stattfindende Verkürzung des Sterbehilfe-Problems auf eine Korrektur der Rechtslage bzw. die Forderung nach einem Recht auf eine fachgerechte und nicht unwürdige Tötung (durch eigene Hand oder die eines Arztes) als die am ehesten mögliche Bedingungskorrektur. Werfen wir, um das nachzuvollziehen, nochmals einen kurzen Blick auf die oben angesprochenen Bedingungen.

renden Arzt mit Entzug der Approbation. Rechtsverbindlich ist aber nicht diese, sondern sind die Ordnungen der Landesärztekammern, die den Passus nicht alle übernommen haben. Berlin hatte ihn übernommen. Trotzdem gewann 2012 ein zuwiderhandelnder Arzt vor Gericht gegen seine Berliner Ärztekammer; vgl. Christine Holch, »Sterbehilfe. Ich habe genug«, in *Chrismon*, Heft 4 (2013), S. 12–21, hier S. 15.

11 Das Bundesjustizministerium hat eine 44-seitige Anleitung zur Anfertigung einer Patientenverfügung ins Internet gestellt. Man sollte aber wohl hinsichtlich der klärenden Wirkung dieser Belehrungen keine allzu hohen Erwartungen haben – schon das bloße Verstehen dürfte für viele ein Problem darstellen.

12 Diese Forderung wird seit längerem in allen Umfragen von relevanten Mehrheiten gestellt. Einer Forsa-Umfrage zufolge waren es Anfang 2014 70 %, unter den 15 bis 29-Jährigen sogar 86 %. Vgl. »Mehrheit der Deutschen für aktive Sterbehilfe«, in *Spiegel-online* 16. 1. 2014, <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sterbehilfe-mehrheit-der-deutschen-fuer-aktive-sterbehilfe-a-943806.html> (23. 3. 2015).

Im Gesundheitswesen müsste sich Vieles ändern. Zunächst ließe sich ja an den Ausbau von Palliativmedizin und Sterbehospizen denken. Von vielen wird das als echte Alternative zur Legalisierung der Sterbehilfe gesehen, doch das ist eine unnötige Zuspitzung. Immerhin scheint ein solcher Ausbau ohne weitere Bedingungsänderungen einfach mit Geld zu machen zu sein und erstaunlicherweise wäre es nicht einmal übermäßig viel.¹³ Doch weil dies alles längst bekannt ist, aber wenig geschieht, sprechen wohl auch noch anders gear-tete ökonomische Überlegungen dagegen. Für eine wirkliche Humanisierung müsste sicherlich das ökonomische Denken in der Medizin auf das unbedingt notwendige Minimum beschränkt werden. Gesundheitsfürsorge müsste (wie-der) als öffentliche Aufgabe verstanden werden und die Ärzte nach ihrem Handlungsaufwand – und eben nicht nach dem Preis der Gerätschaften, die sie benutzen – bezahlt werden. Es gibt ja immer noch Staaten auf dem Globus (z. B. Kuba), in denen das ungefähr so gehandhabt wird. Nur sind diese für die Eliten in Deutschland zurzeit kein Vorbild.

Ferner müsste in der medizinischen Zunft das Berufsethos deutlicher auf einen holistischen Gesundheitsbegriff ausgerichtet werden.¹⁴ Auch dies ist eigentlich längst Konsens, aber die konkrete Durchdringung wird offenbar noch weitere Generationen dauern. Insofern ist hier keine aktuelle Abhilfe zu er-warten. Noch weniger Aussicht auf baldige Durchsetzung hat eine Änderung der oben angeführten impliziten Anthropologie. Dazu wäre wohl das akade-mische Fach der Medizin in seinen theoretischen Grundlagen zu überdenken und neu aufzubauen. Es ist nun mal ein gewaltiger Unterschied zwischen den Beteuerungen der Festreden, dass der Mensch im Mittelpunkt stehe, und einer tatsächlichen Überwindung der mechanistischen Denkweise. Einen Eindruck von den Beharrungskräften bekommt, wer sich die Entwicklungen in der Psy-chiatrie anschaut. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts schien sich die ›Antipsychiatrie‹ kurzzeitig zu einer veritablen sozialpsychologischen Disziplin zu entwickeln.¹⁵ Mittlerweile sind derartige Ambitionen aber fast vollständig wieder zurückgefahren worden.

13 Die Krankenkassen geben lediglich 0,05 % ihres Jahresetats für Palliativmedizin aus (70 Mio. Euro; zum Vergleich: Allein für Hustenlöser geben sie 100 Mio. aus). Dabei würde eine flächendeckende Versorgung mit Palliativmedizin und Hospizen aber auch nur ca. 0,5 % des Etats der Kassen kosten. Vgl. Fricke, Patientenwille und Sterbehilfe (Fn. 2), S. 227.

14 Der sogenannte ›Hippokratische Eid‹ mit dem Lebenserhalt als höchstem Ziel ist seit 1945 durch das ›Genfer Gelöbnis‹ ersetzt worden. Dort wird der Arzt auf einen ›Dienst der Menschlichkeit‹ verpflichtet; Welzk, Sterben dürfen (Fn. 3), S. 13.

15 Vgl. Publikationen aus jener Zeit, etwa von Franco Basaglia, David Cooper, Jan Foudraïne, Ronald D. Laing u. a.

Wie die Verformungen der allgemeinen sozialpsychologischen Bedingungen, also insbesondere die als Freiheit erlebte Vereinzelung, so korrigiert werden können, dass das Gemeinschaftsbewusstsein wieder stärker wird, das ist zurzeit kaum vorstellbar. Die Konkurrenz, im ökonomischen Sektor als ›Wettbewerb‹ gepriesen, ist ein ständiger Motor für die Verstärkung von Abgrenzung und Selbstbehauptung. Es ist schier unmöglich, mit ›rationalen‹ Argumenten dagegen anzureden, dass Beziehungen in ihrem eigentlichen Gehalt nutzenmaximierende Tauschbeziehungen wären.¹⁶ Außerdem lässt sich Gemeinschaftlichkeit nun einmal nicht ›herstellen‹, bzw. führen Versuche, das zu tun, leicht in Sektierertum, Gruppenegoismus, Nationalismus. Insofern ist ein Wunsch nach einer Veränderung der problematischen sozialpsychologischen Bedingungen für ein humanes Sterben wohl einfach utopisch.

Schließlich sollen noch die Wünsche und Forderungen nach Veränderungen innerhalb der juristischen Bedingungen thematisiert werden. Hier gibt es die heftigsten Kontroversen und es wird mit Argumenten Pro und Contra gestritten. Die Forderung nach Legalisierung ist begründet mit der oben beschriebenen ›beklagenswerten Situation‹ und den damit einhergehenden Ängsten. Die Begründung hat Gültigkeit, solange es keine gangbaren Alternativen zu einer Legalisierung gibt. Eben deshalb wird von der Gegenseite der Ausbau von Palliativmedizin und Hospizwesen gefordert. Dahinter stehen Studien, die zeigen, dass Patienten, die in den Genuss derartiger (wirklicher) Sterbehilfe kommen, in der Regel keine Wünsche nach vorzeitiger Lebensbeendigung haben. Gegen dieses Argument steht aber einerseits der berechtigte Hinweis, dass wir von einer flächendeckenden Versorgung mit Palliativmedizin und Hospizen weit entfernt sind (derzeit ist nur etwa 1 % des Bedarfs gedeckt)¹⁷ und andererseits die Tatsache, dass bei ca. 5 bis 8 % der Patienten im Endstadium auch mit der gegenwärtig stärksten Medikation keine Schmerzfreiheit erreichbar ist.¹⁸ Diese Argumente haben immerhin dazu geführt, dass die Rechtsprechung mittlerweile bei allen Formen von Sterbehilfe sehr zurückhaltend geworden ist.¹⁹ Insbesondere ist beim ärztlich assistierten Suizid der Arzt – bei Vorliegen

16 Für diese Ausweitung des ökonomischen Denkens auf alle sozialen Beziehungen, tendenziell auf alles menschliche Handeln, hat Gary Becker 1992 den Nobelpreis für Ökonomie bekommen.

17 Vgl. Holch, Sterbehilfe (Fn. 10), vgl. aber zu diesem Sachverhalt die Informationen in Fn. 12.

18 Zu dieser Angabe sind allerdings auch die oben in Fn. 2 erwähnten Statistiken zum Schmerzmitteleinsatz einschlägig.

19 Vgl. Friedhelm Hufen, »In dubio pro dignitate. Selbstbestimmung und Grundgesetz am Ende des Lebens«, in Thiele (Hg.), Aktive und passive Sterbehilfe (Fn. 2), S. 85–113, hier S. 98.

einer Patientenverfügung – aus seiner ›Garantenstellung‹ entlassen. Was die kommerzielle Suizidassistent (Sterbehilfeangebote gegen erhebliche Entgelte) betrifft, gilt sie als moralisch anrühlich. Sie deshalb zu verbieten, ist gleichwohl unnötig. Dem Bedenken, solche Firmen könnten Menschen zum Suizid ›verleiten‹ (d. h. aus Eigeninteresse deren Selbstbestimmung korrumpieren) könnte damit abgeholfen werden, dass eine Honorarbegrenzung wie bei der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) festgesetzt wird. Es bleibt aber auch dann zu dieser Sterbehilfe-Form das Bedenken, dass Suizid immer noch tabuisiert ist, was sich in einer anthropologischen Reflexion auch nachvollziehen lässt.²⁰ Dieses ist allerdings ein ethisches, kein juristisches Argument.

So ist es offenbar einzig die ›aktive Sterbehilfe‹, die heftig umstritten bleibt. In klaren Fällen (d. h. wenn nicht als Variante der passiven oder indirekten Form vollzogen) wird sie als ›Tötung auf Verlangen‹ gesehen und ist nach § 216 STGB strafbar. Als Begründung für diese Aufrechterhaltung wird auf die normative Struktur unserer Rechtsordnung hingewiesen. Das (›absolute‹) Tötungsverbot in Art. 2 GG ist nach gegenwärtiger Rechtsdogmatik nicht mit einem Recht auf ›Tötung auf Verlangen‹ vereinbar. Meines Erachtens sollten wir es uns an dieser Stelle nicht zu leicht machen. Deutschland ist aufgrund der historischen Erfahrungen ganz zu Recht viel sensibler gegenüber möglichen Aufweichungen dieser Norm als andere Länder.

4. Schluss: Ist frei gewähltes Sterben ein gutes Sterben?

Zum Abschluss dieser Überlegungen möchte ich eine Annahme überdenken, die in der gesamten Debatte über die Freigabe der Tötung auf eigenen Wunsch vorausgesetzt wird: Die Annahme nämlich, dass eine derartige Wahlfreiheit beim Sterben eine Vergrößerung der freien Selbstbestimmung des Menschen darstellt. Ich vermute, dass es sich dabei eher um eine Illusion handelt.

Um diese Annahme zu untersuchen, ist vorweg eine handlungstheoretische Unterscheidung zu erklären, nämlich die zwischen Handlung und Widerfahrnis.²¹ Am einfachsten lässt sich dazu auf Beispiele hinweisen. Wir können Handlungen wie Essen, Singen, Autofahren unterscheiden von Widerfahrnis-

²⁰ Vgl. dazu die Überlegungen bei Pirmin Stekeler-Weithofer, »Ethik und politische Anthropologie«, in Jürgen Mittelstraß (Hg.), *Der Konstruktivismus in der Philosophie im Ausgang von Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen*, Paderborn 2008, S. 133–154 und deren Kritik bei Geert-Lueke Lueken, »Ethik als philosophische Anthropologie. Zur Verteidigung des Kamlah-Projekts«, in ebd., S. 155–166.

²¹ Meines Wissens ist diese Unterscheidung zum ersten Mal von Wilhelm Kamlah in ihrer anthropologischen Bedeutung deutlich herausgestellt worden, vgl. Wilhelm Kamlah,

sen wie Stolpern, Niesen, Krankwerden. Bei Handlungen ist der Mensch aktiv, bei Widerfahrnissen passiv. Handlungen können geplant, ausgeführt, oder auch unterlassen werden, Widerfahrnisse hingegen sind hinzunehmen und zu ertragen – wobei das nicht notwendig etwas Schlimmes ist. Ein Lottogewinn ist auch ein Widerfahrnis und ist ja möglicherweise ein Glück. Gewiss können wir uns vor einigen schlimmen Widerfahrnissen bewahren. Wird das Auto regelmäßig gewartet, dann darf man sich auf ein reguläres Funktionieren der Bremsen verlassen. Der Ausbau der Deiche dürfte Hamburg vor einer Wiederholung des großen Sturmflut-Desasters von 1962 bewahren. An diesen Hinweisen kann deutlich werden, dass die Grundhaltung des modernen Machermenschen, des *homo faber*, dazu tendiert, fatale Widerfahrnisse als vermeidbar anzusehen. Trotzdem gehört es zur Grundbedingung des Menschseins, dass das Leben voller Widerfahrnisse ist, die hinzunehmen sind.²² Insofern ist eine letztlich grundlegende Hingabe Bestandteil eines vernünftigen menschlichen Selbstbewusstseins.

Sterben ist das größte Widerfahrnis im Leben. Soweit es leidvoll ist, kann sich der Mensch wenigstens um erträgliche Formen bemühen. Im Idealfall findet er zu leidfreien Formen – das wäre das ›gute Sterben‹. Kann dadurch der Widerfahrnischarakter des Sterbens beseitigt werden? Wer krank wird, sucht ärztliche Hilfe, hofft dadurch gesund zu werden. D. h. wir hoffen, dass auf diese Weise das Widerfahrnis des Krankseins nicht nur in eine akzeptable Form überführt, sondern dann auch beseitigt wird.

Was geschieht nun, wenn der Mensch die gänzlich unproblematische (also fachgerechte und gesellschaftlich anerkannte) Beendigung seines Lebens zur Hand hat? Offenbar ändert das Sterben seinen Charakter. Aus einem zu ertragenden Widerfahrnis wird eine Handlungsoption, die bei unerträglichem Leiden wählbar ist. Die Konsequenz wäre, dass eigentlich schon jedes irgendwie relevante Leiden seinen Widerfahrnischarakter verliert. Wegen der bestehenden Handlungsoption wird es von etwas zu Ertragendem zu einer frei gewählten Handlung.

Überlegen wir, wie ein solches Leben aussieht: Gerade ich nicht unter den Zwang, mein Leben, jedenfalls, sobald ich – durch irgendeine schwere Beeinträchtigung (z. B. Verlust der Seh-, Hör- Bewegungsfähigkeit) – seine Grenzen zu spüren bekomme, daraufhin zu befragen, ob es sich noch ›lohnt‹? Eine solche Frage mag ja auch jetzt schon unter Umständen auftreten, doch sie hat einen

Philosophische Anthropologie. Sprachkritische Grundlegung und Ethik, Mannheim 1973, S. I, § 3.

²² Dieses Wesensmerkmal der *conditio humana* ist es wohl, das sich im Suizid-Tabu ausdrückt. Allerdings wird das kaum noch angemessen verstanden.

anderen Charakter, solange die Sterbehilfe-Option nur ganz bedingt zur Verfügung steht und der Suizid tabuisiert ist. Denn da werden auch gravierende Beeinträchtigungen auf dem Hintergrund des Gegebenseins des Lebens erlebt. Man lebt eben, weil man lebt; und wenn Leiden auftritt, dann kann das Leben schwer werden, doch auch das gehört dann dazu.

Jetzt aber, unter der Einrichtung einer weitgehend autonomen Verfügung über das Sterben, steht das Leben in seiner späten Phase unter der Bedingung, dass es noch »lebenswert« sei: Dass also die Abwägung von Freuden gegen Leiden, von Annehmlichkeiten gegen Unannehmlichkeiten, von Vorteilen gegen die Nachteile, dass diese Abwägung positiv ausfällt.

Hinzu kommt, dass diese Frage nach dem Lebenswert ja nicht vom selbstbestimmten Subjekt allabendlich in ruhiger Besinnung überlegt, sondern dass sie in der Kommunikation mit allen Beteiligten, also Angehörigen, Bekannten, Ärzten, Pflegekräften präsent sein wird. Artikuliert der Patient Leiden, dann mag das gewürdigt werden, solange er tapfer ist. Falls er aber verzagt, weshalb sollten die Beteiligten dann Mitleid bekunden bzw. gar empfinden?²³ Werden sie nicht fragen, was das für einen Sinn hat? Und wenn sie es nicht fragen, wird der Patient sich nicht fragen, ob sie vielleicht primär ihren eigenen Verlust-Schmerz vor Augen haben? Andersherum: Wie lange wird ein Patient, der sieht, wie seine Angehörigen gravierenden emotionalen, zeitlichen und materiellen Belastungen ausgesetzt sind, einfach deshalb, weil er die Sterbeoption nicht ergreift, der also sieht, dass seine Unterlassung solche Wirkungen hat, ein solches Unterlassen für richtig halten können? Und, noch ein anderer Fall: Werden Eltern, deren Kind, nach Auskunft der Ärzte aussichtslos leidet, in der Lage sein, dieses Leiden zu ertragen? Würden sie sich nicht egoistisch fühlen, wenn sie ihr Kind ganz unnötigerweise noch eine Weile am Leben hielten?

Zusammengefasst: Eine Verlagerung der Lebensbeendigung in die Selbstbestimmung (bzw. die Willkür) des leidenden Menschen dürfte eine verstärkte Verdinglichung und kalkulatorische Betrachtung des Lebens nötig machen und uns damit ganz neue Zwänge auferlegen. Es hat nur den Anschein, als *könnten* wir unser Sterben dann selbst bestimmen. In Wahrheit *müssen* wir es.

23 In einer Radiosendung habe ich eine Holländerin erzählen gehört, eine schwer kranke Freundin habe gegenüber ihrer Schwester über ihre Beschwerden geklagt und zur Antwort erhalten: Aber es ist doch deine Wahl! Zu dieser Geschichte brauchen wir keine Quellenangabe, die ihre Richtigkeit sichert, weil sie einfach plausibel ist.

Organspende und das Ende des Lebens. Oder: Hirntod und die Ethik der Organtransplantation

Einige Aspekte des Akademie-Forums im November 2014¹

In Deutschland ist die Organspendenbereitschaft insbesondere nach dem sogenannten Transplantationsskandal erwartungsgemäß drastisch zurückgegangen. Die Anzahl der Patienten in der Bundesrepublik, die auf Spenderorgane warten, ist inzwischen fast viermal so hoch wie die der Spenden. Dabei wird selten bedacht, dass der öffentliche Diskurs um ›Gerechtigkeit‹ hier mehr Opfer fordert als die hemdsärmeligen Entscheidungen von Transplantationschirurgen. Andererseits versucht man, die verfügbaren Organe dadurch zu beschaffen, dass bei nicht explizitem Widerspruch von einer Zustimmung zur Organspende ausgegangen werden soll. Doch gerade dieses Verfahren würde das Vertrauensproblem verschärfen. Darum ist auch ein verstärkter Dialog nötig über das, was einer Organtransplantation in den meisten Fällen vorausgeht: der Tod eines Spenders. Dieses Thema geht alle an: Organempfänger, Organspender, Ärzte, Rechtsmediziner, Juristen, Ethiker, Theologen und auch Philosophen – nicht nur wegen der Frage, *wann* ein Mensch tot ist und *was* man mit seinen Organen machen darf, sondern auch wegen der Frage, ob überhaupt jemand bzw. *wer* angesichts der Mangelsituation ein bevorzugtes *Recht* darauf haben soll, von einer Organspende zu profitieren und den Kampf um die vorderen ›Listenplätze‹ zu gewinnen,² oder ob hier nicht gerade die Rede von einem Recht und die Regelung von Reihenfolgen kontraproduktiv sind.

Im Akademie-Forum »Organspende und das Ende des Lebens«, das am 7. November 2014 in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig stattfand, sprachen Experten aus Medizin, Theologie und Philosophie über zentrale Fragen, die mit diesem Thema verbunden sind. Auf dem Podium

1 Das Akademie-Forum wurde für DRadio Wissen aufgezeichnet und am 29. 3. 2015 ausgestrahlt. Die gesamte Diskussion ist abrufbar unter: <http://dradiowissen.de/beitrag/organspende-herz-zu-verschenken> (30. 3. 2015).

2 Dabei betrifft dieses Problem keineswegs nur die Organspenden: Angesichts der steigenden Kosten der Apparatedizin können keineswegs mehr alle Patienten gleich intensiv behandelt werden, mit der bekannten Folge, dass z. B. in Großbritannien für ältere Menschen nicht einmal mehr ein Dialyseverfahren vorgesehen ist, geschweige denn ein Organersatz.

diskutierten Dr. Kerstin Hohdorf, praktische Ärztin für Nuklearmedizin am Klinikum St. Georg in Leipzig, Dr. Sven Bercker, geschäftsführender Oberarzt der Klinik für Anästhesiologie und Intensivtherapie an der Universitätsklinik Leipzig, Prof. Dr. Hans-Peter Großhans, Professor für systematische Theologie, ökumenische Theologie und Religionsphilosophie der Universität Münster und Professor Dr. Joachim Thiery, Professor für Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin an der Universität Leipzig, Mitglied der Arbeitsgruppe »Revision der Allokationsrichtlinien für die Leber- und die Dünndarmtransplantation« der Ständigen Kommission Organtransplantation der Bundesärztekammer. Folgende Aspekte kamen während des Forums zur Sprache: Wie weit sind wir in den letzten Jahren in der Hirntoddebatte gekommen? Wie hat sich der Umgang mit dem Tod durch die technische Praxis verändert? Kann es gelingen, die nötige gesellschaftliche Akzeptanz herzustellen und Ängste zu beseitigen? Muss nicht auch grundsätzlich gefragt werden, welche Erwartungen an die Menschen herangetragen werden und was Organspende eigentlich für das Selbstverhältnis der Person bedeutet?³ Mit ihren Fragen und Problemen, den Unsicherheiten und Zweifeln fühlen sich Patienten, potentielle Spender und manchmal auch die Ärzte noch viel zu oft alleine gelassen. Werbung für den Organspendeausweis ist das eine, Dialog und Aufklärung das andere.

Frau Dr. Kerstin Hohdorf wird im Praxisalltag von verschiedenen Seiten aus mit dem Thema Organspende und Hirntod konfrontiert. Sie kennt die Fragen von potentiellen Spendern und Empfängern ebenso wie die Konflikte und die Belastung der Ärzte. Auch Dr. Sven Bercker weiß um die Probleme v. a. der Angehörigen und bringt ein Dilemma der Hirntod-Debatte auf den Punkt:

Die Hirntoddiagnostik ist eine pragmatische Definition des Todeszeitpunktes, doch der Patient erscheint nach einem kulturellen Empfinden dessen, was Tod ist, eben nicht wirklich tot: Der Brustkorb hebt und senkt sich, das Herz »schlägt«, der Patient schwitzt und hat Ausscheidungen. Für die Angehörigen ist es eine enorme Zumutung, »diesen« Tod anzuerkennen und eine besondere Form des Abschieds zu akzeptieren – der Verzicht auf einen Sterbeprozess, wie er seit Jahrtausenden übermittelt ist.

3 Das Forum legte bewusst den Fokus auf die ethisch-philosophischen Fragen, die mit dem Thema Organspende und Ende des Lebens verbunden sind. In Bezug auf strukturelle, rechtliche und praktische Aspekte sei auf das kürzlich erschienene Diskussionspapier der Nationalakademie Leopoldina hingewiesen: *Transplantationsmedizin und Organallokation in Deutschland. Probleme und Perspektiven* (Leopoldina Diskussion, Nr. 5), Halle a. d. S. 2015, http://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2015_Diskussionspapier_Transplantationsmedizin.pdf (30. 3. 2015).

Doch hilft es, wie gelegentlich vorgeschlagen, nicht von ›Hirntod‹ zu sprechen, sondern von ›Hirnstillstand‹? Oder führen solche Begrifflichkeiten nicht zu einem neuen Dilemma, nämlich dem, dass der Gesetzgeber dann den Ärzten die Möglichkeit einräumen muss, Patienten zum Zwecke der Organentnahme das Leben zu nehmen? Es ist klar, dass es nicht gleichgültig ist, wie wir hier zu sprechen belieben. Dabei geht es nicht bloß um allgemeine Definitionen von Leben und Totsein, sondern auch um den Umgang mit einem Verstorbenen nach dem Tod. Daher ist neben den gesundheitstechnischen Betrachtungen der Mediziner auch die auf das Ganze des Lebens bezogene Sichtweise der Philosophie und Theologie gefragt.

Tod ist eben nicht nur der Tod des Leibes, sondern auch das Ende der Teilnahme einer Person, dem gemeinsamen Leben. Wie aber die Praxis der Totenlehre zeigt, reicht das Andenken an die Person weit über ihren Tod hinaus. Daher ist keineswegs alles im Umgang mit dem Leichnam erlaubt, nur weil die Person selbst nicht mehr lebt. All diese Fragen sind keineswegs neu, doch sie müssen im Kontext der Organtransplantationsdebatte neu gestellt und diskutiert werden, wenn das Vertrauen in die Transplantationsmedizin wieder wachsen soll.

Organspende – in theologischer Sicht

Die christlichen Kirchen in Deutschland werben seit vielen Jahren für die Bereitschaft zur Organspende. Als Ende 2012 das neue Transplantationsgesetz in Kraft trat, hat sich der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, mit einem geistlichen Wort an die evangelischen Christen in Deutschland gewandt und für die Bereitschaft zur Organspende geworben:

Nach christlichem Verständnis sind das Leben und damit der Körper des Menschen ein Geschenk Gottes. Diesen kann und darf er aus Liebe zum Nächsten und aus Solidarität mit Kranken einsetzen. Eine Entnahme von Organen verletzt nicht die Würde des Menschen und stört nicht die Ruhe der Toten. Unsere Hoffnung auf die Auferstehung bleibt davon unberührt.¹

Präses Schneider weist freilich auch darauf hin, dass es keine christliche Verpflichtung zur Organspende gibt – Nächstenliebe ist immer eine persönliche Sache –, bittet aber alle Menschen in Deutschland darum, in eigener Selbstverantwortung zu prüfen, ob sie zu einer Organspende bereit seien und dies dann auch entsprechend dokumentieren könnten. Dieses geistliche Wort des höchsten Repräsentanten des deutschen Protestantismus fügt sich ein in eine ganze Reihe von ähnlichen Appellen und Bitten kirchenleitender Personen und Gremien an die Christen und insgesamt die Bürger in Deutschland. Insbesondere am Tag der Organspende, der jedes Jahr am 1. Samstag im Juni stattfindet, werben die christlichen Kirchen wie auch andere Verbände intensiv für eine Bereitschaft zur Organspende.

Dieses Werben wird begleitet von einer intensiven kirchlichen Aufklärungs- und Beratungsarbeit. So haben verschiedene christliche Kirchen in Deutschland höchst gelungene Informationsbroschüren als Entscheidungshilfen erstellt. Daran haben vor allem Krankenhausseelsorgerinnen und -seelsorger mitgewirkt. Sie haben darin ihre Erfahrungen aus den Gesprächen mit

1 Nikolaus Schneider, »Geistliches Wort zur Organspende«, 27. 12. 2012, http://www.ekd.de/download/20121120_wort_zur_organspende.pdf (23. 3. 15).

Sterbenden oder Angehörigen von sterbenden Menschen eingebracht, in denen es auch um die Bereitschaft und Einwilligung zu einer Organspende geht. So bietet beispielsweise die Evangelische Landeskirche in Baden in einer mehrfach überarbeiteten und wiederholt neu aufgelegten Broschüre mit dem Titel *Organtransplantation. Fragen und Impulse für eine persönliche Entscheidung* einen ganzen Katalog von Fragen, die dann sehr verständnisvoll beantwortet werden.² Dabei geht es nicht nur um Fragen, ob der Hirntod ein verlässliches Kriterium ist oder ob ich einen Organspende-Ausweis brauche, sondern auch darum, ob ein Stück von mir weiterlebt, wenn ich ein Organ spende oder wie es mit dem Leben nach dem Tod aussieht, wenn man Organe gespendet hat. Dies sind Fragen, mit denen Seelsorger im Gespräch konfrontiert werden. An ihnen wird bereits deutlich, dass es bei der Klärung einer Bereitschaft zur Organspende oder der Zustimmung zu einer Organentnahme nicht nur um eine rationale Abklärung und die Klärung medizinischer Fakten geht, sondern um ein ganzes Bündel weiterer Gesichtspunkte – um Emotionen, Beziehungen und grundsätzliche Fragen nach dem Ende des Lebens, zu denen auch die Dimension eines Lebens nach dem Tod gehört. Eine Konsequenz daraus ist die Einsicht, dass möglicherweise Gespräche über die Zustimmung zu einer Organentnahme bei einem verunglückten und sterbenden nahen Angehörigen wohl besser von einer Seelsorgerin als von einem Arzt geführt werden. Der Arzt muss natürlich garantieren, dass Organe erst entnommen werden, wenn ein Mensch wirklich tot ist. Er hat dafür ein Kriterium, das aus medizinischer Sicht allgemein anerkannt ist und als verlässlich gilt: den Hirntod. Doch dieses Kriterium ist häufig nur eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für eine Zustimmung zu einer Organentnahme oder für eine Bereitschaft zu einer Organspende.

Auf die Bedenken von Menschen gegenüber einer Reduzierung der Definition des Todes auf die medizinische Perspektive geht ausführlich eine 60 Seiten lange Broschüre der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Bayern zum Thema *Leben und Sterben im Herrn* ein:

Ein Mensch, der als tot gilt, weil sein Hirn nicht mehr funktioniert, dessen Organe aber noch funktionieren, weil die Atmung und der Kreislauf maschinell aufrecht erhalten werden, ist in einem merkwürdigen Zwischenzustand: nicht mehr richtig lebendig, aber auch noch nicht richtig tot. Da hilft es nur bedingt, dass die medizinische Wissenschaft versichert, dass dieser Mensch wirklich tot sei und Juristen diese Diagnose in positives Recht umsetzen. Ausgehend von unserem alltagswelt-

2 Evangelischer Oberkirchenrat (Hg.), *Organtransplantation. Fragen und Impulse für eine persönliche Entscheidung*, zuletzt publiziert 2014, <http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=17440> (23. 3. 15).

lichen Verständnis bleibt es eine Herausforderung, gleichsam wider den Augenschein den Tod anzuerkennen. Denn hierbei geht es dann ja nicht um eine neutrale Tatsache, sondern um einen Angehörigen, mit dem eine Lebensgeschichte verbindet, die jetzt für beendet erklärt wird.³

Nicht nur diese Diskrepanz zwischen medizinischer Information und alltagsweltlichem Erleben hemmt die Bereitschaft zur Organspende oder zur Zustimmung zu einer Organentnahme. Skandale um Manipulationen bei der Verwendung gespendeter Organe haben die Bereitschaft in der Bevölkerung zu einer Organspende stark sinken lassen und das Vertrauen in das System einer gerechten Distribution gespendeter Organe erschüttert. Es sind freilich auch andere Dimensionen von Gerechtigkeit, die Anfragen an den gesamten Zusammenhang von Organspenden und Organtransplantation auslösen. Auf solche Fragen der Gerechtigkeit geht ausführlich ein im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Transplantationsgesetz 2012 entstandenes Positionspapier der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland ein.⁴ In diesem Text werden nicht nur die üblichen medizinischen und rechtlichen Aspekte des Themas ausführlich erläutert, sondern auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit (es werden deutlich mehr Männern als Frauen Organe transplantiert), der Kostengerechtigkeit (wie lassen sich angesichts der Rationierung medizinischer Leistungen in anderen Bereichen die hohen Kosten von Transplantationen – die nur ganz wenigen Menschen zugutekommen – und ihre Folgekosten in einem solidarischen Gesundheitssystem rechtfertigen?), der Gerechtigkeit bei der Organverteilung und der Gerechtigkeit im globalen Kontext (im Sinne der globalen Verflechtung der Transplantationsmedizin) diskutiert.

Aus theologischer Sicht ist der Tod eines Menschen nie nur durch das Ende der biologischen Funktionen des menschlichen Körpers definiert worden. In der platonischen Philosophie wurde und wird der Tod als Trennung von Körper und Seele definiert; der so verstandene Tod eröffnet dem Menschen als Seele geradezu den freien Weg zum wahren Leben. Aus solcher philosophischen und aus theologischer Sicht ist das menschliche Leben nicht mit den biologischen Funktion eines menschlichen Körpers identisch. Leben ist theologisch gesehen immer Zusammen-Leben: mit anderen Menschen und Geschöpfen, aber auch mit Gott. Mit einem solchen Verständnis des Lebens ist der Tod dann

3 Evangelisch-Lutherische Kirche von Bayern (Hg.), »leben und sterben im Herrn«. *Handreichung zur Organspende und Organtransplantation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*, München 2014, S. 51, http://www.bayern-evangelisch.de/downloads/elkb_Handreichung_Organspende.pdf (23. 3. 15).

4 Evangelische Frauen in Deutschland e. V. (Hg.), *Organtransplantation. Positionspapier 2013*, Hannover 2013, http://www.evangelischefrauen-deutschland.de/images/stories/efid/Positionspapiere/organtransplantation_positionspapier%202013.pdf (23. 3. 15).

definiert als das Ende des Zusammenlebens, als das Ende aller Beziehungen; der Tod ist die Beziehungslosigkeit eines Menschen. Es gehört zu den Gewissheiten des christlichen Glaubens, dass es für einen Menschen eine vollständige Beziehungslosigkeit nicht gibt, weil Gott seine Beziehung zu jedem Menschen unbedingt aufrecht erhält. Christen halten sich in diesem Sinn an das Versprechen Jesu: »Wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt« (Joh 11,25). Im Blick auf das Thema ›Organtransplantation‹ ist dann eine Fixierung auf den absoluten biologischen Todeszeitpunkt obsolet und wenig sinnvoll. Vielmehr geht es dann darum, die Beziehungen mit in den Blick zu nehmen, in denen ein Mensch existiert, und diese Beziehungen und ihre Zukunft zu thematisieren.

Aus philosophischer und theologischer Sicht kann der Tod auch als das Ende aller natürlichen Möglichkeiten eines Menschen verstanden werden. Das Leben ist die immerwährende Bewegung eines Menschen, in denen Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden und diese dann wiederum neue Möglichkeiten eröffnen, usw. Der Tod ist dann das Ende aller Möglichkeiten und eine Wirklichkeit, die keine neuen Möglichkeiten eröffnet. Im Tod ist ein Mensch ganz auf seine Wirklichkeit reduziert, und es ist ihm nun rein gar nichts mehr möglich. Auch darüber ist zu reden, wenn über den Tod gesprochen wird. So gehört z. B. zu einem Gespräch eines Seelsorgers mit Angehörigen eines sterbenden Unfallopfers eben auch die Frage, was sie sich noch an Möglichkeiten für ihren Angehörigen vorstellen können. Dies ist für viele Menschen eine ganz schwierige Auseinandersetzung, für die sie Zeit und geduldige, verständnisvolle Gesprächspartner brauchen. Die neuen Möglichkeiten die ein glaubender Mensch sich erhofft, erwachsen bei einem sterbenden Menschen gerade nicht mehr aus seinen ihm von der Natur gegebenen Möglichkeiten, sondern werden aus dem ewigen Leben mit Gott erhofft. Auch diese Dimensionen des Lebens kommen im Angesicht des Todes zur Sprache; im Übrigen möglicherweise auch bei jungen Menschen, die das Ausfüllen eines Organspende-Ausweises erwägen. Wer steht ihnen bei diesem Nachdenken über die verschiedenen Dimensionen des Sterbens und des Todes als Gesprächspartner in einer Gesellschaft, die den Tod nur allzugern verdrängt, anonymisiert und entindividualisiert, zur Verfügung? In vielen deutschen Krankenhäusern werden solche Gespräche von Seelsorgerinnen und Seelsorgern täglich geführt. Eine gute Kooperation zwischen Ärzten und Seelsorgern in den Krankenhäusern kommt dabei sicherlich auch der Transplantationsmedizin und insofern den kranken Menschen, die auf ein passendes Organ hoffen, zugute.

Magdeburger Recht als verbindendes europäisches Kulturphänomen¹

1. Europas gemeinsame Grundlagen

Es besteht seit längerer Zeit weitgehend Einigkeit darüber, dass die in Europa lebenden Völker durch gemeinsame Grundlagen miteinander verbunden sind. Dazu gehören natürliche Gemeinsamkeiten, etwa das Klima und die physische Beschaffenheit des Lebensraumes. Letzterer wurde seit der Antike auch stets geografisch (und damit regelmäßig willkürlich), also begrenzt durch strukturelle Gegebenheiten der Erdoberfläche, begriffen. Heute ist Europa eher eine Idee als eine geografische Größe.¹ Die dennoch anzutreffende Auffassung, Europa sei jener Teil der Erde westlich von Asien, der sich zwischen Spitzbergen bis Kreta in Nord-Süd-Richtung und von der portugiesischen Atlantikküste bis zum Ural in West-Ost-Richtung erstreckt, geht auf den schwedischen Geografen Philipp Johann von Strahlenberg (1677–1747) zurück.

Hinzu kommen gesellschaftliche Erscheinungen, welche die diesen Naturraum besiedelnden Staaten und Völker initiiert, wahrgenommen und verarbeitet haben. Dazu gehören gemeinsam erlebte Konflikte, Konfliktlösungen, nationale bzw. ethnische Abgrenzungs-, Vereinnahmungs-, Assimilations- und Ausmerzungsstrategien sowie deren Überwindung. Nicht zuletzt sind Sprache und

¹ Thesenpapier, welches am 27.10.2014 im Rahmen eines internationalen Werkstattgesprächs im Kulturhistorischen Museum der Landeshauptstadt Magdeburg mit Blick auf die Bewerbung Magdeburgs als europäische Kulturhauptstadt diskutiert wurde. Grundlage bildete das Akademieprojekt *Das sächsisch-magdeburgische Recht als kulturelles Bindeglied zwischen den Rechtsordnungen Ost- und Mitteleuropas*. Teilnehmer waren neben den gastgebenden Kommunalpolitikern und Museumsfachleuten Rechtshistoriker und Historiker aus Litauen, Lettland, Tschechien, Ungarn, Ukraine, Weißrussland und Deutschland (die Vertreterin Polens, Frau Prof. Dr. iur. Danuta Janicka [Toruń], Mitglied der vorhabenbezogenen Kommission des genannten Akademievorhabens, musste wegen anderer dringender internationaler Verpflichtungen leider absagen). Vgl. auch Thomas Duve, »Von der Europäischen Rechtsgeschichte zu einer Rechtsgeschichte Europas in globalhistorischer Perspektive«, in *Rechtsgeschichte. Legal History. Zeitschrift des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte* 20 (2012), S. 18–71.

Schrift Kulturelemente, die trotz ihrer Verschiedenartigkeit gemeinsame Wurzeln oder gar gemeinsame Elemente aufweisen. Letztere bilden wiederum wichtige Grundlagen für Kunst und Kultur, womit sich Völker, Volksgruppen, Nationen, Staaten und andere Gemeinschaften jeweils selbst definieren, sich damit zwangsläufig voneinander abgrenzen, auf einer abstrakteren Ebene jedoch wieder miteinander verbinden (etwa vermittelt über Religion, Schriftzeichen etc.). Diesem Wechselspiel von Einheit und Vielfalt wohnen immer Wertevorstellungen inne. Letztere werden insbesondere im modernen Europa als verbindende Klammern bemüht (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Chancengleichheit u. a.).

2. Recht als Kulturerscheinung

Neben Sprache, Kunst, Denken, Brauchtum u. a. ist auch das Recht eine Ausdrucksform bzw. ein Teilbereich der Kultur. Es bedeutet Abgrenzung und Verbindendes zugleich. Da das Recht lange Zeit Brauchtmäßig bzw. mündlich tradiert wurde (»Gewohnheitsrecht«), hat es von Anfang an Elemente in sich aufgenommen, die für die Lösung der gerade anstehenden Probleme als praktikabel erschienen. Trotz des in Antike und Mittelalter vorherrschenden Personalitätsprinzips (jeder Mensch wird in eine bestimmte Rechtsordnung hineingeboren und wird unabhängig von seinem Aufenthaltsort danach behandelt) und der Existenz ständischer bzw. sozialer Rechtskreise (Bauern, Bürger, Adel, Handwerker, Soldaten, Kleriker usw.) gab es auch stets Verbindendes zwischen diesen Rechtssegmenten. Wie bei Sprache und Kunst wurden Elemente fremder Rechte übernommen und in die eigene Rechtsordnung implantiert bzw. dieser durch Hoheitsakt einverleibt. Motive und Mechanismen dieses »Rechtstransfers« waren dabei sehr unterschiedlich. Auf jeden Fall kam es auch auf dem Gebiet der »Kulturerscheinung Recht« zur Herausbildung gemeinsamer Grundlagen in Europa. Das bekannteste Beispiel von fundamentaler Bedeutung ist die Rezeption des römisch-kanonischen Rechts, welches während des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit, maßgeblich vermittelt durch Kirche und Universitäten, in die verschiedenen Rechtsordnungen Europas, wiederum in unterschiedlicher Intensität (auf dem europäischen Festland stark, in England schwach), eindrang. Hierher gehört auch das sächsisch-magdeburgische Recht, welches neben dem römisch-kanonischen Recht hunderte Städte und andere Siedlungen sowie Landschaften in Mittel- und Ostmitteleuropa beeinflusst hat.

3. Stadtrechte als Avantgarde

Von den im Mittelalter vorhandenen »Rechtskreisen« (Stadtrecht, Landrecht, Kirchenrecht usw.) ging vor allem von den Stadtrechten eine zukunftsweisende Wirkung aus. So waren in den Städten die für die Rechtsordnung(en) auf dem Land typischen Abhängigkeitsverhältnisse aufgehoben (»Stadtluft macht frei nach Jahr und Tag«).

Während im ländlichen Bereich die Existenz von Recht als gegeben angesehen wurde, gingen die Städte früh dazu über, nach aktuellen praktischen Bedürfnissen Recht bewusst zu setzen (Ratsbeschlüsse usw.). In Verbindung mit dem vorhandenen Gewohnheitsrecht wurde das Stadtrecht durch die Rechtsanwendung der städtischen Gerichte sowie der sogenannten Oberhöfe und Schöffenstühle lebensnah weiterentwickelt. Aufgrund der Struktur und Funktion früher Handelsplätze lag es nahe, dass insbesondere städtische Belange (Handel, Handwerk, Friedenssicherung, Besitzgarantien) rechtlich geregelt wurden. Modern wirkt auch die Praxis, neu gesetztes Recht (Ratswillküren, Ratsbeschlüsse) den versammelten Bürgern als Adressaten und Träger der städtischen Rechtsordnung öffentlich zu verkünden. In den Städten setzte auch früh die Verschriftlichung der Rechtskultur an, wovon die schriftliche Verzeichnung von Rechtsgeschäften, Gerichtsentscheidungen, Schöffensprüchen etc. in den entsprechenden städtischen seriellen Quellen (Schöffebücher u. a.) künden. Im Bereich des Strafrechts und Strafprozesses lässt sich eine zügige Verfolgung und Aburteilung von Straftätern konstatieren. Dem Charakter der Handel treibenden Kaufmannsfamilien ist es wohl geschuldet, dass mit den Stadtrechten eine erhebliche Verbesserung der Rechtsstellung der Kaufmannsfrau im Besonderen und der Frau im Allgemeinen erreicht wurde (Geschäftsfähigkeit, Erbrecht, Absicherung der Witwe).

Aufgrund der an effizienter Rechtsdurchsetzung interessierten Stadt (dynamische Abwicklung von Handelsgeschäften) kam es zu einer spürbaren und zukunftsweisenden Reduzierung der Formalien im Prozess.

Schließlich trug die gesamte Stadtverfassung mit der ihr eigenen Balance der Gewalten in der Stadt und über die Stadt (Stadtherr, Rat, Stadtgericht, Schöffenkollegium) erheblich zur Stabilisierung und Verstetigung der städtischen Rechtsordnung bei. Mit der Gründung von Städtebünden schützten sich die Städte vor Übergriffen durch stadtfremde bzw. städtefeindliche Gewalt.

Ein Musterbeispiel für die Zusammenführung der genannten avantgardistischen Merkmale der Stadtrechte stellt das berühmte Stadtrecht von Magdeburg dar.

4. Rechtstransfer und Rechtsverwandtschaften

Aufgrund der unübersehbaren Vorteile, die das Stadtrecht gegenüber dem Landrecht hatte, wurden Stadtrechte, in denen diese Merkmale besonders ausgeprägt und lebensfähig waren, von anderen Städten übernommen bzw. begehrt. Dabei waren die Wege dieses Rechtstransfers unterschiedlich. Sie reichen von der gewaltsamen Übertragung (etwa im Gebiet des Deutschen Ordens) über vertragliche Regelungen zwischen Stadtherrn und Stadt sowie über ausdrückliche Privilegierungen durch die Stadtherren (»Bewidmung«) bis hin zur pragmatischen Anwendung eines brauchbaren Stadtrechts durch die jeweilige Stadt, sofern sie die wirtschaftliche und politische Stärke für eine solche selbständige »Ausstattung« bzw. »Nostrifizierung« mit einem bestimmten Stadtrecht hatte. Diese Transferprozesse führten dazu, dass viele Städte aufgrund ihres jeweiligen Stadtrechts, das oft lokalbezogen variiert war, mit anderen Städten »verwandt« waren. Die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts hat für diese Geflechte den Begriff »Stadtrechtsfamilien« eingeführt und diesen mit den Begriffen »Mutterstädte«, »Tochterstädte«, »Enkelstädte«, »Rechtszug an den Oberhof« kombiniert. Die moderne Forschung verweist zwar kritisch darauf, dass das eine Idealvorstellung sei, doch ist bislang noch kein anderer, diese komplexen Erscheinungen umfassender oder gar besserer Begriff gefunden worden.

5. Magdeburg als Ausstrahlungs- und Rückkopplungsort

Eines der wirkungsmächtigsten deutschen Stadtrechte des Mittelalters war das berühmte Stadtrecht von Magdeburg. Es wurde nicht nur hundertfach an andere Städte und Dörfer übertragen, sondern auch von solchen angestrebt. Das Stadtrecht von Magdeburg übte eine erhebliche Anziehungskraft aus, die es aus der Sicht der begehrenden Städte umzusetzen galt.² Im Rahmen der von Magdeburg aus verlaufenden Rechtstransferprozesse war man sich dessen bewusst, dass das begehrte Stadtrecht *einen* Namen trägt – jenen von Magdeburg. Inwieweit immer bekannt war, wo Magdeburg liegt oder was es mit dieser Stadt auf sich hat, war nicht die Frage. Vielmehr ging es um die Inhalte dieses Rechts, die insbesondere die bereits geschilderten Vorteile in der Stadtverfassung und für die private Rechtssicherung mit sich brachten und mit dem variantenreich erscheinenden Begriff »Magdeburger Recht« – einer modernen

2 Vgl. Heiner Lück, »Aspects of the transfer of Saxon-Magdeburg Law to Central and Eastern Europe«, in *Rechtsgeschichte. Legal History. Zeitschrift des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte* 22 (2014), S. 79–89.

Marke gleich – bezeichnet waren. Somit hat Magdeburg als Ursprungsort einer unvergleichlich populären wie lebensfähigen Stadtrechtsordnung von der Elbe bis etwa an den Dnjepr (Kiew) ausgestrahlt. An den Orten, in denen Magdeburger Recht bzw. Varianten davon galten, war man sich dessen bewusst, dass in der namensgebenden Stadt bzw. an den näher liegenden Tochterstädten gediegene Rechtskenntnisse zu diesem Recht vorhanden waren. Vor allem aber gingen beim Magdeburger Schöffenstuhl viele Rechtsfragen ein, wo sie rechtskundig beantwortet wurden. Insofern gab es eine intensive Rückkopplung der Städte Magdeburger Rechts in die sogenannte Mutterstadt des Magdeburger Rechts oder in eine näher gelegene Tochterstadt mit gleichem oder ähnlichem Recht. Diese Praxis ist u. a. deshalb bemerkenswert, weil man vor Ort nicht aus Machtbewusstsein darauf bestand, das Recht um jeden Preis selbst anzuwenden bzw. auslegen zu wollen. Vielmehr wurde der Sachkunde respektvoll der Vorrang eingeräumt.



Abb. 1: Titelseite einer polnischen Ausgabe des Magdeburger Rechts von Pawel Szczebicz, Lwów (heute Lviv/Ukraine) 1581.

6. Aktuelle Bedeutung des Magdeburger Rechts

Es ist ein gewisses Phänomen, dass das Magdeburger Recht, welches von seiner Genesis her in das hohe Mittelalter gehört, noch heute als Erscheinung bekannt und als Begriff durchgängig sehr positiv besetzt ist. Dafür gibt es mehrere Gründe. Sie speisen sich vor allem aus der Perspektive der Städte, die ihr Recht als Magdeburger Recht gesehen und erlebt haben. Die Städte sehen retrospektiv in ihrem traditionellen wie aktuellen kollektiven Bewusstsein den Eintritt in die Magdeburger Stadtrechtsfamilie regelmäßig als bedeutendes und zukunftsweisendes Ereignis ihrer Stadtgeschichte an. Von besonderer aktueller Bedeutung ist die städtische Autonomie. Sie war auch im Magdeburger Stadtrecht ausgebildet (freilich nicht nur in diesem). Somit nimmt es nicht wunder, dass gerade die Städte in Ostmitteleuropa ihr behauptetes und gelebtes, keineswegs selbstverständliches Selbstverwaltungsrecht auf das Magdeburger Recht zurückführen. Ferner bringt die einstige Zugehörigkeit zur Magdeburger Stadtrechtsfamilie weitgehend objektiv zum Ausdruck, dass eine Stadt zu Europa gehört. Aus der Sicht vieler ostmitteleuropäischer Städte ist das eine überaus zentrale Frage, die freilich viel mit der Geschichte im 20. Jahrhundert zu tun hat. Man denke etwa an die Städte in den baltischen Staaten oder in der Ukraine.

7. Von der Peripherie zum Zentrum

Die Frage ist, warum es gerade die Stadt Magdeburg an der Elbe war, welche ein so qualitätsvolles, lebensnahes, begehrtes und vor allem zukunftssträchtiges, ja, noch ein in der Gegenwart als memoriales Konstrukt virulentes Stadtrecht hervorbringen konnte. Es waren gewiss die Inhalte, welche bereits oben kurz skizziert worden sind. Doch müssen auch diese Inhalte irgendwoher kommen. Die Rekonstruktion von Provenienz und Konstituierung der inhaltlichen Elemente des Magdeburger Stadtrechts muss in jedem Fall eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigen. Es fällt aber auf, dass Magdeburg in der Zeit seiner Stadtwerdung in einer Grenzlage situiert war. Im Diederhofsener Kapitular von 805, in welchem Magdeburg erstmals urkundlich erwähnt wird, ist vom Handel mit den Slawen an der Grenze des Fränkischen Reiches die Rede. Auch nachdem die Ottonen Magdeburg zu einem Zentrum weltlicher und kirchlicher Macht ausgebaut hatten, behielt die Stadt ihre Grenzlage. Von hier aus gingen wichtige Impulse für die Christianisierung der slawischen Gebiete und die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Kaufleuten weit im Osten aus. Diese Prozesse waren von Städtegründungen, die eines Rechtes bedurften, begleitet.

Somit hat sich die Grenzlage gewiss auch auf die Verbreitung des Magdeburger Stadtrechts ausgewirkt. In gewisser Weise ist das mit der zweiten, jedoch wesentlich kleineren Stadtrechtsfamilie, nämlich der des Lübischen Rechts, vergleichbar. Auch Lübeck weist eine Grenzlage auf, von der aus es seine Handels- und Rechtsbeziehungen, vor allem in den Ostseeraum, entfaltete. Aus der Sicht der sogenannten Tochterstädte des Magdeburger Rechts und des Lübecker Rechts bildeten die namengebenden Hauptorte jedoch Zentren der jeweiligen Stadtrechtsfamilie. Insofern fallen hier Peripherie und Zentrum zusammen. Während Lübeck seine zweifelsohne wirkungsmächtige Grenzlage behielt, wurde Magdeburg mit der Ausdehnung des Heiligen Römischen Reiches nach Osten auch im geografischen Sinne ein Zentrum, jedenfalls so etwa im 14. Jahrhundert. Ob und wie das Wechselspiel von Zentrum und Peripherie zur Profilierung des Stadtrechts von Magdeburg beigetragen hat, wäre noch zu klären.

8. Zentrum mit Zentralfunktion

Augenscheinlich peripher war Magdeburgs Lage wiederum in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zunächst befand sich in seiner unmittelbaren Nähe die Grenze zwischen der DDR und der BRD. Die Beseitigung der Grenze 1990 rückte Magdeburg wieder etwas näher an das Zentrum heran. Von erheblicher Bedeutung war dann 2004 der Beitritt mehrerer ostmitteleuropäischer Staaten zur EU. Damit war nun von Osten (Polen) und Südosten (Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien) her der Blick wieder frei auf das immer noch bekannte und berühmte Magdeburg, welches dem Magdeburger Recht nicht nur seinen Namen gab. Aufgrund der erfüllten Vorgaben für den Beitritt ist nun erneut ein relativ einheitlicher Rechtsraum entstanden, der von Portugal bis an den Fluss Bug (zwischen Polen und Ukraine) reicht, von dem sich ein Teil von der Elbe ostwärts bis an die Ostgrenze Polens erstreckt. Aufgrund der historischen Entwicklung, vornehmlich jener im 19. und 20. Jahrhundert, hat der EU-Raum östlich und südöstlich von Magdeburg mehr rechtliche und kulturgeschichtliche Gemeinsamkeiten als mit jenem Rechtsraum, der von den Gründungs-/Altmitgliedern der EU repräsentiert wird.

Aufgrund dieser Entwicklung, die auch mit der Rolle des Magdeburger Rechts, vor allem in Ostmitteleuropa, verbunden ist, erscheint es unter kulturpolitischen Prämissen des modernen Europa geradezu zwingend, dass sich die Stadt Magdeburg ihrer integrierenden Funktion bewusst wird und ihre während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit auf rechtlichem Gebiet entwickelte Strahlkraft für ein modernes, Bildung, Kunst, Kultur und Wissenschaft zugewandtes Europa fruchtbar macht.

Berichte & Notizen

Vortragsreihe ›Innovation‹

Im Sommersemester 2014 und Wintersemester 2014/15 veranstalteten die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und die Technische Universität Dresden eine interdisziplinäre Vortragsreihe zum Thema »Innovation« in Dresden.

Durchgeführt wurde sie von Prof. Dr. Gert Melville, dem Direktor der Dresdner Forschungsstelle für Vergleichende Ordensgeschichte (FOVOG) und Leiter des Akademieprojekts *Klöster im Hochmittelalter. Innovationslabore europäischer Lebensentwürfe und Ordnungsmodelle*. Die organisatorische Betreuung oblag Dr. Jörg Sonntag, einem der beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter im genannten Akademieprojekt.

Eingefügt in die Dresdner Veranstaltungsreihe ›Wissensbrücken‹, die im Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik neue Lösungsansätze für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts diskutiert, wurde das Thema ›Innovation‹ aus unterschiedlichen fachlichen und wissenschaftsorganisatorischen Perspektiven aufgegriffen und u. a. folgenden grundsätzlichen Fragestellungen kritisch unterzogen:

- Wie lässt sich ›Innovation‹ definieren?
- Welche (kulturellen, wissenschaftlich/intellektuellen, soziopolitischen, ökonomischen) Voraussetzungen sind für Innovationen notwendig? Bedarf es eines bestimmten ›Klimas‹ für Innovationen?
- Welchen Stellenwert nehmen Innovationen heute in Forschung, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ein, und welche Erwartungen werden an Innovationen gestellt?
- Welchen Grenzen (etwa im Erkenntnispotential, in den technischen Möglichkeiten, in den ökonomischen oder ökologischen Ressourcen bzw. in ethischen Vorgaben) unterliegen Innovationen?

Im Sommersemester 2014 standen zunächst wissenschaftstheoretische Analysen im Vordergrund. Prof. Dr. Peter Strohschneider (Bonn) untersuchte die Kraft von und zur Innovation innerhalb der modernen Wissenschaftsorganisation. In direkter Folge dazu ging Prof. Dr. Dietmar Harhoff (München)

der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik nach. Prof. Dr. Wieland B. Huttner (Dresden) legte die Zusammenhänge von Innovation und molekularer Zellbiologie, namentlich die Funktion des Zufalls, dar. Zum Abschluss brachte Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer (Leipzig) die philosophische Perspektive auf ›Innovation‹ ein, indem er etwa die Kategorie der Reflexion als eine Ursache für Innovation festmachte.

Im Wintersemester 2014/2015 rückten die Organisatoren die forschungstechnische Seite der Innovationsproblematik und damit aktuelle, fundamentale Herausforderungen unserer Zeit in den Fokus. Den soziologischen Betrachtungen zur Suche nach dem Neuen von Prof. Dr. Hans Georg Soeffner (Konstanz) folgten hier die Beiträge von Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher (Ulm) zur künstlichen Intelligenz und von Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Schellnhuber (Potsdam) zum Klimawandel. Die Vortragsreihe endete mit einem Blick ins Weltall. Der Wissenschaftsastronaut Prof. Dr. Dr. Ernst Messerschmid (Stuttgart) erläuterte das Potential von ›Innovation‹ für die moderne Raumfahrt und das der Raumfahrt für die Innovation auf der Erde.

Das Programm im Überblick

Sektion 1 (Sommersemester 2014)

15. April 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Peter Strohschneider (Bonn)

(Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft)

Das neue Neue – Über einige Paradoxien der Wissenschaftsorganisation

Moderation: Prof. Dr. Gert Melville (Dresden)

26. Mai 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Dietmar Harhoff (München)

(Direktor des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, Honorarprofessor der Ludwig-Maximilians-Universität)

Forschungs- und Innovationspolitik – Anspruch und Wirklichkeit

Moderation: Prof. Dr. Hans Wiesmeth (Dresden)

23. Juni 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Wieland B. Huttner (Dresden)

(Direktor am Max-Planck-Institut für molekulare Zellbiologie und Genetik)

Innovation und Evolution – Was uns die Biologie lehrt

Moderation: Prof. Dr. Gerhard Rödel (Dresden)

14. Juli 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer (Leipzig)

(Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig)

Innovation aus Reflexion – Zum Beitrag der Philosophie für die Wissenschaftsentwicklung

Moderation: Prof. Dr. Marina Münkler (Dresden)

Sektion 2 (Wintersemester 2014/15)

13. Oktober 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner (Konstanz/Essen)

(Vorstandsmitglied des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen)

Systematisierte Ungewissheit: Soziologische Betrachtungen zur Suche nach dem Neuen

Moderation: Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg (Dresden)

10. November 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Marion Weissenberger-Eibl (Karlsruhe)

(Direktorin des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI)

Innovationsforschung: Ein systemischer Ansatz. Voraussetzungen, Grenzen und Methoden

Moderation: Prof. Dr. Michael Schefczyk (Dresden)

– entfallen –

1. Dezember 2014, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher (Ulm)

(Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Mitglied des »Club of Rome«)

Die Zukunft der digitalen Maschine: Was kommt auf uns zu?

Moderation: Prof. Dr. Sebastian Rudolph (Dresden)

12. Januar 2015, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Schellnhuber CBE (Potsdam)

(Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung)

Die Große Transformation zur Klimaneutralität

Moderation: Prof. Dr. Manfred Wendisch (Leipzig)

2. Februar 2015, 18:30 Uhr

Prof. Dr. Ernst Messerschmid (Stuttgart)

(Wissenschaftsastronaut, Institut für Raumfahrtssysteme)

Vom All in den Alltag: Raumfahrt für neues Wissen und Innovationen

Moderation: Prof. Dr. Martin Tajmar (Dresden)

Jörg Sonntag

Hanns-Peter Neumann: Der preussische Kronprinz Friedrich und die französische Übersetzung der ›Deutschen Metaphysik‹ Christian Wolffs im Jahr 1736.

Die Identifizierung der Krakauer Handschrift Ms Gall. Fol. 140 in der Biblioteka Jagiellonska und der Berliner Handschrift P. 38 in der Bibliothek des Schlosses Charlottenburg«, in *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte*, NF, 24/1 (2014), S. 35–68.

Die historisch-kritische Edition des Briefwechsels zwischen dem Aufklärungsphilosophen Christian Wolff und dem ehemaligen kursächsischen Gesandten und Kabinettsminister Ernst Christoph Graf von Manteuffel wird seit 2011 von der DFG gefördert und ist ein Kooperationsprojekt der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg.¹

Im Zuge der Recherchen für die Kommentierung des ersten Bandes der Korrespondenz zwischen Wolff und Manteuffel hat sich nun ein denkwürdiger Fund ergeben. Anlass dafür gaben Briefstellen, in denen Wolff und Manteuffel den Einfluss der wolffschen Philosophie bei der Marquise du Châtelet, Voltaire und dem preußischen Kronprinzen Friedrich diskutierten und dabei eine frühe französische Übersetzung der *Deutschen Metaphysik* Wolffs erwähnten.² Diese vom preußischen Kronprinzen 1736 in Auftrag gegebene französische Übersetzung der *Deutschen Metaphysik* (= *Vernünfftige Gedancken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen, auch allen Dingen überhaupt*, Halle 1720) galt in der Forschungsliteratur bislang als verschollen.

Dass anhand der Sichtung zweier Handschriften, wovon die eine in der Biblioteka Jagiellonska in Krakau, die andere in der Bibliothek des Schlosses Charlottenburg in Berlin liegt, es nun erstmals gelungen ist, die erste französische Gesamtübertragung des metaphysischen Hauptwerks Wolffs zu identifizieren, darf daher als besonders erfolgreicher Nebeneffekt der editorischen Arbeit am Wolff-Manteuffel-Briefwechsel angesehen werden. Als besonders

1 Siehe dazu die Beiträge von Jürgen Stolzenberg, Detlef Döring und Hanns-Peter Neumann in *Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften* Heft 8 (2012), S. 56–84, <http://denkstroeme.de/heft-8> (30. 3. 2015).

2 Siehe die Briefe Nr. 30, Z. 70 ff., Nr. 33, Z. 70 ff., Nr. 52, Z. 39 ff. und Nr. 54, Z. 22 ff., in http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/10644/Open_Access_1_Wolff-Manteuffel_Transkriptionen_%20Briefe_001_bis_150.pdf (30. 3. 2015).

glückliches Additum ist der Umstand zu werten, dass Titelblatt, Randbemerkungen und Korrekturen im Krakauer Manuskript von der Hand Friedrichs höchstpersönlich stammen. So trägt das Krakauer Manuskript, das den ersten Teil der Übersetzung der *Deutschen Metaphysik* enthält, den von Friedrich geprägten und eigenhändig geschriebenen Titel »Meta Phisque de Wolff / 1. partie / qui contyent / Le Dictionaire de Sa / Metaphisique/ oux / L'explication des termes / dont il se servira dens / le cours de Sa metaphisique. / Traduit de L'Alemens / par N: N:«. Hinter »N: N:« verbirgt sich Ulrich Friedrich von Suhm, der von 1720 bis 1730 kursächsischer Gesandter in Berlin war und von dieser Zeit an zum engeren Freundeskreis des preußischen Kronprinzen gehörte.

Dieser Fund ist für die Forschung zu Friedrich, Voltaire, Wolff und Émilie du Châtelet schon deswegen von Wichtigkeit, weil es eine Kopie der Übersetzung Suhms war, die der preußische Thronfolger Voltaire und der Marquise du Châtelet geschickt hat, um eine gemeinsame Basis für das Studium und die Diskussion der leibniz-wolffschen Philosophie zu haben.

In dem Ende 2014 publizierte Aufsatz werden nicht nur die beiden Handschriften und Friedrichs Randbemerkungen genau beschrieben, sondern auch der Entstehungskontext der französischen Übersetzung der *Deutschen Metaphysik* eingehend analysiert – dazu gehören u. a. Friedrichs beginnende Korrespondenz mit Voltaire und Émilie du Châtelet sowie die Situation des Wolffianismus in Preußen – und die Bedeutung, die Wolffs Metaphysik für den preußischen Thronfolger hatte, in biografischer und aufklärungspolitischer Hinsicht dargelegt.

Hanns-Peter Neumann



Vita regularis – Ordnungen und Deutungen religiösen Lebens im Mittelalter. Abhandlungen

Rules and Observance. Devising Forms of Communal Life

Herausgegeben von Mirko Breitenstein, Julia Burkhardt, Stefan Burkhardt, Jens Röhrkasten (Vita regularis. Abhandlungen, Band 60), Lit-Verlag, Berlin 2014, 303 + X Seiten, 10 Abbildungen, Broschur.

Der vorliegende Band präsentiert die Beiträge zweier Sektionen, die von der Heidelberger und der Leipziger Arbeitsstelle des Projektes *Klöster im Hochmittelalter. Innovationslabore Europäischer Lebensentwürfe und Ordnungsmodelle* im Jahre 2012 gemeinsam auf dem *International Medieval Congress* in Leeds organisiert und durchgeführt wurden. Auf diesem traditionsreichen Forum stellten die Projektmitarbeiter ihre Forschungsansätze und erste Ergebnisse erstmals der internationalen Fachöffentlichkeit vor. Dankenswerterweise konnten dafür wie auch für die hier anzuzeigende Veröffentlichung der Tagungsbeiträge weitere, international renommierte Wissenschaftler gewonnen werden, die mit eigenen Studien die Ansätze und Erkenntnisinteressen der Mitarbeiter beider Projektteile zu bereichern vermochten.

Die Entscheidung, für diese erste internationale Präsentation den Gegenstand von Regeln und entsprechender Regelbefolgingspraxis zu wählen, wurde getroffen, weil es sich bei der *vita religiosa* stets um eine *vita regularis* handelt.

Jene in den religiösen Orden und Gemeinschaften praktizierte Lebensform war konsequent regelgeleitet, und diese institutionalisierte Orientierung an Normen war ebenso wie der praktizierte Umgang mit ihnen innovativ und nachhaltig prägend für die Moderne.¹ Der Gegenstand des Bandes berührt somit unmittelbar zentrale Fragestellungen des Projektes.

In Anlehnung an diese Leitfragen ist der Band in vier Sektionen gegliedert, deren erste dem Phänomen der Normsetzung gewidmet ist (»Creation of Norms«). Sie wird eröffnet durch einen Beitrag von Nicholas W. Youmans (Dresden), der die Entwicklung des den Franziskanerorden in besonderer Weise prägenden Autoritätsgefüges untersucht und dabei die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und den ihn verpflichtenden Gehorsamsstrukturen analysiert. Anna Campbell (Reading) richtet ihr Augenmerk auf die Bedeutung verschriftlichter Normen für die franziskanischen Erneuerungsbewegungen des 15. Jahrhunderts, wobei der in Frankreich durch Colette von Corbie initiierte Zweigorden der »Colettinnen« (oder »Armen Klarissen«) im Zentrum steht. Mit den Niederlassungen der Camaldolenser lenkt Nicolangelo d'Acunto (Mailand) schließlich den Blick auf die normsetzende Kraft architektonischer Entwürfe, die er dabei als wesenhaften Ausdruck spiritueller Leitideen zu erkennen vermag.²

Die Beiträge der zweiten Sektion nehmen das Problemfeld der Durchsetzung von Normen (»Enforcing of Norms«) in den Blick. So untersucht Bert Roest (Nijmegen) den Ausbau einer Bildungsinfrastruktur im bereits etablierten Franziskanerorden des späten Mittelalters. Auch Jens Röhrkasten (Birmingham) widmet sich in seinem Beitrag den Franziskanern und untersucht dabei das Verhältnis von Gehorsam und Ungehorsam im administrativen Ordensalltag. Hieran schließen sich Beobachtungen von Amanda Power (Sheffield) an, die anhand englischer Quellen des 13. Jahrhunderts auffällig divergierende Stellungnahmen zum Umgang mit dem geforderten Gehorsam herauszuarbeiten vermag.

Die dritte Sektion widmet sich Fragen des Normentransfers (»Transfer of Norms«) und damit einem der zentralen Erkenntnisinteressen des Akademieprojektes *Klöster im Hochmittelalter*. So beschäftigt sich Stefan Burkhardt (Heidelberg, HAdW) in seinem Beitrag mit dem Einfluss sowohl des klösterlichen

1 Vgl. hierzu Gert Melville, »Im Spannungsfeld von religiösem Eifer und methodischem Betrieb. Zur Innovationskraft der mittelalterlichen Klöster«, in: *Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften* Heft 7 (2011), S. 72–92, http://denkstroeme.de/heft-7/s_72-92_melville (30.3.2015).

2 Vgl. hierzu vertiefend in Kürze die Projektveröffentlichung: Gert Melville und Jörg Sonntag (Hg.), *Geist und Gestalt. Monastische Raumkonzepte als Ausdrucksformen religiöser Leitideen* (Vita regularis. Abhandlungen), Berlin 2015 [im Druck].

Zeitregiments als auch der entsprechenden Kompetenzen der Zeitmessung auf die Welt. Mirko Breitenstein (Dresden, SAW) wiederum beleuchtet die dichten Rezeptionsprozesse eines ursprünglich für die klösterliche Erziehung in einem Konvent verfassten Traktats in anderen Gemeinschaften und vor allem auch in der Welt jenseits der Klostermauern. Auf Basis vor allem normativer Quellen untersucht Coralie Zermatten (Dresden) den institutionellen Wandel des Karmelitenordens und seinen Transfer vom Berg Karmel im Heiligen Land in die Städte Europas. Florent Cygler (Nantes) widmet sich schließlich dem außerordentlichen Einfluss der dominikanischen Konstitutionen auf die Rechtsordnung einer Vielzahl anderer Ordensgemeinschaften.

Die Beiträge der vierten Sektion fragen nach den Möglichkeiten, Normen zu symbolisieren und – davon nicht zu trennen – nach den Symbolisierungsleistungen der Normen selbst (»Symbolism of Norms«). Jörg Sonntag (Dresden, SAW) untersucht in seinem Beitrag eben diese Symbolisierungen des Gehorsams im klösterlichen Ritual, das er dabei zugleich als normierende Ordnungsleistung identifizieren kann. Julia Burkhardt (Heidelberg, HADW) richtet ihren Blick auf die »Armut« als charakteristische Ausdrucksform dominikanischer Lebensführung und analysiert dabei deren Präsenz in zeitgenössischen Exempelsammlungen. Die Häuser der Franziskaner stehen im Fokus des Beitrags von Leonie Silberer (Heidelberg), die sich anhand baugeschichtlicher Befunde dem Niederschlag rechtlicher Normen und damit ganz konkret dem Verhältnis von Regel und Regelbefolgungspraxis widmet.³

Die Projektmitarbeiter hoffen, mit dem vorliegenden Band zu einer der Leitfragen des Projekts *Klöster im Hochmittelalter* den Facettenreichtum ihrer eigenen Forschungen ebenso aufgezeigt zu haben wie die Tragfähigkeit ihres analytischen Ansatzes.

Die Klöster der Franziskaner im Mittelalter. Räume, Nutzungen, Symbolik

Herausgegeben von Gert Melville, Leonie Silberer, Bernd Schmies (Vita regularis. Abhandlungen, Band 63), Lit-Verlag, Berlin 2015, 274 + X Seiten, 82 Abbildungen, Broschur.

Wissenschaftliche Forschung lebt vom Austausch. Dieser Umstand ist nicht nur prägend für das Selbstverständnis jeder Akademie, sondern in gleicher

³ Vgl. hierzu vertiefend die Projektveröffentlichung: Gert Melville, Leonie Silberer und Bernd Schmies (Hg.), *Die Klöster der Franziskaner im Mittelalter: Räume, Nutzungen, Symbolik* (Vita regularis. Abhandlungen, Bd. 63), Berlin 2015. Der Bericht im Anschluss an diese Anzeige.

Weise für die Arbeit der in ihr beheimateten Projekte. Der anzuzeigende Band präsentiert die Ergebnisse einer solchen fächer- und institutionenübergreifenden Zusammenarbeit. Im November 2012 trafen sich in den Räumlichkeiten des Zentrums für europäische Kunstgeschichte der Universität Heidelberg (ZEKG) Historiker, Kunsthistoriker, Bauforscher und Archäologen, um sich über Franziskanerklöster in Europa auszutauschen. Initiiert und durchgeführt wurde dieses Arbeitstreffen vom Projekt *Klöster im Hochmittelalter. Europäische Lebensentwürfe und Ordnungsmodelle* der Sächsischen und der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, dem schon genannten ZEK, der Fachstelle Franziskanische Forschung (FFF, Münster) und der Forschungsstelle für Vergleichende Ordensgeschichte (FOVOG, Dresden).

Ziel war es, die mittelalterlichen Klöster dieses bedeutenden Ordens, der schon bald nach seinem Entstehen am Beginn des 13. Jahrhunderts Europa räumlich durchdrungen hatte, in möglichst breiter Perspektive zu untersuchen. Diese Absicht ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund zu sehen, dass zwar die Kirchen der Franziskaner als manifeste Zeugnisse mittelalterlicher Baukunst vergleichsweise gut erforscht sind, die eigentlichen Konventsgebäude aber nahezu unbekannt oder doch zumindest unerforscht geblieben sind. Dieser Umstand ist dabei keineswegs nur bedeutsam für jene Geschichtsforschung, die sich vorrangig Klöstern und Orden widmet. Jede Geschichte, die nach der geografischen wie auch der administrativen Durchdringung von Räumen fragt – seien sie überschaubar, wie der einer Stadt oder faktisch grenzenlos, wie jener der Christenheit – wird profitieren, wenn sie hierbei auch die Häuser der franziskanischen Gemeinschaften zur Kenntnis nimmt, die Räume nicht nur gegliedert, sondern überdies neue Räume erschlossen und konstituiert haben. Selbst der einzelne Konvent lässt sich besser erfassen und in seiner komplexen Funktionalität verstehen, wenn zum Teil lang tradierte Fehlbenennungen von Räumen vermieden werden.

Der Band widmet sich in Wiedergabe der Tagungsbeiträge neben solchen konkreten Forschungsfragen und -problemen auch den symbolischen Dimensionen des Raumes, den Grenzen zwischen Innen und Außen, den franziskanischen Vorstellungen vom idealen Kloster, den räumlichen Mustern von Einsamkeit und der Darstellbarkeit jenes den Orden prägenden Grundwertes der Armut. Die Franziskaner waren ein Bettelorden und konnten, schon weil sie auf die Zuwendungen der Menschen angewiesen waren, nicht in gleicher Weise der Welt entfliehen wie Einsiedler oder auch nur Benediktiner – dennoch blieb für sie die räumliche Trennung von der Welt ebenso zentral, wie in den Beiträgen herausgearbeitet wird. Als eine vom Papsttum bereits früh zum Predigtamt berufene Gemeinschaft standen die Franziskaner darüber hinaus in einem bis dahin für Mönche ungekannten engen Kontakt zur Welt und den Menschen.

Ein solches Näheverhältnis bedurfte der Regelung, um die Sphären – Kloster und Welt – nicht ineinander aufgehen zu lassen. Zugleich ist es wohl vor allem dieser enge Kontakt zwischen den Brüdern des Ordens und den Menschen der Städte, wo die Franziskaner sich vor allem etablierten, der die Erforschung franziskanischer Klöster so nötig und vielversprechend macht, weil wir es hier im wahrsten Sinne mit Kontakträumen zu tun haben: mit Kontakträumen, die es der Welt ermöglichten, vom innovatorischen Potential der Brüder zu profitieren, und das Kloster – vice versa – an dem teilhaben ließen, was in der Welt an Neuem geschah.

Mirko Breitenstein



Briefwechsel Clara Schumanns mit Landgräfin Anna von Hessen, Marie von Oriola und anderen Angehörigen deutscher Adelshäuser

Herausgegeben von Annegret Rosenmüller, Schumann Briefedition, Serie II Freundes- und Künstlerbriefwechsel, Band 12, hrsg. vom Robert-Schumann-Haus Zwickau und dem Institut für Musikwissenschaft der Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden in Verbindung mit der Robert-Schumann-Forschungsstelle Düsseldorf und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Bote, Köln 2015, 782 Seiten, 15 Tafeln, Festeinband

Der Ende des 18. Jahrhunderts europaweit einsetzende Aufschwung der bürgerlichen Musikkultur – verbunden mit der Gründung städtischer Orchester, dem Bau von Konzerthäusern und damit der Etablierung eines modernen Konzertbetriebs – führte allgemein zu einer verringerten Bedeutung der höfischen Musikpflege. Zum Teil blieben an den Fürstenhöfen jedoch weit bis ins 19. Jahrhundert die alten Strukturen erhalten, fanden Hofkonzerte statt, traten auswärtige Virtuosen auf und wurden angesehene Künstler als Lehrer für Prinzen und Prinzessinnen angestellt. Dem reisenden Musiker boten sich nun sowohl im städtischen als auch im höfischen Bereich Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten. Die in diesen Band aufgenommenen Korrespondenzen Clara Schumanns mit deutschen Fürsten- und Adelshäusern, die größtenteils erst nach dem Tod Robert Schumanns einsetzen, zeugen jedoch von einem weitaus vielfältigeren Kontaktspektrum, das sich nicht allein in geschäftlich-künstlerischen Beziehungen und der Erfüllung gesellschaftlicher Verpflichtungen

tungen erschöpfte, sondern bis zur intensiven Pflege von Freundschaften reichte.

In erster Linie der Organisation von Hofauftritten sowie der Abwicklung von Honorarangelegenheiten diente der Briefwechsel mit dem Königshaus Hannover. Schriftstücke von und an Persönlichkeiten wie Marie Fürstin von Hohenlohe-Schillingsfürst, Henriette Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Adelgunde Freiherrin von der Pfordten, Mathilde Freiherrin von Rothschild und Hugo von Donop zeigen Clara Schumann als begehrte Künstlerin, die mit ihrer Gegenwart und künstlerischen Darbietungen die Salons schmückte, sich jedoch auch ihrerseits mit der Bitte um Empfehlungen oder Unterstützung an ihre Gönner und Gönnerinnen wandte.

Die umfangreichsten Korrespondenzen dieses Bandes bilden die Briefwechsel mit Anna Landgräfin von Hessen, Marie Gräfin von Oriola und Laura von Beckerath. Zu diesen Frauen entwickelten sich – jenseits von Standesgrenzen – sehr persönliche Vertrauensverhältnisse, die sich in einem durchweg warmen und freundschaftlichen Ton der Briefe ausdrücken. Bemerkenswert ist, wie detailliert beispielsweise Anna von Hessen sowohl über die politischen Ereignisse im Zusammenhang des Deutsch-Österreichischen Krieges von 1866 und die bedrückenden Auswirkungen auf ihr persönliches Leben als auch über familiäre Begebenheiten berichtete. Noch enger wurde der Kontakt in ihren späteren Lebensjahren, als sie in den Wintermonaten in Clara Schumanns Wohnort Frankfurt a. M. lebte und häufiger ein mündlicher Austausch stattfinden konnte. Die brieflichen Mitteilungen beschränkten sich nun vor allem auf Besuchsverabredungen, Gratulationen und Danksagungen. Nur im Falle längerer Abwesenheit – bedingt durch Konzerttourneen oder Urlaubsreisen – sind die Schreiben ausgedehnter. Gleiches gilt für die Korrespondenzen mit Marie Gräfin von Oriola, deren Anwesen in Büdesheim – unweit von Frankfurt a. M. – für die Pianistin über Jahre ein von ihr immer wieder gern aufgesuchter Erholungsort und eine Zufluchtsstätte bei körperlicher oder seelischer Erschöpfung war, sowie mit Laura von Beckerath, die in Wiesbaden und Rüdesheim beheimatet war und sich regelmäßig mit Clara Schumann traf.

Annegret Rosenmüller



Deutsche Wortfeldetymologie in europäischem Kontext, Band 3: Mensch und Mitmensch

Von Bettina Bock, Stefan Lotze, Susanne Zeilfelder und Sabine Ziegler, herausgegeben von Rosemarie Lühr, Reichert Verlag, Wiesbaden 2015, ca. 426 Seiten, Festeinband

Gerade erscheint der dritte Druckband des Akademieprojekts *Deutsche Wortfeldetymologie in europäischem Kontext*, das von Rosemarie Lühr geleitet wird. In diesem datenbankgestützten Projekt wird der auf den Menschen bezogene Wortschatz des Deutschen synchron und diachron untersucht. Dabei ist die Leitidee, dass sich Bedeutungswandel nicht isoliert an einzelnen Wörtern vollzieht, sondern jeweils in semantischen Feldern, in denen es im Lauf der Sprachgeschichte immer wieder zu strukturellen Veränderungen kommt. Das Eindringen von Fremdwörtern oder die Entstehung von Neologismen sind daher auch in ihrem systematischen Zusammenhang zu betrachten: Sie füllen semantische Lücken, beseitigen Ambiguitäten oder bereichern das Wortfeld um Wörter mit neuen Bedeutungsnuancen. Das Absterben von Wörtern wiederum kann durch Verdrängung ebenso wie durch das Obsoletwerden von Bedeutungen verursacht sein.

In den ersten beiden Bänden der Reihe wurden *Der Mensch und sein Körper* sowie *Der Mensch im Alltag* untersucht. Im vorliegenden dritten Band geht es nun um den Menschen in seinem Verhältnis zum Mitmenschen. Analysiert werden die Geschichte der Bezeichnungen für ›Mensch‹ und ›Mitmensch‹ (sei

es Freund oder Feind), die Verwandtschaftsbezeichnungen, die Wörter für die sozialen Strukturen und für das Rechtssystem. Dabei erstreckt sich die Untersuchung stets vom Urindogermanischen bis in die Gegenwartssprache, denn je länger der Beobachtungszeitraum für den semantischen Wandel ist, desto eher lassen sich auch über die Einzelwortanalyse hinaus Generalisierungen zum Bedeutungswandel treffen.

Die Druckbände zum Projekt begleiten die Primärpublikation in einer Projektdatenbank, in der das vollständige Untersuchungsmaterial aufbereitet wird. Sie geben einen Überblick über die gewonnenen Einsichten und zeigen exemplarisch, welche Ergebnisse sich mit einem wortfeldbezogenen Ansatz erzielen lassen.

Susanne Zeilfelder

Autoren

Sandy Adam,

Universität Leipzig, Sportwissenschaftliche Fakultät, Abteilung Sportökonomie und Sportmanagement; SMWK-Projekt Spitzensportliche Begabtenförderung in der DDR unter besonderer Beachtung der Verbindung von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf; sandy.adam@uni-leipzig.de

Maria Berge,

Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden; SMWK-Projekt Die Lernkultur der Spezialmusikschulen in der DDR – dargestellt anhand der Spezialmusikschule Dresden; maria.berge@hfmdd.de

Dr. Mirko Breitenstein,

Sächsishe Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Klöster im Hochmittelalter: Innovationslabore europäischer Lebensentwürfe und Ordnungsmodelle; breitenstein@saw-leipzig.de

Prof. Dr. Dan Diner,

em. Professor für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig; Professor für moderne europäische Geschichte an der Hebrew University Jerusalem; Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; Projektleiter des Akademie-Vorhabens Europäische Traditionen – Enzyklopädie jüdischer Kulturen; maehlis@dubnow.de

Prof. Dr. Hans-Peter Großhans,

Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Seminar für Systematische Theologie; grosshans@uni-muenster.de

Prof. Dr. Uwe-Frithjof Haustein,

Professor i. R. für Dermato-Venerologie an der Universität Leipzig; Altpräsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; Vorsitzender des Fördervereins der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; ufh@medizin.uni-leipzig.de

Tony Höwler,

Universität Leipzig, Sportwissenschaftliche Fakultät, Abteilung Sportökonomie und Sportmanagement; SMWK-Projekt Spitzensportliche Begabtenförderung in der DDR unter besonderer Beachtung der Verbindung von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf

Luisa Hoffmann,

Universität Leipzig, Sportwissenschaftliche Fakultät, Abteilung Sportökonomie und Sportmanagement; SMWK-Projekt Spitzensportliche Begabtenförderung

in der DDR unter besonderer Beachtung der Verbindung von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf

Prof. Dr. Gregor Hovemann,

Universität Leipzig, Sportwissenschaftliche Fakultät, Abteilung Sportökonomie und Sportmanagement; SMWK-Projekt Spitzensportliche Begabtenförderung in der DDR unter besonderer Beachtung der Verbindung von Spitzensport und Schule bzw. Spitzensport und Beruf; hovemann@uni-leipzig.de

Dr. Theresa Jacobs,

Universität Leipzig, Institut für Theaterwissenschaft; SMWK-Projekt Körperpolitik in der DDR: Tanz-Institutionen zwischen Eliteförderung, Volkskunst und Massenkultur; theresa.jacobs@uni-leipzig.de

Carola Klinkert,

Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden; SMWK-Projekt Die Lernkultur der Spezialmusikschulen in der DDR – dargestellt anhand der Spezialmusikschule Dresden; carola.klinkert@hfmdd.de

Dr. Isabelle Lehn,

Universität Leipzig, Deutsches Literaturinstitut Leipzig; SMWK-Projekt Literarische Schreibprozesse im Kontext der institutionellen Hochschulausbildung – dargestellt am Beispiel des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹; isabelle.lehn@uni-leipzig.de

Prof. Dr. Wolfgang Lessing,

Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden; SMWK-Projekt Die Lernkultur der Spezialmusikschulen in der DDR – dargestellt anhand der Spezialmusikschule Dresden; wolfgang.lessing@hfmdd.de

Prof. Dr. Heiner Lück,

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Europäische, Deutsche und Sächsische Rechtsgeschichte; Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; Projektleiter des Akademie-Vorhabens Das sächsisch-magdeburgische Recht als kulturelles Bindeglied zwischen Ost- und Mitteleuropa; heiner.lueck@jura.uni-halle.de

Sascha Macht,

Universität Leipzig, Deutsches Literaturinstitut Leipzig; SMWK-Projekt Literarische Schreibprozesse im Kontext der institutionellen Hochschulausbildung – dargestellt am Beispiel des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹; sascha.macht@uni-leipzig.de

Dr. Hanns-Peter Neumann,

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Historisch-kritische Edition des Briefwechsels zwischen Christian Wolff und Ernst Christoph Graf von Manthey; hanns-peter.neumann@izea.uni-halle.de

Autoren

Prof. Dr. Patrick Primavesi,

Universität Leipzig, Institut für Theaterwissenschaft; SMWK-Projekt Körperpolitik in der DDR: Tanz-Institutionen zwischen Elitförderung, Volkskunst und Massenkultur; primavesi@uni-leipzig.de

Juliane Raschel,

Universität Leipzig, Institut für Theaterwissenschaft; SMWK-Projekt Körperpolitik in der DDR: Tanz-Institutionen zwischen Elitförderung, Volkskunst und Massenkultur; juliane.raschel@uni-leipzig.de

Dr. Annegret Rosenmüller,

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Edition der Briefe Robert und Clara Schumanns mit Freunden und Künstlerkollegen; rosenmueller@saw-leipzig.de

Dr. Jörg Sonntag,

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Klöster im Hochmittelalter: Innovationslabore europäischer Lebensentwürfe und Ordnungsmodelle; sonntag@saw-leipzig.de

Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer,

Universität Leipzig, Institut für Philosophie; Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; praesident@saw-leipzig.de

Dr. Katja Stopka,

Universität Leipzig, Deutsches Literaturinstitut Leipzig; SMWK-Projekt Literarische Schreibprozesse im Kontext der institutionellen Hochschulausbildung – dargestellt am Beispiel des Instituts für Literatur ›Johannes R. Becher‹; katja.stopka@uni-leipzig.de

Anne-Kathrin Wagler,

Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden; SMWK-Projekt Die Lernkultur der Spezialmusikschulen in der DDR – dargestellt anhand der Spezialmusikschule Dresden; anne-kathrin.wagler@hfmdd.de

Dr. Ralf Wehner,

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Leipziger Ausgabe der Werke von Felix Mendelssohn Bartholdy; LMA@saw-leipzig.de

Michael Wehren,

Universität Leipzig, Institut für Theaterwissenschaft; SMWK-Projekt Körperpolitik in der DDR: Tanz-Institutionen zwischen Elitförderung, Volkskunst und Massenkultur; wehren@rz.uni-leipzig.de

Prof. em. Dr. Harald Wohlrapp,

Universität Hamburg, Philosophisches Seminar; Wohlrapp@uni-hamburg.de

PD Dr. Susanne Zeilfelder,

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Deutsche Wortfeldetymologie in europäischem Kontext; susanne.zeilfelder@uni-jena.de